MASTER NEGATIVE NO. 92-80765-5

MICROFILMED 1993

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES/NEW YORK

as part of the
"Foundations of Western Civilization Preservation Project"

Funded by the
NATIONAL ENDOWMENT FOR THE HUMANITIES

Reproductions may not be made without permission from
Columbia University Library

COPYRIGHT STATEMENT

The copyright law of the United States - Title 17, United States Code - concerns the making of photocopies or other reproductions of copyrighted material.

Under certain conditions specified in the law, libraries and archives are authorized to furnish a photocopy or other reproduction. One of these specified conditions is that the photocopy or other reproduction is not to be "used for any purpose other than private study, scholarship, or research." If a user makes a request for, or later uses, a photocopy or reproduction for purposes in excess of "fair use," that user may be liable for copyright infringement.

This institution reserves the right to refuse to accept a copy order if, in its judgement, fulfillment of the order would involve violation of the copyright law.

AUTHOR:
SALOMON, LUDWIG

TITLE:
DEUTSCHLAND LEBEN UND STREBEN . . .

PLACE:
STUTTGART

DATE:
[1893]

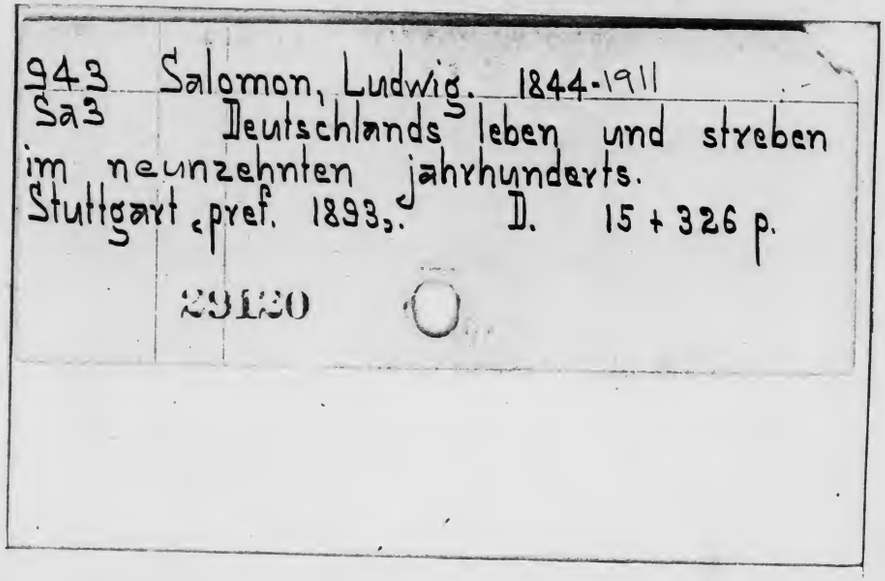
Master Negative #

92-80765-5

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DEPARTMENT

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

Original Material as Filmed - Existing Bibliographic Record

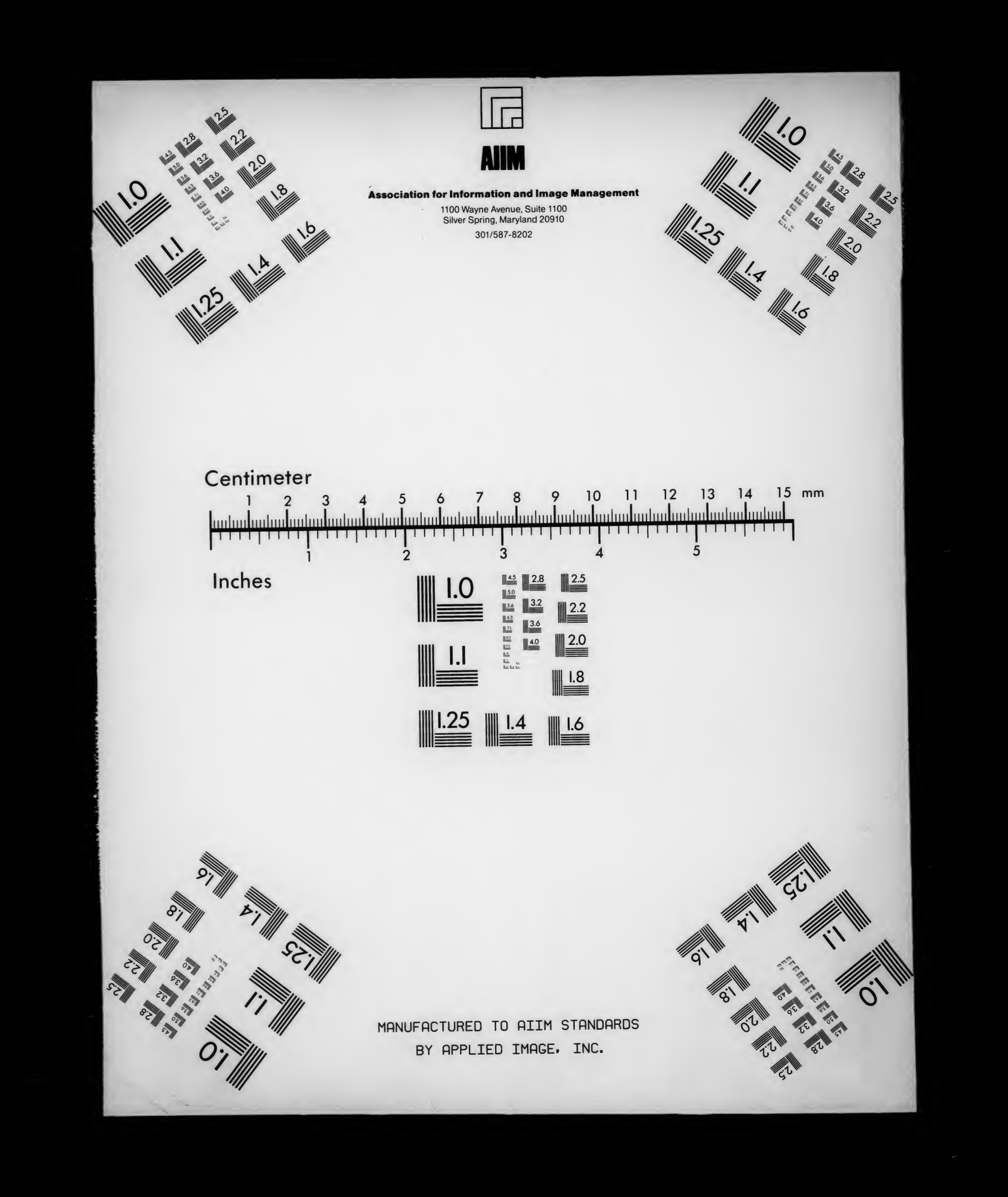

943 Salomon, Ludwig. 1844-1911
Sa3 Deutschlands leben und streben im neunzehnten jahrhunderts.
Stuttgart, pref. 1893. D. 15 + 326 p.

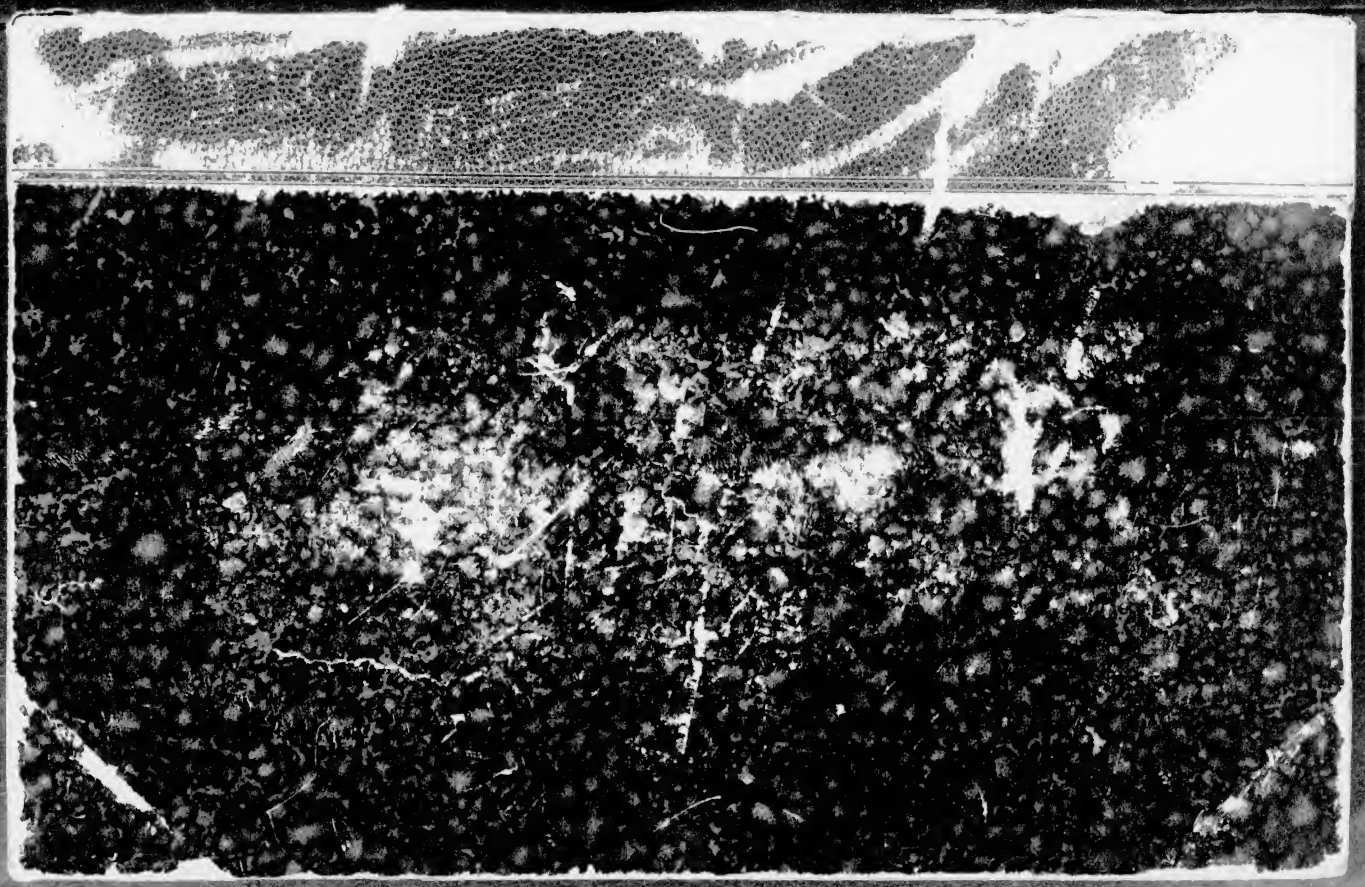
29130

Restrictions on Use:

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 11X
IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB
DATE FILMED: 6-18-93 INITIALS MV
FILMED BY: RESEARCH PUBLICATIONS, INC WOODBRIDGE, CT


AIIM
Association for Information and Image Management
1100 Wayne Avenue, Suite 1100
Silver Spring, Maryland 20910
301/587-8202
Centimeter
Inches
MANUFACTURED TO AIIM STANDARDS
BY APPLIED IMAGE, INC.



943 S93

Columbia University
in the City of New York
Library

GIVEN BY

Estate of H. A. Guleke

Deutschlands
Leben und Streben
im neunzehnten Jahrhundert.

COLUMBIA
UNIVERSITY
LIBRARY

Deutschlands
Leben und Streben
im neunzehnten Jahrhundert.

Geschildert

von

Ludwig Salomon,

Verfasser der „Geschichte der deutschen Nationallitteratur des neunzehnten Jahrhunderts".

Stuttgart.

Verlag von Levy & Müller.

Nachdruck verboten.

Alle Rechte vorbehalten.

Druck von Carl Rembold in Heilbronn.

10 APR 1897

Vorwort.

Das neunzehnte Jahrhundert wird in der deutschen Geschichte immer eines der interessantesten bleiben, denn es vollzog sich in ihm unter der Mitwirkung der gesamten Nation die Gründung eines neuen Einheitsstaates.

Unwillkürlich wendet sich daher jetzt, am Schlusse des Jahrhunderts, der Blick zurück auf alle die Kämpfe, von denen der gewaltige Aufschwung des deutschen Volkes begleitet war.

Ein vollständiges, nach allen Seiten hin abgerundetes Gesamtbild von dieser großartigen nationalen Entwickelung sich zu schaffen, ist aber heute noch nicht möglich. Ueber viele Ursachen und Wirkungen fehlt uns heute noch die Aufklärung; mancherlei Hemmnisse und Strömungen, die sich geltend machten, ahnen wir nur, aber wir können sie noch nicht nachweisen.

Immerhin kann das große und breite Gemälde doch schon in seinen Hauptmomenten gezeichnet werden, denn der Grundgedanke des Zeitalters liegt in allen Epochen klar vor Augen, auch die Hauptfiguren, Napoleon, der Zerstörer des alten Reiches, Metternich, der Unterdrücker des deutschen Gedankens, Friedrich Wilhelm IV., der Romantiker auf dem

231894

Throne, Kaiser Wilhelm I. und Bismarck, die Erbauer des neuen Reiches, sind bereits in scharfen Charakterbildern erfaßt worden.

Ich habe es nun versucht, in engerem Rahmen ein Bild dieses Jahrhunderts zu entwerfen, bin mir jedoch dabei der Schranken stets bewußt gewesen, die einer Geschichte der Gegenwart gezogen sind. Die Liebe zum Vaterlande hat mir auf jeder Seite die Hand geführt, aber ich hoffe, sie hat mich doch niemals zur Schönfärberei verleitet. Von den landläufigen Darstellungen bin ich wiederholt abgewichen; immer war ich bestrebt, die Verhältnisse so zu schildern, wie sie wirklich waren. Nichts kann uns in dem jetzigen Wettkampfe der Völker gefährlicher sein, als eine Beschönigung unserer Fehler. Die rückhaltlose Offenheit muß sich mit der Hingebung an das Vaterland stets vereinigen lassen. Nur ein Volk, das es ehrlich mit sich meint, wird sich groß und stark erhalten.

Elberfeld, im Herbst 1893.

Der Verfasser.

Uebersicht des Inhalts.

Seite

I. Der Sturz des Alten 1

Einleitung. Die Aufgabe des achtzehnten und die des neunzehnten Jahrhunderts. Schiller, der Dichter der neuen Zeit. Das alte morsche Reichsgebäude. Die Lage in Oesterreich. Die Zustände in Preußen. Der Reichskrieg gegen Frankreich. Der Rheinbund und das Ende des alten deutschen Reiches. Aller Augen richten sich auf Preußen. Die schwankende Haltung Preußens in der äußeren Politik. Der Zusammenbruch des Staates Friedrichs des Großen. Napoleon in Berlin. Das Charakterbild Napoleons. Die Ruhepause nach dem Frieden von Tilsit und die Reformen Steins und Scharnhorsts. Das geistige Leben. Der Kongreß zu Erfurt. Neue Niederlage Oesterreichs. Die Fürsten des Rheinbundes. Der Untergang der „großen Armee". „Der Sturm bricht los!" Rußland und Preußen. Oesterreich tritt der Allianz bei. Die Schlacht bei Leipzig. Die Rheinbundfürsten wissen sich in die neue Situation zu finden. Napoleons Schicksal. Der Wiener Kongreß. Napoleons letzter Versuch und der zweite Pariser Friede. Die Gründung des deutschen Bundes.

II. Nach dem großen Kriege 75

Uebergang zur Friedenszeit. Die wirtschaftlichen Zustände. Die Verfassungsfrage. Die Kämpfe um

Seite

die Verfassung in Bayern, Württemberg, Baden, dem Großherzogtum Hessen, Sachsen, Hannover, Kurhessen, Oesterreich und Preußen. Geh. Rat Schmalz und sein Feuerlärm. Sieg der Rückschrittspartei. Der nationale Gedanke erhält sich nur noch in den Kreisen der akademischen Jugend. Die Burschenschaft. Das Wartburgfest. Der Kongreß zu Aachen. Die Ermordung Kotzebues. Metternich versichert sich des Königs von Preußen. Die Karlsbader Beschlüsse. Ein schmachvolles Unterdrückungs- und Verfolgungs-System gelangt zur Herrschaft. Allgemeine Trostlosigkeit. Man verschmaust seine Lorbeeren. Hang zum Sentimental-Lüsternen und Grausigen. Das Theater. Die Journalistik. Das religiöse Leben. Die Hegelsche Philosophie. Die Besserung des materiellen Wohls. Gründung des Zollvereins. Reorganisation der Post.

III. **Wiedererwachen des nationalen Lebens** . . . 102

Die Juli-Revolution. Ihre Wirkung auf die deutschen Regierungen und auf das deutsche Volk. Der Aufstand in Braunschweig. Die Tumulte in Sachsen, Hessen, Baden ꝛc. Verschiedene Regierungen entsprechen den allgemeinen Wünschen. Aufschwung der Stimmung. Das Hambacher Fest. Der Polen-Enthusiasmus. Der Bundestag wendet sich gegen den „Geist der Revolution." Der Frankfurter Putsch. Beginn der Demagogenverfolgungen. Weitere Maßregeln gegen den bösen Geist der Zeit, die Zeitungen, das „Junge Deutschland" und die Universitäten. Die Brutalitäten in Hessen-Kassel. Die Verfassungstragödie in Hannover. Die Lage in Oesterreich. Die Situation in Preußen. Bau von Eisenbahnen. Der Streit infolge der gemischten Ehen. Der politische Schwerpunkt in Deutschland rückt nach Preußen. Paul Pfizers „Briefwechsel zweier Deutschen." Friedrich Wilhelms III. politisches Testament. Friedrich Wilhelm IV. Allgemeine Hoffnungsfreudigkeit. Die „Hallischen Jahrbücher." Die „Grenzboten." Die „Illustrierte Zeitung." Gnadenakte des Königs. Auch Friedrich Wilhelm IV. für ein rein persönliches Regiment. Die Erwartungen zerrinnen. Die romantischen Neigungen des Königs. Der Kölner Dom. Die konservativ-pietistische Richtung wird zur herrschenden. Die Censur wird verschärft. Der Wunsch nach einer Verfassung wächst. Jacobys „Vier Fragen." Religiöse Bewegungen. Die „evangelischen Lichtfreunde" und die „deutsch-katholischen Gemeinden." Selbst in die Wanderversammlungen der Gelehrten dringt die Politik. Tschech. Die Weber in Schlesien. Sausende und brausende Lyrik. Der König sucht Halt bei Nikolaus von Rußland. Der König entschließt sich zur Einberufung des Vereinigten Landtages. Eröffnung des Landtages. Die Eröffnungsrede des Königs. Ihre mächtige Wirkung. Das Gefühl der Gemeinsamkeit wächst. Es bildet sich eine öffentliche Meinung und eine große und mächtige Opposition.

Seite

IV. **Die Stürme von 1848** 138

Allgemeines Verlangen, aus der Jämmerlichkeit herauszukommen. Zusammensturz des Julikönigtums. Heinrich von Gagern. Die Heidelberger Versammlung. Der Siebener-Ausschuß. Der Bundestag bewilligt alles. Zwischenströmungen. Die Kopflosigkeit der Regierungen. Der Jubel in Wien. Die Dinge in Berlin. Die Unruhe wächst. Einberufung des preußischen Vereinigten Landtages. Der Jubel vor dem Schlosse zu Berlin. Die zwei verhängnisvollen Schüsse. Der Aufstand des 18. März in Berlin. „An meine lieben Berliner!" Die Zurückziehung der Truppen. „Hut ab!" Der preußischen Regierung sind alle Zügel entglitten. Die Stimmen in Deutschland über den Aufstand in Berlin und Friedrich Wilhelm IV. Das Vorparlament. Hecker und Struve. Eröffnung der Nationalversammlung in Frankfurt. Ihre Zusammensetzung. Ihr Präsident Heinrich von Gagern. Die Schaffung einer Centralgewalt. Gagerns „kühner Griff." Der Reichsverweser Erzherzog Johann. Auflösung des Bundestages. Ein Reichsministerium. Die schleswig-holsteinsche Frage. Mißmut über die Schmach in Schleswig-Holstein. Ver-

Seite

such, die Nationalversammlung zu sprengen. Die Situation in der Nationalversammlung wird mißlicher. Die Lage in Oesterreich. Zunehmen der Unruhe in Wien. Der österreichische Reichstag. Blutiger Aufstand am 6. Oktober 1848. Einnahme von Wien durch Windischgrätz. Erschießung Robert Blums. Fürst Felix Schwarzenberg tritt an die Spitze der österreichischen Regierung, und Franz Joseph I. besteigt den Kaiserthron. Die Augen der deutschen Nation wenden sich wieder nach Preußen. Eine preußische Nationalversammlung. „Die kleine aber mächtige Partei" in Preußen. Friedrich Wilhelm IV. und diese Partei. Der Prinz von Preußen und diese Partei. Graf Brandenburg und das erste konservative Ministerium seit den Märztagen. Der preußischen Nationalversammlung wird der Garaus gemacht. Der „Bruch mit der Revolution." Die oktroyierte Verfassung. Der Widerwille des Königs gegen die Verfassung. Die Kaiserfrage. Der Prinz von Preußen über sie. Die Kaiserwahl. Die Kaiser-Deputation in Berlin. Friedrich Wilhelm IV. lehnt die Kaiserkrone ab. Allgemeiner Unwille im Volke. Hinneigung zur demokratisch-radikalen Richtung. Unruhen und Aufstände. Die Nationalversammlung siecht dahin. Das Ende des Rumpfparlaments. Das Nachspiel des Trauerspiels. Das Dreikönigsbündnis. Die „Union" und ihr Reichstag in Erfurt. Wiederaufrichtung des alten Bundestages. Die Exekution in Hessen. Der Zar Nikolaus. Die Zusammenkunft in Warschau. Die Politik der Versöhnung und der Schimmel von Bronzell. Die Schmach von Olmütz.

V. **Die Reaktion** 187

Eine Periode der Trost- und Hoffnungslosigkeit. Die Regierungen suchen alles zu tilgen, was an die Revolution erinnert. Die „kleine aber mächtige Partei" in Preußen. Eine Reihe von Rückschritten. Die schleswig-holsteinsche, die neuenburger und die orientalische Frage. Die Manie der Bescheidenheit. Der politische Sinn zeigt sich wieder. Man sucht sich über die praktischen Bedürfnisse des Lebens klar zu werden. Drang nach Bethätigung im praktischen Leben. Bau von Eisenbahnen. Hebung der Schiffahrt. Der Norddeutsche Lloyd. Die Einführung der elektrischen Telegraphen. Reuter und Wolff. Die Dichter suchen das Volk bei seiner Arbeit auf. Gustav Freytags „Soll und Haben." Das Auftauchen des Pessimismus. Arthur Schopenhauer. Die Erkrankung Friedrich Wilhelms IV. Der Prinz von Preußen übernimmt die Regentschaft.

Seite

VI. **Die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches** . 204

Der Prinz von Preußen. Sybel über ihn. Ein Urteil Bismarcks über ihn. Die Aufgaben des Prinzregenten. Seine Regierungsgrundsätze. Die „neue Aera." Der österreichisch-italienische Krieg. Gründung des Nationalvereins. Das politische Leben hebt sich. Das Schillerfest. Preußen strebt nach einer Reform des Bundeskriegswesens. Preußen regelt die Verhältnisse in Hessen. Napoleon III. und Preußen. Die Fürsten-Konferenz in Baden-Baden. Der Prinzregent legt das Hauptgewicht seiner Thätigkeit auf die Reorganisation von Preußen. Die Heeresreorganisation. Das Abgeordnetenhaus der Reorganisation gegenüber. Die Abneigung gegen die Heeresreorganisation wächst. Das Abgeordnetenhaus sucht die Verfassung zu „ergänzen." Der König betont die Rechte der Krone. Der Konflikt zwischen Abgeordnetenhaus und Regierung bricht aus. Otto von Bismarck übernimmt die Leitung der Staatsgeschäfte. Charakteristik Bismarcks. Der König und Bismarck. Das neue Regierungsprogramm. Die neue Physiognomie des Konflikts. Die Aufregung und Erbitterung wächst. Die Preßfreiheit wird aufgehoben. Das Auftreten Lassalles. Die Entstehung der socialdemokratischen Partei. Oesterreich will eine Bundesreform in seinem Sinne herbeiführen und plant einen Fürstenkongreß. König Wilhelm und der Kongreß. Der Fürstentag — ohne Preußen. Die schleswig-holsteinsche Frage taucht wieder auf. Sie schafft eine sehr verwickelte Situation. Neue Konflikte im preußischen

Seite

Abgeordnetenhause. Die Preußen und Oesterreicher rücken in Schleswig-Holstein ein. Erstürmung der Düppeler Schanzen. Die zweite Londoner Konferenz. Die Besetzung von Alsen. Friede mit Dänemark. Wer soll nun Schleswig-Holstein erhalten? Die Frage kann nicht gelöst werden, und Preußen erörtert das „Duell" mit Oesterreich. Die Gasteiner Konvention verklebt den Riß. Neue Konflikte. Preußen beschließt die Erwerbung von Schleswig-Holstein auf jeden Fall. Rußland, Napoleon III. und Italien in der schwebenden Frage. Allgemeine Opposition gegen den Krieg. Attentat auf Bismarck. Der Krieg bricht aus. Das Gefecht bei Langensalza. Die Heere in Böhmen. Die Schlacht bei Königgrätz. Der Friede von Nikolsburg und Prag. Die süddeutschen Staaten und Preußen. Napoleon und Bismarck. Die Neuordnung der Dinge. Die Indemnität. Die veränderte Haltung des Landtages. Die Gründung der nationalliberalen Partei. Die Annexionen. Die Begründung des Norddeutschen Bundes. Neues Leben. Die Dinge in Süddeutschland. Der Luxemburger Handel. Die Situation Napoleons. Er sucht nach Verbündeten. Vertrag mit Oesterreich. Anlaß zum Kriege mit Preußen. Die spanische Königsfrage. Benedetti in Ems. Weitere Zumutungen Gramonts. Die Emser Depesche. Ihre Wirkung. Der Ministerrat von Saint-Cloud beschließt den Krieg. Die französische Kammer am 15. Juni. Auch Preußen macht mobil. Der Reichstag bewilligt die Kriegsanleihe. Die süddeutschen Staaten schließen sich Preußen an. Das deutsche Heer. Eine diplomatische Mine Bismarcks. Das französische Heer. Beust entzieht sich seinen Verpflichtungen. Die Feindseligkeiten beginnen. Die Schlachten bei Weißenburg, Wörth, die Erstürmung der Höhen von Spichern, Vionville und Mars la Tour, Gravelotte und St. Privat. Bazaine in Metz. Der Tag von Sedan. Leon Gambetta schafft neue Heere. Die Rundreise Thiers'. Die Belagerung von Paris. Die Ministerkonferenz in Versailles. Die Kaiserproklamation. Die Kapitulation von Paris. Der Friede.

Seite

VII. Der Ausbau des neuen Reiches 294

Im Siegesjubel. Ein goldenes Zeitalter. Die Gründer- und Schwindelperiode. Die Kunst. Die Ausgestaltung des neuen Reiches. Der Kulturkampf. Das Auftreten der Sozialdemokratie. Die Mordversuche auf Kaiser Wilhelm. Die Besserung der Lage der Arbeiter. Kaiser Wilhelm und die soziale Frage. Der Reichstag und die sozialen Reformen. Das Krankenversicherungs- und das Unfallversicherungsgesetz. Die Invaliditäts- und Altersversicherung. Hebung von Handel und Verkehr. Der Bau des Nord-Ostsee-Kanals. Die kolonialen Bestrebungen. Die äußere Politik. Der Berliner Kongreß. Der Dreibund. Der Tod Kaiser Wilhelms I.

VIII. Die Neige des Jahrhunderts 309

Es herrscht ein Gefühl der Ermattung und des Mißbehagens. Die Neige des Jahrhunderts ist ein Uebergangsstadium. Kaiser Friedrich III. Kaiser Wilhelm II. Die fin de siècle-Stimmung in Kunst und Litteratur. Der Antisemitismus. Der Kaiser über ihn. Bismarck und der Kaiser. Der Prozeß Geffcken. Der Kaiser und die soziale Frage. Bismarcks Rücktritt. Wohin steuern wir? Die Philosophie Friedrich Nietzsches. Die Schaffung einer ausgeprägteren Individualität und ihr Kampf gegen die Masse wird die Aufgabe des neuen Jahrhunderts sein.

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARY

I.

Der Sturz des Alten.

Wohl niemals hat man in Deutschland im Wendepunkte zweier Jahrhunderte so erwartungsvoll in die Zukunft geblickt, wie am Ende des achtzehnten. Die französische Revolution hatte auch hier alle Gemüter in heftige Erregung versetzt. Fast alle bedeutenden Männer, der greise Klopstock, Schiller, Bürger, Kant, Friedrich von Stolberg, Campe und viele andere hatten sie mit heller Begeisterung und hochfliegenden Hoffnungen begrüßt, dann aber war mehr und mehr an die Stelle des Enthusiasmus zunächst Betroffenheit und dann Grauen und Entsetzen getreten. Die Träume von Freiheit und Brüderlichkeit zerrannen, das ersehnte Zeitalter der Glückseligkeit sah man wieder in unerreichbare Ferne gerückt — dagegen begann ein bisher ungeahnter gigantischer Kampf um Macht und Besitz, und überall „legte der Franke seinen ehernen Degen in die Wage der Gerechtigkeit". Schon lag die Befürchtung nahe, daß ganz Deutschland in die kriegerischen Verwickelungen hineingerissen werden würde. Was wird das neue Jahrhundert uns bringen? fragte jeder mit bangem Herzen.

So hatten die vulkanischen Ausbrüche in Frankreich auch Deutschland in Mitleidenschaft gezogen, wenn auch nicht äußerlich, so doch innerlich. Der stille geistige Entwicklungsprozeß Deutschlands war durch die Einwirkung der fran-

zösischen Ideen in eine plötzliche Gärung geraten. Das Ziel, welchem die deutsche Nation zuzustreben hatte, verschleierte sich. Beklommen stand man an der Pforte des neuen Jahrhunderts. Enttäuscht rief Klopstock:

„Ach, des goldenen Traumes Wonn' ist dahin!
Mich umschwebt nicht mehr sein Morgenglanz.
Und ein Kummer, wie verschmähter
Liebe, kümmert mein Herz" —,

während Schiller mutlos an Dalberg schrieb:

„In des Herzens heilig stille Räume
Mußt du fliehen aus des Lebens Drang!
Freiheit ist nur in dem Reich der Träume,
Und das Schöne blüht nur im Gesang."

Was aber war das Ziel der Nation, was war die Aufgabe des achtzehnten Jahrhunderts gewesen, was mußte die des neunzehnten sein?

Das Ziel der Nation war ein neues Kultur- und Staatsleben. Mit heißen Bemühungen suchte man sich aus der Verwilderung und Verkommenheit, in die das ganze Volk durch den dreißigjährigen Krieg geraten war, wieder emporzuheben und wieder zu einem selbständigen Kulturvolke zu machen. Zu diesem Zwecke mußte zunächst der Mensch an sich aus der Verrottung und Unnatur erlöst werden, und das herbeizuführen wurde die Aufgabe des achtzehnten Jahrhunderts. Das ganze Säculum ist daher ausgefüllt mit dem Bestreben, bei jedem eine fest in sich geschlossene starke Persönlichkeit herauszubilden. Der geistig und körperlich vollkommene Mensch wurde das Ideal, nach dem jeder Bedeutendere strebte, der „Begriff des reinen und freien Menschentums" das Thema, welches ununterbrochen in Kirche und Schule von allen Philosophen und Dichtern behandelt wurde. Es entstand daher nach und nach

eine große Fülle von eigenartigen, scharf ausgeprägten Persönlichkeiten, die allerdings das harmonische Maß nicht immer gleich zu finden wußten und sich dann hier zu Härten, dort zu Wunderlichkeiten verleiten ließen. Die edelste Harmonie in Körper und Geist erreichte Goethe; er war der vollkommenste Mensch des achtzehnten Jahrhunderts. Mit ihm wurde die Aufgabe jenes Zeitalters endgültig gelöst. „Nach jahrhundertlanger willkürlicher Selbstentfremdung", sagt Hermann Hettner in seiner „Litteraturgeschichte des 18. Jahrhunderts", hatte sich der Mensch endlich selbst wiedergefunden."

Dem neunzehnten Jahrhundert lag es jetzt ob, die Einzelnen zum Ganzen zu verbinden und das Einzelleben hinüberzuführen in das Staatsleben. Ist daher das achtzehnte Jahrhundert vorwiegend ein philosophisches und litterarisches, so ist das neunzehnte hauptsächlich ein politisches, denn nicht um die Ausbildung eines Charakters handelt es sich hier vornehmlich, sondern um die Ausbildung des Staates, und darum sind es auch nicht in erster Linie die Persönlichkeiten, welche unsere Aufmerksamkeit fesseln, sondern die Massen, die sich zu Gruppen und Parteien herausbilden, ferner die Schicksale dieser Parteien, die sehr oft eine Leidensgeschichte darstellen, die Kämpfe und Kriege, die alle aus dem Drange, den großen Einheitsstaat zu schaffen, hervorgehen, und endlich die Mühen und Schwierigkeiten, das neue Reich harmonisch auszugestalten. Diese große Kulturarbeit des neunzehnten Jahrhunderts war naturgemäß weit bedeutender und umfassender, als die des achtzehnten, denn sie konnte nur unter Aufbietung der ganzen Volkskraft bewältigt werden.

Drei Umstände erleichterten den Uebergang von der Arbeit des achtzehnten Jahrhunderts zu der des neunzehnten:

das Auftreten Schillers, der die Gedankenkreise des vorigen Jahrhunderts in die des neuen hinüberleitete, die Morschheit und Unzulänglichkeit der bisherigen Staats- und Gesellschaftsverhältnisse und endlich die Leiden eines langen, schweren Krieges, die die ganze Nation bis ins tiefste Innere erschütterten und die vaterländische Gesinnung nun in allen Herzen weckten.

Das Auftreten Schillers war von vornherein ein eindrucksvolles und erfolgreiches. Gleich mit seinem ersten Drama „Die Räuber" that er den kühnen Schritt von der Schilderung des rein persönlichen Schicksals zur Darstellung der allgemeinen Zustände und Empfindungen. Der Held Karl Moor empfindet die Schurkereien seines Bruders in der Hauptsache nicht als einen Streich, der ihm persönlich zugefügt worden ist, sondern als eine Aeußerung der verkommenen und versumpften Bildung. Ein namenloser Ekel „vor diesem tintenkleckſenden Jahrhundert" erfaßt ihn und treibt ihn nicht in erster Linie, sich sein gutes Recht zurückzuerobern, sondern mit seinen Freunden in die böhmischen Wälder zu ziehen und dort einen Freiheitsstaat zu gründen, in dem der Mensch wieder ein menschenwürdiges Dasein führen kann. Trotz aller Ueberschwenglichkeit und jugendlichen Unreife trat der großartige geniale Weitblick klar hervor und ergriff die Zeitgenossen aufs tiefste. In seinem zweiten Stück „Fiesko" ging der Dichter von der phantastischen Räuberromantik zum bestimmt gefügten Staate über, und in seinem dritten, „Kabale und Liebe", beleuchtete er die gesellschaftlichen Zustände, wandte er sich mit flammendem Zorn gegen die Vorurteile und Auswüchse der Hofkreise und gab mit packender Leidenschaft die hochmütigen Vertreter der höheren Stände der allgemeinen Verachtung preis.

Dann trat eine größere Klärung in dem Dichter ein;

historische und philosophische Studien vertieften sein Urteil, und es entstand „Don Carlos", in dem er die ideale Freiheit feierte, wenn auch nicht mit jener Schlagkraft, die er in seinen Jugendwerken entfaltet hatte. Verschiedene Verhältnisse, besonders äußere, lenkten darauf den Dichter von seinen weiteren dramatischen Plänen ab, bis ihn dann die großen weltgeschichtlichen Vorgänge, „der Kampf gewaltiger Naturen", wie er selbst sagt, aufs neue zu dramatischen Schöpfungen antrieb.

Die große Wallenstein-Trilogie ist es zunächst, die er seinem Volke darbietet. Den Helden Wallenstein erhebt er darin zum Vertreter eines gerechten und kraftvollen Regimentes, bei dem der Mann einzig und allein nach seinem Verdienst geschätzt wird. Dabei entwickelt er — ein Prophet der Geschicke Napoleons —, daß das Uebermaß der Machtentfaltung es ist, was ihm den Untergang bereitet. „Denn seine Macht ist's, die sein Herz verführt", heißt es im Stücke selbst. Nach fünfundzwanzig Jahren noch war in Ludwig Tieck der mächtige Eindruck lebendig, den die Trilogie in ihm und in allen tiefer Empfindenden bei ihrem Erscheinen hervorrief. „Unter die blassen Tugendgespenster des bürgerlichen Rührdramas trat", so schreibt er in seinen dramaturgischen Blättern, „Wallensteins mächtiger Geist, groß und furchtbar. Der Deutsche vernahm wieder, was seine herrliche Sprache vermöge, welchen mächtigen Klang, welche Gesinnung, welche Gestalten ein echter Dichter wieder heraufgerufen habe. Als ein Denkmal ist dieses tiefsinnige, reiche Werk für alle Zeiten hingestellt, auf welches Deutschland stolz sein darf, und Nationalgefühl, einheimische Gesinnung und großer Sinn strahlt uns aus diesem reinen Spiegel entgegen, um zu wissen, was wir sind, und was wir vermögen."

Leider wandte sich Schiller jetzt, durch Goethe veranlaßt,

mehr und mehr einer antikisierenden Kunstrichtung zu; es entstanden die Dramen, in denen das Schicksal, das Fatum, ähnlich wie im „Oedipus" des Sophokles, die bestimmende Rolle spielt, und die daher, obgleich in jedem Akte das Genie des Dichters hervorblitzt, doch als Verirrungen bezeichnet werden müssen. Schließlich stieß aber Schiller doch das Fremde wieder von sich. Es sei mit den griechischen Dingen eine mißliche Sache, schrieb er an Goethe, und kehrte zum nationalen Drama zurück. Er schuf den „Tell", in dem sich die Handlung wieder aus der innern Notwendigkeit entwickelt und der Freiheitsgedanke der Jugend-Dramen nun in krystallheller Klarheit hervortritt. Aus der Oberflächlichkeit der politischen Anschauungen, der Lauheit der nationalen Gesinnung hebt sich sein Fundamentalsatz für jedes staatenbildende Volk:

Ans Vaterland, ans teure, schließ' dich an,
Das halte fest mit deinem ganzen Herzen!
Hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft!

wie ein gewaltiger Granitblock empor.

Ein früher Tod ließ den Dichter die neue Bahn nicht weiter beschreiten, und die Nation verlor vor der Zeit einen Leitstern, dessen sie gerade jetzt, da die trübste Periode des Jahrhunderts hereinbrach und eine allgemeine Verwirrung und Mutlosigkeit selbst die Edelsten ergriff, dringender denn je bedurft hätte.

Die Bildung der breiten Masse des Volkes hatte sich beim Beginn des Jahrhunderts noch keineswegs so gehoben, wie nach den Schöpfungen der Dichter und Philosophen angenommen werden könnte. Nur ein kleiner Kreis von Auserwählten hatte dem kühnen Fluge Schillers folgen können. In Dumpfheit und Stumpfheit und ohne jede tiefere Auffassung des Lebens trottete man noch in weiten Landstrichen

dahin. Bar alles Gemeinsinns und jedes Nationalgefühls ging ein großer Teil des Volkes mit seinen Interessen über die Scholle nicht hinaus. Um die politische Lage kümmerten sich selbst Leute wie Johann Peter Hebel nicht, der noch 1805 schreiben konnte: „Ich bin in diesem Kriege so neutral, wie mein zahmes heimliches Hausmäuslein, das auch wie ich keine Zeitung liest." Die großartige Anschauung, welche Schiller sich von Leben und Staat gebildet hatte, war den meisten noch unverständlich. Erst ein längeres Einwirken des Dichters würde eine größere geistige Reife herbeigeführt haben.

Diese traurigen Zustände waren das natürliche Ergebnis der allgemeinen Verhältnisse.

Wohl stand das große Gebäude des deutschen Reiches noch so ziemlich vollständig aufrecht, aber durch viele Risse und klaffende Spalten pfiff der scharfe Wind der neuen Zeit und wirbelte allerwärts Moder und Staub auf. Niemand fühlte sich sicher geborgen, niemand behaglich. Auf dem pomphaft hergerichteten Throne saß der Kaiser zwar noch wie ehedem und hielt das Szepter in der Hand, aber seine Macht war fast ganz geschwunden. Die ehemalige Lehensverbindung hatte sich nach und nach ganz verflüchtigt, das Reich war in mehr denn dreihundert Staatswesen zerbröckelt, die alle die größte Selbständigkeit anstrebten und das gemeinsame Band so locker wie möglich hielten. Die Regierungsthätigkeit des Kaisers war denn auch mehr und mehr zusammengeschrumpft; sie bestand fast nur noch im Erteilen von Adelsbriefen, Bücherprivilegien und dergleichen. Selbst auf dem Reichstage, der seit 1663 aus einer periodischen eine „immerwährende" Versammlung geworden war, die ihren Sitz in Regensburg hatte, war seine Gewalt nach und nach auf ein Minimum herabgedrückt worden. Anträge,

die er stellte, hatten so viele Abstimmungen zu durchlaufen, daß sie schließlich meist unerledigt blieben. Dagegen beschäftigte sich der Reichstag sehr eifrig mit Rang- und Grenzstreitigkeiten, wie denn überhaupt der Hader in dieser hochedeln Versammlung kein Ende nahm. Da war es denn sehr natürlich, daß der Kaiser seinen Regierungsgeschäften auch nur wenig Geschmack abgewann und sein Hauptinteresse der Verwaltung seiner Erbländer zuwendete. Er schaltete und waltete zu Wien und ließ es „draußen im Reich" gehen, so gut oder vielmehr so schlecht es wollte.

Nur wenn dem Reiche eine Gefahr drohte, wenn ein Krieg ausbrach, mußte der Kaiser aus seiner Thatenlosigkeit heraustreten und das Reichsheer zusammenbringen. Diese Obliegenheit gehörte aber zu den schwierigsten seines Amtes. Wohl waren auf dem Papiere alle militärischen Bestimmungen genau festgesetzt; jedes Ländchen, jede Reichsstadt, alle die vielen geistlichen Territorien hatten auf den Ruf des Kaisers hin ihr Kontingent wohlgekleidet und ausgerüstet schleunigst zu senden. In einfacheren Fällen wurde ein Heer von 40 000 Mann, ein sogenanntes Simplum, einberufen, und dann hatte beispielsweise Oesterreich 5230 Mann, der schwäbische, der westfälische, der burgundische Reichskreis je 4000 Mann, der oberrheinische und kurrheinische je 3300, der bayrische 2300 u. s. w., zu stellen; in ernsteren Fällen wurden zwei und selbst drei Simplen eingefordert. Aber wie unendlich schwer hielt es, sie zusammenzubringen. Selbst bei der größten Gefahr wurde die Einsendung der Kontingente mit entsetzlicher Lässigkeit betrieben; immer wieder mußte der Kaiser mahnen, „nunmehr die Kriegsmaterien und Anstalten unverlängert in die Hand zu nehmen", und war das Heer dann endlich zusammen — welch kläglichen, buntscheckigen Anblick bot es dar! Jedes Kontingent besaß

eine andere Ausrüstung, war nach andern Kommandos eingeübt. Sehr natürlich, daß schon nach den ersten Kriegsoperationen der gesamte Heerhaufe in grenzenlose Unordnung geriet. Wiederholt wurde denn auch die Reichsarmee zum Gespött von ganz Europa, und seit der Schlacht bei Roßbach, wo sie sich ganz besonders mit Schmach und Schande bedeckte, hieß sie nur noch die Reißausarmee. Der bekannte patriotische Publizist J. J. Moser schrieb denn auch mit Recht: „Die bei einem Reichskriege und einer Reichsarmee sich äußernden Gebrechen sind so groß, auch viel und mancherlei, daß man, so lange das Deutsche Reich in seiner jetzigen Verfassung bleibt, demselben auf ewig verbieten sollte, einen Reichskrieg zu führen."

Diesen vielen Gebrechen des alten morschen Reiches gegenüber suchte es sich jeder Souverän und jedes Souveränchen bei sich selbst desto behaglicher zu machen; die fürstliche Gewalt konnte ja schalten und walten, wie sie wollte; der Kaiser wagte nicht den geringsten Einwand, ja er kümmerte sich gar nicht darum. „Man hält Soldaten, so viel man will," berichtet J. J. Moser, „man schreibet Steuern aus, so viel man will, legt Accis und andere Imposten auf, kurz, man thut, was man will, läßt die Landstände und Unterthanen, wenn es noch gut geht, darüber schreien, oder macht ihnen, wenn sie nicht alles, was man haben will, ohne Widerspruch thun, auch die nötigsten und glimpflichsten Vorstellungen zu lauter Verbrechen, Ungehorsam und Rebellion."

In den meisten kleinen Staaten entstanden daher höchst wunderliche Karikaturen. Seine Hoheit hatte, der Sitte gemäß, in seiner Jugend mehrere Jahre in Paris verlebt und kannte nun nichts Höheres als die Nachahmung des Hofes von Versailles. Es wurde eine prächtige Hofhaltung

eingerichtet, eine kostspielige Soldatenspielerei hub an, und Serenissimus sonnte sich in dem Bewußtsein, auch von sich sagen zu können: „L'état c'est moi!“ Die Geschichte der Höfe von Hessen-Kassel, Sachsen, der Kurpfalz weiß davon mehr als genug zu erzählen.

Noch schlimmer stand es in den geistlichen Territorien, in Köln, Koblenz, Mainz, Würzburg, Bamberg, Münster, Osnabrück, Paderborn, Hildesheim, Fulda, Worms, Straßburg, Freising, Salzburg u. s. w. Die Zeit, in der auch begabte Bürgerliche zu den höheren geistlichen Aemtern emporsteigen konnten, war längst vorüber; die Domkapitel konnten nur noch aus Adeligen gebildet werden, und demgemäß waren auch die sämtlichen geistlichen Oberhäupter nur Söhne adeliger, meist fürstlicher Familien, die als Bischöfe, Fürstbischöfe oder geistliche Kurfürsten eine standesgemäße Versorgung erhielten. Die geistlichen Fürstensitze sanken daher zu Pfründen herab, die jeder Inhaber nach Kräften ausnutzte, um seine herabgekommene Familie wieder etwas empor zu bringen und es sich auch selbst in dem fürstlichen Glanze so bequem als möglich zu machen. Um die weitere Zukunft des Landes brauchte man sich ja nicht zu sorgen, der Nachfolger — vielleicht konnte es sogar ein gehaßter Rivale sein — mußte dann sehen, wie er weiter kam. Ein Augenzeuge jener Zeit, Chr. v. Stramberg, schreibt denn auch, als er in seinem „Rheinischen Antiquarius“ die Zustände an dem geistlichen Hofe zu Koblenz schildert: „Dem tiefen Verfalle der höheren Geistlichkeit, dem Verfalle, der Trägheit der höheren Stände im allgemeinen vermochte der Kurfürst nicht abzuhelfen; es versanken seiner Gewalt morsche Stützen; nicht gerade eine Veränderung wünschten die Massen, aber das Bestehende war ihnen verletzend, mitunter verächtlich geworden, alles Alte in Ungunst geraten

. . . . Die Wehen einer neuen Zeit ließen sich nicht lange erwarten.“

Zu all' dieser Mißwirtschaft kam dann endlich noch, daß sich auch der gesamte Adel Deutschlands dem nationalen Leben entfremdet hatte. Teils äffte er, wie die Höfe, die französischen Sitten nach, teils führte er ein wüstes und rohes Prasserleben, bei dem er, trotz der Steuerfreiheit und vieler anderer Privilegien, mehr und mehr verschuldete.

Es konnte daher nicht ausbleiben, daß sich alle Verhältnisse in Deutschland fort und fort verschlechterten. Handel und Gewerbe lagen fast ganz darnieder, der Bürgerstand verarmte unter den Lasten und Hemmungen zusehends, und der Bauernstand vegetirte nur in Dumpfheit dahin. Die alten Reichs- und Handelsstädte zeigten kaum noch einen Schatten von ihrer früheren Macht und Pracht, und eine Kommission, die sich zu Anfang der neunziger Jahre über die Gründe des ökonomischen Verfalls von Nürnberg unterrichten sollte, berichtete: „Keine menschliche Kraft noch Weisheit kann den hereinbrechenden Umsturz und alles das unermeßliche Elend, was die Folge davon sein muß, abhalten, es sei denn, daß eine ganz neue Schöpfung in der gesamten Staatshaushaltung eintritt. Eine ganz neue Schöpfung muß es sein, welche die toten Kräfte beleben, die schlummernden wecken, ein richtiges und ungehindertes Zusammenwirken herstellen und alles auf den Mittelpunkt des öffentlichen Wohles vereinigen kann.“

Trotz alledem war die Lage Deutschlands noch immer nicht so ganz und gar trost- und aussichtslos. Zwei Inseln hoben sich noch aus der allgemeinen Wüste der Jämmerlichkeit und des Verfalls empor, unten im Südosten Oesterreich und oben im Nordosten Preußen. In beiden Ländern hatten haushälterische und vorsichtige Regenten

die Nahrungsquellen des Volkes zu vergrößern und die allgemeinen Zustände, trotz der mannigfachen ungünstigen politischen Verhältnisse, zu bessern gesucht.

In Oesterreich war es besonders Maria Theresia gewesen, die während einer langen Regierung den Wohlstand gehoben und die Lage des Volkes gebessert hatte. Dann hatte Joseph II. seinen Staaten die hemmenden Fesseln des Mittelalters, die sie bisher immer noch getragen, abzustreifen gesucht, und wenn ihm das auch nur unvollkommen gelungen war und seine Nachfolger sich beeilt hatten, seine Reformen wieder umzustoßen und zu nichte zu machen, so waren die Anregungen, sowie günstige Nachwirkungen immerhin geblieben, und Franz II., der jetzt seit 1792 auf dem Throne saß, sah sich in leidlich günstiger Situation. Handel und Industrie waren im Aufschwung begriffen, und die Verkehrswege, besonders auf der Donau, wurden mehr und mehr erschlossen. Freilich ging alles das verhältnismäßig nur sehr langsam vorwärts, denn nichts haßte man in Oesterreich so sehr, wie die Eile und die Ueberstürzung. Weit mehr als die harte Arbeit liebte man ein fröhliches, behagliches Genußleben, so daß Schiller die Donau sagen lassen konnte:

Mich umwohnt mit glänzendem Aug' das Volk der Phaiaken;
Immer ist's Sonntag, es dreht immer am Herd sich der Spieß.

Ganz anders lagen die Verhältnisse in Preußen. Wohl hatte auch dort ein sparsamer und nur auf die Wohlfahrt des Landes bedachter Fürst, Friedrich Wilhelm I., Landwirtschaft, Handel und Gewerbe in bisher ungeahnter Weise gehoben. Und auch sein Nachfolger, Friedrich II., hatte unablässig alles gethan, was der Besserung der Verhältnisse dienlich gewesen; allein er hatte auch Preußen in lange und schwere Kriege verwickelt, deren Folgen vom Volke

nur mit dem Aufgebote aller Kräfte hatten überwunden werden können, und nach den Kriegen hatte es der ganzen Genialität des Monarchen bedurft, um das erschöpfte Land wieder zu Kräften zu bringen. „Da saß," schreibt der preußische Geschichtschreiber Stenzel, „der alte Meister in seinem Sanssouci sorgenvoll und rechnete von früh bis spät und sah nach, daß die Zähne des künstlichen, vielfach abgestuften Räderwerkes vollkommen in einander griffen, daß die Reibung nicht zu stark würde, oder wohl gar die Zapfen aus den Löchern wichen; immer half er Stockungen nach, änderte aber im Wesentlichen nichts." Und so ging die Staatsmaschine in bester Regelmäßigkeit weiter, ja, sie ging auch noch, als das geniale Auge des Königs nicht mehr über ihr wachte, aber sie ging von Jahr zu Jahr schwerfälliger. Als Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1797 zur Regierung kam, bedurfte es bereits der größten Anstrengung, sie noch in Bewegung zu erhalten. Dennoch wagte der junge König nicht, das geringste davon umzugestalten; die gewaltige Hochachtung, die er vor dem Werke Friedrichs des Großen empfand, gestattete ihm nicht, es anzutasten. Um so sorgfältiger wachte er, daß niemand, der bei der Maschine beschäftigt war, etwas versäumte; er selbst kam seinen Regentenpflichten aufs pünktlichste und gewissenhafteste nach. Wie bei einem Uhrwerk wickelten sich daher die Geschäfte im preußischen Staate ab, und dennoch mußte sich jeder Scharfsichtigere sagen, daß das wirkliche, von Innen herauspulsierende Leben dem Staate vollständig fehlte. Ein öder, geistloser Mechanismus war alles geworden, dem die Nachhilfe des genialen Erfinders nicht mehr zu teil ward, und der durch einen Stoß von außen in Trümmer fallen mußte.

Fast ganz zerbröckelt und zerfallen war also das heilige römische Reich deutscher Nation, das einst der Schrecken

der benachbarten Völker gewesen war. Nur noch mit Mühe ließen sich die alten Institutionen aufrecht erhalten — und dieser altersschwache, schutzlose Bau sah sich nun von Frankreich bedroht, wo sich jetzt bisher ungeahnte Kräfte entfesselten und nach Bethätigung lechzten.

Ziemlich unvorsichtig und ohne sorgfältiges Erwägen der Verhältnisse hatte sich der Kaiser Leopold II. dem Brande genähert, der in Frankreich ausgebrochen war. Es sprühte nun sofort nach Deutschland herüber, Ludwig XVI. wurde durch die Nationalversammlung gezwungen, an Oesterreich den Krieg zu erklären, worauf der mittlerweile zur Regierung gelangte Franz II. sich mit dem Könige von Preußen, Friedrich Wilhelm II., verband und eiligst in die Champagne einmarschierte. Nachträglich kam dann auch der Regensburger Reichstag und erklärte sich damit einverstanden, daß ein vollständiger Reichskrieg gegen Frankreich geführt werde. Der Erfolg dieses Feldzuges blieb aber aus; die Oberleitung durch den alten Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig war ungenügend, und außerdem vermochten die schwerfälligen deutschen Truppen den enthusiasmierten französischen Soldaten nicht standzuhalten. Eine allgemeine Mißstimmung bemächtigte sich der Verbündeten, und in dieser that Preußen einen verhängnisvollen Schritt: es trat von dem Bündnis zurück und schloß mit Frankreich, das mittlerweile eine Republik geworden war, in Basel einen Separatfrieden, nach welchem ihm mitsamt den übrigen norddeutschen Ständen Neutralität zugesichert wurde. Eine Demarkationslinie grenzte das neutrale Gebiet ganz genau ab. Die preußischen Staatsmänner, an der Spitze Hardenberg, waren von diesem Frieden hochbefriedigt und ahnten nicht, daß sie damit den ersten Schritt zu einem Ende mit Schrecken gethan hatten. Denn von jetzt an hatte das be-

gehrliche Frankreich nicht mehr eine geschlossene deutsche Macht vor sich, sondern eine geteilte, und konnte sich bequem erst gegen die eine wenden und nach Ueberwältigung derselben dann auch ungehindert die andere niederwerfen. Mit der Sorge um einen Grund zum Brechen der Neutralität brauchte es sich nicht zu beschweren; bei seinem weiten Gewissen durfte es annehmen, daß es im gegebenen Fall immer einen solchen finden würde.

Die Dinge nahmen denn auch rasch den entsprechenden Verlauf. Oesterreich sah sich von der Schwere der Kriegslast so gedrückt, daß es für sein Teil zu Campo Formio Frieden schloß, während das Reich sich auf einem Kongresse zu Rastatt mit Frankreich auseinandersetzen sollte. Die Verhandlungen in Rastatt zogen sich aber entsetzlich in die Länge, weil Frankreich wahrhaft unverschämte Forderungen stellte, so daß schließlich Oesterreich abermals zu den Waffen greifen mußte. Doch auch in diesem Waffengange war es nicht glücklich und mußte sich nun bequemen, in dem Frieden von Luneville am 1. Februar 1801 den Rhein als Grenze anzuerkennen, sodaß also das ganze linke Rheinufer an Frankreich fiel. Da hierbei eine große Anzahl von deutschen Fürsten Verluste erlitt, so wurde eine außerordentliche Reichsdeputation zu Regensburg niedergesetzt, die einen großen Entschädigungsplan ausarbeitete. Die Entschädigungen konnten jedoch nur dadurch bewerkstelligt werden, daß man alle reichsunmittelbaren geistlichen Territorien und auch, mit Ausnahme von Mainz, die geistlichen Kurfürstentümer säkularisierte, ja sogar Reichsstädte zur Entschädigung mit heranzog. Mit Württemberg, Baden, Hessen-Kassel und dem zu einem weltlichen Fürstentum erhobenen Salzburg fand man sich außerdem noch dadurch ab, daß man diesen Ländern die Kurfürstenwürde verlieh.

Durch diese inneren Umgestaltungen Deutschlands war das Staatengefüge aufs neue so erschüttert worden, daß der Kaiser Franz II. jetzt ernstlich besorgte, das Reich könne durch irgend welchen Umstand ganz auseinanderfallen. Er traf daher Vorsorge, wenigstens den Kaisertitel für sich zu retten, und that am 14. August 1804 durch Proklamation kund, daß er den Titel eines Kaisers von Oesterreich angenommen habe. „Obschon Wir," hieß es in dem denkwürdigen Aktenstücke, „durch göttliche Fügung und durch die Wahl der Kurfürsten des römisch-deutschen Reiches zu einer Würde gediehen sind, welche Uns für Unsere Person keinen Zuwachs an Titel und Ansehen zu wünschen übrig läßt, so muß doch Unsere Sorgfalt als Regent des Hauses und der Monarchie von Oesterreich darauf gerichtet sein, daß jene vollkommene Gleichheit des Titels und der erblichen Würde mit den vorzüglichsten europäischen Regenten und Mächten erhalten und behauptet werde, welche den Souveränen des Hauses Oesterreich sowohl in Hinsicht des uralten Glanzes Ihres Erzhauses, als vermöge der Größe und Bevölkerung Ihrer so beträchtlichen Königreiche und unabhängige Fürstentümer in sich fassenden Staaten gebühret und durch völkerrechtliche Ausübung und Traktate versichert ist."

Die Anerkennung dieser neuen Würde stieß bei europäischen Mächten auf keine Schwierigkeiten; bei Frankreich, wo man am ehesten einen Widerspruch hätte befürchten können, erwarb man sie sich durch einen Gegendienst, indem man der bereits am 18. Mai 1804 erfolgten Erhebung Bonapartes zum erblichen Kaiser der Franzosen bereitwilligst zustimmte.

Durch diese Rangerhöhung Oesterreichs waren aber die politischen Verhältnisse noch schwankender geworden; das trat besonders in dem Verhalten Napoleons hervor, der sich alsbald eine ganze Reihe von Uebergriffen erlaubte, so

daß neue Verwicklungen mit Frankreich entstanden und Oesterreich, England und Rußland abermals zu einem Bündnis zusammentraten. Zugleich verband sich Napoleon mit Bayern, Baden, Württemberg, Hessen-Darmstadt und Nassau, worauf der Krieg begann, ohne daß der Reichstag zu Regensburg, der nichts von alledem zu hören schien und angelegentlich über die Eutiner Gemeindeweiden beriet, davon Notiz nahm. Er war nur von kurzer Dauer; auf einen gewuchtigen Schlag bei Ulm folgte die vernichtende Schlacht bei Austerlitz, worauf Oesterreich bereits am 26. Dezember 1805 den Frieden zu Preßburg einging. Es entstanden neue Gebietsveränderungen; Bayern, Württemberg und Baden gelangten zu vollständiger Selbständigkeit, und außerdem erhielten Bayern und Württemberg die Königswürde. Einige Monate später (12. Juli 1806) ging dann Napoleon noch weiter und stiftete mit diesen Fürsten und noch mehreren kleineren süddeutschen Souveränchen eine „Confédération du Rhin", den sogenannten Rheinbund. An die Spitze dieses Bundes stellte er den auch als Schillers Gönner bekannten Karl von Dalberg, dem er aus den Resten des Kurstaates Mainz und dem Gebiete der freien Reichsstadt Frankfurt ein Fürstentum Frankfurt herstellte. Endlich schuf er für seinen Schwager Joachim Murat das Großherzogtum Berg. Preußen mußte hierzu Kleve hergeben und erhielt dafür, sowie für die an Frankreich abgetretene Festung Wesel und noch verschiedenes andere, das Kurfürstentum Hannover.

Damit hatte alle Zusammengehörigkeit im Deutschen Reiche aufgehört, dem deutschen Kaiser war jede Macht, jeder Einfluß genommen, so daß am 6. August 1806 Franz II. die Kaiserkrone niederlegte. Ohne Sang und Klang wurde das alte Reich, das 1006 Jahre bestanden hatte, zu Grabe getragen.

Nach diesem jämmerlichen Ende der alten deutschen Herrlichkeit und der so raschen Vernichtung der österreichischen Macht richteten sich jetzt aller Augen auf Preußen. Der Staat Friedrichs des Großen stand noch immer in hoher Achtung. Man sah einen wohlgeordneten Beamtenstand, ein vorzüglich einexerziertes Heer, bei dem jeder Knopf blitzte und blinkte — warum sollte diesem Staate nicht auch noch die alte Kraft innewohnen?

Auch in Preußen selbst hatte man von der Tüchtigkeit des Staates noch immer eine hohe Meinung. Handel und Wissenschaften blühten, und in Berlin entwickelte sich sogar ein glänzendes Großstadtleben. Die „Allgemeine Deutsche Bibliothek", herausgegeben von Nicolai, und die „Berliner Monatsschrift" von Gädicke und Biester waren, obgleich sie sich den Weimarischen Klassikern wenig günstig zeigten, dennoch Brennpunkte des geistigen Lebens; die dreimal wöchentlich erscheinende „Spenersche" und „Vossische Zeitung" unterrichteten über die Welthändel, und der „Beobachter an der Spree", der wöchentlich einmal erschien, und der „Freimütige", der täglich herauskam, behandelten im wesentlichen die kleinen Vorfälle des Tages. Allerdings wachte eine sehr strenge Zensur, daß nichts berichtet wurde, was der Regierung unangenehm war, so daß die Zeitungen über die innern Verhältnisse Preußens immer nur sehr wenig und nur das Günstigste berichteten und sich daher ein politisches Urteil in der großen Menge des Volkes nicht bilden konnte. Ein wohlgeordneter Postverkehr, bei dem freilich der Postwagen von Berlin nach Leipzig anderthalb Tage, nach Breslau vier und nach Königsberg gar sieben Tage brauchte, hielt die Hauptstadt mit allen Teilen des Reiches in Verbindung. Auch die Industrie erfreute sich eines gewissen Aufschwunges und erzeugte in Gemeinschaft mit der

umsichtig geförderten Landwirtschaft einen behaglichen Wohlstand.

Dennoch befand sich das Königreich in ständigem Verfall, und zwar war es in erster Linie die Regierungsmaschine, die mehr und mehr ins Stocken geriet. Friedrich Wilhelm III. besaß durchaus den redlichen Willen, das Land in der besten Weise zu verwalten, aber es fehlte ihm dazu der alles durchdringende Geist und jede kräftige Initiative. In seiner Schlichtheit und Bescheidenheit wäre er das Muster eines Privatmannes gewesen, den schwierigen Verhältnissen, in die ihn das Schicksal gestellt hatte, war er nicht gewachsen. Den mißlichen Zustand, in den der Staat nach und nach geriet, empfand er aber sehr wohl; der Lässigkeit, die sich mehr und mehr im Beamtentum eingeschlichen, suchte er durch Ordres entgegenzutreten, in denen es hieß: „Fast allgemein betrachtet man die Stellen nur als Pfründen, deren Inhaber gerade so viel thun müsse, als erforderlich sei, um das Gehalt zu erheben und mit möglichster Bequemlichkeit zu genießen. Wer einige Jahre auf solche Art gedient hat, begehrt gleich für seine eingebildeten Verdienste ansehnliche Beförderungen, Titel und Gehaltsverbesserungen und findet sich gekränkt, wenn sie ihm nicht auf der Stelle bewilligt werden .... Dieser verderbte Geist ist unter den Räten der höheren und niederen Landes-Kollegien, besonders in Berlin, mit Ausnahme einiger wenigen, herrschend und hat sich von ihnen aus in die Provinzen und besonders auf die Subalternen verbreitet, wo er sich noch in weit verderblicheren Folgen, besonders durch Unwissenheit, Faulheit und Verkänflichkeit, äußert. Diese Ausartung der jetzigen Generation erweckt die größten Besorgnisse für die Zukunft." Aehnlich trat er den Ausschreitungen des Militärs entgegen. In einer Kabinettsordre vom Jahre 1798 sagt er: „Ich habe sehr miß-

fällig entnehmen müssen, wie besonders junge Offiziers Vorrang vor dem Zivilstand behaupten wollen. Ich werde dem Militär sein Ansehen geltend zu machen wissen, wo es ihm wesentlichen Vorteil bringt, auf dem Schauplatz des Krieges, wo sie ihre Mitbürger mit Leib und Leben verteidigen sollen. Allein im übrigen darf sich kein Soldat unterstehen, wes Standes er auch sei, einen der geringsten Meiner Bürger zu brusquieren; sie sind es, nicht Ich, die die Armee unterhalten, in ihrem Brote steht das Heer der Meinen Befehlen anvertrauten Truppen, und Arrest, Kassation und Todesstrafe werden die Folge sein, die jeder Contravenient von Meiner unbeweglichen Strenge zu erwarten hat."

Einem sehr tief in alle Verhältnisse einschneidenden Fehler des allgemeinen gesellschaftlichen Lebens, der allgemeinen Sittenlosigkeit, stand er jedoch machtlos gegenüber. Selbst streng sittlich und das Muster eines Ehegatten und Vaters, mußte er schweigend zusehen, daß selbst sein Minister Hardenberg sich in die ärgerlichsten Liebeshändel verwickelte, konnte er nichts dagegen thun, daß Prinz Louis Ferdinand, der Sohn des Prinzen Ferdinand, des jüngsten Bruders Friedrichs des Großen, ein Offizier mit vielen geistigen und körperlichen Vorzügen, sein Leben in einer ganzen Reihe galanter Abenteuer verzettelte. Einige der Liebesverhältnisse des Prinzen waren in Berlin stadtbekannt; am meisten besprochen wurden die mit der geistreichen und exzentrischen Pauline Wiesel, der Französin Madame Contades, der Madame Laroche-Aymon und der schönen Henriette Fromm, einer Hutmacherstochter, deren beide Kinder Louis und Blanche später unter dem Namen von Wildenbruch geadelt wurden. Auch in den übrigen Adels- und wohlhabenden Bürgerkreisen riß ein sittenloses Genußleben ein. Die beliebtesten Schriftsteller waren August Lafontaine, der die süßlich-sentimentalen

Romane „Quinctius Heymeran von Flamming", „Klara du Plessis und Clairant", „Rudolf und Julia" schrieb, Karl Gottlob Cramer, dessen Ritter-, Räuber- und Spitzbubengeschichten ein außerordentlich großes Publikum hatten, Spieß, Vulpius, Schlenkert u. a. Nur in einem kleinen Kreise, zu dem auch die Königin Louise gehörte, wurde Jean Paul gelesen. Auf der Bühne herrschte fast uneingeschränkt Kotzebue mit seinen frivolen und rührseligen Stücken; daneben erschien noch immer Iffland mit seinen sentimentalen Schauspielen und August Langbein mit seinen Schwänken. Die Dramen Schillers hatten nur erst wenig Eingang gefunden, und als am 1. Januar 1802 das neue Schauspielhaus in Berlin eingeweiht wurde und man für die Eröffnungsvorstellung die Wahl zwischen den beiden Novitäten „Die Jungfrau von Orleans" von Schiller und „Die Kreuzfahrer" von Kotzebue hatte, wählte man „Die Kreuzfahrer". Es fand sich denn auch für Kotzebue sehr bald ein einträgliches Kanonikat, während eine Anstellung Schillers in Berlin nicht ermöglicht werden konnte.

Weit verhängnisvoller noch, als die mißliche innere Verwaltung des Landes und der Hang zur Genußsucht und Frivolität, war die schwankende Haltung der Regierung in der äußeren Politik. Die Grundsätze, nach denen diese geleitet wurde, bestimmte, wie Friedrich der Große, so auch Friedrich Wilhelm III. ganz allein. Da ihm aber der Scharfblick des großen Ahnen fehlte und seine Berater fast immer nur mittelmäßige Köpfe waren, so wurde selten zur rechten Zeit das Richtige gethan. Eine große Zaghaftigkeit charakterisiert jene Jahre, in denen ein energisches Vorgehen so dringend notwendig war. Seine unbegrenzte Friedensliebe, führt P. Bailleu („Preußen und Frankreich von 1795—1807," 29. Bd. d. Publ. aus d. k. pr.

Staatsarchiven) aus, seine Scheu vor schnellen und kühnen Entschlüssen haben über Preußen wohl größere Leiden gebracht als eine entschlossene, mutige Politik, die zur rechten Zeit das Schwert in die Wagschale zu werfen wußte. Der damalige Leiter der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Haugwitz, suchte wiederholt den König zu bestimmen, militärische Vorsichtsmaßregeln zu treffen, allein der König wollte auf alle Fälle neutral bleiben; er meinte, er habe sich bisher durch die Neutralität hindurchgewunden, und das werde ihm auch weiter gelingen. Dem immer rücksichtsloseren Auftreten Napoleons gegenüber waren das eitle Hoffnungen. Mit wachsendem Bangen sah daher Haugwitz in die Zukunft. Ueber allen seinen Denkschriften aus jener Zeit schwebt es, sagt Bailleu, wie eine Ahnung kommenden Unheils, wie ein Vorgefühl des Verderbens, das er von Frankreich herannahen sieht, drohend und unabwendbar. Er entschloß sich daher am 30. März 1804 von seinem Amte zurückzutreten, worauf der Freiherr von Hardenberg die Geschäfte des Aeußern übernahm. Damit trat aber keineswegs eine Aenderung in der preußischen Politik ein. Ringsum tobt Waffenlärm, nur in Preußen wird mit ängstlicher Sorgfalt darüber gewacht, daß die Friedensstille nicht unterbrochen wird. „Die Ruhe im Norden zu erhalten, ist der Hauptzweck meiner Politik," schreibt Friedrich Wilhelm III., „meine leidenschaftlichen Nachbarn zu bewachen, ihren Uebereilungen zuvorzukommen, jetzt mein tägliches Werk." Von diesem Gesichtspunkte aus ließ er sich denn auch endlich bewegen, eine Vermittlerrolle zwischen Frankreich und den beiden verbündeten Mächten Oesterreich und Rußland zu übernehmen. Als der Kaiser Alexander von Rußland von dieser Geneigtheit des Königs Kenntnis erhielt, eilte er sogar selbst nach Berlin, um den Vertrag sobald als möglich

zum Abschluß zu bringen, und nun verpflichtete sich Preußen, Napoleon aufzufordern, zu seinen früheren Friedensgrundlagen zurückzukehren und einen Friedenskongreß einzuberufen, in welchem die ganzen Verhältnisse Europas für absehbare Zeit geordnet werden sollten. Würden die Friedensgrundlagen binnen vier Wochen von dem Kaiser Napoleon nicht angenommen, so verpflichtete sich Preußen, mit 180000 Mann Rußland und Oesterreich in deren Kriegsoperationen gegen Frankreich zu unterstützen. Dieses Abkommen, aus dem dann alle späteren Verwickelungen und Katastrophen erwuchsen, wurde am 3. November 1805 zu Potsdam geschlossen. Bevor der Kaiser Alexander Potsdam verließ, kam es noch zu einer seltsamen theatralischen Scene. Auf seinen Wunsch begaben sich der König und die Königin bei Fackelschein mit ihm nach dem Grabgewölbe Friedrichs des Großen; hier kniete der Kaiser nieder und küßte den Sarg des großen Königs, worauf er mit erhobener Hand dem neuen Bundesgenossen ewige Treue schwur. Darauf umarmte und küßte er den König und die Königin. In demselben Augenblicke schlug es Zwölf, das weltberühmte Glockenspiel setzte ein, und die Melodie des Liedes „Ueb' immer Treu und Redlichkeit" ertönte durch die stille Nacht. Tief erschüttert knieten darauf alle drei am Sarge nieder und nahmen dann unter Thränen Abschied.

Es wurde nun Graf Haugwitz bestimmt, mit Napoleon in Unterhandlung zu treten. Allein dieser wußte die Sache sehr geschickt in die Länge zu ziehen, führte unterdessen bei Austerlitz seinen entscheidenden Schlag gegen Oesterreich und Rußland und setzte nun die Miene des Siegers auf. Zugleich imponierte er Haugwitz so gewaltig, daß dieser am 15. Dezember 1805 zu Schönbrunn einen Vertrag unterzeichnete, den man dann in Berlin nur mit wesentlichen Ab-

änderungen annehmen wollte. Darauf kam es wieder zu langen Verhandlungen, bei denen die Bedingungen Napoleons für Preußen nur noch drückender wurden. Schließlich stieß Napoleon den Schönbrunner Vertrag vollständig um und zwang Preußen sogar zu einem förmlichen Bündnis mit Frankreich, bei dem Friedrich Wilhelm III. zur Teilnahme am Kriege gegen England gedrängt wurde. Dieser Vertrag wurde am 15. Februar 1806 ratifiziert.

Diese neue Wendung erfüllte den König mit schwerster Sorge; trotz aller Mühen war es ihm also nicht möglich gewesen, neutral zu bleiben, eine tiefe Schwermut bemächtigte sich seiner; man erzählte sich sogar, er weine häufig.

In dieser peinvollen Situation wagte es der Freiherr von Stein, der seit dem Herbst 1803 Finanzminister war, der Königin eine Denkschrift zu überreichen, mit der Bitte, sie dem Könige zu übermitteln. In dieser Schrift warnte Stein besonders vor den unfähigen Beratern der Krone und bat dringend, diese zu entfernen. „Sollten Se. Majestät sich nicht entschließen," heißt es dann weiter, „die vorgeschlagenen Aenderungen vorzunehmen, so ist es zu erwarten, daß der preußische Staat entweder sich auflöst, oder seine Unabhängigkeit verliert, und daß die Achtung und Liebe der Unterthanen ganz verschwinden. Die Ursachen und die Menschen, die uns an den Rand des Abgrundes gebracht, werden uns ganz hineinstoßen; sie werden Lagen und Verhältnisse veranlassen, wo dem redlichen Staatsbeamten nichts übrig bleibt, als seine Stelle, mit unverdienter Schande bedeckt, zu verlassen, ohne helfen zu können, oder an den sich alsdann ereignenden Verworfenheiten teil zu nehmen."

Allein der König nahm die Denkschrift sehr ungnädig auf und sah in ihr nur eine zudringliche Einmischung. In seiner Ratlosigkeit blickte er aber aufs neue nach Rußland und

ging mit diesem am 1. Juli 1806 ein neues geheimes Bündnis ein, in dem er Verpflichtungen übernahm, die ihn schnurstracks in Gegensatz zu den Zugeständnissen stellten, die er am 15. Februar an Frankreich gemacht hatte. Erst in neuester Zeit ist das durch die Studie von Friedrich Noack „Hardenberg und das Geheime Kabinett Friedrich Wilhelms III. vom Potsdamer Vertrag bis zur Schlacht von Jena" (Gießen 1882) klar gelegt worden. Blieb das Verhältnis zwischen Frankreich und Rußland ein friedliches, so war ja nichts weiter zu besorgen, allein wegen der Türkei entstanden Differenzen zwischen Napoleon und dem Kaiser Alexander, die Friedensverhandlungen, welche der russische Unterhändler Oubril betrieb, wurden von Alexander verworfen, und ein Krieg zwischen Frankreich und Rußland stand nun vor der Thür. Die Nachricht hiervon traf am 30. August in Berlin ein, und Friedrich Wilhelm III. sah sich infolgedessen in die Notwendigkeit versetzt, „das schmähliche Vertragsverhältnis zu Frankreich mit dem Schwerte zu durchhauen." Damit waren die Würfel gefallen, Preußen stand vor dem großen Kriege mit Napoleon, vor dem es so lange zurückgewichen war.

Bereits am 9. August hatte der König, durch eine Depesche seines Gesandten Lurchesini in Paris davon benachrichtigt, daß bei einem vielleicht demnächst ausbrechenden Kriege der Kaiser Napoleon mit Preußen sehr rücksichtslos verfahren werde, den größten Teil der preußischen Streitmacht auf den Kriegsfuß gesetzt; außerdem hatte Graf Haugwitz, der seit dem 1. April wieder an Hardenbergs Stelle das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten übernommen hatte, Bundesgenossen zu werben gesucht und sogar an die Gründung eines norddeutschen Bundes gedacht. Jetzt nach dem Scheitern der Oubrilschen Verhandlungen marschierte

sofort am 30. und 31. August die Berliner Garnison nach Sachsen ab.

Die Mobilmachung Preußens erregte natürlich ein außerordentliches Aufsehen, besonders bei Napoleon, aber Haugwitz ließ in Paris versichern, verschiedene widrige Verhältnisse hätten zwar zu diesen Maßnahmen Anlaß gegeben, doch trügen dieselben nur einen defensiven Charakter. Napoleon forderte jedoch mit allem Nachdruck die Zurückführung der preußischen Truppen auf den Friedensfuß, und nun entschloß sich endlich der König, am 17. September 1806 zum Angriffskriege überzugehen. Trotzdem traten immer aufs neue Schwankungen ein, immer wieder glaubte die preußische Staatsklugheit die Verhandlungen mit Napoleon zum Frieden lenken zu können, bis endlich alle Hoffnungen schwanden, und der König am 6. Oktober das Kriegsmanifest erließ. Das eigentlich zwingende Moment zu seinem Vorgehen erwähnte er in demselben natürlich nicht, dagegen führte er eine Menge von Gründen an, die ihm ein längeres friedliches Verhalten Napoleon gegenüber unmöglich gemacht hätten. Unter allen diesen befand sich jedoch kein einziger, der zur sofortigen That gezwungen hätte. Das entging auch den Scharfsichtigeren schon damals nicht, und Friedrich Gentz, der zur etwaigen Fortführung der diplomatischen Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen ins preußische Hauptquartier gekommen war, meinte, das Ganze sehe aus wie eine Uebereilung, die man mit Gründen des Gefühls wohl entschuldigen, aus Gründen der Staatsklugheit aber entschieden tadeln müsse. Die Königin Luise äußerte sich in einer Unterhaltung mit Gentz, die Stellung Preußens sei mittlerweile eine so zweideutige geworden, daß man weit weniger aus Berechnung, als aus Ehrgefühl und Pflicht den Krieg habe wählen müssen.

Die Kriegspartei gewann nun mit der Mobilmachung

in der Oeffentlichkeit die Oberhand; auch die breite Masse des Volkes, die bisher nur eine geringe Teilnahme für die diplomatischen Verhandlungen und die Schicksale des Landes gezeigt hatte, weil sie von oben herab geflissentlich in politischer Unreife erhalten worden war, äußerte eine kriegslustige Stimmung. Es fanden auf der Straße laute Demonstrationen statt; unter den Fenstern des französischen Gesandten wurden Kriegslieder gesungen, und junge Offiziere wetzten unter prahlerischen Drohungen ihre Säbel auf den Stufen des Gesandtschaftsgebäudes. Im Theater wurde „Die Jungfrau von Orleans“ gegeben, wobei nach den Worten:

„Für seinen König muß das Volk sich opfern;
Nichtswürdig ist die Nation, die nicht
Ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre!“

die Zuschauer in stürmischen Jubel ausbrachen. Auch „Wallensteins Lager“ begeisterte zu lauten Kundgebungen; das Reiterlied wurde vom ganzen Publikum mitgesungen. Von den Offizieren hörte man allerwärts sagen, man werde den Franzosen schon die Wege weisen; die Armee Friedrichs des Großen brauche sich der Schuster und Schneider wegen, die durch die Revolution erst etwas geworden seien, keine Sorge zu machen. Und der General Rüchel äußerte auf einer Parade bei Potsdam, solcher Generäle, wie der Herr von Bonaparte einer sei, habe die Armee Seiner Majestät mehrere aufzuweisen. Auch die Zeitungen prahlten, daß jetzt ein glorreicher Kampf für Freiheit und Nationalität beginnen werde, und daß der Sieg den preußischen Waffen nicht fehlen könne. So verblendet war man in allen Kreisen.

Doch schon der Ausmarsch aus den Garnisonen sollte die großen Mängel der Armeeverwaltung im grellsten Lichte zeigen. „Die obere Leitung der Militär-Angelegenheiten war ohne Geist“, schreibt Clausewitz, der Verfasser des klassischen

Buches „Vom Kriege“ in seinem erst 1889 vom Großen Generalstabe herausgegebenen, aber bereits in den zwanziger Jahren verfaßten Werke „Nachrichten über Preußen in seiner großen Katastrophe“, „die höheren Offiziere sämtlich alt und verbraucht bis zum Stabs-Kapitän hinab. Die Bildung nur einseitig, im Preußentum befangen, ohne Teilnahme und Aufmerksamkeit für das, was sich anderswo begab, ohne Würdigung der neuesten kriegerischen Erscheinungen; die Uebungen unpassend, in ewiger, steriler Nachbildung des Alten und Veralteten; zu alledem ein seltener Dünkel, der sogar die Besorgnisse einer natürlichen Furchtsamkeit einschläferte.“ Und an anderer Stelle sagt er: „Im Zeughause zu Berlin wurde die Ausrüstung der Artillerie mit einer Sorgfalt aufbewahrt, daß jeder Strick und jeder Nagel vorrätig war, aber Stricke und Nägel waren gleich unbrauchbar. Die Waffen des Soldaten wurden immer blank erhalten, die Gewehrläufe mit dem Ladestock fleißig poliert, die Schäfte alljährlich gefirnißt, aber die Gewehre waren die schlechtesten in Europa. Der Soldat war niemals im Rückstande mit Sold oder Kleidung, aber der Sold reichte nicht hin, den Hunger zu stillen, die Kleidung deckte nicht seine Blößen.“ Mehr als die Administration und Gesetzgebung war das Kriegswesen in toten Formen verkommen.

Die Armee konnte sich denn auch nur unter den größten Mühen vorwärts bewegen. Johann von Borcke, der beim Ausbruche des Krieges bei dem Infanterie-Regimente „Alt von Larisch“ stand, schreibt darüber in seinen vom Major von Leszczynski herausgegebenen Lebenserinnerungen (Berlin, 1889): „Unser Marsch glich in seiner Schwerfälligkeit und Langsamkeit in der That mehr dem Zuge einer orientalischen Karawane als der Bewegung einer zum Kriege bestimmten Truppe .... Es bedurfte nur des Liegenbleibens eines Wagens oder einer

Kanone, was wegen der schlechten Bespannung und mangelhaften Ausrüstung häufig genug vorkam, um Stockung und stundenlangen Aufenthalt in die ganze Maschine zu bringen .... Das Regiment klebte wegen der kleinlichen Pedanterie der höheren Vorgesetzten sozusagen an der Bagage und mußte nach dieser seinen schneckenhaften Marsch einrichten .... Man quälte sich auch damit ab, daß kein erbärmliches Nest durchschritten wurde, ohne vorher, selbst beim übelsten Wetter, Halt zu machen, um sich im Paradeanzuge sehen zu lassen .... So vergeudete man die Kräfte der Truppen unnützerweise, machte Offiziere und Mannschaften mißmutig ... Unser Körper war krank, mit jedem Schritte zeigten sich die Gebrechen einer veralteten Taktik.“

Das entging auch dem Auge des Königs nicht. „Das kann nicht gut gehen,“ äußerte er gleich in den ersten Tagen des Feldzuges, „es ist eine unbeschreibliche Konfusion; die Herren wollen das aber nicht glauben und behaupten, ich wäre noch zu jung und verstände das nicht. Ich wünschte, daß ich unrecht hätte.“

Ganz anders stand es um das französische Heer. Hier hatte man kriegsgeübte und begeisterte Truppen, nirgends hemmte überflüssiges Gepäck den Marsch, die energische Oberleitung befand sich einzig und allein in der genialen Hand Napoleons. In der Nacht vom 24. zum 25. September verließ der Kaiser Paris, und schon am 28. war er in Mainz. Unterdessen hatten seine Marschälle Davoust, Bernadotte, Augerau, Lefebvre, Lannes, Berthier, Ney, Soult die Heere aus Bayern und Württemberg zusammengezogen, etwa 200 000 Mann standen vor dem Südabhange des Thüringer Waldes. Als Napoleon Anfang Oktober zur Armee stieß, unterwarf er die Verfassung des Heeres noch einmal einer genauen Prüfung, aller Ballast, sämtliche Kranke und Ermüdete wurden

zurückgelassen, und nun ging es mit gesammelten Kräften energisch vorwärts.

Die Preußen waren mittlerweile bis nach Thüringen gelangt und standen am 8. Oktober, nachdem schließlich noch Sachsen 22 000 Mann gestellt hatte, 150 000 Mann stark in der Gegend von Gotha, Erfurt und Weimar. Den Oberbefehl hatte, auf dringenden Wunsch des Königs, der alte Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig übernommen, der sich aber mit den übrigen Generälen nicht verständigen konnte und besonders mit dem Fürsten von Hohenlohe-Ingelfingen in Differenzen geraten war. Nach längerem Hin- und Herreden beschloß man endlich, die Schlacht noch nicht anzunehmen, sondern sich etwas zurückzuziehen und den Feind zwischen Saale und Elbe zu erwarten. Die Hauptarmee mit dem Herzog von Braunschweig und dem Könige zog daher von Weimar nach der Gegend von Auerstädt und Eckartsberga, um dann in der Gegend von Freiburg über die Unstrut zu gehen; Hohenlohe blieb vorläufig noch auf dem Plateau, welches sich von Jena nach Apolda und Dornburg erstreckte, gedachte aber, dem Herzog alsbald zu folgen.

Unterdessen waren die Franzosen in Eilmärschen näher gekommen und hatten die Avantgarde Hohenlohes am 10. Oktober bei Saalfeld über den Haufen geworfen; Prinz Louis Ferdinand hatte dabei den Heldentod gefunden. Am Abend des 13. stand der Feind bereits in Jena und Naumburg. Mit Erstaunen sah Napoleon, wie die Preußen alle Vorsicht beiseite gelassen und selbst die wichtigen Uebergänge über die Saale nicht besetzt hatten. „Die Preußen sind noch dümmer als die Oesterreicher!“ äußerte er bei einer Rekognoscierung. Er beschloß sofort, Hohenlohe anzugreifen, wußte dabei aber noch nicht, daß der Herzog von Braunschweig mit der Hauptarmee nach Auerstädt zu abgezogen war. Er befahl also

Davoust, mit 30 000 Mann von Naumburg her nach Apolda zu marschieren, um den Preußen in den Rücken zu fallen; er selbst wollte mit Lannes, Augerau, Murat, Soult, Ney den direkten Angriff übernehmen. In der Nacht vom 13. zum 14. ließ er die Wege zu dem Plateau ebnen und kontrollierte selbst, die Fackel in der Hand, die Arbeiten, während der Fürst von Hohenlohe, von alledem nichts ahnend, im nahen Kapellendorf seine Nachtruhe hielt. Von derselben Sorglosigkeit war auch der Herzog von Braunschweig befangen, der keine Ahnung davon hatte, daß ein großes französisches Armeecorps beim Morgengrauen die Höhen von Auerstädt besetzte.

Gleich bei Tagesanbruch, als noch ein dichter Herbstnebel über der Landschaft lag, eröffnete Napoleon die Feindseligkeiten. Bald entspann sich ein heftiges Feuer zwischen dem Lannesschen Corps und dem von Tauenzien, bis sich das letztere zurückziehen mußte. Nun griff auch Hohenlohe ein, der lange nicht hatte glauben wollen, daß es sich um bittern Ernst, um eine große Schlacht handele; die ganze Armee trat in den Kampf, ein heißes Ringen entstand, aber es fehlte den Preußen an einer einheitlichen Führung, zudem waren die Mannschaften durch mangelhafte Ernährung sehr geschwächt; mehr und mehr wichen die Kolonnen zurück; die Hilfe des Generals Rüchel, der mit 15 000 Mann bei Weimar stand, kam zu spät — ein Wirrwarr trat ein, der nicht mehr zu lösen war, bald nach 2 Uhr war die Schlacht unrettbar verloren. In wilder Flucht jagte alles, was sich retten konnte, nach Erfurt und Weimar zu.

Ganz ähnlich spielte sich die Tragödie bei Auerstädt ab. Als hier am frühen Morgen Davoust auf die Preußen stieß, war er sofort zum Angriff entschlossen; aber der Herzog von Braunschweig wollte ja nach der Unstrut und zeigte sich nicht geneigt, den Kampf aufzunehmen, er schickte nur die Divisionen

Schmettau und Blücher vor, die bald zurückgeworfen wurden. Nun machte sich der Herzog selbst auf, um sich über die Situation klar zu werden. Er sprengte zu dem Dorfe Hassenhausen, wo sich eben ein heftiger Kampf entwickelte — da erhielt er von rechts einen Schuß durch beide Augen und mußte vom Schlachtfeld hinweggeführt werden. Damit war das Schicksal der Armee entschieden. Die Fronten wichen, ein unbeschreibliches Durcheinander entstand, Furcht und Schrecken bemächtigten sich aller, in rasender Eile flohen die Massen. Kaum vermochte sich der König zu retten.

Das ganze preußische Heer war vernichtet, und krachend stürzte der Staat Friedrichs des Großen zusammen. Mit Grausen gewahrten es alle, die bisher noch auf die alte Macht und Herrlichkeit vertraut hatten, und staunend blickten sie dem Manne entgegen, der das stolze, prunkende Gebäude so jähe, fast wie mit Zaubermacht, in Trümmer schlug. Wie gelähmt waren alle, die sich noch hätten wehren können. Die Festungskommandanten öffneten, ohne auch nur den Versuch einer Gegenwehr zu machen, dem Feinde die Thore, die Truppenteile, die sich leicht noch einmal hätten sammeln und den feindlichen Corps entgegenstellen können, fielen ganz auseinander — und schon am 27. Oktober ritt Napoleon in Berlin ein.

An den Straßenecken klebten noch die roten Zettel, die der Gouverneur von Berlin, Graf von Schulenburg, am Morgen des 18. Oktober, als er die Nachricht von den Niederlagen bei Jena und Auerstädt erhalten, eiligst hatte anschlagen lassen, und auf denen — ein schmachvolles Zeugnis kläglicher Unfähigkeit — die Worte prangten:

„Der König hat eine Bataille verloren, jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht, ich bitte darum."

Unmittelbar darauf war der Herr Graf geflohen und

hatte seinen Schwiegersohn, den Fürsten Hatzfeld, zum Zivilgouverneur eingesetzt.

Der Einzug des Kaisers erfolgte von Charlottenburg aus und wurde mit besonderem Pomp in Scene gesetzt. Eine Schar von Mameluken in bunter orientalischer Kleidung eröffnete den Zug, dann kamen Sappeure und Grenadiere, hierauf erschien Napoleon selbst auf einem kleinen arabischen Schimmel; in seiner Begleitung befanden sich der Erbgroßherzog von Baden, der Prinz Jérôme, die Generäle Berthier, Augerau, Bessières. Hinter dem Kaiser ritt eine Abteilung Chasseure in wahrhaft blendenden Uniformen. Vom Brandenburger Thore bis zum Schlosse bildete die französische Garnison Spalier. „Es war ein überaus glänzendes, buntes Bild," schreibt ein Augenzeuge, „welches sich unter den Linden zeigte, und wer die Leidensgeschichte der letzten Wochen nicht kannte, hätte bei dem Flattern der Fahnen, dem Donner der Kanonen und dem Geläute der Glocken glauben können, daß der angestammte Herrscher nach siegreichem Kampfe in seine Hauptstadt wieder heimkehrte. So groß war der Jubel in Berlin! Und zeitgenössische Journalisten der Hauptstadt wetteiferten in der Erbärmlichkeit der Gesinnung mit einander, indem sie in hündischen Schmeicheleien gegen den fremden Eroberer und sein Heer und zugleich in Schmähungen niedrigster Art gegen die edle Königin Preußens, den Prinzen Louis Ferdinand und den unglücklichen, totwunden Herzog von Braunschweig überflossen! Abends fand sogar eine allgemeine Illumination der Straßen Berlins statt, und der Kaiser ritt wohl eine Stunde lang mit nur wenigen Begleitern umher, um sie anzuschauen und allerorten von dem Jubel der Bewohner empfangen zu werden."

Es rächte sich jetzt bitter, daß man das Volk so lange in politischer Unreife erhalten, daß man es nur zu blindem

Gehorsam erzogen, daß man die tiefere Auffassung von Staat und Vaterland niemals einzupflanzen versucht hatte.

Selbst Napoleon fühlte sich von dieser schmachvollen Haltung der Berliner angewidert und sprach das wiederholt in engerem Kreise aus. Sogar auf St. Helena kam er noch einmal darauf zu sprechen und sagte, daß in Paris dergleichen nicht geschehen könnte.

Mit der Besitzergreifung von Berlin erreichte Napoleon die höchste Staffel seines Ruhms und seiner Macht. Bis zum Herbst 1813 war jetzt sein Wille der allein maßgebende in ganz Deutschland; mit energischer Hand drückte er dieser Zeit seinen Stempel auf; mit Recht nennt man daher diese Periode die napoleonische.

Nur ein Mann von außerordentlicher Begabung, von eminenter Thatkraft und von barbarischer Rücksichtslosigkeit vermochte sich eine solche Machtstellung zu schaffen.

Es ist das Verdienst des berühmten französischen Historikers H. Taine, das Charakterbild Napoleons jetzt in festen Umrissen gezeichnet zu haben. Haß auf der einen, Vergötterung auf der anderen Seite hatten bisher das Porträt dieses Riesen bis zur Unkenntlichkeit entstellt. „Maßlos in allem", beginnt Taine seine Charakteristik, „aber noch mehr absonderlich, steht Napoleon nicht bloß außerhalb jeder Linie, sondern auch außerhalb jedes Rahmens. Nach Temperament, Trieben, Fähigkeiten, Einbildungskraft, Leidenschaft und Moral scheint er in einem besonderen Modell gegossen, aus einem andern Metall geformt zu sein, wie seine Mitbürger und Zeitgenossen." Auf den ersten Blick erkannte man auch in Frankreich in ihm den Fremden, in dem den antiken Formen zuneigenden Antlitz mit der kräftigen Nase und dem breiten, energischen Kinn den Italiener. Im besondern war er Korse, mit der ganzen Glut seines Herzens Eingeborner jener Insel, auf

der sich der Familienkrieg in der Form der Blutrache ständig erhalten hatte, wo man nur in bewaffneten Trupps auszugehen wagte und jedes Haus eine Festung sein mußte. Nur mit verbissenem Zorn ertrug er als junger Mensch die französische Herrschaft. Auch die Kriegsschule von Brienne übte auf die Entwicklung seines Charakters keinen Einfluß aus; er ging seinen eigenen Weg, ohne sich an Kameraden anzuschließen. „In der maßlosen und absonderlichen Größe seiner Uebertreibungen glaubt man einen vulkanisch geheizten Granitblock zu sehen", sagte ein Lehrer der Kriegsschule von ihm. Gegen den König und das Land, dem er seine Erziehung verdankte, empfand er nie die geringste Dankbarkeit; er war weder monarchisch, noch ein Edelmann, sondern hatte — ganz wie der Kondottiere seiner Heimat — nur Ehrgeiz für sich. So blieb er denn auch dem Rausche der Revolution gegenüber vollständig kalt und wußte lange nicht, wohin er sich wenden sollte. Bald war er für den König, bald für das Volk, bald für diesen, bald für jenen Machthaber, d. h. er schien es zu sein; im Grunde suchte er immer bloß seinen eigenen Vorteil, nur wußte er noch nicht, nach welcher Richtung er das Schiff seines Glückes steuern sollte. Schließlich kam ihm die Gunst der Verhältnisse zu Hilfe, und rasch wurde er nun ein Kondottiere im großen Stil, der nach den höchsten Spitzen strebte, waren diese nun „ein Thron oder ein Schaffot". Schnell entwickelte er sich zum Meister. Mit unglaublicher Gewandtheit und Rücksichtslosigkeit behandelte er Menschen und Völker, Regierungen und Religionen; in kurzer Zeit war er ein unübertroffener und unerschöpflicher Virtuose im Blenden, Verführen, Verderben, Einschüchtern, bewundernswert und noch mehr schreckenerregend, ganz wie ein prächtiger Tiger, der plötzlich auf eine Herde zahmer Wiederkäuer losgelassen wird. Mehr und mehr entwickelte sich dann der Tyrann in

ihm. Schon unter dem Direktorium floh bei seiner Annäherung alle Gleichheit, alle Vertraulichkeit, alle Kameradschaft. Gleichzeitig entfaltete sich mehr und mehr sein Genie als Feldherr und Herrscher. Dabei zeigte er eine Arbeitskraft ohne gleichen. Schon während der Konsular-Regierung überstieg seine rastlose Thätigkeit alle Begriffe. „Er ist in allen Sitzungen", schreibt der Staatsrat Röderer in seinen Lebenserinnerungen, „fünf und sechs Stunden nacheinander . . . Niemals trennen sich die Staatsräte, ohne daß sie durch ihn an Kenntnis bereichert wurden, denn entweder hat er sie belehrt, oder er hat eine Frage vertieft. Die Mitglieder des Senats, des gesetzgebenden Körpers und des obersten Gerichtshofes kamen nie von ihm ohne nützliche Anregung. Er kann keine Männer der Oeffentlichkeit vor sich haben, ohne selbst Staatsmann zu sein; jede Begegnung wird für ihn Staatsrat. Er kann 18 Stunden arbeiten, das nämliche oder verschiedenes. Ich habe ihn nie müde gesehen. Selbst wenn sein Körper ruhte, beschäftigte sich sein Geist." Niemals war er zerstreut, immer war er bei der Sache, auch wenn das Verschiedenartigste auf ihn eindrängte. Er selbst sagte von sich, daß die verschiedenen Gegenstände und Geschäfte in seinem Kopfe wie in einem Schranke geordnet lägen. „Wenn ich eine Affaire unterbrechen muß", erzählte er, „mache ich ihre Schublade zu und öffne eine andere. Sie vermischen sich nie, belästigen mich nicht und machen mich nicht müde. Will ich schlafen, so schließe ich alle Schubladen und schlummre sofort ein." Die Masse der Thatsachen, die sein Geist registrierte und behielt, die Menge der Ideen, die er ausarbeitete und vorbrachte, scheint die menschliche Fassungskraft zu übersteigen. Er erhielt sich diese ungeheure geistige Leistungsfähigkeit, weil er nie etwas Ueberflüssiges las, sich nie überflüssigen Grübeleien hingab. Er haßte und verachtete

das Abstrakte. Bücher lieferten ihm nur Fragen, die Lösung besorgte er selbst. Seine klassische Bildung war denn auch gering; die schönen Wissenschaften und die Philosophie gingen spurlos an ihm vorüber; nur die Mathematik und das Positive aus Geographie und Geschichte prägte sich ihm tief ein. In allen Dingen unterrichtete er sich nicht durch die Spekulation, sondern durch die Praxis, daher auch sein Geschmack an den Details. „Es giebt nichts im Kriege", sagte er einmal, „das ich nicht selbst machen kann. Wenn niemand mehr da ist, um Pulver zu machen, so kann ich es machen; ebenso kann ich Laffetten bauen, Kanonen gießen, alle Einzelheiten des Manöverierens lehren." So ist er Artilleriegeneral und Obergeneral geworden, so ward er Diplomat, Finanzmann und Staatsmann in allen Zweigen der Verwaltung.

Auch auf dem psychologischen Gebiete war er ein ungemein scharfer Beobachter. „Niemand," sagt Taine, „hat ihn übertroffen in der Kunst, die Zustände und Bewegungen einer Seele und vieler Seelen zu entziffern, die wirksamen stetigen oder augenblicklichen Motive herauszufinden, die den Menschen im allgemeinen, oder diesen und jenen im besondern antreiben oder zurückhalten, und die Spannkraft zu entdecken, die man verwerten, die Art und den Grad des Druckes zu erfahren, den man anwenden kann." In der Ausnutzung der Menschen ging er dann ohne jede Rücksicht vor. Recht und Gerechtigkeit blieben ihm dabei immer leere Phrasen. Sein Verhalten entsprach stets genau dem Zweck, den er verfolgte. Gegen seine Generäle war er kurz angebunden und gebieterisch, in seinen Proklamationen dagegen brachte er die effektvolle und pathetische Sprache zur Anwendung. Mit der Wahrheit ging er dabei je nach Bedürfnis um; oft fälschte er die Berichte mit großer Kunst. „Ich hatte immer ein peinliches Gefühl," schreibt sein Sekretär Bourienne,

„wenn ich nach seinem Diktat amtliche Berichte schreiben mußte, in denen jedes Wort eine Lüge war. Aber wenn ich Einwendungen wagte, war seine Antwort immer: Mein Lieber, Sie sind ein Dummkopf, davon verstehen Sie nichts."

Bei seinem maßlosen Egoismus war ihm natürlich jede Unabhängigkeit des Charakters, jede geistige Größe zuwider, und er hielt sie sich fern. Nur Bediente, Maschinen und Fanatiker konnte er um sich haben. Seine Minister wurden Kommis, seine Generäle stumme Handlanger. Seine Marschälle überwachte er sorgfältig, damit sie nicht zu groß wurden. Mancher erfuhr erst durch das kaiserliche Bülletin den Sieg, den er errungen, die Rede, die er gehalten haben sollte. Immer verlangte er den ganzen Menschen, Leib und Seele, den vollständigen Verzicht auf eigenes Gewissen und Urteil. Folgerichtig wandte er sich immer nur an die egoistischen Leidenschaften der Menschen, Furcht, Begierde, Eigenliebe, Habsucht und Neid. „In großen wie in kleinen Dingen," sagt Frau von Remusat, „ist es sein Prinzip, daß man nur dann Eifer hat, wenn man beunruhigt ist." Niemand fühlte sich daher bei ihm wohl und heimisch, am wenigsten seine nächste Umgebung, der gegenüber er oft seinem Jähzorn die Zügel schießen ließ. Josephine, seine Geschwister und seine Generäle wußten davon zu erzählen. Was ihm an Kleidern nicht paßte, warf er sofort ins Feuer; die Lakaien mißhandelte er thätlich.

Auch in seiner Schrift trat seine Rücksichtslosigkeit und sein Egoismus in die Erscheinung. Er schrieb zusammenhangslos und unleserlich, schließlich konnte er gar nicht mehr schreiben, und seine Unterschrift ward zum Klecks.

„Das alles," sagt Taine, „ohne ein anderes Motiv als sein persönliches Interesse und Gutdünken, willkürlich und roh, mit offener Verletzung des Völkerrechts, der Humanität

und des Gastrechts, unter Mißbrauch der Gewalt, durch ein Gewebe von Brutalitäten und Betrügereien, mit Unterdrückung der Verbündeten und Plünderung der Besiegten, mit Ausraubung der Völker durch seine Soldateska im Kriege und systematische Aussaugung im Frieden — man müßte Bände füllen, wollte man alles beschreiben!"

Es war natürlich, daß ein solcher Mann die ganze alte Ordnung der Dinge in Deutschland mit Leichtigkeit und kühlen Herzens bis auf den Grund zertrümmerte. Er ließ es denn auch mit dem Einzuge in Berlin noch nicht sein Bewenden haben, sondern trieb den König und die Königin bis nach Memel und schloß erst am 7. Juli 1807 mit Preußen den sogenannten Tilsiter Frieden, in welchem Friedrich Wilhelm III. nur die vier Provinzen Brandenburg, Schlesien, Pommern und Preußen zurückerhielt und die Größe des preußischen Heeres auf 42000 Mann beschränkt wurde, der weiteren ebenfalls sehr drückenden Bestimmungen und der 120 Millionen Thaler Kontribution gar nicht zu gedenken.

Friedrich Wilhelm III. hatte sich lange gesträubt, diesen schmachvollen Frieden anzunehmen; erst als er sehen mußte, daß auch der Kaiser Alexander von Rußland, geblendet von der Genialität des Korsen, zu diesem überging und sogar sein begeisterter Bundesgenosse wurde, gab er allen Widerstand auf und fügte sich. Tief bewegt nahm er von den Landeskindern Abschied, die jetzt andern Herrschern zugeteilt wurden. „Was Jahrhunderte und biedere Vorfahren, was Verträge, was Liebe und Vertrauen verbunden hatten," sagte er, „mußte getrennt werden. Das Schicksal gebietet, der Vater scheidet von seinen Kindern. Euer Andenken kann kein Schicksal, keine Macht aus Meinem und der Meinen Herzen reißen."

Unterdessen schnitt Napoleon ein Herzogtum Warschau zusammen, das er dem Kurfürsten von Sachsen gab, den er

zum König erhob, und errichtete aus Kurhessen, Braunschweig, einem Teile von Hannover, ehemaligen preußischen Landschaften u. a. ein Königreich Westfalen, auf dessen Thron er seinen jüngsten Bruder Hieronymus setzte. Am 27. Juli 1807 traf er wieder in Paris ein, vom Volke umjubelt wie ein Olympier.

Für Deutschland trat durch diese Rückkehr Napoleons nach Frankreich eine kurze Ruhepause ein; nach all den Aufregungen atmete man wieder einmal auf und schaute um sich — wie sah es denn eigentlich nach den Stürmen und Umwälzungen in den deutschen Landen aus? Neue Grenzen waren kreuz und quer gezogen, aber das Volk war wenig anders geworden. „Die Zeit ist im Fortschritt," schrieb Ernst Moritz Arndt in seinem Buche „Geist der Zeit," „und die Zeitgenossen im Stillstehen." Und Gneisenau klagte in einer Denkschrift: „Jeder will nur sich und seine Genüsse retten, und den Ehrliebenden bleibt nichts übrig, als diejenigen zu beneiden, die auf dem Schlachtfelde fielen." Sehr viele kamen über die Bewunderung Napoleons gar nicht hinaus. Johannes Müller, der Historiograph des königlich preußischen Hauses, wurde zum faden Schmeichler des Eroberers, der Philosoph Hegel, durch die Katastrophe von Jena aus der akademischen Bahn geworfen, übernahm die Redaktion der „Bamberger Zeitung" und leitete nun das Blatt ganz im Sinne der Franzosen. Napoleon war ihm dabei die Weltseele zu Roß, und das Heil Deutschlands kam ihm einzig und allein von Paris. Und Johann Peter Hebel, der alemanische Dichter, erzählte in seinem „Rheinländischen Hausfreunde" mit Behagen Geschichten aus dem Leben des „großen Helden Napoleon," in denen Verrat und Gemeinheit immer auf seiten der Deutschen, Großmut und Edelsinn stets bei den Franzosen zu finden war. Die Zeitschrift „Jason" brachte

es sogar zu dem Ausrufe: „Gott gab Napoleon die Kraft und den Willen, alles Hindernis zu übersteigen, welches die Bösen dem Guten in den Weg legen."

Erst die schwersten Trübsale konnten der Nation zum Bewußtsein bringen, wie verhängnisvoll ihr die Fremdherrschaft mehr und mehr werden mußte. Am längsten verschloß sich Süddeutschland der Erkenntnis, daß das deutsche Volk unter der napoleonischen Herrschaft nach und nach dem vollständigen Elend anheimfallen müsse. Man beugte sich sogar mit einer gewissen gelassenen Behaglichkeit der Allmacht Napoleons. Die ersten Versuche, sich wieder aufzurichten, machte jenes Land, das am tiefsten erniedrigt worden war, das unglückliche Preußen.

Nach dem Frieden von Tilsit war König Friedrich Wilhelm III. so niedergebeugt, daß er sogar meinte, „ein unerbittliches Verhängnis" verfolge ihn, und, um das Schicksal zu versöhnen, die Absicht hegte, die Krone niederzulegen. Die Tröstungen der Königin Luise, die die Hoffnung, daß auch wieder bessere Zeiten kommen würden, nicht aufgab, vermochten aber schließlich, daß er wieder Vertrauen faßte und neuen Glauben an die Zukunft gewann. Aber wer sollte ihm Berater sein bei der schweren Arbeit, das verwüstete und verarmte Land wieder aufzurichten? Graf Hardenberg durfte fürderhin nicht mehr sein Minister sein — so wollte es der Sieger. Da fiel der Blick auf den Freiherrn von Stein. Allein der König konnte die „Genies" nicht leiden; der Freiherr war ihm sogar unsympathisch, und er hatte ihn im Januar 1807 sehr ungnädig entlassen. Aber Stein war trotzdem der geeignete Mann, und so stimmte denn endlich der König zu, ihn an die Spitze der Regierung zu berufen. Die Prinzessin Luise, Hardenberg und Blücher übernahmen es, Stein willfährig zu machen, und so traf dieser denn am

30. September 1807 aus Nassau in Memel ein. Eine neue Lebensperiode begann damit für Preußen. „Er war ein Mann," schreibt Ludwig Häusser, „der Ideen und Ideale besaß, ohne doch der Praxis fremd zu sein; dessen Genialität ihn nicht hinderte, die vorhandenen menschlichen Dinge und Bedürfnisse aus ihrer Wirklichkeit im Leben zu erkennen und darnach zu handeln." Die Haupterfordernisse zur Wiederaufrichtung des Landes waren ihm: einen sittlichen, religiösen, vaterländischen Geist im Volke zu heben, allen Verzagten wieder Mut, Selbstvertrauen, Bereitwilligkeit zu jedem Opfer für die Unabhängigkeit und für die Nationalehre einzuflößen und die erste günstige Gelegenheit zu ergreifen, den blutigen, wagnisvollen Kampf für beides zu beginnen. Durch großartige Reformen suchte er diesem Ziele zuzustreben. Er beseitigte alle drückenden Vorrechte, stellte die Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gerichte her, gewährte den freien Gebrauch des Grundeigentums, hob die Leibeigenschaft und Erbunterthänigkeit im ganzen Staatsgebiete auf, gab den Städten das Recht, ihre Angelegenheiten selbst zu verwalten, und leitete, um Geld in die leere Staatskasse zu bekommen, den Verkauf der Domänen ein.

Neben dieser Umgestaltung der Verwaltung unternahm der Generalmajor von Scharnhorst mit dem Oberstleutnant von Gneisenau, dem Oberst von Boyen und den Majoren von Grolmann und von Clausewitz die Reorganisation des Heeres. Als oberster Gesichtspunkt wurde dabei die innigste Wechselwirkung zwischen Volk und Heer hingestellt. Es wurde also mit dem alten Söldnersystem gebrochen und die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Sodann wurde das Privilegium des Adels beseitigt, daß nur ihm allein es zukomme, die Offiziersstellen zu bekleiden. „Einen Anspruch auf Offizierstellen können im Frieden nur Kenntnisse und Bildung gewähren, im Kriege ausgezeichnete Tapferkeit, Thätigkeit und Ueberblick," schrieb Scharnhorst. „Aus der ganzen Nation müssen daher alle Individuen, die diese Eigenschaften besitzen, auf die höchsten militärischen Ehrenstellen Anspruch haben." Neben dem eigentlichen Heere richtete Scharnhorst ferner eine „Reserve-Armee" ein, die er später „Landwehr" nannte. In diese „Reserve-Armee" stellte er alle diejenigen zurück, die ihre Ausbildung erlangt hatten und wieder in ihren bürgerlichen Beruf eintraten. Da Preußen nach dem Vertrage mit Napoleon nur ein stehendes Heer von 42 000 Mann halten durfte, so kürzte er die Dienstzeit möglichst ab, wechselte also möglichst rasch und war infolgedessen bereits nach drei Jahren im stande, über ein wohl eingeübtes Heer von 150 000 Mann zu verfügen. Erst 1811 entdeckte der französische Gesandtschaftssekretär Lefebvre diese geschickte neue Einrichtung und berichtete darüber nach Paris, der Staat hatte sich aber mittlerweile bereits so gekräftigt, daß eine Einsprache Napoleons nicht mehr direkt vernichtend wirken konnte.

Gleichzeitig mit der Reorganisation der Verwaltung und des Heeres hob sich auch das geistige Leben. Zwar zog sich Goethe, unangenehm von dem Lärm des Krieges berührt, ganz in seine Weimarische Einsamkeit zurück, und ein Kreis von jüngeren Dichtern, Tieck, Brentano, Arnim und die Brüder Schlegel, flüchteten sich in die Zauberkreise altdeutschen Lebens, aber es gab auch noch kraftvolle Naturen genug, die sich mit offener Stirn mitten in die Stürme der Gegenwart stellten. Fichte hielt im Winter von 1807 zu 1808 zu Berlin „Reden an die deutsche Nation," in denen er mit Flammenworten die Haupterfordernisse zu einem gesunden Staatsleben darlegte und dann entwickelte, daß nur durch Energie und Charakterstärke sich das deutsche Volk zur früheren Machtstellung und zu staatlicher Freiheit emporringen könne. „Kein Mensch

und kein Gott," sagte er, „und keines von allen im Gebiete der Möglichkeit liegenden Ereignissen kann uns helfen, sondern allein wir selber müssen uns helfen, falls uns geholfen werden soll." Jahn schrieb ein energisches Buch „Deutsches Volkstum," mit dem er den vaterländischen Sinn wieder zu wecken suchte, und Ernst Moritz Arndt verfaßte das kraftvolle Werk „Geist der Zeit," in dem er sich besonders gegen die Zaghaften wendet, die sich „der fremden Kraft blind ergeben." „Die Vorsehung geht mit dem All der Dinge und mit dem Menschengeschlecht ihren ewig dunklen Weg, den ich nimmer verstehen werde," sagt er, „aber auch in meine Hand ist eine Vorsehung gegeben; wenn ich für das Allgemeine empfinde, handle, strebe, so fühle ich in mir, wie klein oder groß ich sei, eine Kraft, welche das Weltschicksal ändern kann. Deswegen muß jeder Mensch die hohe Majestät des eignen Willens, das tiefe Gesetz des eignen Glaubens verteidigen, er muß sich auflehnen gegen das Unrecht, er muß der Gewalt Gewalt entgegenwerfen, in den Tod muß er gehen für sein Recht, der Mitregierung der Welt und der Macht, die alles geheim regiert, die letzte Entscheidung überlassen."

Ferner bildete sich ein Bund patriotischer Männer zur Erweckung vaterländischer Gesinnung und zur Vorbereitung einer allgemeinen Volksbewaffnung, der sogenannte Tugendbund, der bald Mitglieder im ganzen Lande hatte.

So keimte denn langsam allerwärts neue Hoffnung auf; immer mehr befestigte sich die Zuversicht, daß es trotz alledem gelingen werde, das schmachvolle Joch der Fremdherrschaft wieder abzuwälzen. Auch Stein blickte täglich zuversichtlicher in die Zukunft und äußerte dies in einem Briefe, den er am 15. August 1808 an den Fürsten Wittgenstein nach Dobberan schrieb. Unglücklicherweise wurde aber dieser Brief von den Franzosen abgefangen und zog nun die schlimmsten

Folgen nach sich. Napoleon ersah aus dem Briefe, welche Stimmung in Preußen herrschte, und beeilte sich, das unglückliche Land noch fester zu knebeln. Dadurch wurde das Bleiben Steins an der Spitze der Regierung zur Unmöglichkeit; Stein bat den König um seine Entlassung. Allein der König konnte sich nicht entschließen, dem Gesuche zu entsprechen — wenigstens wollte er erst noch einmal versuchen, den Zorn Napoleons zu mildern; die Gelegenheit dazu war zufällig sehr günstig; der Kaiser beabsichtigte, Ende September in Erfurt einen großen Kongreß abzuhalten. Auf diesem konnte Prinz Wilhelm es unternehmen, Napoleon etwas gnädiger zu stimmen.

Der Kongreß zu Erfurt war das glänzendste Schauspiel, das Napoleon jemals in Scene gesetzt hat. Er hatte eigentlich nur den Zweck, das Verhältnis zwischen Rußland und Frankreich genauer festzustellen, wurde aber mit einem Pomp abgehalten, als sollte die halbe Welt geteilt werden. Außer dem Kaiser Alexander hatte Napoleon sämtliche Rheinbund-Fürsten, die ganze Diplomatie des Kontinents und sogar das ganze Schauspielerpersonal des Théâtre français nach Erfurt beschieden. Und alle erschienen sie, der König von Bayern, der König von Württemberg, der König von Sachsen, der König von Westfalen und alle die kleinen Fürsten von Napoleons Gnaden. Voll Bewunderung blickten sie zu dem Allmächtigen empor, und in allen nur denkbaren Schmeicheleien ergingen sie sich vor ihm. Als der Herzog Emil August von Gotha einmal bei der Tafel ganz in stummes Anstaunen Napoleons versunken war, fragte ihn dieser: „Eh bien, Monsieur de Gotha, Sie leben wohl von der Luft?" worauf dieser begeistert antwortete: „O nein, Sire, von den Strahlen der Sonne!" Und als der Schauspieler Talma bei der Aufführung des „Oedipus" als Philoktet die Worte sprach: „Die Freundschaft eines großen Mannes ist eine Wohlthat

Gottes!" da beugte sich Kaiser Alexander auf die Hand Napoleons, als ob er sie küssen wollte, und rief: „Dies habe ich nie in meinem ganzen Leben tiefer empfunden, als in diesem Augenblicke!" Selbst Goethe stand in diesem Banne der Bewunderung, nachdem er am 2. Oktober vom Kaiser zur Audienz beschieden worden war und mit ihm ein längeres Gespräch über die Dichtkunst geführt hatte.

Angesichts dieser allgemeinen Vergötterung fühlte sich Napoleon natürlich so vollständig sicher in seiner unumschränkten Macht, daß er nicht im geringsten geneigt war, auf die Bitten Preußens einzugehen; Prinz Wilhelm erreichte nichts bei ihm, wohl aber erhielt er — eine Einladung zu einer Hasenjagd auf dem Schlachtfelde von Jena!

Unter diesen Umständen sah sich Friedrich Wilhelm III. gezwungen, den Freiherrn von Stein am 24. November 1808 zu entlassen. Stein ging zunächst nach Oesterreich und dann nach Rußland. Napoleon hielt es für zweckmäßig, ihm noch eine schmachvolle Aechtung nachzusenden, in der es hieß: „Ein gewisser Stein, welcher Unruhen in Deutschland zu erregen sucht, ist zum Feinde Frankreichs und des Rheinbundes erklärt. Die Güter, welche der besagte Stein, sei es in Frankreich, sei es in den Ländern des Rheinbundes, etwa besitzen sollte, werden mit Beschlag belegt. Der besagte Stein wird überall, wo er durch Unsere oder Unserer Verbündeten Truppen erreicht werden kann, verhaftet!"

Für alle Patrioten war der Rücktritt Steins ein schwerer Schlag. Die Hoffnung, die Fremdherrschaft bald abschütteln zu können, schwand wieder dahin, und diejenigen, welche für die unbedingte Unterwerfung unter Napoleon waren, triumphierten mehr denn je. Tief bekümmert schrieb Scharnhorst: „Alle Anstrengungen, die wir gemacht, und deren Größe niemand ahnt, alle Pläne für die Wiederbefreiung des Vaterlandes

werden umsonst sein, denn die Umgebung des Königs, fürchte ich, wird bald aus französischen Söldnern und schlechten Patrioten bestehen."

Lebhafter gährte es unterdessen in Oesterreich. Im geheimen wurde in der ganzen Monarchie gerüstet, um eine förmliche Volkserhebung vorzubereiten; Kaiser Franz, der bisher von der Volkshilfe nichts hatte wissen wollen, meinte jetzt: „die Völker sind itz a was," und suchte die kriegerische Stimmung in allen Kreisen zu wecken.

Davon erhielt aber Napoleon sehr bald Kenntnis und organisierte ohne Zögern ein großes Heer, das er auch sofort anfangs 1809 gegen Oesterreich in Bewegung setzte. Mit außerordentlicher Schnelligkeit drang er bis nach Wien vor, und nun erst kam es am 21. und 22. Mai bei Aspern zu einer größeren Schlacht, in der der Erzherzog Karl den Ansturm der Franzosen zurückschlug. Leider aber wußten die Oesterreicher diesen ersten Sieg über Napoleon nicht auszunutzen; nach einem von Massena meisterhaft ausgeführten Rückzuge sammelte Napoleon die Truppen aufs neue und schlug nun die Oesterreicher am 5. und 6. Juli bei Wagram, wenn auch erst nach schwerem Ringen.

Aehnlich ungünstig verlief ein Aufstand der Tyroler. Der Hauptführer desselben, Andreas Hofer, wurde von den Franzosen gefangen genommen und dann in Mantua erschossen. Dieses tragische Ende, wie der ganze Kampf des heldenmütigen Bergvolkes, machte in ganz Deutschland einen tiefen Eindruck, war aber von keiner weiteren politischen Bedeutung, ebenso wie die Schilderhebung eines Dörnberg, der den König Jerome in Kassel gefangen nehmen wollte, und die Schills, der auf eigene Faust in Norddeutschland eine Auflehnung gegen das napoleonische Regiment versuchte.

Die Macht Napoleons hatte sich durch den kurzen Feld-

zug noch weiter befestigt. Oesterreich mußte sich durch den Frieden zu Wien am 14. Oktober schwere Bedingungen gefallen lassen, und der Kaiser Franz konnte sich sogar noch glücklich schätzen, daß er überhaupt die Kaiserkrone behielt.

Die Vernichtung der Macht Preußens und Oesterreichs wurde von den Fürsten des Rheinbundes mit einem gewissen Behagen und selbst mit Schadenfreude beobachtet. Dadurch, daß sie sich sofort vor dem Eroberer gebeugt hatten, war von ihnen — so meinten sie — das bessere Teil erwählt worden, und in der That befanden sie sich auch, von ihrer Abhängigkeit von Napoleon abgesehen, in weit günstigeren äußeren Verhältnissen. Sachsen rechnete sich vor, wie es sich während der ganzen Kriegsläufte pekuniär wesentlich besser gestanden habe als Preußen, und empfing Napoleon, wenn er einmal durch das Land kam, mit den größten Schmeicheleien. Die Universität Leipzig nannte zu Ehren des Kaisers eine Sterngruppe im Orion die „Sterne Napoleons.“ In Bayern bildete sich eine Art Großmannssucht heraus. Napoleon hatte das Land durch fränkische und schwäbische Gebiete, sowie durch Tirol und Vorarlberg erheblich vergrößert, und nun suchte der bayerische Minister Montgelas das junge Königreich zu einer europäischen Mittelmacht zu erheben, richtete die ganze Verwaltung nach der französischen Staatsform ein, rief dadurch aber eine solche allgemeine Verwirrung hervor, daß es dann fast zweier Jahrzehnte bedurfte, um wieder Ordnung in die Verhältnisse zu bringen. Selbst in der Mitte der zwanziger Jahre wußte man noch immer nicht, wie hoch sich die Staatsschuld des Landes belief. Am meisten suchte aber der König Friedrich von Württemberg die Situation auszunutzen; er hob die altwürttembergische Verfassung auf, belegte, um sich weitere Mittel für seine luxuriöse Hofhaltung zu verschaffen, das Land mit einer außerordentlichen Steuerlast

und führte schließlich einen Zustand vollständiger Rechtlosigkeit herbei: „Es fehlte nicht nur jeder höhere sittliche Grundsatz,“ schreibt Ludwig Häusser in seiner „Deutschen Geschichte,“ „sondern auch die einsichtige Erwägung des Gemeinwohls.“ Außerdem trat der König in ein verwandtschaftliches Verhältnis zu Napoleon, indem er seine Tochter Katharina dem jüngsten Bruder des Kaisers, Jerome, zur Gemahlin gab. Er glaubte sich dadurch der Huld des Kaisers ganz besonders versichert zu haben.

Trotz dieser Ergebenheit der Rheinbundfürsten fühlte Napoleon doch sehr deutlich, daß der Haß gegen die Fremdherrschaft im deutschen Volke im steten Zunehmen begriffen war. Mit rücksichtsloser Strenge zog er daher den Knebel immer fester an und wurde dabei von den Rheinbundfürsten aufs beste unterstützt. Die Bühne und die Presse wurden unter eine strenge Censur gestellt. Von Kotzebues Stücken wurden „Die Glücklichen“, „Die Komödiantin aus Liebe“, „Das vermauerte Fenster“, „Die Feuerprobe“, „Der arme Dichter“ u. a., von Schillers Dramen „Die Räuber“, „Maria Stuart“ und „Tell“, von Goethes Dramen „Faust“ verboten. Die Zeitungen mußten die ängstlichste Zurückhaltung beobachten und sahen sich schließlich jedweder Selbständigkeit beraubt, als am 29. Mai 1811 Napoleon die Verordnung erließ: „Jedes Blatt wird unterdrückt werden, welches andere politische Nachrichten bringt, als die dem „Moniteur“ entnommenen.“ Am liebsten sah es der Kaiser, wenn überhaupt gar keine deutschen Zeitungen erschienen, und darum unterdrückte denn auch eines Tages der Fürstprimas Karl von Dalberg aus Erkenntlichkeit dafür, daß Napoleon das Fürstentum Frankfurt zu einem Großherzogtum erhoben und durch Hanau und Fulda vergrößert hatte, kurzer Hand die gesamten Zeitungen innerhalb seines Großherzogtums.

Im übrigen suchte Napoleon der Mißstimmung dadurch zu begegnen, daß er wiederholt von einer langen Friedenszeit sprach, die nun anbrechen werde. Und in der That hatte es den Anschein, als sollte eine Periode der Versöhnung und Ruhe kommen, denn Napoleon selbst that nach dieser Richtung hin einen wichtigen Schritt. Er warb, nachdem er sich von seiner Gemahlin Josephine hatte scheiden lassen, um die Hand der Tochter des Kaisers Franz von Oesterreich, der Erzherzogin Marie Luise, und in der Burg zu Wien setzte man sich über alles hinweg, was bisher geschehen war, und sandte dem Gewaltigen die junge Prinzessin sogar „mit einer gewissen Freudigkeit" nach Paris.

Allein das Idyll an der Seine dauerte nicht lange; ein gespanntes Verhältnis zu Rußland, dem Napoleon viel versprochen, aber nichts gehalten hatte, machte sich mehr und mehr bemerkbar, und bald war es beschlossene Sache, auch den russischen Koloß der französischen Macht zu unterwerfen. Die Schwierigkeit des Unternehmens verhehlte sich der Kaiser aber keineswegs; er wußte, wie sehr der Wohlstand, besonders in Deutschland, zerrüttet war, welche große Lücken seine Armeen nach und nach erhalten hatten. Er zwang daher Preußen zu einer Allianz, der zufolge Friedrich Wilhelm III. zu dem Feldzuge gegen Rußland 20000 Mann und 60 Geschütze stellen mußte; in ähnlicher Weise verpflichtete er Oesterreich; noch bedeutendere Heere mußten die Rheinbundfürsten stellen — Bayern allein 30000 Mann —, und so konnte er schließlich im Sommer 1812 mit einem Heere von 450000 Mann die russische Grenze überschreiten. Der Sieg war zunächst auch hier auf seiner Seite; er drang bis Moskau vor, aber nun brach der nordische Winter mit einer Macht ohnegleichen herein; Tausende seiner Soldaten erfroren, noch mehr verhungerten, da auf den schier endlosen Schneefeldern keine

Lebensmittel aufzutreiben waren, das Winterquartier Moskau wurde von den Russen selbst in Brand gesteckt — in ohnmächtiger Wut mußte er sich entschließen, den Rückzug anzutreten. Nur der zwanzigste Teil der „großen Armee" gelangte wieder über die Weichsel.

Als die Nachricht von dieser ungeheuern Niederlage in Deutschland bekannt wurde, regte sich sofort allerwärts die Hoffnung, daß nun endlich die Morgenröte einer neuen Zeit anbrechen werde. Friedrich Wilhelm III. wehrte jedoch allem Drängen, sich jetzt gegen Napoleon zu erheben, heftig ab. „Nicht über die Schnur hauen!" soll er gesagt haben. „Napoleon ist ein zu großes Genie; er wird immer wieder Hilfsmittel zu finden wissen." Noch mehr als früher fehlte ihm jetzt das Vertrauen auf die eigene Kraft, zudem war er in seinem Gemüte tief gebeugt, da er am 19. Juli 1810 seine Gemahlin, die Königin Luise, die ihn ehedem so oft bei schweren Schicksalsschlägen getröstet und wieder ermutigt, durch den Tod verloren hatte.

Allein der große Befreiungskampf war nicht mehr zurückzuhalten. Gegen den Willen des Königs that der General York dazu den ersten Schritt. Er führte die 20000 Mann, die mit Napoleon nach Rußland gezogen waren. Durch ein gütiges Geschick war es gekommen, daß er den nördlichen Flügel der „großen Armee" zu bilden gehabt hatte und dadurch vor dem Untergange bewahrt geblieben war. Jetzt sträubte sich sein vaterländisches Gefühl dagegen, dem korsischen Eroberer noch länger dienstbar zu sein, und er fragte in Berlin beim Könige an, ob er nicht die Allianz mit den Franzosen aufgeben solle. Er erhielt jedoch eine ausweichende Antwort, und da die Entscheidung drängte, so schloß er am 30. Dezember 1812 auf eigene Faust mit dem russischen General Diebitsch in einer Mühle bei Tauroggen eine Konvention

ab, laut deren das preußische Corps für neutral erklärt wurde. Wie ein Blitz fuhr diese Nachricht durch Deutschland, Napoleon ballte die Faust, und Friedrich Wilhelm III. erklärte, daß er die Konvention nicht genehmige; doch der Sturm war nicht mehr zu bändigen und wuchs in Preußen von Tag zu Tag. Bald war jeder überzeugt, daß der günstige Augenblick zur Abschüttelung der Fremdherrschaft nicht versäumt werden dürfe. Die Stände traten in Königsberg zusammen, erklärten, daß eine allgemeine Volksbewaffnung herbeigeführt werden müsse, und bewilligten dazu die Mittel. Zum Führer des Volkskrieges aber wählten sie den General York. Dieser zögerte nicht, die ihm angetragene Führung zu übernehmen. Er erschien selbst im Ständehause und erklärte, daß er im Namen des Königs alle Vorbereitungen zum Kampfe treffen wolle. „Ich hoffe," schloß er seine Rede, „die Franzosen zu schlagen, wo ich sie finde, und rechne hierbei auf die kräftige Theilnahme aller; ist die Uebermacht zu groß, nun, so werden wir ruhmvoll zu sterben wissen."

Der König war mittlerweile, am 22. Januar, nach Breslau gegangen; er hatte sich in Berlin vor den Franzosen nicht mehr sicher genug gefühlt. Eine Abordnung der Stände reiste daher nach Breslau, um den König dort um die Genehmigung der Beschlüsse zu bitten. Sie brachte auch einen Bericht Yorks mit, in welchem der General dem Monarchen mit beredten Worten die Notwendigkeit der Erhebung darlegte und dann schloß: „Jetzt oder nie ist der Zeitpunkt, wo sich der preußische Staat durch Anstrengung aller Kräfte Unabhängigkeit und Größe wieder erwerben kann, nur darf der geflügelte günstige Moment nicht unbenutzt verstreichen!" Aber der König empfing die Abordnung sehr kühl; es schien ihm alles das, was dort oben in Preußen geschehen war, mehr eine Empörung als eine patriotische Erhebung zu sein. „Trägt

denn der General York schon die Bürgerkrone?" soll er gefragt haben.

Unterdessen griff aber die Bewegung immer weiter um sich, und endlich sah sich der König zum Handeln gezwungen. Am 3. Februar erließ er einen Aufruf, der alle Jünglinge, die sonst vom Heeresdienst befreit waren, zu den Waffen rief, weil das Vaterland in Gefahr sei —, und nun strömten die Rekruten von allen Seiten herbei; bald war Breslau ein großer Waffenplatz, wo die Begeisterung in hellen Flammen emporloderte.

Natürlich fragte Napoleon sehr bald nach der Ursache dieser Rüstungen, allein Hardenberg, der jetzt wieder an der Spitze der preußischen Regierung stand, gab nur eine ausweichende Antwort. Zugleich verlangte aber auch Kaiser Alexander, Preußen solle sich bestimmt entscheiden, ob es noch ferner an der Allianz mit Napoleon festhalten oder ein Bündnis mit Rußland gegen Frankreich eingehen wolle, und da hieß es sich denn ganz offen erklären. Die Antwort wurde dem Könige nicht schwer; er entschied sich für Rußland und schloß am 28. Februar mit Alexander den Vertrag von Kalisch. Kaiser Alexander sicherte darin Preußen die Wiederherstellung seiner früheren Macht und Entschädigungen für die gebrachten Opfer zu Später hat sich zwar herausgestellt, daß Rußland beim Abschluß dieses Vertrages Preußen gröblich täuschte, daß es gar nicht die Heereskräfte besaß, von denen es sprach, daß es zunächst nur bedacht war, sich selbst zu bereichern, und selbst die Hand nach Pommern und den Hansestädten ausstreckte — immerhin hatte der Vertrag die nicht hoch genug anzuschlagende Wirkung, daß jetzt die ganze Kriegsangelegenheit in raschen Fluß kam. Schon am 16. März erfolgte der offene Bruch mit Napoleon und am 17. die Veröffentlichung des berühmten, vom Staatsrat von Hippel ver-

faßten Aufrufes „An mein Volk“, in dem der ganze Schmerz und Zorn des Königs in beredten Worten zum Ausdruck kam.

„Wir erlagen unter der Uebermacht Frankreichs,“ hieß es darin, „der Friede schlug uns tiefere Wunden, als selbst der Krieg; das Mark des Landes ward ausgesogen, der Ackerbau, sowie der Kunstfleiß der Städte wurde gelähmt; die Hauptfestungen blieben vom Feinde besetzt. Uebermut und Treulosigkeit vereitelten meine besten Absichten, und nur zu deutlich sahen wir, daß Napoleons Verträge mehr noch wie seine Kriege uns langsam verderben mußten. Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo alle Täuschung aufhört. Brandenburger, Preußen, Schlesier, Pommern, Litauer! Ihr wißt, was euer trauriges Los sein wird, wenn wir den Kampf nicht ehrenvoll endigen! Große Opfer werden von allen gefordert werden, denn unser Beginnen ist groß, und nicht gering die Zahl und die Mittel unserer Feinde. Aber welche Opfer auch gefordert werden, sie wiegen die heiligen Güter nicht auf, für welche wir sie hingaben, für die wir streiten und siegen müssen, wenn wir nicht aufhören wollen, Preußen und Deutsche zu sein!“

Der Aufruf entfachte allerwärts eine Begeisterung ohnegleichen. „Krieg!“ schrieb später Ernst Moritz Arndt in Erinnerung an diese große Zeit, „Krieg! schallte es von den Karpathen bis zur Ostsee, vom Niemen bis zur Elbe. Krieg! rief der Edelmann und der Landbewohner, der verarmt war, Krieg! der Bauer, der sein letztes Pferd unter Vorspann und Fuhren tot trieb, Krieg! der Bürger, den die Einquartierungen und Abgaben erschöpften, Krieg! der Tagelöhner, der keine Arbeit finden konnte, Krieg! die Witwe, die ihren einzigen Sohn ins Feld schickte, Krieg! die Braut, die den Bräutigam zugleich mit Thränen des Stolzes und des Schmerzes entließ.“

Und eine ganze Reihe von Dichtern stand auf, die Lieder von hinreißender Gewalt, voll zündender Glut unter die Menge warfen, Kriegs- und Schlachtgesänge, die dann einen dauernden Platz in unserer Nationallitteratur erhielten.

„Frisch auf, mein Volk, die Flammenzeichen rauchen,
Die Saat ist reif; ihr Schnitter, zaudert nicht“ —

rief Theodor Körner, der von Wien, von der Seite seiner Braut nach Schlesien eilte und in das Lützowsche Frei-Corps eintrat.

„Es ist kein Krieg, von dem die Kronen wissen!
Es ist ein Kreuzzug, 's ist ein heil'ger Krieg!
Recht, Sitte, Tugend, Glauben und Gewissen
Hat der Tyrann aus deiner Brust gerissen;
Errette sie mit deiner Freiheit Sieg!“

Und als er dennoch sehen mußte, daß dieser und jener noch zauderte, da brach es aus ihm hervor:

„Das Volk steht auf, der Sturm bricht los;
Wer legt noch die Hände feig in den Schoß?
Pfui über dich, Buben, hinter dem Ofen,
Unter den Schranzen und unter den Zofen!
Bist doch ein ehrlos erbärmlicher Wicht,
Ein deutsches Mädchen küßt dich nicht!“

In ähnlicher Weise begeisterten Arndt, Schenkendorf, Stägemann und andere das Volk für den Kampf.

Aber die Begeisterung allein konnte noch nicht helfen, es bedurfte auch einer großen Menge der schwersten Opfer, um den Krieg gegen die wohlbewaffneten Truppen Napoleons aufnehmen zu können. Der König hatte nicht nur das ganze Heer mobil gemacht, sondern auch die Errichtung der Landwehr und des Landsturms befohlen; dadurch wurden alle rüstigen Männer von 17 bis 40 Jahren zu den Waffen gerufen. Doch wo waren die Waffen, die Uniformen für sie? Viele kamen barfüßig daher, es mußten erst Schuhe für sie

besorgt werden. In empfindlicher Weise fehlte es an Gewehren, Patronen und Flintensteinen. Die Staatskassen aber waren leer, und so mußten freiwillige Gaben helfen. Es erschienen Aufrufe in den Zeitungen, und von allen Seiten wurden die Beisteuern dargebracht. Eine Fülle von rührenden Zügen zeigte sich dabei. Wer nach den vielen Erpressungen der Franzosen noch etwas Vermögen besaß, kam mit barem Gelde, Beamte verzichteten auf einen Teil ihres Gehaltes, Pensionäre auf ihre Pension, Knaben sandten den kleinen Inhalt ihrer Sparbüchse. Bei vielen aber war kein Geld mehr vorhanden, sie suchten auf andere Weise zu helfen. Buchdrucker druckten die Proklamationen, Landwehr-Instruktionen und anderes umsonst, Frauen und Mädchen schickten ihre Schmucksachen; viele gaben Tuch und Leinwand. Ein Hauptmann von Katzeler forderte auf, die goldenen Trauringe als Opfer zu bringen und gegen eiserne umzutauschen, worauf ein Rudolf Werckmeister sofort in Berlin, im Hause Jägerstraße 25, ein Bureau zur Annahme solcher Ringe errichtete. Gleich am ersten Tage wurden 200 Ringe gebracht und gegen eiserne umgetauscht, die die Inschrift trugen „Gold gab ich für Eisen, 1813". Ein junges Mädchen, Ferdinande von Schmettau, das sonst nichts besaß, ließ sich ihr schönes, reiches Haar abschneiden, verkaufte es für zwei Thaler und sandte diese an die Kasse für die Freiwilligen.

Friedrich Wilhelm III. war ganz betroffen über diese allgemeine Begeisterung und Opferfreudigkeit; immer wieder staunte er, wenn er die Züge von Freiwilligen nach Breslau hereinströmen sah. Als Ludwig Jahn mit seinen Turnern in die Stadt einzog, stand er gerade mit Scharnhorst am Fenster des Schlosses. Da rief der General in stolzer Freude: „Majestät, glauben Sie jetzt an die Liebe Ihres Volkes?" Der König antwortete nicht, berichtet ein Zeitgenosse, aber

Thränen rollten über seine Wangen — die Rinde des Mißtrauens, die Erziehung und bittere Erfahrungen um sein Herz gelegt, begann sich endlich zu lösen. Auf Scharnhorsts Anregung stiftete er einzig und allein für den bevorstehenden Feldzug den Orden vom „eisernen Kreuz", der jedem, hoch und niedrig, der sich durch Tapferkeit und Aufopferung auszeichnen würde, verliehen werden sollte.

Die kriegerischen Aktionen ließen nun nicht lange auf sich warten. Scharnhorst und Blücher traten an die Spitze der Armee und marschierten mit ihr nach Sachsen. York kam mit seinem Heere und einem russischen Corps von Norden her und wollte sich mit Blücher vereinigen, aber die Franzosen stellten sich entgegen, und so kam es am 5. April bei Möckern zum ersten Treffen. Die Franzosen wurden energisch zurückgewiesen, was Blücher mit frohen Hoffnungen erfüllte. Am liebsten wäre er jetzt mit aller Gewalt gegen den Feind losgestürmt, allein die Streitkräfte waren noch nicht genügend zusammengezogen, vor allem fehlte noch die Hauptmacht der Russen. Infolgedessen verging viel kostbare Zeit, die Napoleon wohl zu nützen wußte. Er ließ 120000 bis 130000 Mann nach Sachsen marschieren und stellte sich hier in der großen Lützener Ebene bei dem Dorfe Großgörschen den verbündeten Preußen und Russen gegenüber; erstere waren etwa 40000 und letztere etwas über 50000 Mann stark. Am 2. Mai kam es zur Schlacht. Mit stürmischer Begeisterung gingen die Preußen ins Feuer, aber sie wurden von den Russen nicht genügend unterstützt, und so konnten sie die Uebermacht Napoleons nicht brechen; nach langem mörderischen Kampfe, in dem Scharnhorst sowohl wie Blücher verwundet wurden, blieb der Sieg unentschieden; schließlich traten die Verbündeten den Rückzug an. Sie gingen bis nach der Lausitz zurück und stellten sich dort, 84000 Mann stark, abermals dem Feinde

am 20. Mai bei Bautzen. Doch auch hier vermochten sie keinen durchschlagenden Erfolg zu erzielen, so tapfer und zähe sie fochten, denn der Gegner hatte nunmehr über 170000 Mann zu verfügen; aber auch Napoleon errang keinen nennenswerten Vorteil und rief nach der Schlacht wütend aus: „Wie? nach einer solchen Schlächterei kein besseres Resultat?“ Mehr und mehr erkannte er, daß er jetzt einem Heere gegenüberstand, in dem ein ganz anderer Geist herrschte als 1806. Um daher seine Streitkräfte noch besser organisieren zu können, bot er einen Waffenstillstand an, den die Verbündeten auch annahmen, da ihnen eine Ruhe und eine kurze Zeit der Sammlung sehr erwünscht war. Im Volke rief jedoch die Nachricht von dem Waffenstillstand einen großen Schrecken hervor; man fürchtete, der König sei abermals in Kleinmut versunken. „Die Nachricht erfüllte auch den Mutigsten mit Bestürzung,“ sagt ein Zeuge jener Zeit. „Alles Unglück im Felde erschien dagegen gering. Lieber geschlagen werden, aber doch fechten, das war der Herzenswunsch aller!“

Die Zeit des Waffenstillstandes wurde jedoch auch von den Verbündeten erfolgreich ausgenützt. Es galt, noch weitere Bundesgenossen zu werben, vor allem Oesterreich zu gewinnen. Das war aber sehr schwer, denn dort war seit 1809 Graf Metternich allmächtiger Minister, ein kalter, egoistischer Mann, dem nichts ferner lag, als die Begeisterung für die deutsche Sache. Um ihm die Verhältnisse klarer darlegen zu können, reiste Scharnhorst selbst nach Wien, verschlimmerte jedoch dadurch seine Wunde, die er bei Großgörschen erhalten hatte, und erlag derselben schließlich auf der Rückreise in Prag am 28. Juni 1813. „Mit ihm ging eine köstliche Kraft für Deutschland verloren,“ schreibt Ludwig Häusser, „unersetzlicher vielleicht noch für den Frieden, als für den Krieg.“

Die Verhandlungen mit Oesterreich zogen sich sehr in die Länge; Metternich konnte sich nicht entschließen, mit Napoleon zu brechen; er reiste selbst zu ihm nach Dresden und hatte dort mit ihm eine sehr erregte Unterredung; und als Stein bereits meinte, daß das Bündnis mit Preußen schon abgeschlossen sei, schrieb Kaiser Franz noch einmal an Napoleon: „An dem Tage, wo ich Ihnen die Hand meiner Tochter gab, ist Ihre Ehre die meinige geworden. Vertrauen Sie mir, ich werde nichts von Ihnen verlangen, was Ihrer Ehre zu nahe tritt.“ Endlich aber wurde Metternich durch die Brutalitäten Napoleons so verletzt, daß er mit ihm abbrach und Oesterreich sich nun mit den Alliierten verband. Fürst Schwarzenberg erhielt den Oberbefehl über die österreichischen Truppen.

Die Bemühungen, die Rheinbundfürsten für die deutsche Sache zu gewinnen, waren vergeblich; alle Fürsten hatten nach den Schlachten von Großgörschen und Bautzen das Te Deum in den Kirchen singen lassen und wiesen nun jede Aufforderung, sich an dem Befreiungskriege zu beteiligen, heftig zurück. Der König von Württemberg hielt sogar mit großer Strenge darauf, daß nirgends eine patriotische Aeußerung laut wurde.

Doch auch ohne die Mithilfe dieser Anbeter Napoleons gelang das große Werk. Die Alliierten brachten eine Gesamtmacht von 800000 Mann auf, denen Napoleon nur 350000 Mann gegenüberstellen konnte. Er suchte daher die verschiedenen Heeresabteilungen einzeln zu schlagen, schickte Oudinot gegen die Nordarmee, holte sich dabei aber die Niederlage von Großbeeren, versuchte Blücher in Schlesien aufzureiben, bekam dabei aber den schweren Schlag an der Katzbach und sah sich schließlich ganz auf Sachsen zurückgedrängt. Hier lächelte ihm zwar am 27. August noch ein letztes Mal

in der Schlacht bei Dresden das Glück, dann ereilte ihn aber sein Geschick mit raschen Schritten.

Mehr und mehr zogen sich die Heere der Alliierten nach der Ebene von Leipzig zusammen. Nach Ludwig Häusser rechnete man, daß am 15. Oktober das böhmische Heer mit 136 000 Mann, das schlesische mit 56 000, die Nordarmee mit 68 000, die Reserve unter Bennigsen mit 41 000 Mann gegen Leipzig im Anzuge waren. Gegen diese Massen von 300 000 Mann konnte Napoleon höchstens 171 000 Mann aufbieten; den 56 000 Reitern des Gegners hatte er nur 24 000 entgegenzustellen, gegen beinahe 1400 Geschütze standen ihm nur 700 zur Verfügung. Bald begannen auch die Vorspiele des Riesenkampfes; bei Wachau kam es am 16. Oktober zu einer mörderischen Schlacht zwischen Kleist und Napoleon selbst, und bei Möckern traten zur selben Zeit Blücher und York den Marschällen Ney und Marmont gegenüber; bei Wachau blieb der Sieg unentschieden, bei Möckern erlitt der Feind eine vollständige Niederlage. Auf beiden Seiten war mit außerordentlicher Tapferkeit gefochten worden. Nach dieser blutigen Eröffnung der Feindseligkeiten folgte am 17. Oktober — es war ein Sonntag — ein Ruhetag. Die Heere suchten sich noch mehr zu sammeln und zu stärken. Napoleon formierte seine Streitkräfte mit großer Umsicht etwas zweckmäßiger, aber schon drängte sich ihm die Ueberzeugung auf, daß er der Uebermacht sowohl wie der Bravour der Gegner nicht werde standhalten können. Schon die frühen Morgenstunden des 18. Oktober sollten seine Befürchtungen bestätigen. Obgleich der Aufmarsch der Verbündeten Heere nicht besonders glücklich bewerkstelligt wurde, war es ihm doch nicht möglich, die Massen zurückzuwerfen; schon gegen Mittag sah er die Notwendigkeit des Rückzugs ein und traf die entsprechenden Anordnungen dazu, doch erst gegen Abend

ließ er den Artilleriepark über Lützen nach Weißenfels abfahren. Die Nacht zum 19. verbrachte er noch in Leipzig, dann aber nahm er zwischen neun und zehn Uhr vom Könige von Sachsen Abschied und verließ in Begleitung von Murat, Berthier und Caulaincourt die Stadt. Kaum vermochte er vorwärts zu kommen, da in allen Straßen ein wüstes Gedränge von Flüchtigen herrschte.

Die alliierten Monarchen beobachteten am 18. Oktober den Verlauf der Schlacht von einem Hügel aus und sollen, als sie die Nachricht vom Siege empfingen, niedergekniet und ein Dankgebet zu Gott emporgeschickt haben; eine Bestätigung dieser Thatsache findet sich aber in den zeitgenössischen Berichten nirgends.

Den Abzug des Feindes bemerkten die Alliierten am 19. Oktober erst, als die Morgensonne durch den Herbstnebel brach; leider unterließen sie es, den Sieg durch eine Verfolgung des Feindes weiter auszubeuten, wodurch sie die Heeresmacht Napoleons ganz vollständig hätten zertrümmern können.

Die Opfer der Riesenschlacht waren ganz entsetzliche; 50 000 Tote bedeckten das Schlachtfeld, und Massen von Verwundeten lagen allerwärts umher. Dabei fehlte es sowohl an Verbandzeug, wie an Nahrung, so daß noch Tausende aus Mangel an Pflege zu Grunde gingen. Hunderte von Verwundeten sind in Scheunen und Ställen auch buchstäblich verhungert.

In der ganzen Nation wurde der Sieg der Alliierten mit unbeschreiblichem Jubel begrüßt; nur die Rheinbundfürsten erfaßte ein großer Schrecken, denn es wurde ihnen jetzt plötzlich klar, daß es mit der Macht Napoleons für alle Zeit zu Ende sei. Aber mit der Geschmeidigkeit, die sie stets geübt hatten, suchten sie sich in die neue Situation zu

finden. Der König von Württemberg ließ sogleich, als er die Nachricht von dem Siege der Alliierten bei Leipzig erhielt, mehrere Regimenter marschieren, um sich mit den Oesterreichern zu vereinigen, der Fürstprimas Dalberg floh, indem er erklärte, er wolle sich fortan nur noch seinem geistlichen Amte widmen. Der König von Bayern hatte, geleitet durch seinen schlauen Premierminister Montgelas, bereits zu Anfang Oktober einen Vertrag mit Oesterreich abgeschlossen und sich darauf schon am 14. Oktober von Napoleon losgesagt.

An den Höfen von Baden, Hessen-Darmstadt und Nassau zögerte man noch einige Zeit, sich vom Rheinbund loszusagen; als dann aber die Verbündeten die rechte Rheinseite mehr und mehr besetzten, sah man sich doch allmählich veranlaßt, der deutschen Sache näher zu treten und Verträge mit den Verbündeten einzugehen.

In Braunschweig zog der Herzog Friedrich Wilhelm wieder ein, der sich in der letzten Zeit in England aufgehalten hatte, und von dem Lande Hannover nahm die britische Regierung wieder Besitz, die 1803 dem napoleonischen Ansturm gewichen war.

Am buntesten vollzog sich der Wechsel natürlich im Kurfürstentum Hessen. Hier, in der Hauptstadt Kassel und in den umliegenden Schlössern, hatte Jerome als König von Westfalen in maß- und sinnloser Verschwendung ein sehr leichtfertiges und luxuriöses Leben geführt. Nach dem Siege von Leipzig floh er schleunigst, „durch den Drang der Zeitumstände veranlaßt," wie er bekannt machen ließ, und nun erschien alsbald der Kurfürst Wilhelm, um von seinem Lande wieder Besitz zu ergreifen. Aber wie kam er einher? In einer offenen altmodischen sechsspännigen Kutsche, der zwei „Läufer" vorauf rannten. Er selbst saß steif und ernst im Wagen, mit langem Zopf, gepudert und in einer Uniform,

die an die Zeit Friedrichs des Großen erinnerte. Schon am nächsten Tage erließ er den Befehl, daß — die am 1. November 1806 beurlaubten Regimenter sich sogleich in ihren zuletzt innegehabten Garnisonsplätzen einstellen sollten und alle damals mitgenommenen Montierungstücke, alles Armatur- und Lederwerk mitzubringen hätten. Auch sonst zeigte er nicht das geringste Verständnis für die neue Zeit, so daß der Freiherr von Stein die Frage aufwarf, ob es gerechtfertigt sei, einem Fürsten von solchem Schlage sein Land wieder zurückzugeben? Aber seine Warnung verhallte; aus höfischen und dynastischen Rücksichten scheute man sich, gegen den „angestammten Landesherrn" vorzugehen.

Mit aller Schärfe wandten sich aber die Verbündeten gegen den König Friedrich August von Sachsen, den sie in Leipzig gefangen genommen hatten. Der König wurde zunächst nach Berlin und dann nach Friedrichsfelde gebracht. Das Königreich wurde für erobertes Land erklärt und der russische Fürst Repnin als Generalgouverneur über dasselbe gesetzt. Die Russen wirtschafteten nun in den Städten und Dörfern in wahrhaft barbarischer Weise. „Noch jetzt, nach Verlauf von 30 Jahren," schreibt Aster in seinem 1844 erschienen Buche „Die Gefechte und Schlachten bei Leipzig," „spricht man mit Schaudern davon."

Die Verbündeten hatten mittlerweile ihr Hauptquartier nach Frankfurt am Main verlegt und berieten, ob sie wohl nach Frankreich hinübergehen sollten. Der Kaiser von Oesterreich und Metternich verspürten wenig Lust dazu, auch der Staatskanzler Hardenberg war dagegen, während Blücher und Gneisenau sehr energisch für die Fortführung des Krieges eintraten. „Warten wir," schrieb er an den König Friedrich Wilhelm, „so vergönnen wir dem Feinde Zeit, Rekruten zu sammeln und die Mittel zu entwickeln, um selbige feldfähig

zu machen. Wenige Monate werden verfließen, und wir werden wieder zahlreiche Armeen auftreten sehen, die unsere tapferen Soldaten aufs neue bekämpfen müssen." Dieser Ansicht pflichtete auch der König bei, und da auch Kaiser Alexander für die Fortführung des Kampfes war, so ward am 1. Januar 1814 die Grenze überschritten.

Napoleons Schicksal erfüllte sich nun sehr bald. Zwar suchte er sich in größter Eile noch alle Hilfsmittel zu erschließen und brachte auch in der That noch neue Heeresmassen auf den Plan, aber es waren junge, ungeübte und unerfahrene Truppen, mit denen er keine Erfolge erringen konnte. Schon bald schlug ihn daher Blücher bei Brienne und La Rothière, und wenn es ihm dann auch gelang, bei Champ-Aubert die Russen zu zersprengen, so erlitt er doch schon kurz darauf bei Bar sur Aube, Laon und Arcis sur Aube empfindliche Niederlagen; bald gab es keine Rettung mehr für ihn — er mußte abdanken und nach der Insel Elba gehen, die ihm zugleich mit einem Jahresgehalt von 2 500 000 Franks als souveränes Besitztum überwiesen wurde. Marie Luise kehrte mit ihrem Sohne nach Wien zurück, wo sie aber bald Mißfallen erregte, da sie das französische Wesen über das deutsche setzte. Später erhielt sie das Großherzogtum Parma und verheiratete sich dort 1822 morganatisch mit dem Graf Adam von Neipperg. Auf einer Reise begriffen starb sie 1847 in Wien.

Die Alliierten zogen unter dem Jubel der Bevölkerung am 31. März 1814 in Paris ein und überboten sich nun in Edelsinn und Großmut. In einem Manifeste an die Franzosen sagten sie: „Die verbündeten Souveräns erklären feierlich, daß sie nicht mehr mit Napoleon Bonaparte, noch mit einem seiner Familie unterhandeln werden, daß sie die Integrität des alten Frankreichs nur so anerkennen, wie es

unter den rechtmäßigen Königen war. Sie können sogar mehr thun, sie wollen den Grundsatz aufstellen, daß es zum Wohle Europas nötig ist, daß Frankreich groß und stark sei." Den Mitgliedern der napoleonischen Familie ließen sie ihr Vermögen und ihre Domänen und setzten außerdem jedem eine Rente von mindestens 300 000 Franks aus.

Auf den wiederaufgerichteten Thron der Bourbonen setzten die Alliierten den Bruder Ludwig XVI., der den Namen Ludwig XVIII. annahm. Die siegreichen Feldherrn ehrten sie durch Dotationen und Rangerhöhungen; Blücher ward, nachdem er bereits auf dem Schlachtfelde von Leipzig den Marschallsstab erhalten, zum Fürsten von Wahlstadt ernannt, York, Kleist, Bülow und Gneisenau wurden in den Grafenstand erhoben.

Darauf begaben sich die Monarchen, nach einem kurzen Besuch in England, nach Wien, um dort auf einem Kongresse die ganzen europäischen Verhältnisse neu festzustellen.

Mit gespannter Aufmerksamkeit hatte man in Deutschland die Entwicklung der Dinge beobachtet; mit allgemeiner Genugthuung hatte es erfüllt, daß Napoleon kurzer Hand nach Elba geschickt worden war; als jedoch die Nachrichten von der überschäumenden Großmut gegen die Franzosen eintrafen, als bekannt wurde, daß das Elsaß bei Frankreich verblieb und sogar noch Landschaften dem Feinde gelassen wurden, die bis zum Ausbruche der Revolution noch deutsch gewesen waren, da ergriff die ganze Nation ein heftiger Unmut; allerwärts regten sich Stimmen, die da fragten, ob denn mit der Erledigung der Sache Napoleons auch zugleich die Abrechnung mit Frankreich erfolgt, ob die Franzosen, die zehn Jahre hindurch Deutschland ausgesogen, nun behaglich ihren Raub genießen sollten, ob das Volk darum alles, selbst das letzte, hingegeben, damit Frankreich eine behagliche Situation erhalte!

Mit Besorgnis und Mißtrauen blickte man in die Zukunft. Nach allem, was man sah und hörte, hatte es ganz den Anschein, als hätte man in den maßgebenden Kreisen von den großen Erschütterungen nicht viel gelernt, als strebte man zu den alten Formen zurück. Viele hervorragende Geister, wie Stein, Arndt, Friedrich Jacobs, Görres, Anselm Feuerbach, erhoben ihre warnende Stimme. „Die Gegenwart mit ihren Erscheinungen," schrieb der letztere, „verkündigt nicht eine Rückkehr zur alten Zeit, sondern nur die Fortsetzung und Entwicklung einer schon lange begonnenen neuen Zeit," und Görres, der seit Anfang 1814 den „Rheinischen Merkur" in Koblenz herausgab, trat laut für eine festere staatliche Organisation ein, in der einzig und allein die Elemente des Bestandes zu suchen seien. Allein dieser tiefere Pulsschlag des nationalen Lebens erregte sofort in den Regierungskreisen Mißbehagen; man sprach von „demagogischen Gesinnungen," von „Jakobinismus," und Baden, Württemberg und Bayern gingen bald dazu über, den „Rheinischen Merkur" und ähnliche Stimmen zu unterdrücken. Die anderen Staaten zauderten noch einige Zeit, ergriffen dann aber dieselben Maßnahmen. „So verriet sich früh," schreibt Ludwig Häusser, „der Mangel an politischem Verstande und an ehrlichem Willen."

Unterdessen füllten sich in Wien die Schlösser und Gasthöfe; eine Unmasse von Souveränen und Diplomaten, sowie von Leuten aller Art, die noch irgend etwas zu erlangen hofften, versammelten sich in der österreichischen Kaiserstadt, und der Kongreß wurde am 1. November 1814 feierlich eröffnet, aber von irgend welchen Beschlüssen oder auch nur Beratungen war zunächst nichts zu hören. Es fanden glänzende Bälle und Paraden statt, es wurden Ballets mit Karussels aufgeführt und prächtige Feuerwerke abgebrannt; alles schwelgte in einem Freudentaumel — während man

„draußen im Reich" seufzend daran ging, die Wunden zu heilen, die der Krieg geschlagen hatte.

Die Vertreter von acht Hauptmächten — Oesterreich, Preußen, Rußland, England, Schweden, Frankreich, Spanien und Portugal — bildeten den Mittelpunkt des Kongresses, und Fürst Metternich war Leiter desselben. Die Hauptgegenstände der Beratung hatten zu bilden die Fragen: die Wiederherstellung Polens, das Schicksal Sachsens, die Bundesverfassung und die Landesverfassung Deutschlands, die Bestimmung Belgiens, die Angelegenheiten Italiens und der Schweiz.

Selbst ein Staatsmann von außerordentlichem Genie würde nur unter Aufbietung aller seiner Kräfte diese Aufgaben bewältigt haben, ein Mann wie Metternich konnte mit ihnen nur zur Korruption gelangen. Durch sein Aeußeres und seine Umgangsformen mochte Metternich, der „glatte, elegante Kavalier von der vollendetsten Verve," wie ihn der alte Kaunitz betitelte, manchen bestechen, aber diese glänzenden Eigenschaften zerrannen, wenn man den Maßstab wahrhafter staatsmännischer Größe anlegte. Charakter, sittliche Würde und Geschäftsernst fehlten, schreibt Karl Mendelssohn-Bartholdy in seiner Biographie von Gentz (Leipzig 1867), seine diplomatische Klugheit lief auf Worte, auf ein redseliges Docieren über das Vergangene hinaus. Große Ideen lagen ihm fern, ja sie flößten ihm Furcht ein. Als „Wochenpolitiker," wie Talleyrand ihn taufte, behalf er sich am liebsten mit kleinen Auskunftsmitteln, und wenn man alles in allem nahm, so traf das scharfe Wort des Russen Merian zu: „Lackierter Staub!"

Als die rechte Hand Metternichs präsentierte sich Friedrich von Gentz, der s. Z. als Mißvergnügter aus Preußen nach Oesterreich gekommen war. Er besaß einen scharfen Blick, eine gewandte Feder, aber ein ungemein weites Gewissen.

Als der Kongreß zusammentrat, war er bereits „höllisch blasiert," wie er selbst schreibt. „Rasend gut zu leben," sagt Mendelssohn-Bartholdy, „hübsche Möbel und Parfüms, viel Geld und Dienerschaft zu haben, war nur noch der Zielpunkt seiner cyrenäischen Bestrebungen."

Diesen Männern war in der Hauptsache das Wohl und Wehe Europas anvertraut! Natürlich rückten zunächst die Arbeiten nicht vorwärts, dann entstanden Mißverständnisse, Zwistigkeiten, und schließlich zeigte sich ein offener Bruch. Es handelte sich vornehmlich um das Schicksal Sachsens. Man hatte ursprünglich das ganze Land dem Könige von Preußen zugesprochen, dann aber hatte England an diese Abtretung besondere Bedingungen geknüpft, und nun benutzte Talleyrand, der schlaue Vertreter Frankreichs, die Gelegenheit, mit lauter Stimme für das Legitimitätsprinzip, also für die Erhaltung der sächsischen Dynastie einzutreten, um so die Parteien noch weiter aneinander zu hetzen. Dadurch konnte die Stärkung Preußens schließlich verhindert und überhaupt eine Schwächung der Allianz herbeigeführt werden, was Frankreich sofort in eine günstigere Stellung bringen mußte. Um aber zu diesem Ziele zu gelangen, mußte noch Metternich für Sachsen gewonnen werden, und um das herbeizuführen, versicherte sich Talleyrand der Beihilfe von Gentz. Er bestach ihn mit 24000 Gulden,*) und nun rüttelte Gentz, wie Mendelssohn-

*) Auch von anderen Seiten flossen Gentz während des Kongresses große Summen zu, so daß er in sein Tagebuch schrieb: „Das Ende dieses Jahres war brillant. Ich hatte in den beiden letzten Monaten außer den Summen, die ich von meinen Beziehungen mit Bukarest erhielt, außerordentliche Benefizes von 48000 Fl. Die Gesamtheit meiner Einnahmen im Jahre 1814 hat sich auf wenigstens 17000 Dukaten belaufen. Das Jahr 1815 beginnt mit ziemlich guten Auspizien für mich."

Bartholdy des Weiteren berichtet, den Fürsten Metternich mit Aufbietung aller Kräfte aus den Liebeshändeln und Vergnügungen auf, in die er versunken war, und veranlaßte ihn zu einem energischen Auftreten gegen Preußen. Infolgedessen ward die Allianz gesprengt, Oesterreich, England und Frankreich schlossen am 3. Januar 1815 „aus Anlaß neuerlich kundgegebener Prätensionen" ein Bündnis zu gegenseitiger Verteidigung, worauf sich Preußen isoliert und an Rußland gewiesen sah.

Die Harmonie war dadurch im Kongresse empfindlich gestört, die Parteien nahmen eine feindliche Haltung gegeneinander an; schon fanden Truppenansammlungen in Böhmen statt — da schlug am 7. März wie ein Blitz die Nachricht in die Versammlung, daß Napoleon Elba verlassen habe, und am 11. März kam die Schreckensbotschaft, daß der Gefürchtete in Frankreich gelandet sei!

Mit scharfem Auge hatte Napoleon seither die Entwicklung der Dinge in Wien und in Paris beobachtet, und bald waren angesichts der Zwistigkeiten der Alliierten und der Ungeschicklichkeit und Beschränktheit Ludwigs XVIII. neue Hoffnungen in ihm aufgestiegen. „Ludwig der Ersehnte" hatte geradezu nur alles das gethan, was ihm die Herzen der Franzosen wieder entfremden mußte; er hatte die Titel und Vorrechte des Adels wieder hergestellt, den Zehnten wieder eingeführt, sich seine im Exil gemachten Schulden im Betrage von 30 Millionen Franks bezahlen lassen und vor allem eine große Geringschätzung gegen das Heer an den Tag gelegt, gegen alle die ergrauten Krieger, die den Ruhm Frankreichs von den Pyramiden bis nach Austerlitz getragen hatten. Hier in der Armee hatte sich denn auch alsbald ein bitterer Groll gegen das neue Regiment festgesetzt, und überall war die Sehnsucht nach den früheren Verhältnissen aufgekeimt.

Das alles wußte Napoleon, und so glaubte er die Rückkehr nach Frankreich wagen zu können. Mit stolzer Zuversicht rief er aus: „Mein Adler wird von Kirchturm zu Kirchturm vor mir her fliegen, bis er sich auf dem Turme von Notre Dame in Paris niederlassen wird!“ Und in der That wirkte der Zauber seiner Persönlichkeit wieder mit seiner ganzen früheren Macht; die Heere, die ihm entgegengeschickt wurden, gingen jubelnd zu ihm über, und bereits am 20. März zog er in Paris ein. Ludwig XVIII. war in der Nacht vorher geflohen, aber nicht ohne durch seinen Kammerdiener die Juwelen und das Gold des Kronschatzes im Werte von fast 14 Millionen Francs mitnehmen zu lassen.

Ganz wie er gehofft, hatte er also von Frankreich in kurzer Zeit wieder Besitz ergriffen; nicht so einfach sollte sich sein Verhälinis zu den Alliierten gestalten. Hier überschätzte er die Uneinigkeit. Diese wich sofort, als man die Absichten Napoleons erkannte; die acht Mächte waren ohne weiteres bereit, wieder gegen den verhaßten Feind zu ziehen, und trafen ohne Zögern die entsprechenden Vorbereitungen. Die Versuche Napoleons, mit den Mächten zu unterhandeln, wurden einfach zurückgewiesen und den Abgesandten bedeutet, daß Napoleon Bonaparte sich außer aller bürgerlichen und socialen Beziehungen gestellt und als Feind und Störer der Ruhe der Welt sich der öffentlichen Strafe preisgegeben habe.

Darauf begannen sich die Armeen zusammenzuziehen, und schließlich standen im Juni 600 000 Mann der Verbündeten 217 000 Mann Franzosen gegenüber. Trotz dieser Uebermacht gelang es Napoleon am 16. Juni bei Ligny die Preußen zurückzuschlagen, aber er wußte den Sieg nicht zu benutzen, und so bereiteten ihm denn Blücher und Wellington am 18. Juni bei Waterloo seine vollständige Niederlage, worauf sein Stern für immer erlosch. Er floh über Paris nach

Rochefort und lieferte sich dann am 15. Juli an die Engländer aus, die ihn nach der Insel St. Helena brachten, wo er nach sechsjähriger strenger Gefangenschaft am 5. Mai 1821 starb.

Die Verbündeten trafen bereits elf Tage nach der Schlacht bei Waterloo zum zweiten Male in Paris ein und zeigten nun wenig Lust, sich abermals so schonend zu benehmen wie beim ersten Male. Besonders ließ Blücher seinem gerechten Zorn die Zügel schießen. Als die Pariser ihn baten, sie doch mit Einquartierung zu verschonen, antwortete er: „Die Franzosen haben in Berlin recht gut logiert, es soll kein Preuße, der mir hierher gefolgt ist, heimkehren, ohne sagen zu können, daß die Pariser ihn gut bewirtet haben.“ Und an Friedrich Wilhelm III. schrieb er: „Ich bitte nur allerunterthänigst, die Diplomatiker dahin anzuweisen, daß sie nicht wieder das verlieren, was der Soldat mit seinem Blute errungen hat. Dieser Augenblick ist der einzige und letzte, um Deutschland gegen Frankreich zu sichern. E. M. werden als Gründer von Deutschlands Sicherheit verehrt werden, und auch wir werden die Früchte unserer Anstrengung genießen, wenn wir nicht mehr nötig haben, mit immer gezücktem Schwerte dazustehen.“

So wurden denn beim zweiten Pariser Frieden wesentlich andere Bedingungen gestellt, als beim ersten, wenn auch noch immer nicht die, die hätten gestellt werden müssen. Elsaß-Lothringen blieb nach wie vor bei Frankreich, weil weder Rußland noch England für die Forderung eintraten, dagegen wurde das Land auf die Grenzen von 1790 reduciert, mußte an die Alliierten als Schadloshaltung für die Kosten ihrer letzten Rüstungen die Summe von 700 Millionen Francs zahlen, die seiner Zeit in ganz Deutschland geraubten Kunstschätze zurückgeben und mehrere Jahre hindurch eine Occupationsarmee von 150 000 Mann verpflegen.

Zugleich schlossen die drei Monarchen Kaiser Franz, König Friedrich Wilhelm III. und Kaiser Alexander in Paris noch unter sich einen engeren Bund, der sie auch für die Zukunft fest aneinander schließen sollte, und dem sie den Namen „Die heilige Allianz" gaben. „Der einzige Grundsatz" dieses Bundes, hieß es in dem Vertrage, sollte sein, „sich gegenseitig Dienste zu leisten, sich durch ein unveränderliches Wohlwollen die gegenseitige Zuneigung zu bezeigen." Die Sprache des Aktenstückes atmete eine wunderliche Ueberschwenglichkeit, bei der jede diplomatische Form vermieden war.

Unterdessen hatten auch die Diplomaten des Wiener Kongresses ihre Arbeit vollendet. Viele Monate hindurch waren die Beratungen nicht nennenswert von der Stelle gerückt, jetzt aber, als die Gefahr aufs neue emporgestiegen, war das schwierige Werk in kurzer Zeit zum Abschluß gebracht worden. Allerdings sah es auch kläglich genug aus. Anfangs war ein deutscher Bund mit festerem Gefüge angestrebt worden, aber die Vertreter von Bayern und Württemberg hatten sich dem heftig widersetzt und außerdem so viele Souveränitätsrechte für ihre Könige verlangt, daß sogar Metternich diese Machtbefugnisse bedenklich gefunden hatte. Sodann waren die kleinen Staaten für ein Kaisertum eingetreten mit Einheit im ganzen und Freiheit im einzelnen. Doch darüber hatte man besonders auf preußischer Seite den Kopf geschüttelt, und Wilhelm von Humboldt hatte gemeint, es sei unmöglich, einem deutschen Kaiser die erforderliche Macht zu geben; Preußen könne sich ihm nicht unterwerfen, und die mittleren Staaten würden es nicht wollen. Noch schwieriger hatte sich die Frage in betreff einer einheitlichen Leitung der Kriegsmacht gestaltet. Schließlich kam nur ein Bund zu stande, bei dem die einzelnen Bundesstaaten äußerst lose mit einander verknüpft waren, bei dem es sich

in der Hauptsache nur um die Rechte der Fürsten handelte, während von den Rechten des Volkes kaum die Rede war, obgleich selbst Metternich im Laufe der Beratungen einmal glaubte, bemerken zu müssen, daß auch „in der vorigen Verfassung den deutschen Unterthanen gewisse Rechte zugesichert gewesen." Die Einführung landständischer Verfassungen wurde nur obenhin erwähnt. Die nationalökonomischen Seiten des Volks- und Staatslebens blieben vollständig unberücksichtigt. Nicht einmal ein Gesetz gegen den Nachdruck konnte erlangt werden. Die Gebietsverhältnisse wurden dahin geregelt, daß Oesterreich die Besitzungen im Breisgau und Belgien abtrat, wofür es durch außerdeutsche Länder entschädigt wurde, Preußen alles das wieder zurückerhielt, was es durch den Frieden von Tilsit verloren hatte, ferner die nördliche Hälfte von Sachsen und bedeutende Gebiete am Rhein bekam, Hannover durch Ostfriesland, das bisher Preußen gehört hatte, vergrößert und zu einem Königreiche erhoben, und Bayern mit Würzburg, Aschaffenburg und der Rheinpfalz bedacht wurde, während es Salzburg und Tirol an Oesterreich zurückgab. Endlich ward festgestellt, daß eine beständige Bundesversammlung die Angelegenheiten des Bundes besorgen solle. Am 8. Juni konnten die Verhandlungen geschlossen werden, und am 10. Juni wurde die Bundesakte unterschrieben und untersiegelt. Protest gegen die Beschlüsse erhoben nur die mediatisierten Reichsfürsten und der Papst, der die Wiederherstellung des alten deutschen Kaisertums verlangte; Mißstimmung über das mangelhafte Machwerk empfanden dagegen alle klarer blickenden Vaterlandsfreunde. Der Freiherr von Stein, der sich auf dem Kongresse vergeblich bemüht hatte, eine fester gefügte Föderation herbeizuführen, nannte den Bund einen Körper ohne Haupt und erklärte, die Rechte der Einzelnen seien durch nichts gesichert, als durch unbe-

stimmte Worte ohne schützende Einrichtung. Er fand den Bundestag so gebildet, daß nur schwer eine für alle verbindliche Handlung zu stande kommen könne, und vermochte sich der Sorge nicht zu entschlagen, daß mit den Bestimmungen, wie sie über Verträge und Bündnisse hier gegeben waren, der Deutsche genötigt sein konnte, für fremde Interessen sein Blut zu vergießen, oder selbst gegen Deutsche zu fechten. Von einer so fehlerhaften Verfassung ließe sich daher nur ein sehr schwacher Einfluß auf das öffentliche Glück Deutschlands erwarten.

Nur zu bald sollte sich dieses Urteil Steins als begründet erweisen.

II.

Nach dem großen Kriege.

Der Uebergang zur Friedenszeit sollte sich leider in keiner Weise freundlich vollziehen. Zunächst waren es höchst ungünstige wirtschaftliche Zustände, welche die Freude über den endlich erfolgten Abschluß der Kriegsplage trübten. Zwei Jahre hintereinander, 1816 und 1817, trat in ganz Deutschland ein vollständiger Mißwachs ein, so daß, da der Wohlstand in der napoleonischen Zeit fast vollständig vernichtet worden war, das Volk nun mit den traurigsten Verhältnissen zu kämpfen hatte. In Schlesien, im Erzgebirge, in der Eifel nährte man sich in dieser Zeit in der Hauptsache nur von Wiesenkräutern, die man zu Muß kochte und mit Hafermehl verrührte. Das achtpfündige Brot hatte den unerhört hohen Preis von 42 Stübern (1 Mark 89 Pf.). In den Städten bildeten sich daher sogenannte Kornvereine, die das Getreide in größeren Mengen einkauften, um es dann an die einzelnen Bürger und die Unterstützungsvereine billiger abgeben zu können; auch die Regierungen halfen, so viel sie vermochten. Aber die Kalamität konnte doch nur unter den schwersten Entbehrungen überwunden werden, und die vielen schlimmen Schäden, die diese „Hungerjahre“ nach sich zogen, wurden noch lange bitter empfunden.

Neben den ökonomischen Verhältnissen waren es dann die politischen, die allgemein tief verstimmten. Schon die

Ergebnisse des Wiener Kongresses hatten sehr enttäuscht; nun, da man sich daheim einrichten wollte, sollte sich das Mißvergnügen rasch noch mehr steigern. Beim Beginn des Krieges gegen die Fremdherrschaft hatten die Verbündeten „zum Kampf für die deutsche Freiheit" aufgefordert; in einer Proklamation, in der der Rheinbund für aufgelöst erklärt worden war, hatte der russische General Kutusow gesagt: „Hiermit ist zugleich das Verhältnis ausgesprochen, in welchem Se. Majestät der Kaiser aller Reußen zum wiedergeborenen Deutschland und zu seiner Verfassung stehen wollen. Es kann dies .... kein anderes sein, als die schützende Hand über ein Werk zu halten, dessen Gestaltung ganz allein den Fürsten und Völkern Deutschlands anheim gestellt bleiben soll," und endlich hatte der König von Preußen bei der Besitznahme der ihm vom Kongreß zu Wien zugesprochenen Lande überall die Verleihung einer Konstitution verheißen und verbürgt. In dem Patent betreffend die Besitznahme des Niederrheins hieß es: „Ich werde sie (diese Lande) gleich allen Unsern übrigen Provinzen regieren, die Bildung einer Repräsentation anordnen" 2c., und in dem Patente für die Provinz Sachsen stand: „Die ständische Verfassung werden Wir erhalten und sie der allgemeinen Verfassung anschließen, welche wir Unseren gesamten Staaten gewähren werden." Und als dann durch die Rückkehr Napoleons von Elba plötzlich neue schwere Kriegsgefahr drohte, unterzeichnete der König sogar am 22. Mai 1815 den Entwurf einer Verfassung für seine Lande und bewilligte damit ausdrücklich eine Repräsentation des Volkes.

„Diese im Augenblicke eines neu beginnenden Kampfes auf Leben und Tod erlassene Verordnung," schreibt Heinrich Pertz, der Biograph Steins, „bezeugte des Königs ernsten Willen, seinen alten in den schwersten Prüfungen bewährten

Unterthanen, wie den neuen, eine feste Bürgschaft über ihre ständischen Rechte zu erteilen. Es ward damit zugleich vor ganz Deutschland ausgesprochen, was der König für heilsam und notwendig hielt, und dem leeren Ausdruck des Bundesverfassungs-Entwurfs sein Inhalt gegeben."

Trotz alledem sollten sich die Hoffnungen des Volkes nicht erfüllen. Der einzige Fürst, der jetzt ohne weiteres seinem Lande eine Verfassung gab, war Karl August, der Großherzog von Sachsen-Weimar. Bereits am 5. Mai 1816 wurde die Verfassung eingeführt und gereichte dem kleinen Lande zu dauerndem Segen. Auch Nassau erhielt bald eine Verfassung, aber die Regierung geriet sehr schnell mit den Ständen in einen heftigen Streit, weil sie die Domanialkasse von der Staatskasse trennen wollte. Infolgedessen trat die Verfassung in Wirklichkeit erst 1818 ins Leben.

Im selben Jahre kam auch in Bayern eine Verfassung zu stande, gegen die aber sofort aus den Bürgerkreisen heraus viele Klagen erhoben wurden, weil dem Adel allzuviel Vorrechte eingeräumt, die Wahlfähigkeit zu sehr eingeschränkt und die Wahlart zu verwickelt gestaltet worden war, außerdem ein Konkordat der Geistlichkeit umfassende Rechte zuerkannt hatte. Der König Maximilian Joseph hatte sich eben nur auf das allernotwendigste beschränkt, und selbst das war ihm noch zu viel gewesen. Als im Sommer 1820 Gentz einmal eine Audienz bei ihm hatte, bemerkte er zu diesem, gleichsam sich entschuldigend: er sei ebensowenig ein Freund der Konstitution wie der Kaiser Franz, und wenn der Wiener Kongreß ihm nicht sein ganzes Spiel verdorben hätte, so würde er sich gewiß nie auch nur so weit eingelassen haben; indessen sei er gottlob mit einem blauen Auge davongekommen, und nun solle ihn auch der Teufel keinen Schritt weiter führen.

In Württemberg rief die Verfassungsangelegenheit einen langen und mit vielen Bitternissen durchsetzten Kampf zwischen Volk und Fürst hervor. König Friedrich hatte einen Verfassungsentwurf nach seinem Sinne aufsetzen lassen, der aber von den Ständen rundweg verworfen wurde. Die große Mehrzahl der Ständeversammlung wünschte die alte Verfassung wieder hergestellt zu sehen, die noch aus der Zeit des Lehentums stammte und im napoleonischen Wirrwarr spurlos verschwunden war. Der König wollte sich aber nicht bereit finden lassen, sie wieder einzuführen, und verwickelte sich nun in einen Streit mit den Ständen. Der Zwist dauerte auch noch fort, als nach dem 1816 erfolgten Tode Friedrichs dessen Nachfolger König Wilhelm I. aufs neue Versuche machte, sich zu verständigen. Erst 1819 konnte eine Einigung erzielt werden, bei der nun auch den Wünschen des Volkes in weitgehender Weise entsprochen wurde. Es wurde nicht nur Gleichheit der Rechte und Pflichten, Freiheit der Person, des Gewissens und des Eigentums, sondern auch Freiheit der Presse und des Buchhandels im vollen Umfange, mit Verwahrung gegen Mißbrauch, zugesichert, so daß Heinrich Zschokke in seinem Buche „Vom Geiste des deutschen Volkes" diese neue württembergische Verfassung als ein Muster einer recht- und zeitgemäßen Entwickelung des öffentlichen Rechtszustandes bezeichnete.

Auch in Baden kam es zunächst zu Konflikten. Der Großherzog Karl zeigte sich gänzlich abgeneigt, eine Verfassung einzuführen. Vier adelige Herren, die im Namen des vormals reichsunmittelbaren Adels um konstitutionelle Regelung der Verhältnisse baten, kamen sehr übel an und wurden ihrer Aemter bei Hofe und im Heere entsetzt, und der Heidelberger Professor Martin, der im Auftrage eines großen Teiles der Heidelberger Bürgerschaft eine Petition

ausarbeitete, in der er die Notwendigkeit der Einführung einer Verfassung darlegte, wurde in eine Untersuchung verwickelt, während diejenigen Bürger, die hauptsächlich die Angelegenheit betrieben hatten, wegen dieses „hochverräterischen Treibens" in Haft genommen wurden. Da trat aber plötzlich eine ganz unerwartete Wendung in der Angelegenheit ein. Die erbfolgeberechtigte Zähringer Linie drohte zu erlöschen, weil der Großherzog Karl seine Söhne verloren hatte und sein nunmehriger Nachfolger, sein Oheim Ludwig, unvermählt geblieben war. Starb aber die Linie aus, so fiel der ehemals pfälzische Teil des Landes mit den Städten Mannheim und Heidelberg an Bayern. Um das zu verhüten, wurde das badische Volk veranlaßt, sich für die Successionsfähigkeit der Grafen von Hochberg, die einer nicht ebenbürtigen Ehe eines Markgrafen Karl Friedrich entsprossen waren, auszusprechen, wogegen der Großherzog die Einführung einer Verfassung versprach. Dieser Vergleich kam denn auch zu Stande, worauf bereits am 22. August 1818 die neue Verfassung verkündet wurde. Sie gewährte dem Volke eine ganze Reihe sehr wichtiger Rechte.

Endlich verständigte sich auch noch der Großherzog von Hessen mit seinem Volke, nachdem dieses 1819 einen ungenügenden Verfassungsentwurf zurückgewiesen hatte, und führte zu Ende des Jahres 1820 eine zeitgemäße Konstitution ein.

In den übrigen Staaten blieb die Verfassungsfrage unerledigt. In Sachsen ließ man den alten, aus längst vergangenen Zeiten stammenden Landtag bestehen, der sich wie ein Anachronismus ausnahm; auch in Hannover begnügte man sich ferner mit einer alten landständischen Verfassung aus dem vorigen Jahrhunderte, wollte sich aber doch nicht ganz den Anforderungen der neuen Zeit entziehen und schaffte

daher 1818 die Folter ab, was andere Staaten allerdings schon vor 50 Jahren gethan hatten. In Kurhessen verwickelte sich der gewaltthätige und von schmutzigem Geize beherrschte Kurfürst Wilhelm I. in einen langen, überaus häßlichen Streit mit seinem Volke. Er führte den Zopf wieder in seinem Heere ein, versetzte alle Offiziere und Beamte in die Stellen zurück, die sie 1806 eingenommen hatten, hob alle unter dem westfälischen Regimente eingeführten Institutionen: die Bodenfreiheit, die öffentliche und mündliche Gerichtsbarkeit, die Geschworenengerichte, alle administrativen und judiziellen Organisationen auf; nur diejenigen westfälischen Einrichtungen ließ er bestehen, die ihm persönlich Nutzen brachten, z. B. die Grund- und Patentsteuer; auch erkannte er, wie die Regierung Jeromes, nur den Drittelbetrag der althessischen Schulden an, obgleich er Dutzende von Millionen Thalern in der englischen Bank liegen hatte. Dagegen führte er alle die alten überlebten Abgaben, das antiquierte Gerichtsverfahren und die peinliche Halsgerichtsordnung Kaiser Karls V. wieder ein. Sogar eine „Maitresse en titre“ wurde wieder ernannt und fuhr in kurfürstlicher Equipage und mit kurfürstlichen Livreebedienten durch die Stadt. Unter diesen Verhältnissen konnte natürlich von einer Verfassung keine Rede sein.

Auch die beiden Großmächte Oesterreich und Preußen lösten ihr gegebenes Versprechen nicht ein.

Oesterreich war auch durch die napoleonischen Kriege nicht sonderlich aus seiner Trägheit aufgerüttelt worden. Seit Jahrhunderten hatte die Regierung alles gethan, das Volk in Dumpfheit und Unwissenheit zu erhalten, selbst der Aufschwung, den Lessing, Goethe und Schiller dem geistigen Leben Deutschlands gegeben, war an der Donau nur sehr wenig verspürt worden. Es konnte also Metternich nicht

schwer fallen, die kleinen politischen Strömungen, die sich nach dem Wiener Kongresse gebildet hatten, einzudämmen und schon nach wenigen Jahren zum vollständigen Stillstand zu bringen. Es blieb dann bei den Postulaten-Landtagen und den sonstigen kläglichen staatlichen Einrichtungen, die alle die „verderblichen Einmischungen der Unterthanen in die Staatsgeschäfte“ fast gänzlich verhinderten.

In Preußen pulste ein weit kräftigeres politisches Leben, war doch von hier die ganze gewaltige patriotische Bewegung der Befreiungskriege ausgegangen. Die königliche Verordnung vom 22. Mai 1815, welche eine „Repräsentation des Volkes“ verhieß, wurde in allen liberalen Kreisen mit großer Freude begrüßt und nach jeder Richtung hin erörtert; aber sie erregte auch Mißstimmung, und zwar bei denjenigen, die durch ein parlamentarisches Leben eingeengt und benachteiligt zu werden fürchteten. Und diese — es waren hauptsächlich die Vertreter des Adels und hohe Beamte — begannen sofort der Einführung der Repräsentativverfassung entgegenzuarbeiten. Ein unheimlicher und unheilvoller Kampf begann, dem eine ganze Reihe edler patriotischer Männer zum Opfer fiel.

Der erste Vorstoß wurde sehr bald gemacht. Es galt zunächst die vaterländische Begeisterung und Opferfreudigkeit, die das preußische Volk in dem großen Befreiungskampfe gezeigt, herabzusetzen und zu diskreditieren, und zu diesem Zwecke schrieb der erste Rektor der Berliner Universität, Geh. Rat Schmalz, bereits im August 1815 eine Broschüre „Ueber politische Vereine“, in der er sich besonders gegen den Tugendbund wendete, der, wie er behauptete, noch bestände, obgleich ihn der König längst aufgehoben habe. Die Mitglieder dieses Bundes seien sehr bedenkliche Elemente, die die monarchische Ordnung untergrüben. Sie verbreiteten daher Furcht unter

den Bürgern aller deutschen Lande. Sie führten „pöbelhafte Schmähreden gegen andere Regierungen und tolle Deklamationen über Vereinigung des ganzen Deutschland unter einer Regierung." Weiter hieß es dann: „Wie vormals die Jakobiner die Menschheit, so spiegeln sie die Deutschheit vor, um uns den Eid vergessen zu machen, wodurch wir jeder seinem Fürsten verwandt sind .... Diese Menschen wollen durch Krieg der Deutschen gegen Deutsche Eintracht in Deutschland bringen, durch bitteren gegenseitigen Haß Einheit der Regierung gründen und durch Mord, Plünderung und Notzucht altdeutsche Redlichkeit und Zucht vermehren." Sie rühmten sich, die Erhebung von 1813 sei wesentlich ihr Werk, und das sei eine kecke Unwahrheit. Weder von solcher Begeisterung, noch von Begeisterung durch sie sei 1813 eine Spur zu finden gewesen. Das ganze Volk habe vielmehr ruhig auf den Wink des Königs gewartet. „Keine Begeisterung, überall ruhiges und desto kräftigeres Pflichtgefühl. Alles eilte zu den Waffen und zu jeder Thätigkeit, wie man aus ganz gewöhnlicher Bürgerpflicht zum Löschen einer Feuersbrunst beim Feuerlärm eilt."

Diese Broschüre erregte ein außerordentliches Aufsehen. Mit Entrüstung wiesen die Männer, auf die in der Denunziation hingewiesen war, die Beschuldigungen zurück; Niebuhr, Schleiermacher, Krug u. a. ließen scharfe Kritiken erscheinen und forderten Schmalz auf, Beweise für seine Verdächtigungen zu erbringen; Niebuhr erklärte nachdrücklich, das Gerede von geheimen politischen Vereinen sei weiter nichts als ein leeres Märchen. Trotzdem wurde das Vorgehen des Herrn Geh. Rats Schmalz von gewissen Zeitschriften als ein sehr verdienstliches gepriesen, und der König Friedrich von Württemberg fühlte sich bewogen, dem Verfasser der Broschüre einen Orden zu verleihen.

Mitten in diese Fehde fiel die Rückkehr des Königs aus Frankreich. Wie es seiner Natur entsprach, mußte auch Friedrich Wilhelm von diesem Zwist sehr unangenehm berührt werden, aber er ordnete keine Untersuchung an, die die Anklagen von Schmalz auf ihren Grund prüfte, sondern erließ einfach, als ihm der Streit allzu unerquicklich wurde, am 6. Januar 1816 eine Kabinettsordre, durch die er den beiden Parteien ewiges Stillschweigen gebot. Zugleich erneuerte er das alte Verbot gegen geheime Gesellschaften und folgte dem Beispiele des Königs von Württemberg, indem er dem Herrn Geh. Rat Schmalz ebenfalls einen Orden verlieh. Damit that der König einen verhängnisvollen Schritt; er sagte sich von den Männern los, die in den Zeiten der Not die Begeisterung für Thron und Vaterland entfacht und mit Gut und Blut für die Abschüttelung der Fremdherrschaft eingetreten waren, und stellte sich auf die Seite der Rückschrittspartei, die nun mehr und mehr in ihm den Glauben hervorrief, der preußische Staat werde fortwährend durch Demagogen und Revolutionäre unterwühlt, so daß ihn eine ständische Verfassung an den Rand des Abgrunds führen werde. Und als dann das Volk ungeduldig wurde und auf die Einlösung des königlichen Versprechens drängte, als sogar die Rheinländer eine von Görres verfaßte Adresse zur Beschleunigung der Konstitutions-Angelegenheiten an den König sandten, da antwortete Friedrich Wilhelm sehr ungnädig, daß weder in dem Edikte vom 22. Mai 1815, noch in dem betreffenden Artikel der Bundesakte eine Zeit zur Einführung der Verfassung angegeben sei; nicht jede Zeit aber sei die rechte, eine solche Veränderung im Staate vorzunehmen. Er selbst werde diesen Zeitpunkt bestimmen, und Pflicht der Unterthanen sei es, bis dahin ruhig zu warten.

Diese heftige königliche Erklärung wirkte außerordentlich

niederschlagend; mißmutig und verbittert zogen sich viele Männer, die bisher allerwärts für die vaterländische Gesinnung eingetreten waren, aus dem öffentlichen Leben zurück, während breite Massen in dumpfe Gleichgültigkeit versanken. Nur auf den Universitäten erhielt sich der frische patriotische Geist. Sehr viele Freiwillige von ehedem waren aus dem Feldlager in die Hörsäle zurückgekehrt, hielten hier an den hochfliegenden Ideen der Befreiungskriege fest und begeisterten auch die jüngere Generation für dieselben. „Sie freuten sich des wiedererfochtenen Ruhmes," schreibt Heinrich Zschokke, „und wünschten ihrem Volke wenigstens so viel gegeben zu sehen, als sie selbst einem feindlichen Volke von Freiheit und Rechten hatten erkämpfen helfen. Die große Zeit hatte sie ernster gemacht, entzündeter für alles, was an deutsche Kraft, Größe und Freisinnigkeit mahnte. Daher thaten sie zahlreich unter sich selbst auf den hohen Schulen die altgewohnte wüste Weise ab, wurden sittiger, fleißiger, frömmer, gefielen sich in der einfachen Tracht des sinnigen Mittelalters und suchten alles Fremdartige zu verbannen, was deutschem Wesen einst nachäfferisch beigesellt worden war." Einen sehr bedeutsamen Schritt zur Besserung der Sitten auf den Hochschulen thaten sie damit, daß sie den rohen „Komment der Landsmannschaften" beseitigten, die verschiedenen Verbindungen, die bisher beständig sich befehdet und daher zu vielen Raufereien Veranlassung gegeben hatten, aufhoben und dafür eine einzige allgemeine Verbindung schufen, die Burschenschaft. Der schönste Zweck der neuen großen Vereinigung sollte sittlich-wissenschaftliche Ausbildung im Dienste des gemeinsamen Vaterlandes sein.

Während sich nun auf den verschiedenen Universitäten die Umwandlung der Verbindungen in die Burschenschaft vollzog, kam das Jahr 1817 heran, mit dem sich das dritte Jahrhundert seit dem Beginn der kirchlichen Reformation vollendet.

Von verschiedenen Seiten wurde aufgefordert, diesen Erinnerungstag zwar ohne herausfordernde Intoleranz gegen die katholische Kirche, aber doch möglichst festlich zu begehen. Da tauchte unter den Burschenschaftern in Jena der Gedanke auf, die ganze deutsche Burschenschaft möchte das Säkularfest gemeinsam feiern, und zwar auf der altehrwürdigen Wartburg. Zugleich könnte dabei des Schlachttages bei Leipzig gedacht werden. Dieser Vorschlag fand allerwärts Beifall; aus Berlin, Erlangen, Gießen, Göttingen, Halle, Heidelberg, Leipzig, Marburg liefen Zusagen in Jena ein, daß man sich an dem Feste beteiligen werde, und so bewegte sich denn am Morgen des achtzehnten Oktobers unter dem Geläute der Glocken ein langer Zug von Studenten, dem sich auch die Professoren Schweitzer, Oken, Fries und Kieser anschlossen, von Eisenach zur Wartburg hinauf. Dort hielt im festlich geschmückten Rittersaale zunächst der Student Riemann aus Jena, ein Ritter des Eisernen Kreuzes, die Festrede, in der er alle aufforderte, „zu streben nach jeder menschlichen und vaterländischen Tugend", und besonders ermahnte, jederzeit für das große deutsche Vaterland einzustehen. Darauf wandte sich Professor Fries an die Versammelten, sprach sich in ähnlicher Weise aus und schloß: „So bleibe euch und uns der Wahlspruch: ein Gott, ein deutsches Schwert, ein deutscher Geist für Ehre und Gerechtigkeit!" Und endlich hielt noch Oken eine Ansprache, in der er hervorhob, daß Eintracht und Vaterlandsliebe die deutschen Jünglinge stets als festes Band umschlingen müsse. Darauf ging der festliche Zug wieder zur Stadt hinab, wo in der Stadtkirche ein Gottesdienst und dann Turnübungen auf Markt und Esplanade den Tag würdig beschlossen. Leider fand aber am Abend noch eine Nachfeier statt, die die schlimmsten Folgen nach sich ziehen sollte. Um auf dem Wartenberg, der der Wartburg gegenüber liegt, noch

ein Freudenfeuer anzuzünden, unternahm ein Teil der Studenten einen Fackelzug dorthin, und während dann die Flammen des Holzstoßes emporloderten, schäumte auch die jugendliche Begeisterung fesselos über. Kühne, unbedachte Worte fielen, und als der Vorschlag gemacht wurde, das Freudenfeuer zugleich zu einem patriotischen Auto-da-fé zu gestalten und alle diejenigen Schriften hier zu verbrennen, die den Gedankenstrom der neuen Zeit hemmen wollten, da brach ein heller Jubel los. Von allen Seiten wurden — meist nur in ihren Titeln — Ancillons Schrift „Ueber Souveränetät und Staatswissenschaft," Cöllns „Vertraute Briefe," Dabelow, „Der 13. Artikel der deutschen Bundesakte" (in welchem die Einführung einer Verfassung versprochen wurde), v. Haller, „Restauration der Staatswissenschaft," Janke, „Der neuen Freiheitsprediger Konstitutionsgeschrei," Immermann, „Ein Wort der Beherzigung," v. Kamptz, „Codex der Gensdarmerie," Kotzebues „Geschichte des deutschen Reiches," verschiedene Schriften von Schmalz und noch vieles andere in die Flammen geschleudert.

Diese Arabeske des Festes wäre aber wahrscheinlich in weiteren Kreisen gar nicht beachtet worden, wenn nicht v. Kamptz, Janke, Schmalz und noch einige andere über diesen „namenlosen Frevel" einen großen Lärm geschlagen hätten. Nun bemächtigte sich auch die hohe Diplomatie der Angelegenheit, forderte von der Weimarischen Regierung genaueren Bericht, und als dieser nur ungenügend ausfiel, erschien sogar eine eigene „Ambassade" in Weimar und Jena, um gegen diese „unerhörten, das geordnete Staatswesen in hohem Grade gefährdenden Umtriebe" mit aller Schärfe vorzugehen. Eine große Untersuchung wurde in Scene gesetzt, die Burschenschaft aufgelöst, eine strenge Zensur eingeführt und das gesellschaftliche Leben einer scharfen Kontrolle unterworfen. Denn überall

witterte man jetzt demagogische Wühlereien, revolutionäre Umsturzversuche und freche Attentate gegen die Würde der Regierungen. Dadurch legte man der Bewegung eine Bedeutung bei, die sie nie besessen hat. In den jugendlichen Schwärmern aber rief man Verbitterung und eine heiße Sehnsucht nach Freiheit hervor, bei der das Festhalten an den burschenschaftlichen Institutionen als eine heilige Pflicht und zugleich als ein Heldenwerk betrachtet wurde.

Weiterhin suchten die Regierungen sich noch enger aneinander zu schließen, um den „revolutionären Bestrebungen" noch wirksamer begegnen zu können. Es wurde im Herbst 1818 ein neuer Kongreß insceniert, diesmal in Aachen, und dort zwischen Metternich, Kapo d'Istrias, Wellington, Canning, Hardenberg und Humboldt in Gegenwart von Kaiser Alexander, Kaiser Franz und König Friedrich Wilhelm III. über die Lage Deutschlands beraten; in die Oeffentlichkeit gelangte darüber jedoch nicht viel; es wurde nur bekannt, daß Frankreich feierlich in die Mitte der heiligen Allianz aufgenommen worden war.

Metternich zeigte sich aber von dem Ergebnis des Kongresses sehr befriedigt; er hatte besonders auf den König Friedrich Wilhelm einen größeren Einfluß gewonnen und hoffte, nun auch auf das geistige Leben in Preußen nachdrücklich einwirken zu können. Die Gelegenheit sollte sich schneller finden, als er hatte vermuten dürfen. Noch war der Winter nicht zu Ende, noch korrespondierte man zwischen Wien und Berlin darüber, mit welchen gemeinsamen Maßregeln man den bösen Geist der Revolution bannen könne, da durcheilte Deutschland eine Nachricht, die in Palast und Hütte die tiefste Erregung hervorrief: August von Kotzebue, der allbekannte Theaterdichter, war am 23. März in Mannheim von einem Studenten, Karl Ludwig Sand, erstochen worden,

und es unterlag keinem Zweifel, daß politische Motive die Triebfeder zu der That gewesen waren. Bald wurde das Nähere bekannt. Sand, aus Wunsiedel in Bayern gebürtig, hatte an den Befreiungskriegen teilgenommen, war dann in die Burschenschaft eingetreten und mehr und mehr über die Hemmungen des freien staatlichen Lebens in tiefe Verbitterung geraten. Bei seiner Hinneigung zur Schwärmerei war schließlich der Entschluß in ihm gereift, „durch eine große That sein Volk aus dem betäubenden Schlafe zu erwecken." Einen heftigen Zorn aller Patrioten hatte Kotzebue auf sich geladen, nicht nur durch die hämischen Verunglimpfungen, mit denen er Männer wie Arndt, Jahn, Oken u. a. verfolgte, sondern auch weil man meinte, er sei ein Späher Rußlands. Mit ihm beschloß daher Sand „seinen Brüdern ein mahnendes Zeichen" zu geben. Er wanderte zu Fuß von Jena nach Mannheim und erstach dort Kotzebue in dessen Studierzimmer unter dem Ausrufe: „Hier, Verräter des Vaterlandes!" Dann stürzte er auf die Straße, kniete nieder und stieß sich mit den Worten „Hoch lebe mein deutsches Vaterland!" selbst den Dolch in die Brust. Die Verwundung war aber nicht tödlich; Sand ward zunächst ins Hospital und dann ins Gefängnis gebracht, worauf ihm der Prozeß gemacht und er am 20. Mai 1820 öffentlich hingerichtet wurde.

Sofort, als Metternich die Nachricht von der That Sands empfing, sagte er sich, daß er nun durchaus gewonnenes Spiel habe. Unverweilt wurde er in Berlin dahin vorstellig, daß nur „durch Strenge und Schrecken" der Geist der Leidenschaftlichkeit gebannt werden könne, und daß auf einem neuen Kongresse die organischen Einrichtungen des deutschen Bundes vervollständigt werden müßten. Preußen stimmte dem Vorschlage sofort zu, auch die Mittelstaaten waren ein-

verstanden, worauf noch im selben Sommer (1819) der Kongreß in Karlsbad zusammentrat.

Bevor jedoch Metternich auf diesem Kongreß zu Karlsbad erschien, suchte er noch vorher sich des Königs von Preußen vollkommen zu versichern; er bat den Monarchen, der sich gerade zur Kur in Teplitz aufhielt, um eine Besprechung, und bei dieser gewann er ihn schnell ganz vollständig für seine Ansichten und Grundsätze. In dem Werke „Aus Metternichs nachgelassenen Papieren" ist kürzlich ein authentischer Bericht des Fürsten an den Kaiser Franz über diese denkwürdige Unterredung veröffentlicht worden.

„Sie kommen mich hier in einer schweren Zeit besuchen," sagte der König, indem er Metternich empfing. „Vor sechs Jahren hatten wir mit dem Feinde im offenen Felde zu kämpfen; nun schleicht er verlarvt umher. Sie wissen, daß ich Ihren Ansichten alles Vertrauen schenke. Sie haben mich längst gewarnt, und alles ist eingetroffen."

Diese gedrückte Stimmung des Monarchen war Metternich sehr erwünscht; er erwiderte dem Könige, daß auch der Kaiser Franz der Ueberzeugung sei, der Unfug in Deutschland habe eine unerhörte Höhe erreicht, und es müsse mit aller Energie gegen denselben eingeschritten werden. Oesterreich sei gern bereit, Preußen seine Hilfe zu gewähren, aber dieses müsse dann auch nach bestimmten Grundsätzen mit aller Schärfe vorgehen.

„Sie haben vollkommen Recht," entgegnete der König. „Und es ist auch mein Wunsch, daß während Ihrer Anwesenheit solche Grundsätze festgesetzt werden, welche sodann unverbrüchlich ausgeführt werden sollen. Ich wünsche, daß Sie dieselben mit dem Staatskanzler Hardenberg ganz feststellen."

„Die ganze Sache beschränkt sich auf einen Satz," erwiderte Metternich. „Sind Eure Majestät entschlossen, keine

Volksvertretung in Ihrem Staate einzuführen, so ist die Möglichkeit der Hilfe vorhanden. Außer derselben besteht keine andere."

„Das war auch bereits meine Idee," entgegnete der König; „trachten Sie, die Leute auf der Konferenz schriftlich zu binden."

Mit diesen Worten war das Schicksal Deutschlands für mehrere Jahrzehnte entschieden. Der König von Preußen gab sich in seiner Ratlosigkeit und Verstimmung willenlos in die Hände Oesterreichs und lieferte seinen Staatskanzler Hardenberg, der bisher immer noch das dem Volke gegebene Versprechen einlösen wollte, bedingungslos dem österreichischen Minister aus. Mit Frohlocken meldete das Fürst Metternich dem Kaiser Franz nach Wien, und siegesgewiß erschien er darauf zur Konferenz in Karlsbad. Hier hatte er denn auch, da der Widerspruch Hardenbergs gebrochen war, sofort freies Spiel; alle seine Vorschläge „zur radikalen Heilung des revolutionären Geistes" wurden ohne weiteres angenommen. Sie richteten sich 1) gegen die „Mißdeutung" des Artikels 13 der Bundesakte (betreffend die Einführung einer Verfassung), 2) gegen die unzulänglichen Mittel, vermöge deren die Befugnisse der Bundesversammlung geltend gemacht werden könnten, 3) gegen die „anerkannten Gebrechen" des Schul- und Universitätswesens, 4) gegen die „Mißbräuche der Presse" und 5) gegen die „sträflichen und gefährlichen Umtriebe zur Bewirkung einer Revolution in Deutschland."

Darauf beeilte sich die Bundesversammlung in Frankfurt, die entsprechenden Ausführungsbestimmungen festzusetzen. In Betreff des Artikels 13 der Bundesakte begnügte sie sich zunächst (da ja in verschiedenen mittleren und kleineren Staaten bereits Verfassungen eingeführt worden waren), nur zu betonen, daß diesem Artikel baldigst eine angemessene, dem

„monarchischen Prinzipe" entsprechende Auslegung gegeben werden müsse. Zur Erhöhung der Machtbefugnisse der Bundesversammlung wurde eine Exekutions-Ordnung festgesetzt, kraft deren, falls in einem Bundesstaate die Beschlüsse der Bundesversammlung wegen Widerstandes der Unterthanen nicht vollzogen werden könnten, der Vollzug durch militärische Assistenz der übrigen Bundesstaaten bewirkt werden solle. Dem „Unwesen" auf den Universitäten trat die Bundesversammlung dadurch entgegen, daß sie festsetzte, es solle fortan an jeder Universität ein landesherrlicher Kommissär angestellt werden, der den Geist der akademischen Lehrer sowohl, wie der Studierenden, genau beobachte; auch solle jede Bundesregierung gehalten sein, alle Universitäts- und öffentlichen Lehrer, die revolutionären Tendenzen huldigten, aus ihren Stellen zu entfernen. Die „Preßfreiheit" wurde dahin „geregelt," daß künftig alle Schriften, die weniger als 20 Druckbogen zählten, ohne vorherige Genehmigung der Landesbehörde nicht erscheinen durften. Wurde die Herausgabe einer solchen Druckschrift verboten, so war eine Appellation gegen den Spruch nicht möglich. Zur Unterdrückung der „demagogischen Umtriebe" endlich rief die Bundesversammlung eine Centralbehörde zur Untersuchung aller Verschwörungen und revolutionären Bestrebung ins Leben und wies ihr Mainz als Sitz an. Bereits am 9. November hielt diese Behörde ihre erste Sitzung.

Hochbefriedigt kehrte Metternich nach Wien zurück. Er war überzeugt, ein großes Werk vollbracht und einer neuen Aera die Wege geebnet zu haben, und wurde in dieser Ansicht auch durch viele Dankesschreiben bestärkt, die ihm von einer ganzen Reihe von Fürsten zugingen, und in denen er als ein Heros, als der Drachentöter des Liberalismus gefeiert wurde. Der Großherzog von Hessen dankte ihm sogar noch besonders dafür, daß Mainz zum Sitze der Untersuchungs-

kommission gewählt worden war. Im deutschen Volke aber empfand man die Karlsbader Beschlüsse als einen schweren Schlag. Man erkannte sofort, daß jetzt ein Unterdrückungssystem zur Herrschaft gelangen werde, dem eine vollständige Umgestaltung der politischen Zustände folgen müsse. Eine allgemeine Ruhe werde eintreten, aber die Ruhe eines Volkes, dessen Mund gewaltsam verschlossen worden. Ein Geist der Verdächtigung, der Verfolgung, der Spionage werde jetzt umgehen und jeden verderben, der noch an deutsche Größe und Herrlichkeit glaube. Und in der That sollte sich bald zeigen, wie sehr diese Befürchtungen berechtigt waren. Männer wie Wilhelm von Humboldt und Beyme zogen sich aus dem öffentlichen Leben zurück, der verdiente General von Grolmann bat Friedrich Wilhelm III. um seine Entlassung, weil „die jetzt eingetretenen Zeitumstände und die traurigen Jahre, die er seit 1815 erlebt," ihn dazu nötigten. Der berühmte Theologe Professor de Wette in Berlin wurde seines Amtes entsetzt, weil er der unglücklichen Mutter Sands einen Trostbrief geschrieben hatte, Ernst Moritz Arndt sah sich in eine lange Untersuchung verwickelt, während der er von seinem Amte suspendiert war, Görres floh, um sich keinen Unannehmlichkeiten auszusetzen, nach der Schweiz, und Jahn, der Begründer des Turnwesens, wurde nächtlicher Weile verhaftet und nach Spandau, später nach Küstrin und nach Kolberg gebracht, weil er angeklagt worden war, die höchst gefährliche Lehre von der Einheit Deutschlands zuerst aufgebracht zu haben. Nach jahrelanger Haft wurde er schließlich zwar freigesprochen, aber doch für Lebenszeit nach Freiburg an der Unstrut verbannt. Selbst Gneisenau wurde verdächtigt und von Spähern umgeben, nur weil er geäußert hatte, man müsse das königliche Wort einlösen und dem Volke die versprochene Verfassung gewähren. Am rücksichtslosesten aber

verfuhren die Regierungen gegen die Jugend; auf allen Universitäten begannen umfangreiche Demagogenverfolgungen; eine große Menge von Studenten wurde nach und nach verhaftet und in die Gefängnisse gesteckt. Wer nur irgendwie sich mit vaterländischen Angelegenheiten beschäftigte oder auch nur das Wort Deutschland öffentlich aussprach, geriet in den Verdacht, an politischen Umtrieben beteiligt zu sein, und lief Gefahr, plötzlich festgenommen und hinter Schloß und Riegel gesetzt zu werden.

Eine tiefe Trostlosigkeit bemächtigte sich daher nach und nach der ganzen Nation; in Preußen und Oesterreich erstarb schließlich alles politische Leben; die Errichtung von Provinzialständen, welche Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1823 vorgenommen hatte, änderte an der Kläglichkeit der Situation so gut wie nichts; die vaterländische Begeisterung, die man hätte sorgfältig nähren und pflegen sollen, schwand vollständig dahin. Nur in Süddeutschland erhielt sich noch ein gewisser politischer Sinn, weil in den dortigen Kammern die Teilnahme des Volkes an den öffentlichen Angelegenheiten trotz alles Druckes und aller Niederlagen im Bewußtsein der Nation lebendig erhalten wurde. Heinrich von Sybel hebt denn auch in seiner Geschichte der „Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I." hervor, daß die großen Verdienste dieser Kammern in schwerer Zeit nicht verdunkelt werden können, und daß wir ihnen ein ehrendes Andenken bewahren müssen, wenn wir uns heute der hohen Güter der deutschen Einheit in vollem Umfange erfreuen. Besonders ist die badische Kammer zu nennen, in der Rotteck und Wessenberg saßen, zwei Männer von edelster Gesinnung und hinreißender Beredsamkeit.

Doch hatten diese süddeutschen Kammern für die Erhaltung des nationalen Geistes auch ihr Mißliches und Nachteiliges. „In dem berechtigten Streben, die verfassungs-

mäßigen Rechte des Einzelstaates zu wahren und gegen die Eingriffe der Bundesgewalt zu verteidigen," schreibt K. Klüpfel in seiner „Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen", „verhinderten die Volksvertreter jede Ausbildung derselben in einigender Richtung und fürchteten bei jeder allgemeinen deutschen Maßregel für die materiellen Interessen, sie könnten dadurch den gehaßten Bundestag stärken. Der Eifer für die konstitutionellen Formen wiegte sie in die Täuschung ein, als wären sie unendlich weit fortgeschritten gegen das absolutistische Preußen; sie verrannten sich in einen feindlichen Gegensatz zu demselben, und das unglückselige Streben der beiden Vormächte des Bundes, die Verfassungen zu beschneiden und zu beschränken, verschärfte diesen Gegensatz noch mehr und schuf die verkehrte Ansicht, als ob der Kern des wahren Deutschlands in dem konstitutionellen Südwesten zu suchen wäre. Dazu kam, daß die konstitutionelle Wahlverwandtschaft zu Frankreich hinzog, in dessen Verfassung und Kammern man das Muster und in dem man die Schutzmacht sah, an welche man sich anlehnen müsse."

Unter dieser allgemeinen Verbitterung und Verdüsterung litt aber nicht nur das politische, sondern auch das ganze geistige, sittliche und gesellige Leben der Nation. Da es weder hohe Ziele noch große Fragen gab, so fehlte jeder frohe Flügelschlag; nirgends war ein frisches Vorwärtsstreben bemerkbar, überall gähnte eine melancholische Oede. Infolgedessen suchte man Entschädigung im Genußleben und in leichter und leichtfertiger Unterhaltung. Sehr bald schon sah sich Gneisenau bei einem Besuche Berlins veranlaßt, mit scharfen Worten die Ueppigkeit zu rügen, die dort eingerissen war. „Es hat sich dort ein verderblicher, der Nachwelt nicht frommender Luxus im Essen eingefunden," schrieb er über die empfangenen Eindrücke, „der zeit- und geldraubend und

geisttötend zugleich ist. Mahlzeiten und Mahlzeiten und in diesen eine Menge kostbarer Gerichte jagen sich. Die Eßlust hat sich aller Stände bemächtigt. Wir werden bald unsere Lorbeern ver—schmaust haben, und die Erinnerung daran. Mir ist dieses ewige Essen empörend gewesen." Aehnlich äußert sich einmal Niebuhr über diesen „epikureischen Zeitgeist" und über die „leere Gesellschaftlichkeit, wo man sich in flachem, allgemeinem Gespräche hält."

Hand in Hand mit diesem Genußleben ging ein Hang zum Sentimental-Lüsternen auf der einen und eine Freude am Grausigen auf der anderen Seite. Eine ganze Bibliothek von Romanen und Theaterstücken erschien, die dieser Geschmacksrichtung Rechnung trug, aber kein einziges Werk erhob sich über die Mittelmäßigkeit. Von den Romanschriftstellern waren die Lieblinge des großen Publikums Clauren, Julius von Voß, Langbein, Bruckbräu u. a. Clauren allein schrieb nicht weniger denn 40 Bände. Den meisten Beifall errang sein Roman „Mimili", in dem er in lasciver Süßlichkeit das Möglichste leistete. Unter den Theaterdichtern erfreuten sich der meisten Gunst die Müllner, Huwald und Raupach. Müllners Drama „Die Schuld" gehörte zum ständigen Repertoire jedes Theaters. Es war das packendste jener eigentümlichen „Schicksalstragödien", in denen nicht die Handlungen der Menschen deren Geschick bestimmen, sondern das unheimliche Schicksal, das Fatum, das in grausamem Walten unerbittlich selbst die Edelsten vernichtet, wenn es eben vorher so bestimmt worden war. Das niedergedrückte Volk sah in dieser Grundidee sich sein eigenes Geschick spiegeln.*)

*) Dieser Einfluß der politischen Stimmungen und überhaupt der politischen Schicksale auf die Entwicklung unserer Litteratur und des litterarischen Geschmacks findet sich ausführlich dargelegt in meiner „Geschichte der deutschen Nationallitteratur des 19. Jahrhunderts", 2. Auflage. Verlag von Levy & Müller in Stuttgart.

Neben diesen Tragödien nahm auch das Theater an sich im öffentlichen Leben einen großen Raum ein. Man interessierte sich für jeden Schauspieler und jede Schauspielerin. Sängerinnen wie Henriette Sontag konnten die Heldinnen eines ganzen Winters sein. „Zeitgeschichtliche Fragen zu erörtern, wer hätte damals daran gedacht?“ schreibt Hermann Marggraff in seinem Buche „Deutschlands jüngste Litteratur- und Kulturepoche“ (Leipzig 1839) mit satirischer Bitterkeit. „Die Bühne und nichts als die Bühne, die Sontag und wieder die Sontag — diese ungeheuren Interessen des Berliner Theaters verschlangen das ganze Theatrum mundi, es war ein Leben wie im Himmel, oder wie es Gott in Frankreich lebt, oder der reiche Mann im Evangelium; der arme Mann freilich, der mit Schwielen und Beulen behaftet draußen vor der Thür saß, kümmerte nicht; der war für die Hunde, wenn auch zugleich für Abrahams Schoß.“

Eine ähnliche Kraft- und Saftlosigkeit zeigte sich in der Journalistik. Außer der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“, die aber nur in gelehrten Kreisen gelesen wurde, gab es kein einziges Blatt, das ein klares Bild von der Weltlage bot. In der Hauptsache herrschte in den Zeitungen die niedere Klatschsucht, daneben die Suffisance und die Ironie, die begeisterungslose Ironie, die, wie Marggraff sagt, ungerade gerade und gerade ungerade und doch wieder nichts weder gerade noch ungerade sein ließ, jenes zweifelhafte blasse, alles bespöttelnde, mattherzige Zwittergeschöpf von Wahrheit und Unwahrheit, Ja und Nein, das keinem es recht machte, jedem wehe that und alle kalt ließ. In Berlin war der Hauptheld dieser Presse Saphir, der anfangs die „Berliner Schnellpost für Litteratur, Theater und Geselligkeit“ und dann den „Berliner Kurier“ herausgab; in Wien, wo Metternich das geistige Leben fast vollständig vernichtet hatte, spielte

Bäuerle mit seiner „Theaterzeitung“ die Hauptrolle. Für Süddeutschland bildete das Cottasche „Morgenblatt“ einen geistigen Mittelpunkt, der jedoch erst in den dreißiger und vierziger Jahren zu größerer Bedeutung gelangte. Die Zeitschrift „Die Wage“, die der geistreiche Börne in Frankfurt a.M. ins Leben rief, wurde sehr bald unterdrückt. Es erschienen denn auch verhältnismäßig sehr wenig Zeitungen. Die erste Preisliste der preußischen Post, die 1823 herausgegeben wurde — denn erst 1822 übernahm die Post den Zeitungsdebit —, zählte nur 474 Zeitungen und Zeitschriften auf. Gegenwärtig beträgt die Gesamtzahl der aufgenommenen Zeitungen gegen 10000.

Selbst das religiöse Leben erfuhr, wenigstens bei dem protestantischen Teile der Bevölkerung, unter diesem Drucke und bei der sich daraus entwickelnden Hinneigung zum Weichlichen, Süßlichen und Sinnlich-Sentimentalen eine Umwandlung. Bisher hatte in der Theologie der Rationalismus geherrscht, der den Offenbarungsglauben mit der Vernunft in Uebereinstimmung zu bringen und die Wunder als natürliche Vorgänge zu erklären suchte. Die Hauptvertreter desselben waren Wegscheider, Gesenius, Paulus und Wiener, ehrliche Naturen von nüchterner Verständigkeit. Aber die neue Zeit wünschte solche selbständigen Naturen nicht, das Individuelle mußte im allgemeinen verschwinden, und naturgemäß entwickelte sich nun ein Kultus des Genius. Im Gefühl seiner Schwäche suchte der Gläubige Halt bei seinem Ideale, und in der Erkenntnis seiner Nichtigkeit, seiner „Sünde“, schmiegte er sich mit seinem ganzen Herzen an seinen „himmlischen Freund“ Jesum Christum an. Dieses inbrünstige Sichanschmiegen an die göttliche Gestalt Jesu und dieses Sichselbstvergessen mußte zum Pietismus und zum Mysticismus führen. Es bildete sich in Berlin ein Kreis von „Erweckten“,

aus dem dann August Tholuck hervorging, der ein Buch „Die wahre Weihe des Zweiflers“ schrieb, das außerordentliches Aufsehen machte. Der Verfasser trat hier mit großer Beredsamkeit für den Glauben an „den ungeteilten Christus“ ein und suchte das Göttliche mit dem Gefühl zu erreichen. Dadurch wurde er dann mit Ludwig von Gerlach, Hengstenberg u. a. der Begründer jener pietistischen Richtung, die durch ihre süßliche „Jesusliebe“ und ihre Verketzerung aller freien Forschung einen sehr unheilvollen Einfluß auf unser religiöses Leben ausübte.

In diesem durchweg herabgestimmten Geistesleben mußten denn auch die wenigen Werke von tieferem Gehalte, die hervorgebracht wurden, die Dramen „Sappho“ und „Das goldene Vließ“ von Grillparzer und die Symphonien von Beethoven, fast ganz unbeachtet bleiben. Selbst Karl Maria von Webers gemütvolle Opern vermochten der leichten italienischen Ware und besonders der prahlerischen Musik Spontinis gegenüber nicht zur vollen Geltung zu gelangen, und der Meister selbst konnte in Berlin, so sehnlich er es auch wünschte, nicht festen Fuß fassen.

Eine Wissenschaft jedoch gelangte in jener Periode der Gedrücktheit zu außerordentlicher Entwicklung und errang eine dominierende Stellung: die Philosophie, und zwar durch Hegel. Durch sein festgefügtes System gab Hegel den schwachen Seelen einen festen Anhalt; selbst der Staat sah sich durch die Hegelsche Philosophie wesentlich gestützt, sodaß der preußische Minister von Altenstein sogar die akademische Lehrfreiheit zu gunsten Hegels zu verkürzen suchte. Der Grundgedanke der Hegelschen Philosophie war der, daß in dem Erkenntnisvermögen des Menschen alle Erkenntnis liege, freilich zunächst nur der Möglichkeit nach, die aber bei konsequenter

Durchführung einer bestimmten dialektischen Methode dann zur Wirklichkeit werde. Darauf kam Hegel zu dem vielberufenen Satze „Alles Wirkliche ist vernünftig, und alles Vernünftige ist wirklich“ und erklärte nun den Staat für die absolute Wirklichkeit des Rechts und die monarchische Form für die einzig rechte, wie er denn auch die Religion „wie sie ist“ als die einzig richtige und wahre hinstellte. Es kam ihm dabei nur auf die festen Linien des Absoluten an. „Die Philosophie denkt,“ sagte er, „was das Subjekt als solches fühlt, sie überläßt es demselben, sich mit seinem Gefühl darüber abzufinden.“ Dieses Hegelsche System war unzweifelhaft geistreich, ging aber von einer unrichtigen Prämisse aus, nämlich von der, daß alle Erkenntnis implicite in der Vernunft liege, was nicht richtig sein kann, da alle Erkenntnis aus der Erfahrung stammt, die allerdings erst vermittelst der Vernunft aus dem bloßen Sein zum bewußten Sein erhoben wird.

Von den deutschen Regierungen wurde die allgemeine Unzufriedenheit im Volke zwar lebhaft empfunden, aber es fühlte sich keine bewogen, die festgestellten politischen Grundsätze aufzugeben und den Wünschen der Nation zu entsprechen; doch suchten die meisten der Verstimmung dadurch zu begegnen, daß sie eine Besserung des materiellen Wohles anstrebten. Sie hofften dabei zugleich, „das revolutionär gesinnte Volk“ von der Politik abzulenken. Von den Klein- und Mittelstaaten waren es besonders Bayern, Württemberg und Sachsen, die sich durch solche nationalökonomischen Reformen hoben. Bei den beiden Großmächten zeigte sich ein großer Kontrast. In Oesterreich blieb so ziemlich alles beim alten, während sich in Preußen ununterbrochen das Bestreben äußerte, zu bessern und zu fördern. Kaiser Franz versank mehr und mehr in eine greisenhafte Thatenlosigkeit, und

wenn einmal jemand wagte, auf das Bedenkliche dieses Gehenlassens hinzuweisen, so pflegte er, ohne auch nur im geringsten das Verantwortungsvolle seiner Stellung zu empfinden, zu antworten: „Mich und den Metternich hält's noch aus!" Ganz anders Friedrich Wilhelm III., der es jederzeit empfand, daß es seine heilige Pflicht war, die Zukunft seines Landes zu sichern. Er ordnete daher die Finanzverhältnisse und hob dadurch den Staatskredit, förderte die Landwirtschaft und unterstützte die Entwicklung des Gewerbes und der Industrie durch Gewerbe- und Industrie-Ausstellungen. Dem Handel und Verkehr eröffnete er neue Wege, indem er viele hindernden Zölle beseitigte, so z. B. 1821 die lästigen Elbzölle, nach und nach mit einem großen Teile der Klein- und Mittelstaaten eine Zolleinigung herbeiführte, aus der sich schließlich ein großer deutscher Zollverein entwickelte, und im ganzen Lande Chausseen bauen ließ, welche gegenüber den bisherigen morastigen Landstraßen als ein wahrer Segen empfunden wurden. Auch das Postwesen ließ er neu organisieren, und zwar durch den ausgezeichneten Generalpostmeister von Nagler, der 1821 die ersten Schnellposten und für den Briefverkehr innerhalb der Stadt Berlin die sogenannte Stadtpost einrichtete. Für den Personenverkehr zwischen Berlin und Potsdam wurde die „Journaliere" ins Leben gerufen, die täglich sechsmal zwischen den beiden Städten hin und her fuhr.

Alle diese Förderungen des materiellen Wohls konnten aber den Mangel an bürgerlicher Freiheit und die tiefe Verstimmung über den schweren Druck, der auf dem gesamten geistigen Leben lastete, nicht aufwiegen, und aus dieser Empfindung heraus schrieb denn auch einmal Prinz Wilhelm von Preußen, der nachmalige Begründer des neuen deutschen Reiches, im Jahre 1824 in einem vertraulichen Briefe:

„Hätte die Nation 1813 gewußt, daß nach elf Jahren von einer damals zu erreichenden und wirklich erreichten Stufe des Glanzes, Ruhmes und Ansehens nichts als die Erinnerung und keine Realität übrig bleiben würde, wer hätte damals wohl alles aufgeopfert, solchen Resultates halber?"

III.

Wiedererwachen des nationalen Lebens.

Die allgemeine Gedrücktheit und Hoffnungslosigkeit sollte aber unmittelbar nach dem Abschlusse der zwanziger Jahre ganz unerwartet und plötzlich in das vollständige Gegenteil umschlagen.

In Frankreich hatte der König Karl X. in unbegreiflicher Verblendung versucht, die Freiheiten zu beschränken, welche die von ihm beschworene Charte dem Volke bot, und im Nu war damit ein allgemeiner Sturm heraufbeschworen worden. Mit einer Schnelligkeit sondergleichen stürzte das empörte Volk im Juli 1830 den Thron der Bourbonen um, und wenige Tage darauf waren die Verhältnisse schon wieder geordnet; Louis Philipp von Orleans ergriff die Zügel der Regierung unter dem Titel eines „Königs der Franzosen" und entsprach bereitwillig allen Forderungen, welche die Deputiertenkammer stellte.

Mit Entsetzen beobachteten die deutschen Regierungen diesen plötzlichen Umsturz. So wenig also hatte sich die heilige Allianz, so wenig hatte sich das mit allem Nachdruck auf den Schild gehobene Legitimitätsprinzip bewährt, daß sozusagen im Handumdrehen der Fürst eines großen Landes durch den „Dämon Revolution" beseitigt werden konnte! „Ja, ja," sagte der Kaiser Franz, „das kommt vom Nichtworthalten; was man einmal gegeben hat,

darf man nicht wieder nehmen," und fand eine gewisse Beruhigung darin, daß er bisher noch nichts gegeben hatte. In Dresden war man, als die erste Nachricht von den Straßenkämpfen eintraf, so verblüfft, daß ein älterer Rat ausrief: „Aber, mein Gott, dürfen denn das die Pariser?" In Berlin suchte man sich die Situation möglichst klar zu machen und fand sich dann mit den Thatsachen ab, so gut es ging. Die Staatszeitung mußte erklären, „daß man wohl ein historisches Ereignis als solches anerkennen dürfe, ohne damit zugleich die Giltigkeit seines Entstehens zu vertreten, und daß in solchen Fällen die Klugheit immer einigen Aufschub gebiete, um zu sehen, wie die Sachen sich ferner entwickeln würden." Nur der Kaiser Nikolaus von Rußland wollte die „Katastrophe von Paris" nicht so ohne weiteres hinnehmen, erklärte, daß die Pariser und Wiener Verträge durch sie gebrochen worden seien, und zog Truppen in Litauen zusammen. Allein Louis Philipp wußte mit außerordentlicher Schlauheit zu beweisen, daß ja die Charte Ludwigs XVIII. beibehalten worden sei, und daß er den Thron nur bestiegen habe, um die Monarchie in Frankreich zu erhalten. So sei denn auch die bisherige Stellung Frankreichs im System der europäischen Großmächte dieselbe geblieben, und mithin habe sich auch in betreff der Pariser und Wiener Verträge nichts geändert. Das leuchtete denn auch schließlich dem Kaiser Nikolaus ein, und er gab sich zufrieden.

Ganz anders als bei den Fürsten war aber der Eindruck der Julirevolution bei den Völkern. Wie ein neubelebender Frühlingshauch wirkte überall die Nachricht von dem Sturze des gewaltthätigen und eidbrüchigen Karl X., und in Süd und Nord kam es zu aufgeregten Scenen. Allerwärts rief man nach der Erfüllung der drei großen Versprechen der Befreiungsjahre: der Einführung landständischer Verfassungen,

der Censurfreiheit und der allgemeinen deutschen Handelsfreiheit. Am höchsten stieg die Erregung in dem Herzogtum Braunschweig. Hier hatte der junge Herzog Karl 1823 die Regierung übernommen, sich aber durch Nichtanerkennung der während seiner Minderjährigkeit vorgenommenen Verfassungsänderung, durch ein ärgerliches Günstlingsunwesen und eine maßlose Verschwendung nach und nach in hohem Grade unbeliebt gemacht. Schließlich war er noch gewaltthätig gegen beliebte und humane Beamte vorgegangen, worauf denn die Erbitterung dermaßen wuchs, daß am Abend des 6. September ein Aufstand ausbrach, den er nicht zu bekämpfen vermochte. Schon am nächsten Abend mußte er, während sein Schloß in Flammen aufging, sein Heil in der Flucht suchen; doch vergaß er dabei nicht, alle seine Kostbarkeiten mitzunehmen. „Er wollte ja immer nur das Beste Braunschweigs," spottete man hinter ihm her. Wenige Tage später erschien der Bruder des Herzogs Karl, Prinz Wilhelm, in Braunschweig, übernahm die Regierung des Landes und entsprach den Wünschen des Volkes. Die hohe Diplomatie aber war in großer Verlegenheit, wie sie sich zu dieser Revolte und dieser Verletzung des Legitimitätsprinzipes stellen sollte, und die Bundesversammlung in Frankfurt konnte es nicht über sich gewinnen, die Thronbesteigung des Prinzen Wilhelm zu sanktionieren; sie erhob sich in ihrem Beschlusse vom 2. Dezember 1830 nur zu dem „Ersuchen" an den Herzog, die Regierung „bis auf weiteres fortzuführen." Sie ahnte wohl nicht einmal, wie lächerlich sich dieser Beschluß gegenüber den Thatsachen ausnahm.

In den übrigen deutschen Ländern kam es nur zu mehr oder weniger lärmhaften Tumulten; in Dresden wurde eines Abends das Rathaus gestürmt und zum Teil ausgeplündert, in Leipzig die Wohnung des Polizeipräsidenten

und eines Magistratsaktuars verwüstet, in Kurhessen gab es in Kassel, Hanau, Wolfshagen und Steinau, im Großherzogtum Hessen in Büdingen, Nidda, in Baden in Karlsruhe und Mannheim, im Königreich Hannover in Göttingen Aufläufe und Excesse. In Preußen scheute sich das Volk, den greisen König zu beunruhigen, und setzte seine Hoffnung auf den geistvollen Kronprinzen; es kam daher nur in Breslau und Aachen zu einigen lärmhaften Scenen. In Oesterreich blieb es vollständig dumpf und ruhig.

Im großen und ganzen waren es also doch nur unbedeutende Blasen gewesen, die sich aus der allgemeinen Gärung heraufgedrängt hatten, aber doch immerhin charakteristische und ernste Zeichen der Zeit, die zu gewissenhafter Prüfung der obwaltenden Zustände aufforderten. Verschiedene Staaten sahen sich denn auch bewogen, den allgemeinen Wünschen zu entsprechen; Sachsen, Kurhessen und Hannover gewährten Verfassungen, die sehr bedeutende Freiheiten zusicherten, und andere Regierungen sahen sich veranlaßt, die Steuer-, Militär- und Censur-Verhältnisse zu reformieren.

Dadurch milderte sich zwar die allgemeine Erregung und Gereiztheit, aber die lebhafte Strömung, die nun einmal in das politische Leben gekommen war, konnte mit diesen Konzessionen doch nicht wieder aufgehoben werden; sie ergriff sogar immer weitere Kreise und steigerte sich schließlich bis zu einer allgemeinen nationalen Begeisterung.

Aus dieser Stimmung heraus entsprang ein Vorschlag, der, kaum öffentlich ausgesprochen, sofort in ganz Deutschland den lautesten und freudigsten Widerhall fand. Dr. Siebenpfeiffer, der Herausgeber des „Westboten," ein ganz besonders für den deutschen Gedanken enthusiasmierter Mann, forderte im Frühjahr 1832 auf, ein deutsches Maifest zu feiern und zwar auf dem Hambacher Schlosse bei Neustadt

an der Hardt. Alle deutschen Stämme, die gewillt wären, „für Erstrebung gesetzlicher Freiheit und deutscher Nationalwürde“ mannhaft zu kämpfen, sollten zu dem Feste eingeladen sein. Diese Einladung fand einen weiten Widerhall und rief einen außerordentlichen Beifall hervor. Aus dem ganzen Südwesten Deutschlands liefen Tausende und Abertausende von Zustimmungen in Neustadt ein, so daß die bayerische Regierung ängstlich wurde und die Abhaltung des Festes verbot. Dadurch goß sie aber nur Oel ins Feuer; der Enthusiasmus schäumte jetzt nur um so mächtiger auf, worauf die Regierung das Verbot zurücknehmen mußte. Bereits am Vorabend des Festes, am 26. Mai, zogen schier endlose Reihen von Wagen, die mit Grün bekränzt und mit schwarz-rot-goldenen Fahnen geschmückt waren, in Neustadt ein, und der andere Morgen sah eine Festversammlung von mehr denn 30 000 Personen, die sich bald zu einem mächtigen Zuge ordnete, der sich dann nach der eine Stunde von Neustadt entfernten Schloßruine in Bewegung setzte. Voran dem Zuge flatterte eine große schwarz-rot-goldene Fahne, die später auf dem Lug-ins-Land der Ruine aufgepflanzt wurde. Auf dem Schloßberge begrüßte zunächst Siebenpfeiffer die Festgenossen, worauf J. G. A. Wirth, der allbekannte Herausgeber der „deutschen Tribüne,“ sich über die Reformen verbreitete, die in Deutschland durchgeführt werden müßten. Hierbei fiel manches scharfe Wort, besonders gegen die ehemaligen deutschen Rheinbundfürsten, aber auch gegen jene Deutschen, die neuerdings unverhohlen starke Sympathieen für Frankreich zeigten und wohl nicht abgeneigt waren, mit Hilfe des westlichen Nachbarn die ersehnte bürgerliche und staatliche Freiheit zu erkämpfen. „Die deutschen Patrioten,“ rief Wirth, „dürfen auf die Hilfe Frankreichs nicht allein keine Hoffnung setzen, sondern sie müssen auch die Pläne Frankreichs

aufmerksam beobachten, vor allem in ihr politisches Glaubensbekenntnis den Satz aufnehmen: der Kampf um unser Vaterland und unsere Freiheit muß ohne fremde Einmischung durch unsere eigene Kraft von innen heraus geführt werden.“ Sodann brachte eine Deputation der Heidelberger Studenten die Grüße der Heidelberger Hochschule, und endlich überreichten Abgesandte der Frankfurter Bürger dem beredten Wirth als Ehrengeschenk ein Schwert. Weiterhin sprachen noch verschiedene Redner, u. a. auch ein Pole, der das Fest als den „ersten Akt der Mündigkeit des deutschen Volkes“ bezeichnete; auch manches Ueberschwengliche und Unreife wurde zu Tage gefördert, aber nirgends die Harmonie gestört. Am Abend zogen die Festteilnehmer mit dem stolzen Bewußtsein nach Haus, das erste große deutsche Nationalfest gefeiert zu haben.

Doch auch noch in ganz anderer Weise äußerte sich das neu erwachte politische Leben. In Polen hatten die Russen einen großen Aufstand in wahrhaft barbarischer Weise niedergeschlagen; darauf waren Tausende von Insurgenten auf das preußische und österreichische Gebiet übergetreten und zogen nun quer durch Deutschland nach Frankreich hinüber, um dort ein Asyl zu finden. Schon der Aufstand selbst hatte in Deutschland lebhafte Teilnahme erweckt; mit Bewunderung hatte man gesehen, wie das polnische Volk gegen die brutale Gewalt der Russen sich erhoben und verteidigt. Jetzt nun, da die ganze Nation zertreten und gefesselt am Boden lag, brachte man den Flüchtlingen die herzlichste Teilnahme und Unterstützungen in jeder Form entgegen. Es entwickelte sich, getragen von der ganzen Erregtheit der Zeit, ein wahrer Polen-Enthusiasmus. Dichter, wie Platen, Mosen, Herloßsohn, Lenau u. a., verherrlichten in schwungvollen Liedern die Helden von Ostrolenka, und die Bürger der Städte sorgten für eine in hohem Grade gastliche Aufnahme.

In Hanau, wo an die Durchreise von den hessischen Behörden die Bedingung geknüpft war, daß kein Nachtlager stattfinden sollte, veranstalteten die Bürger ohne weiteres einen Ball und durchtanzten die Nacht mit den Polen; in Gießen empfingen die Studenten die Durchziehenden mit hundertfachen Pistolenschüssen, was schließlich zu wahren tumultuarischen Freudenbezeugungen führte. In Frankfurt wurden die Emigranten von der Stadtbehörde in die ersten Gasthöfe einquartiert mit dem Bedeuten, daß sie sich keinerlei Einschränkungen aufzuerlegen brauchten; alle Ausgaben für ihren Unterhalt (die sich nachher auf 30000 Gulden beliefen) würden ohne weiteres berichtigt werden. In Mainz bildete sich sogar ein Mädchenverein zur Unterstützung der Polen.

Diese warme und thatkräftige Teilnahme mußte aber das Mißfallen aller deutschen Regierungen erregen, denn einesteils hatten ja doch die Flüchtlinge die Waffen gegen ein Mitglied der heiligen Allianz erhoben, und anderenteils sprach aus den Empfängen ganz deutlich eine unerhörte Sympathie für Revolutionäre. Der Geist der Revolution mußte also das Volk wieder mehr denn je umstrickt haben. Aufs neue berieten daher die Kabinette eifrig, wie sie dieser verderblichen Zeitrichtung begegnen könnten, und die hohe Bundesversammlung zu Frankfurt, die lange Zeit gar nichts mehr von sich hatte hören lassen, veröffentlichte unter dem 28. Juni 1832 sechs Beschlüsse, mit denen sie sowohl „die rohe Gewalt aufgeregter Volkshaufen", als auch „eine in das verfassungsmäßige Gewand ständischer Opposition gekleidete Anmaßung des demokratischen, mit einer zügellosen Presse verbündeten Geistes" hinfüro unschädlich zu machen wünschte. Die Beschlüsse hoben zunächst nachdrücklich die Rechte der Souveräne gegenüber den Bestimmungen der Verfassungen hervor, betonten, daß die „innere Gesetzgebung der

deutschen Bundesstaaten" den Zwecken des Bundes nicht hinderlich sein dürfe, verfügten die Ernennung einer Kommission, welche zu wachen habe, daß „die Würde und Gerechtsame des Bundes" gegen „Eingriffe aller Art" geschützt sei, forderten auf, darauf zu achten, daß da, wo die Oeffentlichkeit der Verhandlungen durch die Verfassung gestattet sei, die Grenze der freien Aeußerungen nicht überschritten werde, und erklärten endlich, daß nur einzig und allein der deutsche Bund, respektive die Bundesversammlung in Frankfurt, das Recht habe, die Bundesakte auszulegen. Am 5. Juli folgten dann noch einige weitere Beschlüsse. Ohne besondere Genehmigung war es künftig nicht mehr gestattet, ausländische Zeitungen und Zeitschriften in deutscher Sprache, sowie politische Broschüren und Bücher bis zu einem Umfang von 320 Seiten (20 Bogen) in Deutschland einzuführen; alle politischen Vereine wurden bei strenger Strafe verboten; Reden politischen Inhalts durften nirgends mehr öffentlich gehalten, Adressen nicht mehr in Cirkulation gesetzt, Beschlüsse nicht mehr gefaßt werden; das Tragen von Abzeichen, Bändern und Kokarden, außer in den Landesfarben, das Aufstecken von Fahnen und Flaggen, das Aufpflanzen von Freiheitsbäumen und „anderen Aufruhrzeichen" wurde streng untersagt. Schließlich wurde noch unter dem 27. Oktober 1832 verordnet, daß alle etwaigen Protestationen, Petitionen und Adressen gegen diese neuesten Bundesbeschlüsse nur als Bestrebungen anzusehen seien, die Regierungen zu veranlassen, sich von Verpflichtungen loszusagen, welche sie durch die Grundgesetze des Bundes übernommen hätten.

Es war natürlich, daß diese Ordonnanzen wie ein lähmender Schlag auf das ganze Volk wirkten; kein freies Wort durfte mehr geäußert werden, keine Zusammenkunft konnte mehr stattfinden, und dabei verschwand ein liberales Blatt

nach dem andern. Wirths „Deutsche Tribüne“ und Siebenpfeiffers „Westbote“ wurden alsbald unterdrückt und die Herausgeber ins Gefängnis gesetzt; dann wurden verboten Rottecks „Politische Annalen“, Stromeiers „Wächter am Rhein“, Mebolds „Deutsche allgemeine Zeitung“ in Stuttgart und viele andere Blätter. Die Professoren Rotteck und Welcker, die sich laut gegen die Beschlüsse aussprachen, mußten ihre Lehrthätigkeit einstellen, und der Oberbürgermeister Behr von Würzburg, der auf einem Feste zu Gaibach eine durchaus loyale Rede über die Einheit Deutschlands gehalten hatte, wurde nicht nur seiner Stelle entsetzt, sondern auch noch, nachdem er Abbitte vor dem Bildnis des Königs von Bayern geleistet, zur Festungsstrafe zweiten Grades, „einstweilen auf fünfzehn Jahre“, verurteilt und nach der Festung Oberhaus gebracht.

Trotz alledem wollte sich der böse Geist nicht bannen lassen, und eines Tages brach er sogar in wahrhaft erschrecklicher Weise hervor, denn er versuchte nichts Geringeres, als die Sprengung der hohen Bundesversammlung — es kam zum sogenannten „Frankfurter Putsch.“

Dieser wunderliche Aufstand zeigte recht deutlich, daß die ganze Bewegung in Deutschland über die naive Schwärmerei noch nicht hinausgekommen war, und daß sich die „Revolutionäre“ die kindlichsten Vorstellungen von der Aufrichtung eines geeinigten deutschen Reiches machten. Der Gedanke, die Bundesversammlung zu sprengen und dabei womöglich die Bundeskasse zu erobern, war zuerst in einem ganz engen Kreise Gleichgesinnter aufgetaucht, dann aber rasch verbreitet worden. Die Hauptleitung hatten die Advokaten Dr. Gärth und Dr. Körner und ein Dr. Bunsen übernommen, denen sich dann noch der Dr. Weidig, Pfarrer zu Butzbach, anschloß. Sehr bald wurden die Burschenschaften in Heidelberg, Würzburg, Erlangen, Gießen, Göttingen und Jena für den abenteuerlichen Plan gewonnen, auch verschiedene Handwerker und selbst Landleute aus der Umgegend. Dadurch wurde aber auch der Kreis der Mitwisser immer größer, und so munkelte man denn mehr und mehr in Frankfurt, „es werde demnächst losgehen.“ Das veranlaßte die Verschworenen, den 3. April für das Attentat festzusetzen. Allerdings waren für diesen Tag noch so gut wie gar keine bestimmtere Vorbereitungen getroffen. Einige Dutzend Gewehre und Säbel und eine Partie schwarz-rot-goldener Bänder war alles, was man in Bereitschaft hatte. Aber es sollte losgeschlagen werden um jeden Preis; man hoffte, das Volk zu entflammen und das Bürgermilitär zu gewinnen, dann würde sich das Weitere schon von selbst ergeben. So fand man sich denn am Abend des 3. April zusammen — einige hundert Mann, größtenteils Studenten und Handwerker, stürmten zuerst die Hauptwache und dann die Konstabler-Wache und proklamierten die Republik. Allein die Frankfurter Bürger zeigten nicht die geringste Lust, sich an dem Aufstande zu beteiligen; sie sahen sogar höchst verdutzt darein und hielten die „Revolutzer“ für „verrückt“. Unterdessen sammelte sich das Militär, rückte geschlossen vor und gab einige Salven, worauf die Aufständischen sofort ihr Heil in der Flucht suchten. Die Frankfurter Bürger waren gutmütig genug, den meisten irgend einen Versteck zu gewähren und sie am anderen Tage still über die Grenze zu bringen, so daß nur verhältnismäßig wenig gefangen wurden.

Das Ganze war nichts weiter, als ein Streich junger Leute, die weder das nötige politische Verständnis für den beabsichtigten Umsturz, noch die entsprechenden Mittel für einen solchen besaßen, ein höchst naives Wagestück abenteuerlustiger Brauseköpfe, die da glaubten, schon einzig und allein

mit ihrer Begeisterung die ganze „heilige Allianz“ über den Haufen werfen zu können. So beurteilte man denn auch in ganz Deutschland diesen „Putsch“; nur die hohe Bundesversammlung nahm die Sache viel ernsthafter. Sie war tief entrüstet über den Frevel, setzte eine Centraluntersuchungskommission ein und veranlaßte eine Demagogenhetze großen Stils. Wer nur irgend ein freies Wort gesprochen, sich irgend wie verdächtig gemacht hatte, wurde festgenommen. In kurzer Zeit wurden über achtzehnhundert Personen, meist junge Männer der gebildeten Klassen, eingekerkert. Am bekanntesten von diesen Unglücklichen ist Fritz Reuter geworden, den die Polizei im Herbst 1833 in Berlin aufgriff und in die Hausvogtei steckte, worauf ihm der Prozeß wegen Demagogie gemacht wurde. Dabei kam es heraus, daß der Angeklagte den Projekten „zur Herbeiführung einer freien und einheitlichen Verfassung Deutschlands“ nahe gestanden, d. h. in seiner Schwärmerei für die Größe und Herrlichkeit des deutschen Vaterlandes dies und jenes gesagt und am lichten Tage die deutschen Farben getragen hatte. Infolgedessen ward er zum Tode verurteilt, aber dann schließlich doch zu dreißigjähriger Gefängnisstrafe „begnadigt“. Darauf saß er sieben Jahre in den verschiedensten Kasematten, bis es endlich, nachdem eine kleine Wendung in den politischen Verhältnissen eingetreten war, den Bemühungen der Seinen gelang, ihm die Freiheit wieder zu verschaffen. Aber welche Freiheit, nachdem er geächtet, sein Bildungsgang zerstört, seine Energie gebrochen war! Er hat es selbst in erschütternder Weise erzählt.

Doch es blieb nicht nur bei den Demagogenverfolgungen; es wurden auch noch weitere Maßregeln gegen den bösen Geist der Zeit ergriffen. Auf einem allgemeinen Ministerkongreß, der zu Anfang des Jahres 1834 zu Wien stattfand, wurde beschlossen, die Zügel der Gewalt in jeder Weise noch erheblich fester anzuziehen, und dabei zugleich von den Großstaaten sehr energisch auf die kleinen Staaten eingewirkt, in denen sich noch einige Reste der früheren Freiheiten erhalten hatten. Rasch ging es nun überall rückwärts. Die letzten liberalen Zeitungen verschwanden, und in den übrigen Blättern gähnte eine öde Leere. Mit bitterem Hohn rief daher Hoffmann von Fallersleben:

Wie ist doch die Zeitung interessant
Für unser liebes Vaterland!
Was ist uns nicht alles berichtet worden!
Ein Portepeefähnrich ist Lieutenant geworden,
Ein Oberhofprediger erhielt einen Orden,
Die Lakaien erhielten silberne Borden,
Die höchsten Herrschaften gehen nach Norden,
Und zeitig ist es Frühling geworden —
Wie interessant, wie interessant!
Gott segne das liebe Vaterland!

Selbst auf die dichterische Produktion legte sich ein grauer Schleier. Zwar hatte Heinrich Heine mit seiner „Harzreise“ und seinem „Buch der Lieder“ eine neue, frische Lebenspoesie geweckt und mit seinem kecken Humor und seiner lyrischen Kraft die süßlich-zimperliche Claurensche Sentimentalität, wie auch die krankhafte Naturempfindelei der Romantiker für immer beseitigt, eine Weiterentwicklung der litterarischen Strömung wurde aber mit brutaler Gewalt verhindert, denn die jungen Schriftsteller Karl Gutzkow, Heinrich Laube, Gustav Kühne und Theodor Mundt, die nun erschienen und der bürgerlichen Gesellschaft besonders mit einer gesteigerten ästhetischen Bildung zu Hilfe kommen wollten, wurden einfach durch Bundestagsbeschluß vom 10. Dezember 1835 litterarisch vernichtet. Es wurden nicht nur die sämtlichen bisher erschienenen Schriften, sondern auch alle, die

noch etwa künftig von diesem sogenannten „jungen Deutschland“ verfaßt werden könnten, im ganzen Umfange des deutschen Bundes verboten. Gutzkow mußte außerdem, weil er in seinem Romane „Wally, die Zweiflerin“ die Religion geschändet habe, eine dreimonatliche Gefängnisstrafe erdulden. Der Bundestagsbeschluß blieb sodann bis 1842 in Kraft.

Endlich ward auch auf den Universitäten eine verschärfte Kontrolle eingeführt, und die Aufsicht über die Studierenden selbst auf die Ferien ausgedehnt. Die Universität Bern, wo Siebenpfeiffer einen Lehrstuhl erhalten hatte, wurde mit dem Interdikt belegt.

Daß auch die durch die Verfassungen gewährleisteten Rechte von fast allen Regierungen beschränkt und beschnitten wurden, muß unter diesen Umständen eigentlich als selbstverständlich erscheinen. Sogar in Württemberg und Baden, wo die konstitutionellen Einrichtungen noch verhältnismäßig am meisten geachtet wurden, kam es zu reaktionären Maßregeln. In Hessen-Kassel entließ der Kurfürst wiederholt den Landtag, wenn dieser sich ihm nicht fügen wollte, und that dann, was ihm beliebte. Darauf beschwerten sich die Stände beim Bundestage, erhielten aber gar keine Antwort. Ein Gewaltstreich schmachvollster Art, den der Kurfürst gegen den allgemein hochgeachteten Professor Sylvester Jordan, den Schöpfer der kurhessischen Verfassung, ausführte, indem er ihn plötzlich festnehmen und nach einer dreijährigen Untersuchungshaft von gefälligen Richtern wegen „versuchten Hochverrates“ zu fünf Jahren Festungshaft verurteilen ließ, rief zwar in ganz Deutschland die tiefste Entrüstung hervor, weil man von der Unschuld dieses Patrioten vollständig überzeugt war, machte aber auf den Bundestag nicht den geringsten Eindruck.

Am raschesten spielte sich aber die Verfassungs-Tragödie

in Hannover ab. Dort gelangte 1837 der Herzog Ernst August von Cumberland zur Regierung und erklärte sofort, „daß das Staatsgrundgesetz von 1833 seinen, auf das Wohl der getreuen Unterthanen gerichteten Wünschen nicht entspreche, daß er in formeller wie materieller Weise sich dadurch nicht gebunden erachte,“ verweigerte das vorgeschriebene Angelöbnis auf die Verfassung und berief einfach die Stände nach den Bestimmungen von 1819 ein. Als er dann bedeutet wurde, daß doch die Verfassung von 1833 unter Zustimmung aller Agnaten des königlichen Hauses eingeführt worden sei — das damalige Ministerium hatte das den Ständen amtlich mitgeteilt —, so stellte er dies in Abrede und ließ zugleich von seinem Ministerium erklären, wenn das Staatsoberhaupt es für gut befinde, das Staatsgrundgesetz aufzuheben, so habe ein solcher Beschluß auch rechtsgiltige Kraft im Hinblick auf das Volk. Damit war gesagt, daß jeder Fürst die Verfassung nach Belieben aufheben könne. Es erhob sich daher ein Sturm der Entrüstung in ganz Deutschland, die Kammern von Baden, Württemberg, Bayern, Sachsen, Hessen-Darmstadt u. a. erhoben Protest gegen diese Rechtsanschauung, und hannöversche Deputierte und ganze Städte wandten sich um Hilfe an den hohen Bundestag. Dieser aber erklärte, daß er keinen Grund erblicke, sich in die innern Angelegenheiten Hannovers zu mischen, daß er aber von der landesväterlichen Gesinnung des Königs hoffe, er werde die Sache „mit den dermaligen Ständen“ ausgleichen. Welche Stände gemeint seien, blieb dunkel; auf Anfragen, z. B. von der Stadt Hameln, wurde nicht geantwortet. Eine ganze Reihe ehrenwerter Männer verzichtete jetzt auf die weitere Mitarbeit im Staate, und sieben Professoren der Universität Göttingen, Dahlmann, Jakob Grimm, Wilhelm Grimm, Albrecht, Ewald, Gervinus und Weber, verließen ihre Lehrstühle, weil sie einem solchen

Fürsten den Eid der Treue nicht zu leisten vermochten. Eine Nationalsubskription, die sofort in ganz Deutschland eröffnet wurde, sicherte ihnen zunächst den Unterhalt. Die Verfassungsangelegenheit wurde dadurch erledigt, daß durch allerlei Zwangsmaßregeln eine Kammer nach dem Modus von 1819 zusammengebracht wurde, und daß mit dieser der König nun 1840 ein neues Staatsgrundgesetz nach seinem Wunsche vereinbarte.

In den Ländern der beiden Großmächte rief die Julirevolution verhältnismäßig die geringste Erregung hervor.

In Oesterreich blieb das Volk unter dem schweren Metternichschen Drucke fast ganz still und teilnahmlos, und als sich einmal ganz schüchtern Wünsche nach Reformen äußerten, gab der allmächtige Minister ganz kurz den Bescheid, „daß die von Gott herkommende und durch die Religion und das historische Recht beschützte Majestät um jeden Preis gegen die Anmaßungen und Angriffe der Neuerer zu verteidigen sei."

In Preußen bestand zwar der heiße Wunsch nach einer Verfassung nach wie vor, allein das Drängen um Verleihung derselben ließ mehr und mehr nach, da man den alternden König Friedrich Wilhelm III., der sich durch seine sonstige Fürsorge um die Wohlfahrt des Landes die allgemeine Hochachtung erworben hatte, nicht aufregen und verstimmen wollte. Zudem setzte man seine Hoffnung auf den genialen Kronprinzen, der offenbar die neuen Bahnen einschlagen werde. Das Hauptinteresse wandte sich daher den nationalökonomischen Fragen zu, denen sich allgemach auch die Eisenbahnfrage beigesellte. Doch erwarb sich nicht Preußen, sondern Sachsen den Ruhm, die erste größere Eisenbahn von Bedeutung gebaut zu haben. Es war dies die Bahn von Leipzig nach Dresden, die der ausgezeichnete Nationalökonom Friedrich List ins Leben rief, und deren erste Teilstrecke 1837 eröffnet

wurde. Die erste preußische Bahn war die von Berlin nach Potsdam, der sich dann sehr bald weitere anschlossen. Die Gunst des Königs vermochte sich die neue Erfindung aber nicht zu erringen. So viel er auch zwischen Berlin und Potsdam verkehrte — niemals benutzte er den Eisenbahnzug.

Neben den nationalökonomischen Fragen waren es dann noch gesetzgeberische mancherlei Art, mit denen man sich beschäftigte, galt es doch, die neuerworbenen Landesteile, vor allem die Provinz Sachsen und die Rheinlande, mit den alten Provinzen so innig wie möglich zu verbinden. Das war aber nicht so leicht, denn die Sachsen hatten sich von ihrem Könige nur mit schweren Herzen getrennt, und in der Rheinprovinz herrschte noch Jahrzehnte hindurch eine ganz ausgesprochene Abneigung gegen Preußen. Noch in den vierziger Jahren sagte man in Köln von demjenigen, der seiner Militärpflicht zu genügen hatte: „Er muß Preuß' werden." Dazu kam, daß die preußische Regierung in der Mitte der dreißiger Jahre mit dem Erzbischof von Köln, dem Freiherrn Droste von Vischering, in betreff der gemischten Ehen in einen Konflikt geriet, der bald so heftig wurde, daß der König schließlich den Kirchenfürsten in der Nacht des 21. November 1837 festnehmen und nach der Festung Minden schaffen ließ. Es mischte sich dann noch der Papst in den Streit, worauf sich auch die übrigen Bischöfe Preußens erhoben, vorab der Erzbischof von Posen, Graf Duin, den der König ebenfalls verhaften ließ. Es entspann sich dann ein langer Federkrieg, bis die Regierung etwas nachgab, und so der Friede einigermaßen wieder hergestellt wurde.

Die festere Angliederung der neuen Provinzen wurde aber trotz alledem nicht wesentlich gehindert; die vortreffliche, gewissenhafte Verwaltung und der stets wachsende Wohlstand söhnten mit vielem aus, was sonst nicht sympathisch war, und

so gewann Preußen mehr und mehr den Charakter eines kraftvoll in sich zusammengefaßten, wohl organisierten Staates, der Vertrauen einflößte. Das empfand man nach und nach in ganz Deutschland, so daß sich das Auge unwillkürlich weit öfter nach Berlin, als nach Wien zu richten begann: der politische Schwerpunkt in Deutschland rückte ganz leise von Oesterreich nach Preußen hinüber.

Nur wenige bemerkten aber diesen Wandel und vermochten die große Wichtigkeit dieses Vorganges zu ermessen, und nur einer zog klar die Schlüsse daraus, aber er war kein Fürst und auch nicht einmal ein Minister, sondern nur ein württembergischer Justizassessor, Paul Pfizer mit Namen. In dem Buche „Briefwechsel zweier Deutschen," das er 1831 herausgab, wird zum ersten male die Unfähigkeit Oesterreichs, die Hegemonie in Deutschland auch ferner auszuüben, ausführlich dargelegt und begründet. Nur ein kraftvoller und durch und durch deutscher Staat, entwickelt der Verfasser, könne die Führung in Deutschland übernehmen, und dieser Staat sei Preußen. Mit Preußen müßten sich die übrigen deutschen Staaten zu einem konstitutionellen Bundesstaate zusammenschließen, aber die Repräsentation des Volkes dürfe sich nicht neben den Bundestag stellen, wo ihre Kräfte bald gelähmt werden würden, sondern das deutsche Parlament müsse im Centralpunkt der preußischen Regierung seinen Sitz haben, wo auch die Fürsten in ähnlicher Weise vertreten sein müßten. Daraus würde sich ergeben, daß in allen allgemeinen Angelegenheiten Preußen die eigentliche Herrschaft über Deutschland ausüben müsse. Oesterreich werde sich freilich — und das war der zweite neue Punkt — nicht unter die Oberherrschaft Preußens stellen wollen, und da würde es denn die natürliche Entwickelung der Dinge sein, wenn es aus dem deutschen Bunde ausschiede.

Diese Darlegungen und Anschauungen machten großes Aufsehen — aber weiter nichts. Die Staatsmänner Preußens und der Mittelstaaten waren vollständig unfähig, eine solche Umgestaltung Deutschlands vorzunehmen, ja, sie vermochten nicht einmal die Notwendigkeit einer solchen zu verstehen. Am wenigsten war aber derjenige, der hier die Hauptrolle hätte übernehmen müssen, der König von Preußen, geneigt, auf diese Umbildung Deutschlands einzugehen. Sein Interesse erstreckte sich nur auf seine ihm erb- und eigentümlich zugehörigen Lande, und wie er in der napoleonischen Zeit jede Einmischung in nichtpreußische Angelegenheiten so lange wie möglich vermieden hatte, zum großen Schaden der Allgemeinheit und auch seiner selbst, so wies er auch jetzt, alt und müde geworden, erst recht jeden Gedanken an eine große staatliche Umgestaltung Deutschlands zurück und ließ Oesterreich gern nach wie vor an der ersten Stelle. Zudem war ihm ja jede Institution, in der der Parlamentarismus eine Rolle spielte, in tiefster Seele zuwider, in seinen höheren Jahren wohl noch mehr als früher, so daß er sogar, wie Heinrich von Treitschke im vierten Teile seiner deutschen Geschichte mitteilt, in den Aufzeichnungen zu seinem Testamente bestimmte, daß kein künftiger Regent Preußens befugt sein solle, ohne Zuziehung sämtlicher Agnaten in dem königlichen Hause eine Aenderung oder Einleitung zu treffen, „wodurch eine Veränderung in der jetzigen Verfassung des Staates, namentlich in Beziehung auf die ständischen Verhältnisse und die Beschränkung der königlichen Macht, bewirkt oder begründet werden könnte."

Es blieb also unter seiner Regierung alles beim alten; kaum aber hatte er am 7. Juni 1840 die Augen geschlossen, so stürmten auch bereits alle die bisher zurückgehaltenen Forderungen und Wünsche wahrhaft hochflutartig auf den neuen König Friedrich Wilhelm IV. ein.

Der junge Herrscher war allerdings auch ganz dazu angethan, die lebhaftesten Hoffnungen zu erwecken. „Blendend, unwiderstehlich erschien er in seiner Unterhaltung," schildert ihn Heinrich von Treitschke, „zumal in seinen Jugendtagen, da er noch unverbittert, dankbar und empfänglich alles in sich aufnahm, was nur die Erde an Schönem und Gutem trug; kein Gebiet des Wissens war ihm fremd, alle Höhen und Tiefen berührte er mit dem beredten Wort, immer geistvoll, immer eigentümlich. . . . Und doch mangelte diesem glänzenden Geiste, der so viele bedeutende Männer dämonisch anzog, das ursprüngliche, schöpferische Vermögen und damit das Geheimnis aller Menschengröße, die innere Einheit. In der reichen Fülle seiner Gaben war keine von wahrhaft-genialer Mächtigkeit, keine, welche die andern alle beherrscht und dem ganzen Leben eine gerade Bahn gewiesen hätte. Nicht wie ein Erzbild, aus vielen Metallen in eins verschmolzen, erscheint sein Charakter in dem Spiegel der Geschichte, sondern wie ein kunstvoll zusammengefügtes Mosaikgemälde."

Dieser Mangel an innerer Einheit sollte ihm in der brausenden und gärenden Zeit, in die ihn das Schicksal stellte, sehr bald verhängnisvoll werden und schließlich sogar sein tragisches Ende herbeiführen.

Zunächst äußerte sich die allgemeine Hoffnungsfreudigkeit in der Aufzählung alles dessen, was man wünschte. Vor allem erwartete man die Einführung einer konstitutionellen Verfassung, die Befreiung der Presse von der Censur, die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, die Verbesserung des Steuersystems, die Organisation der Arbeit, die Emancipation der Juden und vieles andere. In den Zeitungen und Zeitschriften machte sich sofort ein frischerer Ton bemerkbar; überall wurden politische Programme entwickelt; jede Darlegung spitzte sich zu einer Kampf- und Streitrede zu. Alles nahm die Farbe der Tendenz an, und die Gesinnung war bei allem, was gesagt wurde, die Hauptsache. Den obersten Rang unter den Zeitschriften, die jetzt die öffentliche Meinung repräsentierten, nahmen alsbald die „Hallischen Jahrbücher" ein, die in Leipzig erschienen. Sie waren zwar bereits 1838 von Arnold Ruge und Theodor Echtermeyer, zwei Privatdocenten an der Universität Halle, gegründet worden, gewannen aber erst in der neuen Strömung ihren weiteren Einfluß. Sie behandelten die Fragen des Tages mit feiner, prickelnder Ironie und selbst mit schalkhaftem Humor. Die Schäden des Staates und der Gesellschaft wurden rücksichtslos beleuchtet und die Reaktionäre nachdrücklich zurückgewiesen. Der fanatisch-konservative Heinrich Leo mußte sich Spott und Hohn gefallen lassen, während der pietistische Tholuck, der in seinen akademischen Predigten von dem „Eiweiß der Gottesliebe" und von „Gottes Mutterkräften" sprach, eine nachdrückliche Zurechtweisung erfuhr. Neben die „Jahrbücher" stellten sich die „Grenzboten," die vorwiegend die österreichischen Interessen vertraten. Da sie aber natürlich der strengen Censur wegen nicht in Oesterreich selbst erscheinen konnten, so mußte sie ihr Herausgeber, Ignaz Kuranda, im Auslande drucken und dann heimlich über die schwarz-gelben Grenzpfähle in das Reich Metternichs einschmuggeln lassen. Sie kamen anfangs in Brüssel, bald nachher aber ebenfalls in Leipzig heraus. Ihre Mitarbeiter waren alle die jungen Feuerköpfe Oesterreichs, Alfred Meißner, Moritz Hartmann, Joseph Rank, Karl Beck, die sich dann später einen dauernden Platz in der deutschen Litteraturgeschichte erwarben. Ein Kulturbild der ganzen Welt suchte die „Illustrierte Zeitung" zu geben, die J. J. Weber 1843 in Leipzig ins Leben rief, und die somit das erste illustrierte Journal großen Stils in Deutschland war.

Dieser allgemeinen geistigen Bewegung gegenüber, in der sich zwar deutlich der Zug nach Neugestaltung der staatlichen und bürgerlichen Verhältnisse zeigte, in der aber unendlich viel Unklares und Verworrenes zu tage trat, viel Verkehrtes und Unausführbares verlangt wurde, war es natürlich außerordentlich schwer, den richtigen Weg zu finden. Friedrich Wilhelm IV. versicherte sofort nach seiner Thronbesteigung, alles thun zu wollen, was zum Heile des Volkes diene, und erließ auch alsbald einige Verfügungen, die den günstigsten Eindruck machten. So setzte er den verdienten Ernst Moritz Arndt wieder in seine Professur in Bonn ein, gab Friedrich Ludwig Jahn, der noch immer in Freiburg an der Unstrut interniert gewesen war, die Freiheit wieder und ließ dem Dichter Nikolaus Becker, der den abermals nach der linken Rheinseite lüsternen Franzosen ein kraftvolles Rheinlied „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein" zugerufen hatte, ein Honorar von 1000 Thalern einhändigen. Auch begnadigte er alle, die wegen Teilnahme an der Burschenschaft seit Jahren gefangen saßen, und erklärte sie sogar für anstellungsfähig. Den an diese Handlungen geknüpften Hoffnungen gegenüber äußerte er aber alsbald in Antworten, die er an Deputationen richtete, daß auch er, gemäß dem „Glauben der Vorväter", als sein Ideal das rein persönliche Regiment betrachte, und den Ständen der Provinz Preußen und Posen, die, einem alten Herkommen gemäß, in Königsberg zu einem sogenannten Huldigungs-Landtage zusammentraten und dabei die Bitte vortrugen, „der preußischen Nation eine schriftliche Urkunde als Verfassung des preußischen Reiches und eine Landesrepräsentation zu bewilligen", antwortete er kurz und bündig, daß er eine solche Verfassung nicht gewähren könne. „Die Ergebnisse, welche Friedrich Wilhelm III. bald nach

Erlaß der Verordnung vom 22. Mai 1815 in andern Landen wahrnahm," sagte er, „bewogen ihn, die Deutung, welche mit seinen königlichen Worten verbunden wurde, in reifliche Ueberlegung zu ziehen. In Erwägung der heiligen Pflichten seines von Gott ihm verliehenen königlichen Berufs beschloß er, sein Wort zu erfüllen, indem er, von den herrschenden Begriffen sogenannter allgemeiner Volksvertretung, um des Heiles seines ihm anvertrauten Volkes willen, sich fern haltend, mit ganzem Ernst und innerster Ueberzeugung den naturgemäßen, auf geschichtlicher Entwicklung beruhenden und der deutschen Volkstümlichkeit entsprechenden Weg einschlug. Das Ergebnis seiner weisen Fürsorge ist die allen Teilen der Monarchie verliehene kreis- und provinzialständische Verfassung. Uns ist die Ehre zu teil geworden, an diesem Werke mitzuhelfen, und es hat von seiner Entstehung an bis auf diesen Augenblick Unsern lebendigsten Anteil in Anspruch genommen. Dies edle Werk immer treu zu pflegen, einer für das geliebte Vaterland und für jeden Landesteil immer ersprießlicheren Entwicklung entgegenzuführen, ist Uns, die Wir entschlossen sind, auch in dieser Angelegenheit den von Unserem Vater betretenen Weg zu verfolgen, eine der wichtigsten und teuersten Pflichten Unseres königlichen Berufs."

Einige Wochen später ließ er, „um jeder irrigen Ansicht entgegenzutreten", diese Erklärung auch in amtlicher Form veröffentlichen.

Die Erwartungen, welche das Volk vertrauensvoll bisher gehegt hatte, zerrannen nun schnell. Auch bei den Huldigungsfeiern der übrigen Provinzen sprach sich der König in ähnlicher Weise wie in Königsberg aus, und außerdem zeigte eine Reihe von Berufungen, welcher Geist künftig in Preußen herrschen würde. Der Legationsrat Eichhorn, ein Mann strenggläubiger Richtung, wurde zum Minister der

geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten gemacht, der General-Adjutant von Thile I, ein sehr entschiedener Vertreter der pietistischen Partei, zum Staats- und vortragenden Kabinetts-Minister ernannt. Aus Erlangen wurde Friedrich Julius Stahl, ein streng konservativer Mann, der die unbedingte Autorität der christlichen Offenbarung für Kirche und Staat verlangte, als Professor des Staats- und Kirchenrechtes an die Universität Berlin berufen, und außerdem kamen Leute wie Hassenpflug, Streckfuß, Göschel und andere, die alle als Absolutisten bekannt waren, in hervorragende und einflußreiche Stellungen. Dagegen ward dem Privatdocenten Dr. Bruno Bauer zu Bonn das fernere Halten von Vorlesungen verboten, weil er eine „Kritik der evangelischen Geschichte der Synoptiker" herausgegeben hatte, und der Professor an der Universität Breslau, Hoffmann von Fallersleben, wurde auf Veranlassung Eichhorns wegen Veröffentlichung eines Bandes Gedichte, deren Sinn und Tendenz dem Minister mißfielen, seines Amtes ohne Pension entsetzt.

Neben dieser konservativen und religiösen Richtung zeigte sich dann bei dem Könige auch noch eine romantische. Er begeisterte sich für mittelalterliches Wesen, ritterlichen Pomp und gotische Bauwerke. Die Garde du Corps wurde in eine prächtige Uniform gesteckt und das Ceremoniell bei Hofe in verschiedener Hinsicht erweitert. Alte Burgen erstanden aus ihrem Schutt zu neuer Herrlichkeit, verfallene Kirchen wurden restauriert, und für den Dom zu Köln begann eine neue Bauperiode, in der dann schließlich das herrliche Gotteshaus 1880 vollendet wurde. Der König gab zunächst 50000 Thaler zur Wiederaufnahme des Baues her und sagte fernere 30000 Thaler für jedes weitere Baujahr zu. Zur feierlichen Grundsteinlegung des noch zu Vauenden kam er am 4. September 1842 selbst nach Köln, und außerdem er-

schienen noch der König von Württemberg, der Erzherzog Johann von Oesterreich und verschiedene andere fürstliche Personen. Vor dem Hammerschlag hielt der König eine begeisterte Rede; er sprach vom Brudersinn aller Deutschen und aller Bekenntnisse, und auf „die schönsten Thore der ganzen Welt" deutend, rief er aus: „Deutschland baut sie — so mögen sie für Deutschland, durch Gottes Gnade, Thore einer neuen, großen, guten Zeit werden. Alles Arge, Unrechte, Unwahre und darum Undeutsche bleibe fern von ihnen. Nie finde diesen Weg der Ehre das ehrlose Untergraben der Einigkeit deutscher Fürsten und Völker, das Rütteln an dem Frieden der Konfessionen und der Stände, nie ziehe jemals wieder der Geist hier ein, der einst den Bau dieses Gotteshauses — ja den Bau des Vaterlandes hemmte!" Auch bei dem Festmahle, welches dann folgte, wurde noch mancherlei über Deutschlands Einheit, Macht und Größe gesprochen, allein alle diese Reden waren doch nichts weiter als schöne Worte, da der König auch fürderhin den Weg nicht beschreiten wollte, der einzig und allein zu Deutschlands Einheit und Größe führte. Rudolf Gottschall mahnte daher:

Schön ist's, ein mittelalterlich Vermächtnis
Zu übernehmen zu des Volkes Ruhm!
Doch nie entschwinde uns aus dem Gedächtnis
Der neuen Zeiten neues Heiligtum,
Worin die Vestaglut der Freiheit lodert,
Die das Gelübde ew'ger Treue fodert.

Aber alle solche Stimmen blieben beim Könige vollständig unbeachtet. In der Staatsverwaltung gelangten mehr und mehr die Gesinnungsgenossen Stahls und auf den Kanzeln die Schüler Tholucks und Hengstenbergs zur Herrschaft. Selbst auf die Gymnasien übte diese neue konservativ-pietistische Richtung ihren Einfluß aus, indem das Kultusmini-

sterium befahl, den Religionsunterricht dort künftig nur „frommen“ Kandidaten anzuvertrauen.

Daß unter diesen Umständen auch die Presse aufs neue scharf beaufsichtigt wurde, ergab sich ganz von selbst. Alsbald wurde an Arnold Ruge die Aufforderung gerichtet, die „Hallischen Jahrbücher“ hinfort unter preußischer Censur erscheinen zu lassen, worauf Ruge es vorzog, nach Sachsen überzusiedeln und seine Zeitschrift dort unter dem Titel „Deutsche Jahrbücher für Wissenschaft und Kunst“ herauszugeben. Allein das Verhängnis war jetzt doch nicht mehr abzuwenden; die Acht war einmal über die Zeitschrift ausgesprochen, und die sächsische Regierung ergriff gern die erste beste Gelegenheit, sich der preußischen gefällig zu erweisen — die „Jahrbücher“ wurden 1843 einfach verboten. Damit beraubte man Deutschland seiner bedeutendsten Zeitschrift, aber das ging ja nicht anders; wie konnte man eine Fackel dulden, die blendend hell in alles mystische Dunkel leuchtete, wie durfte man eine Stimme länger sprechen lassen, die sogar Propaganda für eine deutsche Volksvertretung machte! Dasselbe Schicksal wie die „Jahrbücher“ hatte die „Rheinische Zeitung“ in Köln, die am Schluß des Jahres 1842 unterdrückt wurde. Düsseldorfer Notare und Advokaten, welche um die Rücknahme des Verbots petitionierten, erhielten die Weisung, „sich gereiftere Ansichten über die gesellschaftlichen Verhältnisse zu beschaffen.“ Weiterhin wurden noch viele sonstige Druckschriften verboten, sogar der Wiederabdruck des von Friedrich Wilhelm III. erlassenen Gesetzes vom 22. Mai 1815, weil dasselbe, wie es in der Begründung hieß, zur Zeit zu „aufregend“ wirke!

Trotzdem und alledem konnte der Wunsch nach einer Verfassung im Volke nicht erstickt werden. Immer wieder wagten Provinzialstände und Städte die Bitte um Einlösung

des gegebenen Versprechens, und Druckschriften mannigfacher Art behandelten das Thema immer aufs neue. Am eindrucksvollsten wirkte eine Broschüre, die unter dem Titel „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen“, erschien und zu dessen Verfasser sich alsbald der Königsberger Arzt Dr. Johann Jacoby bekannte. Sie wurde zwar sofort verboten, gelangte aber dennoch in viele Hände und gab den Bestrebungen eine klarere Richtung. Die Fragen lauteten: Was wünschen die Stände? Was berechtigte sie? Welcher Bescheid ward ihnen? Was bleibt ihnen zu thun übrig? Die sehr energische Antwort auf die letzte Frage war: „Das, was sie bisher als Gunst erbeten, nunmehr als erwiesenes Recht in Anspruch zu nehmen.“ Dem Verfasser wurde natürlich der Prozeß gemacht, und er erhielt in der ersten Instanz wegen Majestätsbeleidigung und frechen Tadels der Landesgesetze eine Festungsstrafe von 2½ Jahren, in der zweiten Instanz wurde er jedoch freigesprochen. Eine Abschrift des freisprechenden Erkenntnisses vermochte er jedoch nicht zu erlangen, weil, wie ihm vom Justizministerium eröffnet wurde, „Se. Majestät sich nicht bewogen gefunden habe, dem Gesuche stattzugeben.“

Zu dieser allgemeinen politischen Bewegung trat bei der Förderung, die der König der pietistischen Richtung zu teil werden ließ, dann auch alsbald eine kirchlich-religiöse, besonders als bekannt wurde, daß von oben eine ganz neue Gestaltung der evangelischen Kirche angestrebt werde. In der an und für sich schon so erregten Zeit wuchsen die Befürchtungen, es könnte jetzt auch eine allgemeine „Glaubensknechtung“ angestrebt werden, schnell über alles Maß hinaus, zumal die von Hengstenberg redigierte „Evangelische Kirchenzeitung“ redlich das Ihre that, die allgemeine Besorgnis zu erhöhen, während auf der andern Seite das 1835 erschie-

nene „Leben Jesu“ von David Friedrich Strauß das Interesse für religiöse Fragen sehr bedeutend steigerte. In Versammlungen und Vereinen wurde die drohende Gefahr beständig besprochen, und schließlich bildete sich aus Männern aller Stände ein Kreis „evangelischer Lichtfreunde“, der eine energische Stellung gegen den „Buchstabenglauben“ und den „Symbolzwang“ einnahm. Die Führer in dieser neuen Strömung wurden der Pfarrer Uhlich zu Magdeburg und der Pfarrer Wislicenus zu Halle. Der letztere entwickelte die Grundanschauungen seiner Anhänger in der Broschüre „Ob Schrift oder Geist die Norm unseres Glaubens?“ Beide Geistliche wurden alsbald ihres Amtes entsetzt und bildeten nun die sogenannten freien Gemeinden, die dann mehrere Jahrzehnte hindurch in Mitteldeutschland eine gewisse Rolle spielten, jetzt aber wohl fast ganz wieder verschwunden sind.

Sogar in der katholischen Kirche gärte es. Der Bischof Arnoldi von Trier ließ 1844 eine Reliquie des Doms, einen ungenähten Rock Christi, zur allgemeinen Verehrung ausstellen und rief dadurch einen großen Streit hervor. Von vielen Seiten, so u. a. auch von Heinrich von Sybel, wurde der Rock für unecht erklärt, und eine ganze Anzahl katholischer Geistlicher mißbilligte die Ausstellung. Am heftigsten trat der Priester Johannes Ronge auf, der schließlich zum Begründer der sogenannten deutsch-katholischen Gemeinden wurde, die aber ebenfalls keine größere Lebensfähigkeit entwickelten.

So wurde die Situation beständig bedrohlicher. Die Gereiztheit auf beiden Seiten nahm fortwährend zu, und zur Oppositionspartei traten jetzt auch Männer über, die sich bisher von dem politischen Treiben ferngehalten hatten. Besonders im Westen der Monarchie steigerte sich die Unzufriedenheit. Begabte Politiker wie Hansemann, Camphausen,

Beckerath, Mevissen und Georg von Vincke stellten der Regierung immer energischeren Widerspruch entgegen und bereiteten ihr immer größere Verlegenheiten. Selbst bis in die Wanderversammlungen der Gelehrten drang das politische Fluidum. Als im Herbst 1846 die Germanisten in Frankfurt am Main in dem mit den Bildern der alten deutschen Kaiser geschmückten Saale des Römers tagten, brachte Uhland einen Trinkspruch aus, in welchem er auf das Herannahen einer nationalen Krisis hinwies und dann fortfuhr: wiederholt sei während der Beratung das Wort Freiheit gefallen, da hätte er stets gemeint, die alten Kaiser wollten aus ihren Rahmen springen und unter die Versammlung treten, um sie mit ihren Blicken anzufeuern. In ähnlicher Weise flammte der patriotische Geist in den Versammlungen der Juristen und Naturforscher auf.

Auch einige Umstände, die gar nichts mit der Politik zu thun hatten und unter anderen Verhältnissen ohne jede tiefere Wirkung gewesen wären, verschärften die Gegensätze. Ein ehemaliger Bürgermeister Tschech, der in nervöser Ueberreiztheit auf den König schoß und wohl ins Irrenhaus gehört hätte, wurde in aller Heimlichkeit enthauptet, was in der großen Menge einen sehr schlechten Eindruck machte, und ein Aufstand halbverhungerter Weber im schlesischen Gebirge in brutaler Weise vom Militär niedergeschlagen, was allgemeine Mißbilligung erfuhr. „Die Regierung deckt,“ schrieb Varnhagen unmutig, „ihre eigene Schuld mit Abstrafen der Leidenden!“

Zu alledem erhob sich eine brausende und sausende Lyrik. Bereits das „junge Deutschland“ war mit seinen Romanen und Dramen für die freiheitlichen Institutionen eingetreten; mittlerweile hatte sich aber die Strömung in der politischen Atmosphäre wesentlich verschärft, so daß die neuen

Dichter, welche jetzt allerwärts erstanden, auch sämtlich einen scharfen und lauten Ton anschlugen. Am schwungvollsten, zum teil von hinreißender Gewalt, waren die Lieder von Herwegh, Freiligrath, Hoffmann von Fallersleben, Dingelstedt, Prutz, Mosen, Kinkel, Anastasius Grün, Beck und Hartmann. Den meisten Erfolg hatte Herwegh, dessen Gedichte in stolzen Rhythmen und mit ungestümer Begeisterung daherschritten. Bei seinem ersten Auftreten blickte er noch erwartungsvoll zu Preußens König empor und rief ihm zu:

Die Hoffnung Deutschlands steht zu dir,
Fest, wie nach Norden, weist die Nadel.
O Herr, ergreife das Panier!
Noch ist es Zeit, noch folgen wir,
Noch soll verstummen aller Tadel.

Bald aber, als sich immer deutlicher zeigte, wie wenig Friedrich Wilhelm IV. seine Zeit begriff, überließ Herwegh sich mehr und mehr einem zügellosen Enthusiasmus für alle höchsten Güter der Menschheit und kündigte Krieg allen Tyrannen. Seine Phantasie verlor sich schließlich ins Ungeheuerliche, und seine Kampfgesänge waren am Ende nur noch ein kühnes Geschmetter und Phrasengetön. Gedankenreicher und kerniger waren die Lieder von Freiligrath, in denen der glühende Zorn und die heiße Vaterlandsliebe oft in ergreifender Weise zum Ausdruck kamen.

Es drängte sich jedem die Ueberzeugung auf, daß Preußen einer großen Katastrophe entgegen gehe, in die vielleicht auch ganz Deutschland mit hineingerissen werden könne. Auch Friedrich Wilhelm IV. konnte sich dieser Befürchtung nicht länger verschließen, und in seiner Ratlosigkeit und Hilflosigkeit suchte er einen Halt bei seinem Schwager, dem Kaiser Nikolaus von Rußland. Das russische Reich war ja eine feste Hochburg des Absolutismus, und der Kaiser Nikolaus — so lautete allgemein die Ansicht — ganz der Mann, nicht nur Rußland, sondern auch ganz Europa in Schach zu halten. Und Nikolaus, von brennendem Ehrgeize und dem sehnlichen Wunsche erfüllt, seine Macht zu vergrößern, reichte Friedrich Wilhelm IV. sehr gern seine Hand, um dann ein ganzes Jahrzehnt hindurch einen in hohem Grade unheilvollen Einfluß auf Preußen auszuüben. Aber den Sturm, der im Anzuge war, vermochte auch er nicht mehr zu bannen.

Da entschloß sich endlich der König zu einem schweren Schritt: er wollte einen Teil des Versprechens von 1815 einlösen und einen allgemeinen Landtag einberufen — aber er wollte diesen Landtag doch so gestalten, daß „die Rechte, die Würde und die Macht der ihm von seinen Vorfahren ruhmreichen Andenkens vererbten Krone" unversehrt bewahrt blieben. Er wollte also etwas geben, was er im Grunde behalten wollte. Daraus mußte etwas Halbes entstehen.

Der allgemeine Landtag sollte, wie das königliche Patent vom 3. Februar 1847 bestimmte, aus den Provinzialständen gebildet werden und in zwei Kurien zerfallen, in eine Herren-Kurie, in welcher die Prinzen, Fürsten und Grafen sich befanden, und in eine Stände-Kurie, welche die Abgeordneten der Ritterschaft, der Städte und Landgemeinden in sich vereinigte. Eine Anzahl sehr vorsichtig abgefaßter Bestimmungen engte diesen Vereinigten Landtag sehr wesentlich ein. Im allgemeinen sollte er mitbestimmen bei der Einführung neuer Steuern, bei der sonstigen Gesetzgebung nur mitberaten. Er war also in der Hauptsache nur ein Beirat. Dennoch priesen die Blätter der Regierung das „große königliche Geschenk" mit vollen Backen, und der König hoffte, daß dasselbe vom Volke „mit freudiger Dankbarkeit" aufgenommen werden würde. Allein die liberale Presse schwieg, so daß

die Staats-Zeitung sogar in einem „von höherer Stelle herstammenden" Artikel zur Erörterung der Verordnungen aufforderte. Jede Besprechung, hieß es, auch wenn sie tadelnd sei, würde gestattet werden, so lange sie sich nur auf gesetzlichem Boden halte. Darauf führten einige Zeitungen aus, der Vereinigte Landtag werde nur dann einen Wert haben, wenn sich aus ihm eine wahre Volksvertretung entwickeln könne, die dann im stande sei, eine Reihe notwendiger freiheitlicher Gesetze zu veranlassen. In verschiedenen anderen Blättern aber warf man die Frage auf, ob man dieses „königliche Geschenk" überhaupt annehmen dürfe, ob dasselbe nicht im Widerspruch mit dem Gesetze vom 22. Mai 1815 stehe, und ob man nicht den Rechtsboden verlasse, wenn man der Einrichtung eines solchen Landtages zustimme. Besonders scharf formulierte diese Fragen der Stadtgerichtsrat Heinrich Simon in Breslau in der Broschüre „Annehmen oder Ablehnen?" Schließlich bemächtigte sich auch der Berliner Witz der Tagesfrage. Die billigen ungefüllten Pfannkuchen wurden Landtags-Pfannkuchen genannt — weil ihnen der Inhalt fehle.

Der König war über diese „Undankbarkeit des Volkes" tief verstimmt, doch hatte er die Genugthuung zu sehen, daß bei der Eröffnung des Landtages am 11. April im „Weißen Saale" des königlichen Schlosses zu Berlin die Abgeordneten vollzählig erschienen waren. Und nun schüttete er dieser Versammlung in freier halbstündiger Rede tief erregt sein ganzes Herz aus.

Zunächst bezeichnete er die Versammlung als die Vollendung eines edeln Baues ständischer Freiheit, dann aber ging er bald zu dem Satze über, daß in diesem Baue, wie im Feldlager, nur ein Wille gebieten dürfe, und erklärte hierauf, daß es keiner Macht der Erde gelingen solle, ihn zu

bewegen, das natürliche Verhältnis zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles zu wandeln. „Nimmermehr werde ich zugeben," rief er aus, „daß sich zwischen unserm Herr Gott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine zweite Vorsehung eindränge, um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte heilige Treue zu ersetzen." Weiterhin wandte er sich gegen die Presse, in der ein finsterer Geist des Verderbens herrsche, ein Geist der Auflockerung zum Umsturz und frechster Lüge. Bis in die Landeskirche hinein erstreckten sich diese Aeußerungen des Fanatismus — doch das Kirchliche, bemerkte er, gehöre nicht vor die Stände. Gleichwohl dränge es ihn, eingedenk des entsetzlichen Beginnens, sein Volk um sein heiligstes Kleinod zu betrügen, das Bekenntnis abzulegen, das da laute: „Ich und Mein Haus, Wir wollen dem Herrn dienen!" Nun wandte er sich den Rechten und Pflichten des Landtags zu, die in der Hauptsache darin bestanden, „der Krone den Rat gewissenhaft zu erteilen, den dieselbe vom Hause fordert." Bitten und Beschwerden, aber erst nach reiflicher Prüfung, sollten die Abgeordneten an den Thron bringen dürfen. „Das, meine Herren," fuhr er erregter fort, „ist Ihr herrlicher Beruf. Das aber ist Ihr Beruf nicht: Meinungen zu repräsentieren, Zeit- und Schulmeinungen zur Geltung bringen zu sollen. Das führt notwendig zu unlösbaren Konflikten mit der Krone, welche nach dem Gesetze Gottes und des Landes und nach eigener freier Bestimmung herrschen soll, aber nicht nach dem Willen von Majoritäten regieren kann und darf." Indem er schließlich noch einmal betonte, daß er unter allen Umständen dieser seiner Erkenntnis gemäß handeln werde, und daß er im übrigen der festen Ueberzeugung sei, die Erschienenen hätten nicht das geringste Gelüst, die Rolle sogenannter Volksrepräsentanten zu spielen,

hieß er die Versammlung „aus der Fülle seines Herzens" willkommen.

Die Wirkung dieser Rede war eine ganz außerordentliche, ja, sie wurde entscheidend für das ganze fernere Schicksal des Königs. Alles, was das Volk vom Könige gehofft hatte, schien nun unerreichbar zu sein. Das Versprechen Friedrich Wilhelms III. war bisher, wenn auch nicht erfüllt, so doch auch niemals aufgehoben worden — jetzt aber hatte der König in mehr als einer Wendung klar gesagt, daß er nun und nimmermehr nach dem Willen einer Majorität regieren könne und dürfe, und daß er unter allen Umständen dieser Erkenntnis gemäß handeln werde. Ja, er hatte sogar etwas wie eine Drohung gegen diejenigen ausgesprochen, die etwa mit dem Gelüste gekommen wären, die Rolle „sogenannter Volksrepräsentanten" zu spielen. Der Gedanke, daß vielleicht auch einmal Verhältnisse eintreten möchten, durch die er gezwungen werden könnte, nach dem Willen einer Majorität zu regieren, war ihm offenbar ganz fern geblieben, und so hatte er, wie der Minister von Bodelschwingh später einmal sagte, die Brücke vor und hinter sich abgebrochen und sah sich, durch feierliche Gelöbnisse eingeengt, auf ein nur sehr kleines Operationsterrain verwiesen. Zwischen ihm und seinem Volke aber gähnte nun eine tiefe Kluft, die täglich breiter wurde. Das zeigte sich schon bei der Beratung der Adresse, welche der Landtag als Antwort auf die Thronrede an den König zu richten beschloß. Es kam zu langen Auseinandersetzungen, in denen die Mängel des Patents vom 3. Februar von allen Seiten, besonders von den ostpreußischen und rheinischen Deputierten beleuchtet und die Pflicht der Abgeordneten, das Volksrecht zu wahren, nachdrücklich betont wurde. Schließlich ward eine Fassung mit 487 gegen 107 Stimmen angenommen, in der die Rechtsverwahrung,

wenn auch in mildester Form, klar und deutlich ausgesprochen war. Der König fühlte sich durch die Adresse zwar sehr verletzt, aber hielt es doch für geraten, etwas einzulenken. Er erklärte, daß die Gesetzgebung mit dem Patente vom 3. Februar ja doch noch nicht abgeschlossen sei, sondern sich gewiß noch als bildungsfähig erweisen werde, und versprach ferner, den Vereinigten Landtag in Zukunft aller vier Jahre einzuberufen, auch wenn dazu keine besondere Veranlassung vorliegen würde.

Die Stimmung im Landtage wurde aber dadurch nicht geändert; es bildete sich eine große parlamentarische Opposition, die sich nun bei den Beratungen, welche jetzt begannen, in für die Regierung sehr empfindlicher Weise geltend machte. Die Stände lehnten es nicht nur ab, die Mitgarantie für eine zu errichtende Landrentenbank zu übernehmen, sondern verweigerten auch, ihre Zustimmung zu einer Anleihe von 30 Millionen Thalern zum Bau einer Eisenbahn von Berlin nach Königsberg zu geben. Denn ein Landtag, so führte Georg von Vincke mit zündender Beredtsamkeit aus, dem alle ihm gebührenden Befugnisse einer reichsständischen Versammlung fehlten, sei nicht befugt, irgend eine Staatsgarantie auszusprechen. So lange die königliche Machtvollkommenheit so unumschränkt sei, daß der Monarch die von seinem Vorgänger als unwiderruflich gültig erklärten Gesetze ohne weiteres aufheben oder abändern könne, wie dies durch das Patent vom 3. Februar geschehen sei, so lange fehle dem preußischen Volke und mit diesem dem Vereinigten Landtage jede rechtliche Grundlage, so lange dürfe daher auch der Landtag unter keiner Bedingung eine Garantie beschließen. Auch 65 Abgeordnete aus Ostpreußen stimmten gegen die Anleihe, obgleich sie den Bau der Eisenbahn als einen großen Segen für ihre Provinz betrachteten.

Die Beratungen verliefen also ergebnislos, so daß sich

der Landtags-Kommissarius Minister von Bodelschwingh, als er am 26. Juni den Landtag schloß, zu der Bemerkung bewogen fühlte, das Resultat sei leider weniger fruchtbar gewesen, als es hätte sein können.

Aber einen Erfolg hatte der Landtag trotz alledem gehabt, und dieser war sogar von unermeßlicher Tragweite. Dadurch, daß die Männer von Ost und West, von Süd und Nord zusammengetreten waren und die Interessen des gesamten Landes überschaut hatten, war das Gefühl der Gemeinsamkeit gewaltig gewachsen und das Ziel für ein den Anforderungen einer fortgeschritteneren Zeit entsprechendes Staatsleben klarer hervorgetreten. Das empfand man nicht nur in Preußen selbst, sondern auch im ganzen übrigen Deutschland. Allerwärts, in Sachsen und Bayern, in Württemberg und Baden, und selbst im dumpfen Oesterreich, fühlte man diesen neuen kräftigen Pulsschlag, der jetzt durch das politische Leben Preußens ging, und man merkte es deutlich, daß nicht mehr in Wien, sondern in Berlin der Brennpunkt Deutschlands lag.

Es entwickelte sich also in den breiten Schichten des Volkes aus den vielen von Sonderinteressen beherrschten und durch die Enge der Heimat beeinflußten Stimmungen mehr und mehr eine Ueberzeugung, aus der sich, so verschwommen und unreif sie auch immerhin noch sein mochte, dann eine breit verzweigte öffentliche Meinung bildete, die eine große, mächtige Opposition darstellte.

Die Politik beherrschte schließlich jedweden, der nur irgend Anteil am geistigen Leben nahm, ein gereizter Ton, ein nervöses Zittern ging durch den ganzen öffentlichen Verkehr, fortwährend blitzte da und dort knisternd ein satirischer Funke auf, brach bald bei dieser, bald bei jener Gelegenheit Grimm oder Hohn hervor.

Alle fühlten es, ein solcher Zustand konnte sich nicht lange mehr halten. Nur noch irgend ein politisches Ereignis, das verletzte, oder auch bloß erregte — und die lange verhaltene Bitterkeit, die ganze Leidenschaft der gärenden Zeit mußte schrankenlos hervorbrechen.

Noch früher, als man erwartet hatte, trat dieses Ereignis ein, und zwar abermals in Frankreich.

IV.

Die Stürme von 1848.

Die politische Bewegung von 1848 zeigt das bunteste Bild unseres Jahrhunderts. Fortwährend ändern sich die Scenen und Stimmungen. Jubel und rosigste Hoffnungsfreudigkeit wechseln beständig mit bitterstem Zorn und ödester Trostlosigkeit; die Macht liegt bald in diesen, bald in jenen Händen. Dabei ist ganz Deutschland bis ins kleinste Dorf hinein fieberhaft erregt. —

Das heiße Verlangen, aus der Jämmerlichkeit der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse nun endlich einmal herauszukommen, brach allerwärts schrankenlos hervor. Wie bei einem Strome, dessen Wassermassen ein Damm lange gestaut und der diesen nun gewaltsam hinweggerissen, so stürzten auch hier die Fluten der Empörung, plötzlich alle Hemmnisse sprengend, tosend dahin, mit ihren Wellen alles überschüttend.

Die äußere Veranlassung zu dem Ausbruch der allgemeinen Bewegung gab der *Zusammensturz des Julikönigtums*. Der König Louis Philipp hatte es in der letzten Zeit immer weniger verstanden, sich die allgemeine Gunst der Franzosen zu erhalten, dabei war die Staatsschuld unverhältnismäßig gewachsen und das Regiment härter und drückender geworden. Zuletzt hatte sich der König verleiten lassen, verhängnisvolle Beschränkungen des Vereinsrechts anzuordnen; er hatte verboten, sogenannte Reformbankette abzuhalten, und sich dadurch den Haß der großen Menge zugezogen. Am 22. und 23. Februar kam es daher in den Straßen von Paris zu Aufständen und blutigen Kämpfen, denen der König nicht entsprechend entgegenzutreten wußte, worauf die Aufständischen rasch die Oberhand gewannen, Louis Philipp am 24. Februar zur Abdankung zwangen und noch am selben Tage die Republik proklamierten.

Es waren also einzig und allein *innere* Verhältnisse, die sich dort drüben in Frankreich umgestalteten, dennoch rief die Katastrophe auch in Deutschland eine große Erregung hervor. Mit klopfendem Herzen sah man hier, wie eine unbeliebte Regierungsform rasch und mit kecker Hand beseitigt wurde, und zugleich ward man sich recht deutlich der hilflosen Lage bewußt, in der sich Deutschland mit seinen 39 Staaten dem brodelnden Frankreich gegenüber, das auch in neuerer Zeit wieder die Hand nach dem linken Rheinufer ausgestreckt hatte, befand. Besonders in Süddeutschland regte sich diese Sorge. Bereits am 27. Februar brachte *Heinrich von Gagern* in der hessen-darmstädtischen Kammer den Antrag ein, die Kammer möge an den Großherzog die Bitte richten, in der Bundesversammlung dahin zu wirken, daß bei der von außen her drohenden Gefahr die Sorge für den Schutz Deutschlands, insbesondere die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, des Heerwesens und der Volksbewaffnung in die Hände *eines* Kabinetts gelegt werde, dessen Minister dem interimistischen Haupte Deutschlands und der Nation verantwortlich sei. In der weiteren Ausführung des Antrages ward auf die Herstellung eines Bundesstaates, die Einsetzung einer Centralgewalt und die Einberufung einer Volksvertretung hingewiesen. In Bezug auf die Uebertragung der Centralgewalt dachte Gagern (wie K. Klüpfel in seiner „Geschichte

der deutschen Einheitsbestrebungen", Berlin 1872, bemerkt) schon damals an Preußen.

Nachdem nun einmal diese Gedanken öffentlich ausgesprochen worden waren, fanden sie rasch eine große Verbreitung. In den verschiedensten Städten, besonders in Süd- und Mitteldeutschland, wurden Volksversammlungen abgehalten, in denen nicht nur ein Bundesstaat und ein deutsches Parlament, sondern auch allgemeine Volksbewaffnung, Preßfreiheit und vieles andere verlangt wurde. Die wichtigste dieser Versammlungen war die einer größeren Anzahl von süddeutschen liberalen Abgeordneten am 5. März zu Heidelberg, in der beschlossen wurde, alle liberalen Abgeordneten anzugehen, ihre Regierungen aufzufordern, daß sie aufs schleunigste eine möglichst vollständige Vertretung der deutschen Nation herbeiführen sollten. Zugleich ward ein Ausschuß von sieben politisch hervorragenden Männern für die vorläufige Beratung einer nationalen Verfassung gewählt. Dieser Ausschuß entwickelte sofort eine sehr rege Thätigkeit, knüpfte Verbindungen in ganz Deutschland an und erließ am 12. März an alle früheren und gegenwärtigen Abgeordneten, sowie an alle Deutschen, die einmal an einer gesetzgebenden Versammlung teil genommen hätten, die Aufforderung, am 30. März in Frankfurt am Main sich einzufinden, um dort eine Vorberatung im großen Stile ins Werk zu setzen.

Damit war die deutsche Frage in gewaltigen Fluß gebracht worden. Aber auch von anderer Seite noch hatte die nationale Angelegenheit eine große Förderung erfahren, und zwar von keinem geringeren, als dem hohen Bundestag. Viele Jahre hindurch hatte man nichts von ihm gehört; lässig und teilnahmlos hatte er seine Tage in Frankfurt verbracht. Jetzt ergriff auch ihn mit einem Male die Sorge um das Heil des geliebten deutschen Volkes. Seine ganzen

Grundanschauungen änderten sich im Umsehen, und er erließ Ansprachen und Bekanntmachungen eine nach der anderen. Am 1. März that er die Versicherung kund, daß er von seinem Standpunkte aus alles aufbieten werde, um die politischen Interessen und das nationale Leben zu fördern. „Deutschland wird und muß auf die Stufe gehoben werden," rief er mit Emphase aus, „die ihm unter den Nationen gebührt!" Am 3. März beschloß die hohe Versammlung, es jedem deutschen Bundesstaate freizustellen, die Censur aufzuheben und die Preßfreiheit einzuführen; am 9. erkannte sie die einst so bitter gehaßten Farben der Burschenschaft Schwarz-Rot-Gold als deutsche Reichsfarben an, und am 10. forderte sie die deutschen Regierungen auf, „17 Männer des öffentlichen Vertrauens nach Frankfurt zu senden, um bei der alsbaldigen Beratung über die Revision der Bundesverfassung auf wahrhaft zeitgemäßer und nationaler Grundlage mitzuwirken."

Dieses plötzliche Erkennen alles dessen, was not that, forderte eigentlich ja nur den Spott und die Satire heraus, es zeigte aber doch auch aller Welt in grellster Weise, welch klägliche Einrichtung der hohe Bundestag bisher gewesen, und in welch unverantwortlicher Weise die Rechte der Nation verkürzt worden waren. Und daher wirkten auch diese sonst höchst gleichgültigen Kundmachungen sehr fördernd auf die allgemeinen Einheitsbestrebungen.

Dennoch kamen in diese ganze Bewegung sehr bald verschiedene Zwischenströmungen, die eine gewisse Verworrenheit hervorriefen. Allerwärts bildeten sich Bürgerwehren und Volksvereine, in denen die wunderlichsten Anschauungen und Projekte zu Tage kamen und die überspanntesten Hoffnungen wachgerufen wurden. Es rächte sich bitter, daß dem Volke alle politische Erziehung fehlte. Dazu kam

die Kopflosigkeit der Regierungen, die dem Ungestüm des Volkes gegenüber nicht das richtige Maß bei ihren Zugeständnissen finden konnten und sich infolgedessen oft lächerlich machten. In Bayern erließ der König Ludwig I. bereits am 6. März eine von allen Prinzen mit unterzeichnete Proklamation, in welcher die Herstellung der Einheit Deutschlands, die Revision der Bundesverfassung, die Vertretung des Volkes am Bunde, die Aufhebung der Censur und noch verschiedenes Andere versprochen wurde. Und als es trotzdem zu Tumulten kam, wurde ein ausgesprochen liberales Ministerium berufen, und der König, der sich durch sein Verhältnis zu einer spanischen Tänzerin, Lola Montez, die allgemeine Achtung verscherzt hatte, dankte am 20. März zu gunsten seines Sohnes Maximilian II. ab. Auch in Württemberg und Sachsen stürzten alsbald die bureaukratisch-konservativen Ministerien und machten liberalen Platz. In Hannover wehrte sich der starrköpfige König Ernst August etwas gegen den „verruchten Zeitgeist", berief dann aber den liberalen Bürgermeister von Osnabrück, Dr. Stüve, an die Spitze des Ministeriums. Der Kurfürst von Hessen ließ sich erst zu Zugeständnissen bewegen, als er befürchten mußte, daß das Volk ihm das Schloß stürmen werde.

In Wien schien sich anfangs der Uebergang von der alten zur neuen Zeit sehr leicht vollziehen zu wollen. Schon nach kurzem Widerstande gab die Regierung dem Drängen des Volkes nach; einer Deputation versprach der Kaiser Ferdinand, ein gütiger alter Herr, allen Anforderungen der Gegenwart entsprechen zu wollen, und als das Verlangen laut wurde, den Fürsten Metternich zu entfernen, da geschah das Außerordentliche, daß der einst allmächtige Staatskanzler sofort entlassen wurde und unverzüglich das Land verließ. Zugleich wurde die Preßfreiheit proklamiert, eine Nationalgarde geschaffen, die ihre Gewehre aus dem kaiserlichen Zeughause erhielt, und ein allgemeiner Landtag einberufen. Diese Erfolge versetzten ganz Wien in einen wahren Taumel der Freude. Was man noch vor wenigen Wochen nicht zu hoffen gewagt hatte, das war jetzt schon vollendete Thatsache! Der Kaiser wurde veranlaßt, Zeuge dieser allgemeinen Glückseligkeit zu werden; er unternahm am 18. März eine Umfahrt durch die Stadt, wo er überall jubelnd empfangen wurde, und endlich spannte ihm sogar das Volk die Pferde vom Wagen und zog ihn unter Triumphgeschrei zur Hofburg zurück. Die Volksredner in den Wirtshäusern erklärten sodann, daß Oesterreich nun aus seiner Abgeschiedenheit erlöst sei und wieder in seine alten Rechte im deutschen Reiche eintreten werde. Denn jetzt habe Wien Berlin wieder überflügelt. Bald flatterte auch eine große schwarz-rot-goldene Fahne vom Stephansturm.

Die Anschauungen in Wien schienen auch in der That eine gewisse Berechtigung zu haben, denn die Dinge in Berlin entwickelten sich viel ungünstiger, und der König Friedrich Wilhelm IV. that in den kritischen Momenten eine Reihe von höchst bedauerlichen Fehlgriffen. Zunächst blieb der König der herannahenden Gefahr gegenüber zu lange unthätig. Schon im Januar bemerkten die scharfsichtigeren Politiker, daß der Thron in Frankreich nicht mehr fest stand, und schlossen, daß bei einer Revolution die Wellen auch nach Deutschland herüberschlagen würden. Aber Friedrich Wilhelm IV. hegte diese Befürchtung nicht. In seinem Buche „Aus meinem Leben und aus meiner Zeit" berichtet der Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha, er habe am 22. Januar, um sich über die politischen Verhältnisse zu informieren, eine Reise nach Berlin gemacht und dort den König „ahnungslos gegenüber der nächsten Zukunft und dennoch

voller Unruhe und Unentschlossenheit" gefunden. „Er vermochte sich durchaus nicht vorzustellen," fährt der Herzog fort, „daß es in Frankreich mit dem Königtum zu Ende gehen könnte. Pessimistischer faßte der Prinz von Preußen die Dinge auf und zog hieraus den zutreffenden Schluß, daß in den deutschen Angelegenheiten notwendig und zwar demnächst schon etwas geschehen müsse." Da traf die Nachricht vom Sturze Louis Philipps ein, und bald darauf kamen Berichte über Krawalle in Aachen, Düsseldorf und Köln. Zugleich wurde es in Berlin mehr und mehr lebendig; überall ward über die politischen Verhältnisse diskutiert, und vor „den Zelten" im Tiergarten sammelten sich allabendlich große Menschenmassen, die von beredten Volksrednern „das Neueste" hören wollten. Infolgedessen entstand rasch ein allgemeines Gefühl großer Unsicherheit, die Kurse fielen sehr bedeutend, sogar preußische Banknoten wurden nicht mehr ohne weiteres genommen, und alle Geschäfte stockten. Der König fürchtete jetzt, es könne ein Krieg mit Frankreich ausbrechen, befahl, daß ein Corps zur Verstärkung nach dem Rhein gehe, entband den Prinzen von Preußen des Kommandos über das Garde-Corps und ernannte ihn zum General-Gouverneur in Rheinland und Westfalen. Der Prinz sollte aber zur Uebernahme dieses Postens zunächst noch nicht kommen, denn die Verhältnisse in Berlin wurden immer bedrohlicher.

Besonders verlangte das Volk, daß der Vereinigte Landtag wieder zusammentreten möge, worauf der König am 14. März denselben auf den 27. April einberief. Allein das war für die erregte Zeit ein allzu langer Termin; man wollte früher zu einem Resultate kommen. Die Unruhe wuchs; das Militär geriet wiederholt mit großen Menschenmassen in Konflikt; da und dort kam es sogar zu heftigen Kämpfen, bei denen Bürger verwundet und getötet wurden — und unversehens erhoben sich am Spittelmarkt, in der Breiten- und Brüderstraße Barrikaden. Zugleich wurde der König mit Adressen und Deputationen bestürmt und gebeten, alles Mögliche zu gewähren.

Darauf entschloß sich der König am 18. März zu einem Erlaß, in welchem er den Vereinigten Landtag schon zum 2. April einberief, die Preßfreiheit gewährte und für die Umgestaltung Deutschlands ein ganzes Programm entwickelte. „Wir finden Uns bewogen," sagte er, „nicht nur vor Preußens, sondern vor Deutschlands — so es Gottes Wille ist — bald innigst vereinigtem Volke laut und unumwunden auszusprechen, welches die Vorschläge sind, welche Wir Unseren deutschen Bundesgenossen zu machen beschlossen haben. Vor allem verlangen Wir, daß Deutschland aus einem Staatenbunde in einen Bundesstaat verwandelt werde. Wir erkennen an, daß dieses eine Reorganisation der Bundesverfassung voraussetzt, welche nur im Vereine der Fürsten mit dem Volke ausgeführt werden kann, daß demnach eine vorläufige Bundesrepräsentation aus den Ständen aller deutschen Länder gebildet und unverzüglich berufen werden muß. Wir erkennen an, daß eine solche Bundesrepräsentation eine konstitutionelle Verfassung aller deutschen Länder notwendig erheischt, damit die Mitglieder jener Repräsentation ebenbürtig nebeneinander sitzen."

Dieser Erlaß rief einen namenlosen Jubel hervor. Noch am 6. März, bei der Verabschiedung der Ausschüsse des Vereinigten Landtages, hatte sich der König jeder Konzession abgeneigt gezeigt, und nun bot er auf einmal alles, was man wünschte. Und unwillkürlich entwickelte sich eine allgemeine Wanderung nach dem Schlosse. Vielleicht zeigte sich der König einmal, und man konnte ihm durch ein Lebehoch den allgemeinen Dank darbringen. Bald war der

ganze weite Schloßplatz mit Menschen gefüllt, alle freudig erregt und in lebhafter Unterhaltung. Da erschien endlich der König um 2 Uhr auf dem Balkon des Schlosses, worauf sofort von allen Seiten donnernde Beifallssalven losbrachen. Der König versuchte zu sprechen, aber seine Stimme vermochte den Lärm nicht zu übertönen. Darauf trat der Minister von Bodelschwingh neben dem König an die Brüstung und rief hinab: Seine Majestät wolle eine Konstitution auf der freisinnigsten Grundlage für alle deutschen Länder begründen; Preußen werde sich, dem Willen des Königs gemäß, an die Spitze der deutschen Bewegung stellen!

Abermals der Ausbruch brausenden Jubels, worauf sich der König zurückzog.

Man hoffte jetzt im Schlosse, die Menge werde sich nun beruhigen und zerstreuen, allein das Gegenteil zeigte sich; noch immer strömten Menschen zu, und die Massen standen jetzt Schulter an Schulter.

Tief bewegt trat der König noch einmal auf den Balkon, wehte mit dem Taschentuche und versuchte nochmals, einige Worte an die Menge zu richten, aber das Jubel- und Lebehochgeschrei war noch lauter und stürmischer als vordem; der König verneigte sich daher nur, und der Minister von Bodelschwingh rief hinunter, Seine Majestät lasse danken und zugleich den Wunsch aussprechen, man möge sich nun, nachdem alles gewährt worden, entfernen.

Doch nur die wenigsten verstanden die Worte, und als nun ein Extrablatt der „Staats-Zeitung" zur Verteilung gelangte, in welchem das Patent über die Einberufung des Vereinigten Landtages und die Verordnung über die Preßfreiheit enthalten war, entwickelte sich ein solches wirres Durcheinander, daß ein großer Teil des Volkes gegen das Schloß und selbst in das Schloßportal hineingedrängt wurde.

Hier gewahrte man, daß die Schloßhöfe vollständig mit Soldaten angefüllt waren, die alle kampfbereit standen. Das erschreckte viele dermaßen, daß sie unwillkürlich riefen: „Militär zurück!" Das Wort „Militär" aber war sofort von wahrhaft elektrischer Wirkung. Die Bilder von den blutigen Scenen der letzten Abende standen im Nu vor den geistigen Augen aller, und wie ein Lauffeuer pflanzte sich der Ruf in der Menge fort: „Militär zurück!" „Soldaten weg!" Schon nach wenigen Minuten hallte der ganze weite Schloßplatz von diesen Rufen wider. Bestürzt gewahrte man im Schlosse diesen plötzlichen Umschlag der Stimmung; der Minister von Bodelschwingh eilte hinab und rief den Herandrängenden zu, der König habe ja alles gewährt, man solle ihm vertrauen, ihm Ruhe gönnen und den Platz räumen; allein er wurde bei dem allgemeinen Rufen und Schreien nicht gehört. Unterdessen wuchs im Schlosse die Besorgnis — beabsichtigte der raubgierige Pöbel einen Angriff? Der König wurde immer ängstlicher, nahm dem General von Pfuel, der ihm zu sehr nach der Seite des Volkes zu neigen schien, den Oberbefehl über die Berliner Truppen und übertrug ihn dem Generallieutenant von Prittwitz; zugleich befahl er, den Schloßplatz durch Kavallerie säubern zu lassen. Darauf rückte die Schwadron Dragoner, welche bisher im zweiten Schloßhofe gehalten hatte, heraus und drängte das Volk vorwärts. Ein wüstes Geschrei entstand, wiederholt gerieten die Dragoner mitten in einen Menschenknäuel und waren ratlos. Da ließ der Major von Falkenstein, der nachmalige bekannte General, die erste und zweite Kompagnie des Kaiser Franz-Grenadier-Regiments vor das Schloßportal Nr. 2 treten und suchte dem General von Prittwitz zu Hilfe zu kommen, und in der That gelang es nun, die erregte Menge mehr und mehr von dem Platze herunter zu treiben, aber noch ehe das vollständig

bewerkstelligt war, ereignete sich ein Zwischenfall, der sofort im höchsten Grade verhängnisvoll für die ganze Bewegung werden sollte. In der Gegend der Langen Brücke kamen Soldaten der ersten Kompagnie in Konflikt mit dem Volke; dabei blieb der Hahn des Gewehres des Grenadiers Kühn am Säbel hängen, und das Gewehr entlud sich, zugleich ging die Pistole des Unteroffiziers Hettchen los, auf die ein Mann aus der Menge geschlagen hatte. Diese beiden Schüsse wirkten wie Blitzschläge. Entsetzt wich alles zurück. „Man schießt auf das Volk!" riefen sofort Hunderte — „Verrat! Verrat!" schrieen Tausende und stürzten nach allen Seiten davon. Mit Windeseile verbreitete sich die Nachricht durch die ganze Stadt, daß das Volk betrogen worden sei, daß das Militär den offenen Kampf eröffnet habe. „Schützt euch!" „Wehrt euch!" „Zu den Waffen!" schallte es durch alle Straßen. Mit jeder Minute wuchs die Erregung und Erbitterung.

Der König war aufs höchste betroffen und versuchte, das außer sich geratene Volk aufzuklären. Eiligst ließ er auf ein großes Stück weißer Leinwand die Worte schreiben: „Ein Mißverständnis! Der König will das Beste!" worauf die Leinwand zwischen zwei Stangen befestigt und dann von zwei Männern, hoch emporgehoben, über den Schloßplatz getragen wurde. Aber eine Verständigung war nicht mehr möglich; das Banner wurde verhöhnt; dagegen erhoben sich in allen Straßen die Barrikaden.

Aber auch jetzt noch, meint Herr von Unruh in seinen „Skizzen aus Preußens neuester Geschichte", hätte der entsetzliche Straßenkampf, der sich nun alsbald entwickeln sollte, vermieden werden können, wenn das Militär bloß das Schloß und die andern königlichen Gebäude besetzt und sich im übrigen auf einem Punkte konzentriert hätte. Eine Bekanntmachung

hätte dann weiter aufklären können, und wenn dann das Volk gesehen hätte, daß das Militär keineswegs die Absicht hatte, die Bürger anzugreifen und niederzuschießen, so würde es die Barrikaden alsbald wieder fortgeräumt haben.

Im Schlosse war man jedoch der Ansicht, die militärische Ehre erfordere es, den Widerstand des Volkes mit Waffengewalt zu brechen. Schon bald nach 3 Uhr erfolgte daher der erste Angriff und zwar auf die an der Werderschen- und Oberwallstraßen-Ecke errichtete Barrikade. Das leicht zusammengeworfene Gerümpel wurde von den Truppen schnell genommen. Auf diesen leichten Sieg folgten jedoch alsbald sehr schwere und sehr blutige Kämpfe. Das Volk hatte die Waffenläden geplündert und zum Bau der Barrikaden in der Königstraße, der Breitenstraße, am Kölnischen Rathause, am Alexanderplatz und noch an verschiedenen anderen Orten das Pflaster und die Platten des Trottoirs aufgerissen, förmliche Verschanzungen aufgeworfen und diese dann noch durch Balken, Eisenplatten und Sandsäcke erhöht. Gegen solche Verrammelungen ging das Militär mit schweren Geschützen vor; bald hallte der Donner der Kanonen durch die ganze Stadt und erfüllte alles mit Entsetzen. Nur unter großem Blutvergießen wurde die Barrikade in der Königstraße genommen, zehn Rebellen verloren dabei ihr Leben. Der Angriff auf die Barrikade in der Breitenstraße mußte mehrmals wiederholt werden, obgleich zwei Sechspfünder und zwei siebenpfündige Haubitzen thätig waren. Die Kugeln flogen dabei bis auf den Schloßplatz und selbst bis in das Schloß hinein. Bei der Einnahme der Barrikade am Kölnischen Rathause hatte auch das Militär große Verluste, 6 Tote und 56 Verwundete. Von den Aufständischen wurden etwa 70 getötet und gefangen.

Die ganze Nacht hindurch, bis gegen 5 Uhr morgens,

dauerte der Kampf. Da kam der Befehl, nicht weiter angriffsweise vorzugehen. Die Truppen hatten sich so ziemlich in den Besitz der ganzen Stadt gesetzt. Nur die Barrikade am Alexanderplatz war noch nicht genommen worden.

Friedrich Wilhelm IV. hatte eine überaus schmerzvolle Nacht verbracht. Das Herz hatte sich ihm bei dem Kampfgetöse zusammengeschnürt — er konnte nicht glauben, daß die Bürger von Berlin sich so ihm gegenüberstellten. Nur eine Rotte von fremden Bösewichtern, von Polen und Franzosen, konnten das Volk zu solchem Vorgehen aufgehetzt und aufgewiegelt haben. Er entwarf daher eine Proklamation, die mit den Worten „An meine lieben Berliner!“ begann und zunächst darlegte, auf welche Weise der Tumult vor dem Schlosse entstanden sei. Aufrührerische Ruhestörer, meist Fremde, sagte der König, drangen ins Portal des Schlosses, was arge Absichten befürchten ließ. Dann aber mahnte er zum Frieden und versprach, falls man sich ruhig verhalte, die sofortige Zurückziehung der Truppen. „Hört die Stimme Eures Königs,“ schloß er, „Bewohner Meines treuen und schönen Berlins, und vergeßt das Geschehene, wie Ich es vergessen will und werde in Meinem Herzen, um der großen Zukunft willen, die unter dem Friedenssegen Gottes für Preußen und durch Preußen für Deutschland anbrechen wird.“

Die Proklamation machte jedoch gar keinen Eindruck; sie entsprach durchaus nicht der Stimmung, die draußen in den Straßen herrschte. Die durch die Kämpfe aufs höchste gesteigerte Erbitterung konnte nicht so schnell hinweggewischt werden. Alles fieberte noch. Nur eine strenge Wiedereinführung der Ordnung wäre hier das einzig Richtige gewesen. Allein der König ging sogar noch weiter. Durch verschiedene Deputationen ließ er sich bewegen, die Truppen schon

jetzt, ehe auch nur eine der Barrikaden weggeräumt worden war, zurückzuziehen.*) Vergebens bemühte sich der Prinz von Preußen, der die Gefahr, die hierin lag, sofort erkannte, die Ausführung dieses Befehls zu verhindern. Und in der That beging wohl der König mit dieser Zurückziehung der Truppen den schlimmsten Fehler. Obgleich sich das Militär vollständig zum Herrn der Situation gemacht hatte, mußte jetzt in der ganzen Stadt die Ansicht Platz greifen, daß das Volk gesiegt habe, und diese Ansicht mußte sich noch verstärken, als durch Anschläge bekannt gemacht wurde, daß die bisherigen Minister entlassen und ein neues Ministerium gebildet worden sei. Die hauptsächlichsten Mitglieder dieses Ministeriums waren Graf Arnim, General-Landschaftsrat von Auerswald und Graf Schwerin. Der letztere hatte bisher in der Opposition gestanden.

Durch die ganze Stadt schallte jetzt lauter Jubel; aus den Häusern wurden schwarz-rot-goldene Fahnen herausgesteckt und auf den Straßen die Barrikaden beseitigt. Wo sich ein Barrikadenkämpfer sehen ließ, wurde er mit Triumphgeschrei begrüßt, denn er und seine Mitstreiter waren es ja gewesen, die den Sieg erfochten hatten. Die Leichen der Gefallenen

*) Es ist später über die verhängnisvolle Zurückziehung der Truppen viel geschrieben und gestritten worden. Besonders wurde behauptet, der Minister von Bodelschwingh, der den Befehl zur Zurückziehung an die Offiziere überbrachte, habe eigenmächtig gehandelt. Diese Ansicht vertreten auch die kürzlich erschienenen „Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold von Gerlachs“, Berlin 1891. Aehnliche Angaben machte vor einiger Zeit Fürst Bismarck. Die Nachkommen des Ministers von Bodelschwingh widersprachen dem, und auch aus den ausführlichen Darlegungen der Situation in dem großen Werke von Adolf Streckfuß „500 Jahre Berliner Geschichte“ geht hervor, daß v. Bodelschwingh den Befehl des Königs nicht willkürlich erweiterte.

aber, die fast alle die Nacht über im Freien liegen geblieben waren, wurden auf Bahren gelegt und durch die Straßen getragen.

Da ertönte plötzlich der Ruf „Nach dem Schlosse!", und sofort wendeten sich verschiedene Leichenzüge dorthin.

Auf dem Schloßplatze sowohl, wie in den Höfen des Schlosses, war es mittlerweile schon wieder sehr lebhaft geworden. Große Menschenmassen drängten sich und besprachen, daß die Gefangenen der vergangenen Nacht frei zu geben seien und die Volksbewaffnung gewährt werden müsse. In diese erregte Menge traten jetzt die Züge mit den Leichen der Gefallenen, und nun spielte sich sehr bald eine entsetzliche Scene ab. Es erschien ein Zug mit vier Leichen, die grauenhaft verstümmelt und deren Wunden noch obendrein entblößt waren. Die Bahren hatte man mit Grün und Blumen besteckt. Der Anblick versetzte die Menge in wilde Wut, und als die Bahren den Schloßhof passierten, schrie alles nach dem König. Vergebens suchten die Grafen Arnim und Schwerin das Volk zu beruhigen — endlich trat der König, die Königin am Arm, auf den Balkon hinaus. Als er die blutigen, entstellten Leichen sah, so berichtet Streckfuß, zeigte er sich schmerzlich bewegt, die Königin bebte erschreckt vor dem entsetzlichen Anblick zurück.

Da erschallt aus der Menge der Ruf: „Hut ab!" Der König zuckt beleidigt zusammen, aber er entblößt das Haupt und versucht zur Menge zu sprechen. Allein der Lärm ist zu groß, er tritt grüßend zurück, tief erschüttert, tief erschöpft. Die Leichen werden fortgetragen, und das Volk stimmt den Choral „Jesus, meine Zuversicht" an.

Es wird nun auch die Bürgerbewaffnung gewährt, die Gefangenen der vergangenen Nacht werden freigegeben — der Regierung sind alle Zügel entglitten. Der

einzige aber, der noch ein klares Auge für die Situation besitzt, der Prinz von Preußen, wird, weil ihn das Volk seines energischen Auftretens wegen haßt, gezwungen, Berlin zu verlassen. Er geht nach England.

Die ganze Stadt schwebt jetzt in der größten Gefahr, alle Behörden haben ihre Thätigkeit eingestellt; doch kommt es zu keinen nennenswerten Ausschreitungen; der Kulminationspunkt der Erregung ist überschritten. Wohl braust noch einmal eine Freudenwelle auf, als der König am 21. März, geschmückt mit der schwarz-rot-goldenen Armbinde und umweht von schwarz-rot-goldenen Fahnen, einen seltsamen Ritt durch die Straßen unternimmt und dann eine Proklamation erläßt, in der er verkündet, daß er sich und sein Volk unter das ehrwürdige Banner des deutschen Reiches gestellt, und daß Preußen fortan in Deutschland aufgehe; auch der Schmerz durchwühlt noch einmal die Herzen, als am 23. März in 183 Särgen die Gefallenen feierlich bestattet werden; dann aber glätten sich die stürmischen Wogen mehr und mehr. Die Kraft des Königs ist jedoch für immer gebrochen; die tiefe Wunde, die ihm die Revolution geschlagen, schmerzt ihn fort und fort, sein ganzes ferneres Leben hindurch. Alle seine Ideale liegen zertrümmert. Ueber seinen genialen Geist legt sich ein Schleier, der in wenigen Jahren dichter und dichter wird. —

Im übrigen Deutschland hatte man die Vorgänge in Berlin mit lebhafter Anteilnahme und großer Sorge beobachtet. Das Blutbad des 18. März hatte mit Entsetzen erfüllt, noch weit größere Aufregung hatte aber die Nachricht von der Zurückziehung der Truppen und der großen Schwäche hervorgerufen, die Friedrich Wilhelm IV. nun fortwährend zeigte. Man empfand, berichtet K. Klüpfel, die Proklamation des Königs vom 21. März, in welcher sich dieser nunmehr zum Führer Deutschlands aufwarf, als eine

Anmaßung. Man sagte, ein Herrscher, der in der Stunde der Gefahr so den Kopf verliert, hat nicht das Recht, jetzt nach der Rolle eines Erretters aus äußerer und innerer Gefahr zu greifen. Auch an den deutschen Höfen, wo man anfangs vielleicht nicht abgeneigt gewesen war, dem Könige von Preußen für die Zeit der Bewegung und Gefahr die Leitung der deutschen Angelegenheiten zu überlassen, war das Vertrauen, daß man an Friedrich Wilhelm IV. einen sichern Halt finden werde, sehr geschwächt. Selbst in denjenigen Kreisen, in denen das Dogma, daß Preußen die oberste Leitung der deutschen Dinge in die Hand nehmen müsse, durchaus feststand, zweifelte man, daß die Verwirklichung dieses Wunsches schon in absehbarer Zeit eintreten könne. Man fand es zum mindesten unklug, daß jetzt, nachdem das Volk und seine Vertretung die Beratung über die künftige Gestaltung Deutschlands in die Hand genommen, der König von Preußen sich als Führer vordränge. Die Rolle, die er anspreche, wolle gehandelt und nicht gesprochen sein. Und die einflußreiche „Deutsche Zeitung", die Gervinus in Heidelberg herausgab, sprach in einem Leitartikel sogar die Befürchtung aus, daß durch die Vorgänge vom 18. bis 21. März die Hoffnung auf das Verhältnis Preußens zu Deutschland so gut wie zerstört worden sei.

Eine verhängnisvolle Wendung war also in Deutschland eingetreten, die auch auf die Beratungen, welche nun in Frankfurt am Main am 30. März begannen, den größten Einfluß ausüben sollten. Da das Vertrauen zu Preußen erschüttert worden war, hielt es jetzt außerordentlich schwer, das bestimmte Ziel allen klar vor die Augen zu rücken. Die Bestrebungen erhielten vielfach einen unbestimmten, verschwommenen Charakter. Der große Zug der Bewegung wurde schwer beeinträchtigt.

Es hatten sich auf den Ruf des Heidelberger Siebener-Ausschusses etwa 500 bis 600 Männer in Frankfurt eingefunden. Die meisten, 141, waren aus Preußen gekommen; Oesterreich war zunächst so gut wie gar nicht vertreten. Schon bei den ersten Beratungen dieser Versammlung — man nannte sie das Vorparlament — zeigten sich große Meinungsverschiedenheiten; von den Badensern Hecker und Struve wurde sogar die Einrichtung einer Föderativ-Republik verlangt, doch billigte die weitaus größte Mehrzahl den Programm-Entwurf, welchen Max von Gagern vorlegte, und der auch bereits die Zustimmung verschiedener Regierungen und der Bundesversammlung erhalten hatte. Es wurde in diesem Programm vorgeschlagen: die Ernennung eines Bundesoberhauptes mit verantwortlichen Ministern, die Errichtung eines Senates der Einzelstaaten, d. h. eines Fürstenhauses, die Errichtung eines Volkshauses, die Herstellung eines einheitlichen Heerwesens, einheitlicher Münze, einheitlicher Civil- und Strafgesetzgebung und endlich die Berufung einer konstituierenden Nationalversammlung, welche von seiten des Bundestages erfolgen sollte.

Nachdem sich die Versammlung über diesen Programm-Entwurf verständigt hatte, wählte sie einen Ausschuß von 50 Mitgliedern und schloß dann am 4. April die Sitzungen. Jeder eilte jetzt in die Heimat, um dort die bereits ausgeschriebenen Wahlen zum Parlamente zu betreiben. Hecker und Struve jedoch suchten ihre republikanischen Ideen zu verwirklichen; sie entfachten im südlichen Baden einen Aufstand und proklamierten in Konstanz die Republik. Darauf marschierten aber bayerische, württembergische und hessen-darmstädtische Truppen ein, die am 19. April bei dem Städtchen Kandern und am 27. April bei dem Dorfe Dossenbach die Aufständischen mit leichter Mühe schlugen und auseinandersprengten.

Unterdessen vollzogen sich im übrigen Deutschland die Wahlen zur Nationalversammlung. Wie tief das gesamte Volk von dem Wunsche, Deutschland zu einem Einheitsstaate umzugestalten, ergriffen war, zeigte sich dabei überall. Mit Eifer und Begeisterung wurde allerwärts gewählt, nur in dem tschechischen Böhmen und in einigen Strichen Mährens erhob sich das Volk nicht aus seiner Dumpfheit. Doch konnte die Eröffnung des Parlaments nicht schon am 1. Mai, wie ursprünglich bestimmt war, sondern erst am 18. in Frankfurt a. M. stattfinden. Die Abgeordneten versammelten sich an diesem Tage nachmittags 3 Uhr im Römer und begaben sich dann unter dem Geläute aller Glocken und unter Kanonendonner in festlichem Zuge zur Paulskirche, die in einen Sitzungssaal umgeschaffen worden war. Zunächst waren nur 320 Abgeordnete anwesend, bald stieg aber die Zahl auf 400, die Gesamtzahl betrug 586. Ueberall hatte man sich bestrebt, Männer zu wählen, die zu den Zierden des deutschen Volkes gehörten, so Ernst Moritz Arndt, Ludwig Uhland, Jahn, Jakob Grimm, Dahlmann, Anastasius Grün, Gervinus, Raumer, Droysen, Rob. Mohl, Karl Welcker, Duncker, Stenzel, Waitz und andere. Dadurch war es aber auch gekommen, daß nun die Versammlung zum großen Teil aus Gelehrten und Schriftstellern bestand, die Männer des praktischen Lebens dagegen nur wenig vertreten waren. Es mußte dies um so mehr bedauert werden, als die Aufgaben, welche das Parlament nun lösen sollte, sehr schwere waren. Zudem hatte der Fünfziger-Ausschuß, der den Uebergang vom Vorparlament zur eigentlichen Nationalversammlung erleichtern und dieser die Wege ebnen sollte, nur Schwierigkeiten geschaffen. Der Ausschuß hatte sich als eine Art provisorischer Regierung Deutschlands gebärdet und sich mit Dingen, wie z. B. mit der Frage einer etwaigen Wiederherstellung Polens, be-

faßt, von denen er sich hätte durchaus fern halten sollen. Dagegen hatte es der Ausschuß versäumt, eine Vertretung des Bundestages in der Nationalversammlung herbeizuführen. Die 17 Vertrauensmänner des Bundestages waren mit entsprechenden Vorschlägen an den Ausschuß herangetreten, allein dieser hatte in unbegreiflicher Kurzsichtigkeit solche „Beeinträchtigung der Volkssouveränität" zurückgewiesen. Infolgedessen fehlte nun der Nationalversammlung die direkte Verbindung mit den Regierungen, was sich für die Zukunft als sehr bedauerlich erweisen sollte.

Doch ging die Nationalversammlung rasch und hochgestimmt an die Arbeit. Schon am 19. Mai wählte sie ihren Präsidenten, und zwar in Heinrich von Gagern. Dieser hessische Politiker verfügte über glänzende Geistesgaben und über reiche Erfahrungen im politischen Leben, dazu besaß er eine imponierende Gestalt und eine klangvolle Stimme. In der Leitung der Verhandlungen erwies er sich bald als ein sehr geschickter Mann. Gleich in seiner Antrittsrede suchte er die Stellung, welche die Nationalversammlung einzunehmen und zu vertreten habe, zu bezeichnen. Als oberste Pflicht stellte er die Schaffung einer Verfassung hin, und dabei betonte er, daß die Einzelstaaten und die Regierungen sich dieser Verfassung unterordnen müßten. Wie so viele damals, so vergaß aber auch er, daß eine solche Unterordnung sich ohne Macht und Druck nicht so ohne weiteres vollziehen werde. Die bloße Begeisterung für das neue Deutschland reichte denn doch dazu nicht aus.

Bevor man jedoch an den schwierigen Aufbau einer Verfassung herantrat, hielt man es für nötig, eine „provisorische Centralgewalt" zu schaffen. Zwar bestand ja bereits in der Bundesversammlung eine Vertretung der öffentlichen Gewalt in Deutschland, und mehrere Klarsichtige, wie

Gervinus, Mathy und Bassermann, rieten, diese alte Behörde bestehen zu lassen, ganz besonders deshalb, weil durch sie eine Verbindung mit den deutschen Regierungen erhalten bliebe; allein die weitaus größte Mehrzahl der Abgeordneten hegte einen unbesiegbaren Widerwillen gegen die Bundesversammlung, die sich in den zwanziger und dreißiger Jahren so verhaßt gemacht hatte, und verlangte eine neue Centralgewalt.

Die Nationalversammlung hatte nun also zum ersten Male schöpferisch aufzutreten, und da zeigte es sich denn sofort, wie wenig politisch geschult sie war, und was für eine Unmasse von Meinungen und Ansichten zur Geltung zu kommen suchte. Als am 19. Juni die Angelegenheit zur Verhandlung gestellt wurde, meldeten sich sofort 121 Redner; später stieg die Zahl der Meldungen sogar bis auf 189. Es wurden schier endlose Reden über monarchische und republikanische Regierungsformen gehalten, bis in die kleinsten Einzelheiten verirrte man sich, und dabei ließ man die Wogen der patriotischen Begeisterung hoch emporschlagen; nur den mißlichen Punkt, wie man denn neben der „Centralgewalt" der Nationalversammlung auch die durchaus nötige Macht verschaffen könne, blieb unerörtert.

Mit Schrecken sah Gagern die Redeflut immer mehr anschwellen — sechs Tage waren schon vergangen, und noch immer zeigte sich kein Ergebnis. Da ergriff er selbst das Wort, warf energisch die lange erörterte Frage: wer soll die Centralgewalt schaffen? über den Haufen und rief: „Ich thue einen kühnen Griff, und ich sage Ihnen, wir müssen die provisorische Centralgewalt selbst schaffen!" Dann beseitigte er die Hinneigung zu einem „dreiheitlichen Direktorium" und sprach sich für einen Reichsverweser aus. Zugleich deutete er auf den Erzherzog Johann hin.

Dahlmann warnte vor diesem „kühnen Griff", er werde ein Mißgriff sein, allein die Versammlung war froh, endlich einmal zu einem Ergebnis kommen zu können, und wählte am 29. Juni den Erzherzog Johann von Oesterreich mit 436 gegen 110 Stimmen zum unverantwortlichen Reichsverweser. Der Erzherzog nahm auch sofort an und zog bereits am 11. Juli unter Glockengeläute, Kanonendonner und Jubel der Bevölkerung in Frankfurt ein.

Dennoch war, wie Dahlmann sehr richtig gesagt hatte, die Wahl ein Mißgriff, der verhängnisvoll werden sollte für die ganze weitere Entwickelung der eingeleiteten Bewegung. Der Erzherzog hatte sich seit vielen Jahren in das Privatleben zurückgezogen. In seiner Jugend war er zwar erfolgreich Soldat gewesen, dann aber hatte er sich in Steiermark der Landwirtschaft gewidmet und die hübsche Tochter eines steirischen Posthalters geheiratet. Das und auch sein freundliches Wesen hatten ihn sehr populär gemacht. Für die schwierige Stelle eines Reichsverwesers besaß er weder die staatsmännische Bildung, noch die nötige Begeisterung für die nationale Idee. Dagegen trat mit seiner Person jetzt das österreichische Element in den Vordergrund, was für die weitere staatliche Entwicklung Deutschlands nur hinderlich sein mußte.

Die ersten Amtshandlungen des Erzherzogs Johann förderten allerdings zunächst die deutschen Angelegenheiten wesentlich. Der Erzherzog löste sofort den Bundestag auf, wobei er die verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen der Versammlung auf die provisorische Centralgewalt übertragen ließ, und bildete dann ein Ministerium. Seinen Landsmann, den früheren österreichischen Bundestagsgesandten von Schmerling ernannte er zum Minister des Innern, den Hamburger Advokaten Heckscher zum Justiz-

minister, den preußischen General von Peucker zum Kriegsminister und den rheinischen Fabrikanten Beckerath zum Finanzminister — aber es war weder ein Heer, noch ein Staatsschatz vorhanden, und als der Reichskriegsminister befahl, daß die Truppen der deutschen Staaten am 6. August eine festliche Parade abhalten und dem Reichsverweser huldigen sollten, da zeigte es sich auch, daß das ganze schöne Ministerium nur wenig Macht hatte. In den kleineren Staaten fand diese Huldigung zwar statt, aber in den beiden Hauptstaaten, in Oesterreich und Preußen, brachte man Ausflüchte vor und unterließ sie. Und so höhnte denn Dingelstedt:

Centralgewalt, Centralgewalt:
Wie mächtig das, wie prächtig schallt!
Zum Unglück aber fehlt ihr halt
Bis jetzt noch Centrum und Gewalt.

Dieser ersten moralischen Niederlage folgte schnell die zweite und stellte das Unvermögen und die Machtlosigkeit der Nationalversammlung in ein noch grelleres Licht. Es handelte sich hierbei um die Lösung der sogenannten *schleswig-holsteinischen Frage*. Die schleswig-holsteinische Angelegenheit beschäftigte die deutsche Nation schon seit mehreren Jahren. Bei dem großen Länderhandel auf dem Wiener Kongreß war ein arger Schnitzer gemacht worden; es war dort Schleswig zu Dänemark geschlagen und Holstein für einen Teil des deutschen Bundes erklärt worden, obgleich beide Länder von Alters her zu einer staatsrechtlichen Einheit verbunden waren. So lange nun der König von Dänemark, dem beide Länder unterstanden, alles bei den alten Verhältnissen ließ, kam das Mißliche der Wiener Bestimmungen nicht weiter zum Ausdruck, allein seit 1846 regte sich in Dänemark das Bestreben, einen fester gefügten Gesamtstaat zu schaffen und auch in allen Teilen des Gesamtstaates dänisches Recht und dänische

Sprache einzuführen. Denn in absehbarer Zeit starb das Holstein-Gottorpische Regentenhaus, das über Dänemark herrschte, aus, und nach altem Erbrecht mußte dann Schleswig-Holstein dem Herzog Friedrich von Augustenburg zufallen, was aber vermieden werden sollte. Infolgedessen wendete sich Holstein um Hilfe an den deutschen Bund, und Schleswig, das nicht etwa von Holstein getrennt werden wollte, bat, ebenfalls in den deutschen Bund aufgenommen zu werden. Darauf machte man in Kopenhagen Miene, die Herzogtümer vollständig in Dänemark einzuverleiben, was aber nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern auch in ganz Deutschland große Aufregung hervorrief.

Schleswig-Holstein, stammverwandt,
Wanke nicht, mein Vaterland!

sang man in Nord und Süd. Natürlich spitzten sich nun die Gegensätze immer schärfer zu; die dänische Regierung wollte eine Gesamtstaatsverfassung mit Gewalt einführen, worauf die deutsche Partei der Herzogtümer am 24. März 1848 mit der Einsetzung einer provisorischen Regierung antwortete, zu der sich auch das Militär bekannte. Nun marschierten die Dänen in Schleswig ein, und es kam am 9. April bei Bau zu einer blutigen Schlacht, in der die Schleswig-Holsteiner unterlagen. Da ging ein Schrei des Entsetzens durch ganz Deutschland; es bildete sich ein Freicorps, das unter der Führung des Majors von der Tann den bedrängten Brüdern zu Hilfe eilte, und der Bundestag übertrug Preußen, die deutschen Rechte mit den Waffen zu schützen. Hierauf rückte der General Wrangel mit größerer Heeresmacht in Schlewig-Holstein ein und schlug die Dänen allerwärts; dafür erklärten aber die Dänen den langen deutschen Küstenstrich der Ostsee in Blockadezustand und schädigten den deutschen Handel in der empfindlichsten Weise.

Da Preußen kein einziges Kriegsschiff besaß, war es nach dieser Seite hin vollständig wehrlos. Das berührte den König Friedrich Wilhelm IV. sehr unangenehm; er meinte, der Krieg sei der ungleiche Kampf einer Dogge mit einem Fisch, und als nun England, vor allem aber Kaiser Nikolaus von Rußland, dem die „Rebellion" der Herzogtümer sehr unsympatisch war, gegen eine weitere Schwächung Dänemarks protestierte, so gab der König dem General Wrangel den Befehl zum Rückzug aus Jütland. Nun aber befahl der Reichsverweser am 1. August, daß 36 000 Mann süddeutscher Truppen nach dem Norden aufbrechen sollten, was allgemeinen Beifall fand. Allein Friedrich Wilhelm IV. kümmerte sich um diese patriotischen Wallungen nicht weiter, sondern schloß unter Vermittlung Schwedens am 26. August zu Malmoe einen Waffenstillstand auf sieben Monate, worauf der Blockadezustand aufgehoben wurde und die preußischen Truppen die Herzogtümer räumten. Die 40 Millionen Deutsche wichen dem kleinen Inselvolke! In ganz Deutschland empfand man diese Schwäche als eine Schmach, und die Nationalversammlung verweigerte entrüstet am 5. September die Zustimmung zu diesem Vertrage. Doch was sollte sie nun thun? Ohne Preußen konnte der Krieg nicht so ohne weiteres weitergeführt werden, zudem erschien ein Bruch mit Preußen äußerst bedenklich. Die Nationalversammlung überkam auf einmal das ganze Gefühl ihrer Ohnmacht — sie bequemte sich am 16. September, dem Waffenstillstande zuzustimmen, und es drängte sich ihr außerdem noch die Ueberzeugung auf, daß ohne Preußen in der ganzen deutschen Sache nichts zu machen sei.

Jedenfalls war dieser Beschluß unter den obwaltenden kläglichen Verhältnissen das einzig Richtige, aber draußen im Volke konnte man das nicht einsehen, dort war man, be-

sonders in Frankfurt, aufgehetzt durch die demokratisch-revolutionäre Partei der Hecker und Struve, überhaupt schon seit Monaten nicht mehr mit der Entwicklung der Dinge zufrieden; jetzt erhitzte man sich in Volksversammlungen rasch noch mehr und faßte sogar den wahnwitzigen Beschluß, die Nationalversammlung zu sprengen, um dann die Republik zu proklamieren. Am Vormittag des 18. September rotteten sich in Frankfurt Pöbelhaufen zusammen, es entspannen sich Straßenkämpfe mit dem vom Frankfurter Senat requirierten Militär, und zugleich erhoben sich Barrikaden. Nun wurden auch Truppen aus Mainz und Darmstadt herbeigerufen, die die Barrikaden bald zusammenschossen und die Ordnung wieder herstellten. Leider sollten bei diesem Krawall auch zwei Mitglieder der Nationalversammlung, der Fürst Felix Lichnowsky und der General von Auerswald, ihr Leben verlieren. Sie waren so unvorsichtig gewesen, den heranrückenden Truppen auf der Friedberger Chaussee entgegenzureiten, und wurden nun dort von einem Haufen Aufständischer, in den sie gerieten, schändlich hingemordet.

Die Nationalversammlung war jetzt allerdings gerettet, trotzdem wurde ihre Situation beständig mißlicher, besonders auch durch den Verlauf, den die Dinge in Oesterreich nahmen, und bei dem das Interesse für die deutschen Angelegenheiten fast ganz vor demjenigen für die österreichischen und ungarischen zusammenschrumpfte.

Auf den Jubel im März folgte in Oesterreich alsbald bei der außerordentlichen Unreife, in der Volk und Regierung den neuen Zeitbestrebungen gegenüberstanden, ein heilloser Wirrwarr. Führer von staatsmännischer Begabung waren weder auf der einen, noch auf der andern Seite vorhanden; im Volke hatten unwissende Schreier das große Wort, in den Regierungskreisen gab es nur Ratlose. Am rat-

losesten war wohl der gute Kaiser Ferdinand. Er that, was er nur konnte, um das Volk zufrieden zu stellen. Zunächst ließ er es sich angelegen sein, ihm eine Verfassung zu geben, denn nach der Verfassung schrie ja sogar jeder Schulbube. Allein woher eine Verfassung nehmen; man mußte doch erst eine haben, wenn man eine geben wollte. Die Not war groß, und in der Verlegenheit ließ man sich die von Belgien schicken. Sie war zwar von 1831 und paßte eigentlich nur auf belgische Verhältnisse — aber in der Not! Man übersetzte also die belgische Verfassung schnell ins Oesterreichische und gewährte nun mit ihr alles, was gewünscht wurde: Glaubens-, Gewissens- und persönliche Freiheit, einen Reichstag, Ministerverantwortlichkeit und noch vieles mehr. Bereits am 25. April konnte diese Verfassung proklamiert werden. Allein die Volksmänner waren mit ihr keineswegs zufrieden; auch noch manches andere war nicht nach ihrem Sinn, so z. B. daß der Kriegsminister Zanini seine Entlassung genommen und der Graf Latour zum Kriegsminister ernannt worden war. Ja, es mußte noch vieles anders werden! Zu diesem Zwecke wurden zunächst verschiedene Katzenmusiken gebracht, dem Erzbischof, dem Ministerpräsidenten Ficquelmont, und schließlich bildete sich am 13. Mai ein „politisches Centralkomite", das nun endlich einmal Recht und Ordnung in ganz Oesterreich herstellen wollte! Und dieses „Centralkomite" erzwingt sogar vom Ministerium die Anerkennung und endlich auch eine Aenderung des Wahlgesetzes, die Beseitigung des Senates, und der Kaiser Ferdinand giebt zu allem seine Zustimmung. Nun aber wird dem guten Kaiser der Skandal denn doch zu arg; ganz heimlich, selbst ohne Vorwissen der Minister, fährt er am 17. Mai nach der guten Stadt Innsbruck, wo er mit lauter Freude empfangen wird.

Als die Flucht des Kaisers bekannt wurde, bemächtigte sich aller eine große Bestürzung. Alle Zeitungen brachten Lobreden auf den Monarchen und erklärten, das „Centralkomite" habe den guten Kaiser aus der Stadt getrieben. Es mußte sich auflösen. Zugleich kam ein neues Ministerium, von dem man etwas mehr Geschick erwartete, und nun ereiferte man sich wieder nach einer anderen Seite hin; man strebte der Eröffnung des konstituierenden Reichstages zu, die dann auch schließlich am 22. Juli erfolgen konnte. Es war zwar eine höchst wunderliche Gesellschaft, die diesen Reichstag bildete, da viele der Abgeordneten gar kein Deutsch verstanden, noch viel weniger eine Ahnung von dem hatten, was sie sollten; aber ganz Wien hatte zu dem hohen Hause das größte Vertrauen, jetzt mußte Friede und Freiheit in Hütte und Palast einkehren, und daher kam auch Kaiser Ferdinand am 12. August nach Wien zurück.

Nun aber brach ein blutiger Revolutionskrieg in Ungarn aus (der hier nicht weiter verfolgt werden kann) und zog auch Oesterreich mit in seine Strudel. Der Kriegsminister Latour wollte den ungarischen Aufstand mit österreichischen Truppen bekämpfen, allein die Wiener Volksführer und ihr Anhang sympathisierten mit den Magyaren, die immer „Verfechter der Freiheit" gewesen, während die Soldaten sich sehr abgeneigt zeigten, nach Ungarn zu gehen. Als am 6. Oktober ein Grenadierbataillon mit der Eisenbahn nach Ungarn geschickt werden sollte, kam es zu einer offenen Meuterei; der General Bredy, welcher mit Gewalt vorgehen wollte, wurde erschossen, darauf entwickelte sich ein vollständiger Aufruhr, die Sturmglocken wurden gezogen, und johlend kam das Volk mit den Soldaten zur Stadt zurück. Hier wandte sich nun die allgemeine Wut gegen den Kriegsminister Latour. Die Menge zog vor das Hofkriegsratsgebäude, drang in dasselbe ein und forderte von dem Kriegs-

minister Rechenschaft. Und als Latour erschien, fiel das rohe Gesindel über ihn her und stieß ihn nieder; dann schleppte es ihn zum nächsten Laternenpfahl und hing dort die aus vielen Wunden blutende Leiche auf. Hierauf wälzte sich die Menge zum Zeughause beim Schottenthor, schoß es in Brand und raubte es aus.

Diese Gewaltthaten erschreckten den Kaiser Ferdinand so, daß er noch in derselben Nacht mit dem ganzen Hofe von Schönbrunn nach Olmütz flüchtete. Zugleich verließen Tausende der besseren Familien die Stadt Wien, wo nun die vollständige Anarchie zum Ausbruch kam. Ein ganz unfähiger Mann, Wenzel Messenhauser, übernahm das Kommando über die „Nationalgarde", und ein Dutzend kleiner Tyrannen griff nach den Zügeln der Regierung.

Unterdessen übertrug der Kaiser dem energischen Fürsten Windischgrätz den Oberbefehl über sämtliche österreichische Truppen, und dieser zog nun mit starker Heeresmacht von Norden aus gegen die Hauptstadt; in der Nähe derselben harrten Graf Auersperg, der bisherige Kommandant von Wien, und Ban Jellachich mit größeren Heeresmassen, um sich dem Fürsten Windischgrätz anzuschließen.

Jetzt schauten sich auch die Gewaltigen von Wien nach Verstärkung um; sie blickten nach Ungarn, und der ungarische Reichstag sandte ihnen eine Adresse, in der er in tönenden Worten den Heldenmut Wiens feierte; sie blickten nach der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt, allein die Mehrheit des Parlaments erklärte sich gegen diesen grauenvollen und sinnlosen Aufstand, und nur die demokratische Linke sandte zwei Abgeordnete, Julius Fröbel und Robert Blum, nach Wien, um dem Centralkomite ihre Bewunderung auszudrücken.

Mittlerweile schloß sich der militärische Ring, welchen

der Fürst Windischgrätz mit großer Umständlichkeit um Wien gelegt hatte, immer fester zusammen. Am 20. Oktober verhängte der Fürst den Belagerungszustand und das Standrecht über Wien, am 26. Oktober ging er zum Angriff über, nahm nach und nach die Vorstädte und am 31. Oktober die innere Stadt. Dann ließ er die Thore schließen, die ganze Stadt durchsuchen und gegen tausend Personen verhaften, auch Fröbel und Blum. Darauf begann ein scharfes Gericht; 120 Personen wurden mit Kerkerstrafen belegt und 24, unter denen sich auch Fröbel und Blum befanden, zum Tode verurteilt. Fröbel gelang es aber noch, den Feldmarschall umzustimmen, indem er sich auf eine Schrift berief, die er zu gunsten Oesterreichs verfaßt habe, Blum dagegen ward am 9. November, ohne daß der Nationalversammlung auch nur eine Anzeige gemacht wurde, in der Brigittenau erschossen. Da er das Haupt der sächsischen Demokraten gewesen war und sich durch seine feurige Beredtsamkeit unter seinen Anhängern einer großen Beliebtheit erfreut hatte, so erregte seine Erschießung in weiten Kreisen eine große Entrüstung. In Liedern und Broschüren wurde er noch lange als der vornehmste Märtyrer der Revolution gefeiert.

Dieser sinnlose Aufstand zog verschiedene sehr weitgehende Folgen nach sich. An die Spitze der Regierung trat Fürst Felix Schwarzenberg, ein hochkonservativer Herr, der mit allen Mitteln, die ihn zum Ziele führen konnten, ganz Oesterreich fest zusammenzufassen und eine kräftige Centralgewalt herauszubilden suchte. Und die Kaiserkrone, die dem Kaiser Ferdinand bisher nichts als Sorge und Enttäuschung gebracht hatte, ging am 2. Dezember auf dessen Neffen, den 18jährigen Franz Joseph I., über.

Bei dieser vollständigen Neugestaltung der Verhältnisse schwand dann auch in den österreichischen Hof- und Regierungs-

kreisen schnell alle Sympathie für die deutsche Bewegung. Sie war — so meinte man — im grunde an all den Unruhen schuld; zudem hatte die Nationalversammlung bei ihren Beratungen über die deutsche Verfassung einen Beschluß gefaßt, dem gegenüber man gerade jetzt in Wien eine vollständig ablehnende Haltung glaubte einnehmen zu müssen. Dieser Beschluß lautete: „Kein Teil des deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein. Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältnis zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen." Die österreichische Regierung war aber nicht im geringsten gesonnen, der deutschen Einheitsbestrebungen wegen das Kaiserreich in seine nationalen Bestandteile aufzulösen, hatte sie doch eben erst den großen Vorteil eines fest zusammengeschweißten Gesamtheeres kennen gelernt.

Das erkannten auch sehr bald die scharfsichtigeren Mitglieder der Nationalversammlung, und Dahlmann erklärte daher ganz offen, daß, wenn Oesterreich in seiner weltgeschichtlichen Bedeutung als ein Ganzes zusammenbleibe, Deutschland dann auf den Eintritt Oesterreichs in den Bundesstaat verzichten müsse.

Unter diesen Umständen richteten sich die Augen der Nationalversammlung wieder nach Preußen. Hier war seit den schlimmen Märztagen von allen Seiten her mehr und mehr das Bestreben zu Tage getreten, feste Formen zu finden, in denen sich ein gesundes Staatsleben entwickeln könne. Zunächst kam es aber leider nur zu allerlei Experimenten, und welche Grundsätze dann den Sieg davontragen würden, ließ sich lange Zeit hindurch noch nicht sagen. Um die neue Konstitution zu beraten, ward eine preußische Nationalversammlung einberufen, der von der Regierung ein Ver-

fassungsentwurf vorgelegt wurde. Allein die Versammlung erklärte den Entwurf für vollständig ungenügend und suchte etwas Neues zu schaffen; darauf begann sie lange Beratungen, die um so unfruchtbarer waren, als sich unter den Abgeordneten außer Benedikt Leo Waldeck kein einziger bedeutender Politiker befand. Hierbei entwickelten sich allerlei Konflikte mit den Ministern, die wiederholt gewechselt werden mußten, und da bei der unsichern politischen Lage auch Handel und Verkehr stockten, so kam es auch zu Arbeitertumulten, und bei einem dieser Aufläufe sogar einmal (am 15. Juni) zu einem Sturm auf das Zeughaus, der sich jedoch nur als ein grober Unfug charakterisierte.

Der staatliche Ausbau rückte denn auch nicht in der Weise, wie man gehofft hatte, vorwärts, und infolgedessen kräftigte sich mehr und mehr eine Partei, die bisher grollend im Winkel gestanden hatte, nun aber den liberalen Bestrebungen immer offener entgegentrat. Es war dies die „kleine aber mächtige Partei" des feudalen Junkertums. Ihre Hauptvertreter befanden sich in der unmittelbaren Nähe des Königs; es waren der General Leopold von Gerlach, Generaladjutant von Rauch, Hausminister von Massow, Hofmarschall Graf Koller, Stahl, Kleist-Retzow, zu denen von auswärts her noch sehr oft Ludwig von Gerlach, Oberlandesgerichtspräsident in Magdeburg, und Heinrich Leo, Professor in Halle, traten. Um nachhaltiger wirken zu können, gründete diese Partei bereits Mitte Juni 1848 ein eigenes Organ, die „Kreuz-Zeitung", und übertrug die Leitung derselben Hermann Wagener, der nun in sehr geschickter Weise, aber auch oft mit höchst verwerflichen Mitteln die Interessen seiner Partei verfocht.

Der König Friedrich Wilhelm IV. wurde von dieser Partei bald mehr und mehr umklammert. Anfangs

wehrte er sich dagegen und suchte Rat bei dem geistreichen Josias von Bunsen, dem er freundschaftlich zugethan war, oder dem General von Radowitz, dessen Denken und Empfinden sich dem seinen näherte, und dann ließ er auch wohl einmal in seiner ungenierten Weise eine kräftig abwehrende Bemerkung fallen. So notiert denn auch Leopold von Gerlach unter dem 19. November 1848 in seinem Tagebuche: „Im Vergleiche mit Radowitz und Bunsen hält der König uns für Rindvieh; ich sagte das Rauch, der meinte, was ihn beträfe, wollte er sich's gefallen lassen." Aber bei seiner Haltlosigkeit und Unentschlossenheit in entscheidenden Momenten erlangten auf die Dauer doch diejenigen den durchschlagenden Einfluß, die bei ihm das letzte Wort hatten, und das waren immer die Gerlach, Rauch, Massow, Stahl ꝛc.

Doch nicht nur den König, auch den Prinzen von Preußen suchte die reaktionäre Partei für sich zu gewinnen. Gerlach schrieb an den Prinzen nach London und bat ihn, „sich mit dem (zur Zeit in Preußen herrschenden) Gouvernement nicht zu besudeln", seine Sache sei noch rein, er möge nicht Ja zu etwas sagen, was Nein sei, nicht etwas beschwören, was er nicht halten könne. Allein darauf zeigte sich der gerade Sinn des Prinzen im glänzendsten Lichte. Umgehend antwortete er klar und bestimmt: „Wie meine Stellung zu diesem neuen Preußen sein wird, ist noch nicht abzusehen, ihm zu widerstreben, ihm meine Dienste nicht zu weihen, scheint unmöglich; unter welchen Bedingungen ich es thun kann, muß die Zeit auch lehren. Wenn die Konstitution, wie die Konstituante gemacht und der König beschränkt ist, wie kann ich da zurückbleiben, wenn ich überhaupt je in das Vaterland zurückkehren will! Es ist eine sonderbare Lage, in der ich mich befinde, aber ich sehe keinen Ausweg, wenn Gott nicht ganz besondere Ereignisse sendet.

Meine Verbannung, wenn man sie so nennen will, trage ich mit allem Mute und aller Kraft, der meines reinen Gewissens. Daß man mich verfolgt als den Träger des alten Preußens und der alten Armee, rechne ich mir zur Ehre an, denn ich kannte und träumte nur ein selbständiges Preußen, eine Großmacht des europäischen Staatensystems, und für das Preußen paßte keine andere Konstitution; für das neue, in Deutschland aufgehende Preußen ist eine Konstitution sogar nötig."

Gerlach und die seinen waren entrüstet, doch der Prinz ging unbekümmert seinen Weg weiter. Auch fürderhin blieb er allen Versuchungen gegenüber der charakterfeste Ehrenmann. Auf seiner Rückreise von London nach Berlin schrieb er in Brüssel unter dem 30. Mai an seinen Bruder, den König, daß er „der Entwicklung der freien Institutionen, zu deren festerer Begründung der König jetzt die Vertreter des Volkes berufen habe, mit Zuversicht und Treue alle seine Kräfte widmen werde," und in Wesel erklärte er am 4. Juni bei seinem Empfange, daß er als erster Unterthan des Königs sich „mit vollem Herzen den neuen Verhältnissen anschließe." Einige Tage später ging er sogar noch weiter und erschien als Abgeordneter von Wirsitz in der preußischen Nationalversammlung. Gerlach geriet außer sich und schrieb unter dem 6. Juni in sein Tagebuch: „Dieses Stadium der Blamage ist nun schon gewiß, welche Dinge sind aber noch möglich!"

Auf die weitere Entwicklung der politischen Verhältnisse hatte jedoch die Haltung des Prinzen von Preußen nur wenig Einfluß; die konservativ-reaktionäre Partei setzte sich immer fester, und die Konflikte mit der preußischen Nationalversammlung mehrten sich. Schließlich mußte auch das letzte liberale Ministerium seine Entlassung nehmen, und nun erschien am 1. November der Graf Brandenburg, der mit

dem Freiherrn von Manteuffel, Generalmajor von Strotha, Ladenberg, Kühne, Kisker und August von der Heydt wieder das erste konservative Ministerium seit den Märztagen bildete. Die Nationalversammlung erhob gegen dasselbe zwar Protest, der aber wirkungslos blieb, dagegen wurde schon am 8. November die Nationalversammlung bis zum 27. vertagt und dabei bestimmt, daß künftig die Versammlung in Brandenburg tagen solle.

Die Nationalversammlung war hierüber des höchsten betroffen; sie machte den Versuch, die Beratungen in Berlin fortzusetzen, beschloß sogar eine Aufforderung an das Volk, dem Ministerium Brandenburg die Steuern zu verweigern — allein General Wrangel hatte Berlin mit ansehnlicher Truppenmacht besetzt, zudem wurde die Bürgerwehr aufgelöst und die Hauptstadt in Belagerungszustand erklärt; es blieb den Abgeordneten daher nichts anderes übrig, als nach Brandenburg zu gehen, wo nun aber am 5. Dezember die Versammlung durch königlichen Erlaß aufgelöst wurde. Der vollständige „Bruch mit der Revolution" war damit vollzogen.

Aber so alles über Bord zu werfen, getraute sich das Ministerium Brandenburg denn doch nicht, es schien ihm das ein allzu gewagtes Spiel zu sein. Besonders glaubte es im Interesse der allgemeinen Beruhigung dem Lande eine Verfassung geben zu müssen, und bewog den König, eine solche zu verleihen. Diese „octroyierte Verfassung" entsprach ungefähr dem Entwurfe, welchen die Verfassungskommission der preußischen Nationalversammlung ausgearbeitet hatte. Eine Revision auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung war vorbehalten.

Das Aktenstück wurde gleichzeitig mit dem Erlaß, betreffend die Auflösung der Nationalversammlung, veröffentlicht.

Es hatte dem Ministerium aber außerordentliche Mühe gekostet, vom Könige die Zustimmung zu diesem Schritte zu erlangen. Zunächst war er, wie Leopold von Gerlach in seinen „Denkwürdigkeiten" ausführlich erzählt, des höchsten über die Ansichten Brandenburgs entrüstet gewesen. Er könne sich nicht entschließen, hatte er zu seiner Umgebung gesagt, die vollständige Desorganisation des Landes zu vollziehen, und als man ihm die Verfassung zur Unterschrift vorgelegt hatte, war er außer sich geraten und hatte ausgerufen, man möge ihn für einen Pietisten, für einen Hund oder für sonst etwas halten, er halte es aber seiner Verantwortlichkeit gegen Gott entgegen, so etwas zu unterschreiben. Schließlich hatte er die Unterschrift aber doch vollzogen. Nun jedoch weigerte er sich, die Verfassung zu beschwören, und die Königin, die großen Einfluß auf ihn auszuüben vermochte, bestärkte ihn in seiner Abneigung. „Wenn der König den Eid leistet," sagte sie zu Gerlach, „so hört er auf, König zu sein, dann ist er Präsident." Schließlich sah sich der König aber denn doch genötigt, den Schwur zu leisten, knüpfte jedoch die Bedingung daran, daß man es ihm möglich machen werde, mit dieser Verfassung zu regieren.

Im ganzen Lande und auch im übrigen Deutschland machte die Verleihung der Verfassung den günstigsten Eindruck, und da die Regierungsblätter meldeten, der König habe sie aus freier Entschließung, freiwillig verliehen, so wuchs dieses Geschenk noch „mit des Gebers Güte", und Friedrich Wilhelm IV. wurde laut gepriesen. Infolgedessen stieg auch in Frankfurt die Hoffnung beständig, daß der König von Preußen der Retter Deutschlands werden würde. Wäre man allerdings besser unterrichtet gewesen, so hätte man sich dieser verhängnisvollen Täuschung nicht hingeben können. Wohl war der König von Preußen zum Kaiser von Deutschland

prädestiniert, die ganze Entwicklung Deutschlands zeigte es, daß der König von Preußen Kaiser des neuen deutschen Reiches werden mußte — aber das Unglück wollte es, daß Friedrich Wilhelm IV. für diese hohe Stelle durchaus ungeeignet war und darum auch gar nicht davon überzeugt werden konnte, welche Aufgabe ihm das Schicksal zugeteilt hatte.

Schon sehr bald, nachdem die deutsche Frage in Fluß gekommen war, trat die Kaiserfrage an Friedrich Wilhelm IV. heran. Im November 1848 gab es bereits eine heftige Auseinandersetzung zwischen dem Könige und seinem Bruder, dem Prinzen von Preußen, über diese Angelegenheit. „Der Prinz behauptete," schreibt Gerlach, „wenn der König die Kaiserkrone Oesterreich überließe, so würde Preußen mediatisiert, der König sagte das Gegenteil und wies darauf hin, daß unter der Kaiserwürde Preußen mit Friedrich II. ein mächtiger Staat gewesen sei, und schloß damit, hier komme es ganz auf persönliche Ueberzeugung an." Und bald stand es bei dem Könige unerschütterlich fest, daß er die Kaiserkrone, falls sie ihm angeboten würde, ablehnen werde. Am 19. Januar 1849 schrieb er an den Grafen Brandenburg: „Alle politisch Unweisen wollen Preußens Erhebung über Deutschland durch Paciscieren mit der Revolution. Gagern setzt alles daran, dies sein Schoßkind, das ersaufen will, über Wasser zu halten. Das soll Preußen thun, und sein König muß freiwillig oder unfreiwillig denselben Weg geschleppt werden. Das thut er nicht."

Leider blieben diese Anschauungen dem Parlamente in Frankfurt verborgen. Dasselbe ging daher nach wie vor Schritt für Schritt seinem Ziele entgegen. Es erklärte sich zunächst für ein einziges Reichsoberhaupt und stimmte dann am 19. Januar dafür, daß dieses Oberhaupt den Titel

„Kaiser der Deutschen" führen solle. Mittlerweile eröffnete der Großherzog Leopold von Baden der Versammlung, daß er bereit sei, sich einem erblichen Reichsoberhaupte zu unterwerfen, worauf sich ihm in kurzem 27 andere deutsche Fürsten anschlossen. Infolgedessen stimmte das Parlament auch für die Erblichkeit des Kaisertums und nahm dann am 28. März die Kaiserwahl vor. Hierbei stimmten 290 Abgeordnete für Friedrich Wilhelm IV., 248 hatten sich der Wahl enthalten. Da sich unter diesen 248 Abgeordneten ungefähr 100 österreichische befanden, die, weil Oesterreich nunmehr aus dem deutschen Reiche ausgeschieden werden sollte, gar nicht mehr in Betracht kommen konnten, so war das Stimmenverhältnis für den König von Preußen sehr günstig, und die große Mehrzahl der Abgeordneten stimmte laut jubelnd in das Hoch ein, das jetzt der Vorsitzende auf den neuerwählten Kaiser ausbrachte. Bald darauf begannen die Glocken ein festliches Geläute, und ein frohbewegtes Leben entwickelte sich auf den Straßen. Endlich sollte sich Deutschland wieder zu Macht und Ansehen erheben, und ein neuer Geist sollte wieder neue Lebensfreudigkeit bringen!

Aber wie schnell sollte dieser schöne Traum zerrinnen.

Unmittelbar nach der Wahl begab sich eine Deputation der Nationalversammlung, mit dem Präsidenten Simson an der Spitze, nach Berlin, um dem Könige seine Erwählung zum Kaiser der Deutschen amtlich mitzuteilen und ihn um Annahme dieses höchsten Amtes zu bitten. Am 2. April langte die Deputation in Berlin an, und am 3. wurde sie feierlich im Rittersaale des königlichen Schlosses empfangen. Der König erschien, umgeben von den Prinzen des königlichen Hauses, den Ministern und dem Hofstaate.

Kurz vorher waren noch Versuche gemacht worden, ihn

für die Annahme geneigt zu machen; Bunsen war für dieselbe eingetreten, und der Prinz von Preußen hatte ihm mitgeteilt, daß das englische Kabinett und der Prinz-Gemahl Albert durchaus einem Deutschland unter Preußens Führung sympathisch gegenüberständen. Zugleich hatte aber auch der österreichische Hof von Olmütz aus auf den König eingewirkt und ihm nahe gelegt, daß er ein Unrecht an Oesterreich begehe, wenn er dem Wunsche der Nationalversammlung entspreche, und endlich hatte der Zar Nikolaus sehr unzweideutig erklärt, daß der Schwager sich seine allerhöchste Unzufriedenheit zuziehen würde, wenn er sich in derlei Phantastereien einlasse und Oesterreich schädige.

Da war denn nach einigem Schwanken beim Könige die Ansicht bald wieder befestigt, daß er diese Krone „aus den Händen der Revolution" nicht annehme. Doch riet Gerlach angesichts der Stimmung im Volke zur Vorsicht in der Form der Ablehnung und schlug dem Könige sogar vor, seine Bereitwilligkeit zu zeigen, sich an die Spitze zu stellen, so weit es ohne Trennung von Oesterreich möglich sei; mit einer bestimmten Erklärung möge er zurückhalten. Es wurde daher am Morgen des 3. April in einem Ministerrate die vom Könige zu gebende Antwort sorgfältig beraten, und darauf erklärte Friedrich Wilhelm IV. der Deputation, nachdem er für das Vertrauen, das ihm die Nationalversammlung dargebracht, gedankt hatte: „Ich würde aber Ihr Vertrauen nicht rechtfertigen, ich würde dem Sinne des deutschen Volkes nicht entsprechen, ich würde Deutschlands Einheit nicht aufrichten, wollte ich, mit Verletzung heiliger Rechte und meiner früheren ausdrücklichen und feierlichen Versicherungen, ohne das freie Einverständnis der gekrönten Häupter, der Fürsten und freien Städte Deutschlands, eine Entschließung fassen, welche für sie und für die von ihnen regierten deutschen Stämme die

entschiedensten Folgen haben muß. An den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten wird es daher jetzt sein, in gemeinsamer Beratung zu prüfen, ob die Verfassung den Einzelnen wie dem Ganzen frommt, ob die mir zugedachten Rechte mich in den Stand setzen würden, mit starker Hand, wie ein solcher Beruf es von mir fordert, die Geschicke des großen deutschen Vaterlandes zu leiten und die Hoffnungen seiner Völker zu erfüllen."

Die Deputierten empfanden sofort, daß die ganze lange Rede des Königs nur eine Ablehnung bedeutete. Der König stellte sich auf einen ganz anderen Rechtsboden; er drückte die Nationalversammlung, die sich mit der Zustimmung der deutschen Regierungen als souverän angesehen hatte, einfach zu einer beratenden Versammlung herab. Und die Reichskrone wollte er gar nicht von der Nationalversammlung, „aus der Hand der Revolution", sondern aus der Hand der Fürsten, womöglich aus der Hand der ehemaligen Kurfürsten. Das, was die Nationalversammlung ihm anbot, war ihm überhaupt, wie er sich schon einmal gegen Bunsen geäußert hatte, nur ein „imaginärer Reif, aus Dreck und Letten gebacken".

Schmerzlich enttäuscht und tief erschüttert verließ die Deputation den Saal; bei verschiedenen der Deputierten rannen die Thränen über die Wangen. Denn daß nunmehr die deutschen Fürsten dem Könige die Kaiserkrone darbringen würden, war ja nicht zu erwarten, man brauchte sich ja nur der Haltung Oesterreichs, des Königs von Hannover und des Königs von Württemberg zu erinnern.

Wie Triumphatoren, schreibt Rudolph Haym in seiner Geschichte der deutschen Nationalversammlung, waren die Abgesandten ausgezogen, und wie versprengte Flüchtlinge kehrten sie zurück.

Die preußische Regierung ließ unterdessen, um die Episode ordnungsmäßig zum Abschluß zu bringen, den deutschen Regierungen erklären, daß der König bereit sei, an die Spitze eines deutschen Bundesstaates zu treten, aber nur dann, wenn die Vereinbarung ohne jeden Zwang zu stande kommen könne. Das war natürlich nicht der Fall, Oesterreich protestierte gegen eine Unterredung, während Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover gar nicht auf die preußische Note antworteten. Darauf ließ Friedrich Wilhelm IV. am 28. April in Frankfurt seine unbedingte Ablehnung anzeigen. —

Ein heftiger Unwille erfaßte ganz Deutschland, als dieser Bescheid des Königs von Preußen bekannt wurde. „Es ist mit den Fürsten nichts vorwärts zu bringen!“ hieß es. Ein großer Teil von denjenigen, die bisher zur „Kaiserpartei“ gehalten hatten, ging zur demokratisch-radikalen über, die nun mehr und mehr die Oberhand erhielt. Allerwärts entstanden Volksvereine, die unter dem Vorgeben, die Reichsverfassung zur Geltung bringen zu wollen, sich gegen die Regierungen auflehnten und zum Umsturz hindrängten. In der Pfalz bildete sich eine „provisorische Regierung“, und in Dresden, wo der König Friedrich August die Kammer aufgelöst, ein konservatives Ministerium eingesetzt und eine Parade der Bürgerwehr zu Ehren der Reichsverfassung verboten hatte, kam es am 4. Mai zu einem blutigen Aufstande, an dem sich auch der Komponist Richard Wagner beteiligte. Der König floh auf den Königstein, und nur mit Hilfe mehrerer preußischer Bataillone gelang es am 9. Mai, die Revolution niederzuschlagen. Auch in anderen Städten brachen Aufstände aus, besonders im westlichen Deutschland, in Köln, Düsseldorf, Elberfeld, Iserlohn, und in Baden entwickelte sich ein vollständiger Volkskrieg.

Die Nationalversammlung stand diesen Bewegungen machtlos und ratlos gegenüber. Gagern nahm am 10. Mai seine Entlassung, worauf ein Dr. Gräwell an die Spitze des Reichsministeriums trat. Aber auch der vermochte nicht zu helfen. Zudem schwand die Versammlung zusehends dahin. Oesterreich hatte seine Abgeordneten bereits am 5. April abberufen, Preußen forderte jetzt die Rückkehr am 14. Mai, Sachsen am 21. und Hannover am 23. Zugleich trat die ganze erbkaiserliche Partei, neunzig Mitglieder umfassend, aus dem Parlamente aus. Der Rest der ganzen Versammlung, etwas über hundert Mitglieder, fühlte sich aber, da die Revolution von Baden her immer näher kam, in Frankfurt nicht mehr sicher und verlegte anfangs Juni seine Sitzungen nach Stuttgart. Hier tagte dieses sogenannte Rumpfparlament noch einige Zeit unter dem Vorsitze Dr. Wilhelm Löwes im Ständehause, und als ihm dies entzogen wurde, suchte es am 18. Juni noch ein letztes Unterkommen in einem Reithause. Allein Truppen verwehrten ihm den Eintritt, ein Trommelwirbel übertönte den Protest des Präsidenten. Das Parlament konnte nicht mehr zusammentreten.

Alle Hoffnungen auf die Neugestaltung Deutschlands waren dahin, alles Ringen nach dem Einheitsstaate war vergebens gewesen. Es hatte an einem Manne gefehlt, der die Führung der Nation zu übernehmen vermocht hätte.

Leider sollte dem Trauerspiel auch noch ein klägliches Nachspiel folgen, denn kaum war durch das energische Einschreiten des Militärs, in Baden durch ein preußisches Corps unter dem Prinzen von Preußen, die Ordnung wieder allerwärts hergestellt, so trat Friedrich Wilhelm IV. mit dem Projekte hervor, eine deutsche Verfassung nach Art der in Frankfurt beratenen zu schaffen, einen Reichstag mit zwei

Kammern, ein Bundesgericht und dergleichen einzurichten und sich selbst an die Spitze dieses neuen Deutschlands zu stellen. Er gründete denn auch alsbald mit Sachsen und Hannover ein sogenanntes Dreikönigsbündnis, dem darauf eine Anzahl kleinerer Staaten beitrat, und hoffte, daß sich die größeren süddeutschen Fürsten, auch der Kaiser von Oesterreich, diesem Bündnisse demnächst anschließen würden. Hierzu zeigte aber natürlich Oesterreich nicht die geringste Neigung; es hatte sie nie besessen, und es war schier unbegreiflich, daß Friedrich Wilhelm IV. solche Erwartungen hegen konnte. Auch Bayern und Württemberg fühlten sich durchaus nicht bewogen, dem Bündnisse beizutreten, und schließlich ergab sich aus all den Verhandlungen ein höchst lächerliches sogenanntes Interim; es wurden zwei preußische und zwei österreichische Kommissare nach Frankfurt geschickt, in deren Hände der Reichsverweser Erzherzog Johann am 20. Dezember 1849 seine „Gewalt" niederlegte, und die nun die deutsche Verfassungsangelegenheit ihrer Erledigung zuführen sollten.

Darauf traten Sachsen und Hannover von dem Dreikönigsbündnis zurück, und das erstere näherte sich Württemberg, dessen König erklärte, daß der deutsche Einheitsstaat ein Traumbild sei, und zwar das gefährlichste aller Traumbilder.

Aber noch immer sah Friedrich Wilhelm IV. das Aussichtslose seines Projektes nicht ein. Er wollte durchaus eine deutsche „Union" zusammenbringen, berief daher einen Unionsreichstag nach Erfurt und ließ denselben am 20. März 1850 durch den General von Radowitz eröffnen. Darauf arbeitete das Unionsparlament mit Hochdruck und hatte schon nach wenigen Wochen die Unionsverfassung durchberaten und genehmigt. Dabei blieb es aber, denn schon am 29. April

ließ der König das Parlament vertagen, worauf es für immer verschwand.

Unterdessen hatte Fürst Schwarzenberg alles darangesetzt, Oesterreich seinen früheren Platz in Deutschland wieder zurückzuerobern; fast alle Fürsten der bedeutenderen Staaten hatte er zu sich herübergezogen, und nun lud er plötzlich alle deutschen Regierungen auf den 10. Mai 1850 zu einer außerordentlichen Plenarversammlung nach Frankfurt, um dort eine „Revision der Bundesverfassung" zu beraten. Preußen antwortete hierauf zwar mit einem Kongreß der „Unions-Fürsten" in Berlin, derselbe fiel aber nur kläglich aus; mittlerweile ging ein Fürst nach dem andern ins österreichische Lager über, und am 2. September 1850 konnte Fürst Schwarzenberg bereits erklären lassen, daß der alte Bundestag unter österreichischem Vorsitz wieder zu Recht bestehe; 1848 sei er nur einstweilen unter dem Drucke der Verhältnisse suspendiert worden. Gleich darauf bot sich dem neu erstandenen Bundestage auch schon Gelegenheit, sein Amt wieder zu üben.

Der gewaltthätige Kurfürst von Hessen hatte die Wendung in den deutschen Verhältnissen schnell benutzt, die freiheitlichen Institutionen, die er dem Lande hatte gewähren müssen, wieder zu beseitigen. Er hatte das liberale Ministerium Eberhard-Wippermann fortgeschickt, den reaktionären Hassenpflug an die Spitze der Regierung gestellt und mit diesem zunächst eine heillose Finanzwirtschaft begonnen. Die Ständeversammlung war dem gegenübergetreten, aber Hassenpflug hatte darauf die Versammlung einfach aufgelöst, die direkten und indirekten Abgaben jedoch weiter fortzuerheben versucht. Infolgedessen war eine allgemeine Steuerverweigerung eingetreten, und die Gerichte hatten den Steuerverweigerern Recht gegeben. Endlich hatte Hassenpflug den Be-

lagerungszustand über das ganze Land verhängt und war mit dem Kurfürsten heimlich nach Frankfurt geflohen, um den Bundestag um Hilfe anzuflehen.

Dieser ergriff natürlich sehr gern die Gelegenheit, seinen Einfluß und seine Macht wieder geltend zu machen; er war sofort bereit, alles zu thun, „um die ernstlich bedrohte landesherrliche Autorität im Kurfürstentume sicher zu stellen." Dem gegenüber protestierte aber Preußen im Namen der Union, zu der Hessen-Kassel noch gehörte, und der seit dem 27. September 1850 als Minister des Auswärtigen funktionierende General von Radowitz suchte diesem Einspruch, da auch Preußen die Wiederaufrichtung des alten Bundestages noch gar nicht zu Recht erkannt hatte, möglichst Nachdruck zu geben. Vor allem ließ er die dem Königreiche Preußen vertragsmäßig in Kurhessen zustehenden Etappenstraßen besetzen.

Allein Fürst Schwarzenberg ließ sich dadurch nicht einschüchtern; es fand vom 10. bis 14. Oktober zu Bregenz eine Beratung von Vertretern Oesterreichs, Bayerns und Württembergs statt, an der auch der junge Kaiser von Oesterreich und die Könige von Bayern und Württemberg teilnahmen, und in dieser wurde beschlossen, mit einem 200 000 Mann starken österreichisch-bayerischen Heere in Kurhessen einzumarschieren. Zugleich ließ Fürst Schwarzenberg Truppen in Böhmen und Mähren zusammenziehen.

Der Krieg zwischen Oesterreich und Preußen mußte also jeden Augenblick ausbrechen; allein da trat ein Mann zwischen die Erbitterten, der damals für den mächtigsten in Europa galt, der Zar Nikolaus. Seit lange schon war er aufgebracht über den „romantischen Schwager", der sich „in den Sumpf der Revolution" hatte hineinziehen lassen, und der sich nun gar dazu hergab, die rebellischen Hessen, die er hätte

sollen zusammenhauen lassen, in Schutz zu nehmen. Der Schwager habe sich überhaupt eine höchst beklagenswerte Verletzung der heiligen Allianz zu schulden kommen lassen und könne nur das größte Unheil anrichten, wenn er jetzt Oesterreich angreife, das die Revolution glücklich überwunden habe und wieder ein Bollwerk der monarchischen Principien geworden sei. Er, der Zar, werde sich jetzt womöglich selbst aufmachen und im Namen des Königs wieder diejenigen Gesetze in Preußen zur Geltung bringen müssen, unter denen Friedrich Wilhelm die Regierung von seinem Vater übernommen habe. Der preußische Staat sei nur zu retten, wenn der König frei ausspreche, daß er seine Verheißungen zurücknehmen müsse. Wenn der König diesen Entschluß nicht fasse, so sage er ihm voraus, daß der preußische Staat zusammenstürzen werde. Preußen solle aber nicht untergehen, und wenn es doch dazu gekommen wäre, so würde er, der Zar, es mit Gottes Hilfe wieder aufrichten.

Um daher noch einmal zu vermitteln, veranstaltete er am 26. Oktober eine Zusammenkunft in Warschau, zu der der Kaiser Franz Joseph und Fürst Schwarzenberg erschienen. Der Zar hatte auch Friedrich Wilhelm IV. nach Warschau „beschieden", allein dieser war nicht erschienen, sondern hatte den Grafen Brandenburg geschickt. Das machte Nikolaus noch aufgebrachter gegen den Schwager; er äußerte sich in den heftigsten Ausdrücken gegen die preußische Politik und den König, so daß der Graf Brandenburg einmal in höchster Erregung aufsprang und rief: „Ich darf solche Worte nicht hören!" Der Graf konnte auch weder das Recht Rußlands, Preußen zu bevormunden, anerkennen, noch in die Unterwerfung Preußens unter Oesterreich einwilligen. Tief erschüttert und des höchsten empört über das tyrannische Auftreten des Zaren, kehrte er nach Berlin zurück; schon unter-

wegs befiel ihn ein Nervenfieber, in seinen Fieberphantasieen rief er wiederholt nach seinem Degen; unter den Klagerufen „Es ist zu spät!" verschied er schon nach wenigen Tagen.

Fürst Felix Schwarzenberg versäumte unterdessen keine Zeit; schon am 1. November ließ er seine Truppen in Hessen einrücken, und nun ging der preußische General von der Gröben nach Fulda vor. Aber was jetzt weiter? Man war in Berlin im höchsten Grade unschlüssig. Radowitz verlangte energisches Vorgehen, auch der Prinz von Preußen; der Kriegsminister von Stockhausen riet von einem ernsten Vorgehen ab, da doch noch manches an der Kriegstüchtigkeit fehle, und der Minister des Innern, Otto von Manteuffel, schlug vor, eine Politik der Versöhnung einzuschlagen — das konnte freilich hier nur eine Politik der Erniedrigung sein. Und der König? „Er that endlich," schreibt Heinrich von Sybel in seinem Werke „Die Begründung des deutschen Reiches", „was zu thun im grunde seit Monaten sein Wunsch gewesen war." Er stimmte Manteuffel zu, worauf Radowitz zurücktrat und nun Manteuffel das Ministerium des Auswärtigen übernahm, um dann die „Versöhnung" einzuleiten.

Die Truppen waren sich mittlerweile in einer Ebene bei Fulda, bei dem Dorfe Bronzell, ganz nahe gekommen und hatten auch einige Schüsse gewechselt, es war aber nur der Schimmel eines preußischen Trompeters, der später so viel verspottete „Schimmel von Bronzell", verwundet worden. Jetzt erhielt der General von der Gröben Befehl zum Rückzug. „Wir sind in Gala geohrfeigt worden!" rief Graf Pourtalès grimmig. Das kümmerte aber Manteuffel nicht, schon hatte er sich an den Fürsten Schwarzenberg gewendet und ihn um eine Unterredung in Olmütz gebeten. Noch ehe der Fürst geantwortet hatte, reiste er dorthin ab. Als ihn der Prinz von Preußen befragte, was er

denn nun zu thun gedenke, erklärte er, er wolle nur Zeit zur Vollendung der preußischen Rüstungen gewinnen. Aber in Olmütz willigte er in alles, was nur Schwarzenberg verlangte, in die „Aufhebung" der Union, die Räumung Badens und Hessens, die Auflösung von Militärkonventionen, die mit Baden, Anhalt, Mecklenburg und Braunschweig geschlossen worden waren, und in die Wiederherstellung der alten Bundesverfassung, die jedoch erst etwas „revidiert" werden sollte, was aber schließlich unterblieb. Endlich „ordnete" er auch mit dem Fürsten die „schleswig-holsteinsche Frage".

Dänemark hatte, da der Waffenstillstand von Malmoe bisher ohne Aussicht auf ersprießliche Friedensverhandlungen verlaufen war, die Feindseligkeiten am 26. Februar 1849 wieder aufgenommen, darauf hatten besonders die Schleswig-Holsteiner sich wiederholt ruhmvoll geschlagen, sogar am 5. April ein dänisches Linienschiff „Christian VIII." in die Luft gesprengt und mit den Bayern und Sachsen die Düppler Schanzen genommen. Mittlerweile war aber die Reichsmacht verfallen, und Preußen hatte die Angelegenheit selbst in die Hand genommen; es war jedoch nicht fähig gewesen, den Konflikt der Würde Deutschlands gemäß zu lösen; erst hatte es einen neuen Waffenstillstand und am 2. Juli 1850 sogar einen Frieden mit Dänemark geschlossen, in welchem die Herzogtümer dem Feinde in schmachvoller Weise preisgegeben worden waren. Darauf hatten sich auch noch die Großmächte in die Sache gemischt und in London ein Protokoll unterzeichnet, in welchem sie erklärten, daß der Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein-Augustenburg von der Thronfolge ausgeschlossen sei und der König von Dänemark die fraglichen Länder als Gesamtbesitz behalten solle. Diesem aller Gerechtigkeit Hohn sprechenden Protokolle hatte dann auch Oesterreich zugestimmt, und jetzt erklärte sich auch Man-

teuffel am 29. November 1850 zu Olmütz damit einverstanden. Mit Recht nennt man daher diese Olmützer Punktationen eine Schmach für Preußen, wie sie diesem Lande seit 1806 nicht mehr widerfahren war.

Die Reaktionspartei hatte keine Ahnung von dem Makel, mit dem sie sich behaftet hatte; sie brach in lauten Jubel aus, hatte sie doch auf der ganzen Linie gesiegt!

V.

Die Reaktion.

In den großen Mißerfolg, den die Einheitsbestrebungen von 1848 und 1849 erlitten hatten, schloß sich naturgemäß eine Periode der Trostlosigkeit und Hoffnungslosigkeit, eine klägliche Zeit der Ernüchterung und der Abspannung. Fast alle Männer von Bedeutung, die sich bisher dem öffentlichen Leben gewidmet hatten, traten aus demselben zurück, und die Mittelmäßigkeit, die Kurzsichtigkeit und auch oft genug die Borniertheit übernahmen die Herrschaft. In der Beamtenwelt und dem Militär riß zudem ein brutaler Ton ein; man ließ es fühlen, daß man jetzt wieder das Heft in den Händen hatte.

In fast sämtlichen Staaten suchten die Regierungen so bald wie möglich alle die alten Einrichtungen, die während der Revolution beseitigt worden waren, wieder herzustellen. Mit peinlicher Sorgfalt wurde überhaupt alles getilgt, was an die Revolution erinnerte; sogar die Jahreszahl 1848 vermied man zu nennen. In Oesterreich warf alsbald Fürst Schwarzenberg die octroyierte Verfassung vom 4. Mai 1849 über Bord, worauf ohne jede Verfassung bis 1867 regiert wurde. Alles öffentliche Leben erstarb unter diesem Regime. In Bayern ward das von der liberalen Partei herbeigeführte neue Wahlgesetz und die neue Gerichtsorganisation ganz leichter Hand hinweggeräumt, in Württemberg

wurden die alten Ständeverhältnisse wieder zurechtgezimmert, in Sachsen von Beust die alten Stände nach den Bestimmungen von 1831 wiederhergestellt. In Hannover hob der König Georg V., obgleich er bei seinem Regierungsantritte feierlich gelobt hatte, die Verfassung unverbrüchlich zu halten, diese trotz alledem vollständig auf, und das Land gelangte erst nach einer längeren Konfliktszeit wieder zu einigermaßen geordneten Zuständen. In Kurhessen richtete der Minister Hassenpflug sehr bald wieder ein vollständiges Willkürregiment ein; die Stände wurden nach Hause geschickt, und Kurfürst und Minister beuteten nun das Land in der nichtswürdigsten Weise aus. In Mecklenburg-Schwerin wurde die Verfassung von 1849 mit Hilfe von Hannover und Preußen umgestoßen und außerdem zur allgemeinen Abschreckung ein großer Hochverratsprozeß gegen das Haupt der Liberalen, den Advokaten Moritz Wiggers, in Scene gesetzt.

Auch in Preußen fehlte es nicht an Versuchen, die durch die Verfassung vom 5. Dezember 1848 gewährten Rechte wieder zu beschränken; allein die große Menge des Volkes besaß doch bereits einen so stark ausgeprägten politischen Sinn, daß es gefährlich erschien, radikal vorzugehen. Die „kleine aber mächtige Partei" am Hofe mußte sich daher darauf beschränken, das „Unheil der Revolution" durch einen Heckenkrieg zu bekämpfen. Die „Neue Preußische Zeitung" leistete dazu die nötige Unterstützung. Hier wurde von Leuten wie Wagener, Gerlach, Stahl das „historische Recht der Krone" und das „göttliche Recht des Königtums" in allen Variationen abgehandelt, und vor allem gegen den Parlamentarismus, die „Revolution in Schlafrock und Pantoffeln", wie ihn der Minister von Manteuffel nannte, in der gehässigsten Weise und unter den schändlichsten Verdächtigungen vorgegangen. „Ein wahres Uebermaß von Schamlosigkeit entwickelten aber

die untergeordneten Schurken," schreibt Oskar Jäger in seiner „Geschichte der neuesten Zeit", „mit deren Hilfe die Partei ihr Rachegelüst an einzelnen demokratischen Führern kühlen, oder auch wohl unter der Gegenpartei Schrecken verbreiten wollte, in den politischen Prozessen, welche von 1849 bis 1857 in Scene gesetzt wurden. Sie war nicht entmutigt worden durch den Ausgang des gegen den Führer der Linken in der preußischen Nationalversammlung, Waldeck, angestrengten Prozesses, wo die gerichtliche Verhandlung anstatt des gewünschten Hochverrats des Demokraten ein Buben- und Schurkenstück der Reaktion und ihrer Lakaien, Lüge, Fälschung und Spitzbubenkünste aller Art zu Tage förderte. An Stoff zu Anklagen konnte es nach so verworrenen Zeiten nicht fehlen, und man erhob jetzt u. a. auch gegen die Teilnehmer an dem Stuttgarter Rumpfparlament die Hochverratsklage. Deren vier wurden zum Tode verurteilt — sie waren zum Glück außerhalb des Bereiches der Macht — sieben freigesprochen. Der König selbst lebte in dem Wahne, daß seiner persönlichen Sicherheit Gefahr drohe, und die Parteipresse benutzte das Attentat, welches im Jahre 1850 ein Irrsinniger, ein gewisser Sefeloge, auf ihn gewagt, um ihn in diesem Wahne zu bestärken."

Die Erfolge blieben denn auch nicht aus; es gelang, eine ganze Reihe von Rückschritten herbeizuführen, so z. B. ein Schulregulativ in Kraft zu setzen, durch das das geistige Niveau der Volksschulen und der Elementarlehrer sehr wesentlich herabgedrückt wurde, die polizei-obrigkeitliche Gewalt wieder den Gutsbesitzern zuzuweisen, den Artikel 105 der Verfassung aufzuheben, nach dem eine freiere Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnung eingeführt werden sollte, die Verstärkung der kirchlichen Macht und die Beschränkung der Gewissensfreiheit und manches andere.

Bei einer solchen Politik, der jeder größere Gesichtspunkt fehlte, konnte sich natürlich ein kräftiges Staatsleben nicht entfalten, und infolgedessen fehlte auch jedes Ansehen nach außen hin. Die Dänen richteten sich immer ungenierter in Schleswig-Holstein ein, die Neuenburger, die seit dem spanischen Erbfolgekriege (1713) unter der Oberhoheit des Königs von Preußen gestanden hatten, kündigten diesem den Dienst und traten in den Verband der Schweiz ein, und die Mittelstaaten suchten beim Ausbruch der orientalischen Krisis Großmachtspolitik zu treiben, während die preußische Junkerpartei nicht übel Lust verspürte, dem bedrängten Zaren zu Hilfe zu kommen.

Im Volke ließ man diese politische Mißwirtschaft zunächst ruhig über sich ergehen. Man hatte die hochfliegende Begeisterung, von der man sich 1848 und 1849 hatte tragen lassen, und mit der man nachher so tief in den Sumpf geraten war, herzlich satt; man wollte gar nichts mehr von großen Staatsaktionen wissen und war ganz zufrieden, wenn man wieder ruhig und friedlich daheim sitzen konnte unter den Seinen. „Es ist jetzt eine ordentliche Manie der Bescheidenheit ins Publikum gefahren," schreibt Robert Prutz in seinem Buche „Die deutsche Litteratur der Gegenwart" (Leipzig 1859); „mit koketter Demut rühmt man sich, wie anspruchslos der Geschmack wieder geworden, an wie wenigem man sich begnügt, ein bischen Lenz, ein bischen Liebe, ein bischen Frömmigkeit — und wie still es wieder auf unserem Parnaß zugeht, demselben Parnaß, der vor kurzem noch so laut erdröhnte von Tumult und Waffen und Kriegsgeschrei. Jetzt ist dergleichen verpönt, und zwar nicht bloß polizeilich, sondern auch vom Geschmacke des Publikums; jetzt muß alles klein, zart, niedlich sein; die Leidenschaft darf nur noch flüstern, nicht mehr sprechen, geschweige denn aufschreien, der Schmerz nicht mehr weinen, nur noch um stilles Beileid bitten." Und eine wunderliche Litteratur sproß empor, die im grellsten Gegensatz zu den Liedern eines Freiligrath und Herwegh stand, eine ganze Reihe von zierlichen Wald-, Wein- und Wandermärchen, in denen die sorglose, fröhliche Jugend und der heitere Lebensgenuß gefeiert wurde. Otto Roquettes „Waldmeisters Brautfahrt" war die hervorragendste dieser Erscheinungen. Für die fromm-bescheidenen Gemüter, die „Stillen im Lande", schrieb außerdem Marie Nathusius ihr „Tagebuch eines armen Fräuleins" und „Elisabeth, eine Geschichte, die nicht mit der Heirat schließt."

Auf die Dauer konnte sich aber diese Stimmung im Volke nicht halten. Der politische Sinn wurzelte jetzt doch bei allen zu tief im Herzen, das Wohl und Wehe des Vaterlandes mußte die Gedanken aller Vaterlandsfreunde bald wieder lebhafter erfüllen. Dazu kam, daß durch die politische Bewegung von 1848 neben der „Neuen Preußischen Zeitung" auch noch andere bedeutende Zeitungen erstanden waren, die über den Stand der politischen Verhältnisse berichteten und zum Nachdenken über die Lage anregten, in erster Linie die gemäßigt liberale „National-Zeitung", die am 1. April 1848 ins Leben getreten war und in ihrem Redakteur Friedrich Zabel eine hervorragende publizistische Kraft besaß, dann die fortschrittliche „Volkszeitung", die aus der 1849 von A. Bernstein begründeten „Urwähler-Zeitung" herauswuchs und von ihrem Verleger Franz Duncker mit energischer Hand geleitet wurde. Diese Blätter waren in einer frischen, volkstümlichen Sprache geschrieben und erlangten infolgedessen bald eine große Verbreitung, besonders die „Volkszeitung". Auch verschiedene humoristisch-satirische Wochenblätter trugen dazu bei, das politische Thema wieder beliebt zu machen, zunächst der von dem geistreichen Ernst

Dohm redigierte „Kladderadatsch“, dann die von dem witzigen Adolf Glasbrenner herausgegebene „Montagszeitung“ und die von Ernst Kossak in behaglichem Plauderton geschriebene „Montagspost“.

Aber in die phantastische Schwärmerei von 1848 durfte man doch auf keinen Fall wieder zurückverfallen, dem falschen Idealismus von damals mußte man ganz energisch aus dem Wege gehen; mit dem war ja das „Schiff der deutschen Freiheit so gründlich auf den Sand gefahren“. Und daher war es vor allem nötig, sich über die praktischen Bedürfnisse des Lebens klar zu werden. Das konnte man aber nur, wenn man Nationalökonomie, Statistik und Aehnliches studierte, wenn man dem Handel und der Industrie seine Aufmerksamkeit zuwendete. „Wir müssen Aktienvereine gründen,“ rief, wie Prutz schreibt, ein ganzer Chorus, „und Fabriken anlegen und Dampfmaschinen bauen, um unsere Industrie auf die Beine zu bringen und dem nationalen Wohlstande aufzuhelfen; denn nur reiche Völker verstehen frei zu sein. Und bevor wir nicht, gleich England, über eine wohlhabende Gentry zu gebieten haben, die im Parlamente sitzen kann, auch ohne Diäten, eher werden alle Konstitutionen und alle Parlamente der Welt uns nichts nützen.“

Es entwickelte sich daher mehr und mehr ein allgemeiner Drang nach Bethätigung im praktischen Leben und zugleich der Zug, die Wissenschaften, die bisher nur im engeren Kreise der Fachgelehrten geblieben waren, jetzt auch der ganzen großen Menge des Volkes zu erschließen. Populär zu schreiben wurde der Wunsch jedes Gelehrten. Selbstverständlich traten die Naturwissenschaften in den Vordergrund des allgemeinen Interesses; Humboldt, Liebig, Wöhler, Mitscherlich waren die Männer des Tages, und der „Kosmos“ und die „Chemischen Briefe“ fanden sich in jedem

besseren Bürgerhause. Höchst ergötzlich persifliert Fritz Reuter diesen Zug der Zeit, der natürlich zu manchen Uebertreibungen und Lächerlichkeiten führte, in den Scenen, in welchen der biedere Hawermann seinem Freunde, dem Entspekter Bräsig, Liebigs „Naturwissenschaftliche Briefe über die moderne Landwirtschaft“ vorliest, und dieser regelmäßig darüber einschläft.

Auch alle diejenigen, welche aus eigener Kraft große gewerbliche und industrielle Unternehmungen ins Leben gerufen hatten, wie Borsig in Berlin, Richard Hartmann in Chemnitz, genossen ein ganz besonderes Ansehen und wurden als hochwichtige Faktoren bei der Regeneration des Volkes geschätzt.

Dazu kam, daß gerade in dieser Zeit auf dem Gebiete der Technik und der Naturwissenschaften eine Reihe von wichtigen und überraschenden Erfindungen gemacht und außerdem Erfindungen der dreißiger und vierziger Jahre jetzt in umfassender Weise verwertet wurden. In erster Linie war dies bei den Eisenbahnen der Fall, die das Stadium der Versuche überwunden hatten und nun schnell eine große Ausdehnung erhielten, so daß das Verkehrswesen rasch einen bisher nicht geahnten Aufschwung nahm. Seit der Eröffnung der ersten deutschen Eisenbahn am 7. Dezember 1835, der Ludwigsbahn, welche Nürnberg mit Fürth verband, hatte sich das Eisenbahnwesen infolge der politischen Unruhen und der Eifersüchteleien unter den Kleinstaaten, und auch wegen der mannigfachen Vorurteile, die man gegen die neue Erfindung hegte — fürchtete man doch sogar durch das rasche Fahren gehirnkrank zu werden — nicht in dem Maße entwickelt, wie es wünschenswert gewesen wäre. Die erste größere Strecke von Bedeutung, die Bahn von Leipzig nach Dresden, ward erst 1839 vollendet, worauf bis 1840 nur

die kleinen Strecken Berlin—Potsdam, Düsseldorf—Elberfeld, Magdeburg—Leipzig, Frankfurt—Wiesbaden und Mannheim—Heidelberg gebaut wurden. 1843 kam dann die Verbindung Berlin—Stettin, 1846 ward Berlin mit Magdeburg, Hamburg und Breslau verbunden, und 1848 wurden die großen Linien Berlin—Köln und Berlin—Dresden eröffnet. Ein großer Zug kam jedoch erst in den fünfziger Jahren in das Eisenbahnwesen; erst jetzt erkannte man die ungeheure Bedeutung der neuen Erfindung auch in weiteren Kreisen und wagte nun auch große Summen für den Ausbau umfangreicher Eisenbahnnetze. Dazu kam, daß mittlerweile auch Baumeister und Ingenieure sich für das Eisenbahnwesen zu interessieren begannen und Terrainschwierigkeiten zu überwinden lernten, vor denen man bisher zurückgeschreckt war. So konnte bereits 1851 die Eisenbahnverbindung zwischen Berlin und München und Berlin und Frankfurt am Main hergestellt werden und 1852 die zwischen Berlin und Danzig. In jedem nächstfolgenden Jahre erhielt dann das Eisenbahnnetz neue wichtige Maschen. Während im Jahre 1850 die Länge der deutschen Eisenbahnen nur erst 6044 Kilometer betrug, war sie 1860 bereits auf 11 660 ausgewachsen; dabei waren Bauwerke ausgeführt worden, die das allgemeine Staunen hervorriefen, z. B. die Brücken über die Weichsel bei Dirschau und Marienburg, die 1857 vollendet wurden, und die Rheinbrücke bei Köln, die 1859 dem Betriebe übergeben wurde.

Auch die deutsche Schiffahrt, die seit dem Niedergange der Hansa fast ganz bedeutungslos gewesen war, nahm einen neuen Aufschwung, zunächst durch die Bemühungen Hamburger Rheder, wie R. M. Sloman, und durch die Hamburg-Amerikanische-Paketfahrt-Aktiengesellschaft, dann aber ganz besonders durch das Aufblühen des Norddeutschen Lloyd

in Bremen. Die Bemühungen, eine regelmäßige Schiffsverbindung Bremens besonders mit Amerika herzustellen, reichen, wie M. Lindemann in seiner „Geschichte des Norddeutschen Lloyd“ (1892) darlegt, bis in die zwanziger Jahre zurück, doch erst 1845 kam eine direkte Dampferverbindung mit New York durch Gründung der „Ocean Steam Navigation Company“, und zwar mit einer amerikanischen Jahressubvention von 400 000 Dollars zu stande, und am 19. Juni 1847 traf der erste Dampfer „Washington“ nach glücklich zurückgelegter erster Fahrt von New York auf der Weser ein. Allein das Unternehmen wurde ungünstig verwaltet und ging nach sechsjährigem Bestande zu Grunde. Nun aber unternahm es der Konsul H. H. Meier, eine neue Gesellschaft zu gründen, und seiner Umsicht und Energie gelang es, eine solche am 20. Februar 1857 mit einem Grundkapital von 4 Millionen Thalern unter dem Namen „Norddeutscher Lloyd“ ins Leben zu rufen. Leider waren die nächsten Jahre dem jungen Unternehmen wenig günstig; schon im Herbst 1857 brach in Nordamerika eine große Handelskrisis aus, die allen Verkehr mit Amerika zum Stocken brachte, und 1858 verlor die Gesellschaft von ihren vier Dampfern den einen vollständig durch Feuersbrunst; einen anderen, der schwere Havarie erlitt, mußte sie verkaufen, und ein dritter, bei dem die Kurbelwelle brach, mußte eine sechsmonatliche Reparaturzeit durchmachen. Das Jahr 1858 brachte denn auch einen Verlust von 200 000 Thalern, und es gehörte der ganze Mut eines thatkräftigen Mannes dazu, das Unternehmen noch weiter über Wasser zu halten. Glücklicherweise fehlte dieser den Leitern des Norddeutschen Lloyd nicht, wenn auch mehr denn 2600 Aktionäre ihre erste Einzahlung in Stich ließen. Bald überwand der Lloyd die trübe Zeit und ward nun mehr und mehr ein Unternehmen von weittragender Bedeutung,

das nicht unwesentlich das Seine dazu beigetragen hat, den deutschen Namen in die fernsten Gegenden zu tragen und ihn dort glänzend zu repräsentieren. Zu wahrhaft großartiger Entwicklung gelangte der Norddeutsche Lloyd allerdings erst, nachdem er 1881 die Schnelldampfer eingestellt und dann 1885 einen Vertrag mit dem deutschen Reiche wegen Einrichtung und Unterhaltung von Postdampferlinien nach Ostasien und Australien abgeschlossen hatte. Die Lloydflotte erfuhr infolgedessen eine sehr bedeutende Vergrößerung; Ende 1891 bestand sie aus 76 Dampfschiffen mit 187 256 Pferdekräften.

Endlich erhielt der große allgemeine Verkehr noch eine sehr wesentliche Förderung durch die Einführung der elektrischen Telegraphen. Die ersten Versuche von Bedeutung, durch den elektischen Strom Nachrichten zu übermitteln, machten im Jahre 1833 die Göttinger Professoren Gauß und Weber. Sie verbanden die Sternwarte mit dem physikalischen Kabinett durch Drähte „in der Luft über die Häuser weg", wie Gauß an einen Fachgenossen schrieb, und machten sich durch den Ausschlag einer Magnetnadel nach rechts und links Mitteilungen. Dabei waren sie sich auch der Tragweite ihrer Versuche völlig bewußt und machten auf sie aufmerksam. Es dauerte jedoch noch längere Zeit, ehe die Regierungen, die Handelskreise und die Zeitungen die ungeheure Bedeutung dieser Erfindung erfaßten; erst 1849 wurde die erste Telegraphenleitung des Kontinents zwischen Berlin und Aachen eröffnet, dann aber ging es mit Riesenschritten vorwärts; bald zogen sich die Drähte von einem Ende Deutschlands bis zum anderen. Den außerordentlichen Fortschritt, welchen die gesamte Menschheit durch den Telegraphen machte, wußten besonders Julius Reuter und Bernhard Wolff vor Augen zu führen, die die ersten

Telegraphen-Bureaus ins Leben riefen. Reuter gründete sein erstes Nachrichten-Comptoir in Aachen und richtete sogar, um die Pariser Börsenberichte so schnell wie möglich nach Berlin befördern zu können, eine Brieftaubenpost zwischen Verviers und Aachen ein. Später, als die Telegraphenleitung immer weitere Verbreitung fand, und 1851 auch das erste unterseeische Kabel zwischen Calais und Dover gelegt wurde, siedelte Reuter nach London über und gründete dort „Reuters Agency", aus der dann nach und nach die heutige Weltkorrespondenz entstanden ist. Aehnlich entwickelte sich das Unternehmen Wolffs, das 1849 in Berlin ins Leben gerufen wurde. Es beschäftigte sich von vornherein hauptsächlich mit den politischen Nachrichten und eröffnete sich sehr bald in den verschiedenen Regierungskreisen wertvolle Quellen, so daß viele Nachrichten des „Wolffschen telegraphischen Bureaus" einen halbamtlichen Charakter tragen. Im Jahre 1864 ging das Institut in eine Aktien-Gesellschaft über.

Auf allen Gebieten regte sich also langsam wieder neues Leben, die Pulse des deutschen Volkes begannen wieder höher zu schlagen, und die Verzagtheit verschwand allgemach. Man fühlte es mehr und mehr, daß die Kräfte der Nation sich wieder sammelten, und daß man, ernster und gereifter als in der vormärzlichen Zeit, aufs neue sich in aufsteigender Linie vorwärts bewegte. Diese Stimmung fand auch nach und nach ihren Ausdruck in der Litteratur. Die tändelnde, den harmlosen Genuß, die Jugend und die Rosenzeit feiernde Poesie trat zurück; und dafür erschienen Schilderungen aus dem täglichen Leben, aus der Werkstatt und dem Comptoir mit all dem Drum und Dran der Wirklichkeit. Es wurde die Parole ausgegeben, der Dichter müsse, wenn er Erfolg haben und wenn er etwas nützen wolle, das Volk bei seiner Arbeit aufsuchen. Es wurden Männer zu Helden gewählt,

die „mit nichts angefangen“ und sich dann durch ihren Fleiß zu wohlhabenden und einflußreichen Staatsbürgern emporgeschwungen hatten; es wurde der Segen des reellen und geordneten Geschäfts gepriesen und dabei eine gewisse Wohlanständigkeit und Ehrbarkeit zur Schau getragen. Man legte Wert darauf, zu zeigen, daß man den schrankenlosen Idealismus überwunden und an Verständigkeit und Einsicht wesentlich gewonnen hatte. Dabei mußte natürlich manches Nüchterne, Spießbürgerliche und Philiströse mit unterlaufen, aber im Grunde offenbarte sich doch ein gesunder Geist, der den Wert des geordneten bürgerlichen Lebens, den Segen einer ernsten Thätigkeit wohl zu schätzen wußte. Am lebendigsten und auch zugleich liebenswürdigsten äußerte sich diese neue Stimmung in Gustav Freytags Roman „Soll und Haben“, der das Leben und Treiben in einem großen Kaufmannshause schildert. In der Vorrede sprach es der Verfasser geradezu aus, daß er den Roman in der bestimmten Absicht geschrieben habe, „das Volk in seiner Mutlosigkeit aufzurichten, ihm ein Bild seiner Tüchtigkeit zu zeigen.“ Eine lange Reihe socialer Romane folgte auf das Freytagsche Musterwerk.

Dieses wiedererwachte Selbstvertrauen beherrschte nun die breite Tagesströmung, aber neben ihr verharrte doch noch immer ein gewisser Teil des Volkes in seiner bisherigen Hoffnungslosigkeit, derjenige, welcher sich am tiefsten von der Erregung hatte erschüttern lassen, und dieser wandte sich jetzt einer Weltanschauung zu, die bisher, obgleich sie bereits seit 1819 wissenschaftlich begründet worden war, vergeblich um Anerkennung geworben hatte: dem Pessimismus.

Der Prophet dieser neuen Philosophie war Arthur Schopenhauer, einer der geistreichsten und scharfsinnigsten Menschen unseres Jahrhunderts. Schopenhauer knüpfte wie-

der an Kant an und bildete dessen Lehre vom „Ding an sich“ in der Weise um, daß er erklärte: dieses Ding an sich, das Substrat aller Erscheinungen, mithin der ganzen Natur, ist der Wille. Allein dieser Wille ist nicht etwas so Kompliciertes, wie der menschliche Wille, sondern nur ein Sichgeltendmachenwollen der Naturwesen, das sich z. B. im Stein als Schwere offenbart. Der Wille ist somit das Grundprincip der Dinge der Welt. Die Welt aber ist nur als Erscheinung erkennbar, vermittelst unserer Sinne und Verstandeskategorien. Das Wesen der Welt, d. h. das Ding an sich, ist unerkennbar, und da es Wille ist und dieser Wille seiner Natur nach ein egoistischer ist, so wohnt ihm ewige Unbefriedigtheit inne. Jedes Wesen will ja seinen Willen geltend machen, und da jeder Wille an allen anderen seine Schranken findet, so ist er immer ein leidender. So lange also der Mensch will, ist er unglücklich, und darum ist das Elendsein das Schicksal der Welt. Nur die intellektuelle Anschauung befreit den Menschen auf kurze Zeit von diesem Leide. Erhebt sich dann die Erkenntnis, daß alle lebenden Wesen eine große Leidensgemeinde bilden, zur Gesinnung, so entsteht die Tugend des Mitleids. Das Mitleid ist mithin nach Schopenhauer die höchste Tugend, weil sich im Mitleid der Mensch vom Egoismus (Leid) erlöst hat. Die ganze Schopenhauersche Weltanschauung gipfelt also in der Erkenntnis, daß zwar der einzelne Willensakt einen Zweck hat, aber nicht das gesamte Wollen, woraus sich die Ueberzeugung von der Nichtigkeit der Einzelpersönlichkeit entwickelt. Diese Ueberzeugung aber führt zu dem Schlusse, daß das Nichtsein dem Sein vorzuziehen sei, also zu einer durchaus pessimistischen Lebensanschauung.

Während der Herrschaft der wohlgezimmerten Hegelschen Philosophie wagten natürlich nur einige wenige, dem neuen

Weltweisen in seine dunkeln Gedankengänge zu folgen; nur Goethe und Jean Paul sprachen sich anerkennend über das neue philosophische System aus, aber die Seele Jean Pauls erzitterte bei den grundlosen Tiefen, in die er blickte, bei der Trostlosigkeit, die sich ihm hier eröffnete, und in seiner „Kleinen Nachschule zur ästhetischen Vorschule" sagte er, das Schopenhauersche Buch „Die Welt als Wille und Vorstellung" habe wohl nicht das entsprechende Lob erhalten; es sei ein genial-philosophisches, kühnes, vielseitiges Werk voll Scharfsinn und Tiefsinn, das er aber nur loben, nicht unterschreiben könne, wegen seiner „oft trost- und bodenlosen Tiefe, vergleichbar dem melancholischen See in Norwegen, auf dem man in seinen finstern Ringmauern von steilen Felsen nie die Sonne, sondern in der Tiefe nur den gestirnten Taghimmel erblickt, und über welchen kein Vogel und keine Woge zieht."

So blieb die Schopenhauersche Philosophie drei Jahrzehnte hindurch unbeachtet, der Philosoph selbst vermochte in Berlin, wo er die akademische Laufbahn einzuschlagen wünschte, nicht Fuß zu fassen, und zog sich, verstimmt und verbittert, nach Frankfurt am Main zurück, und seine Bücher fanden keinen Absatz. Sein Hauptwerk „Die Welt als Wille und Vorstellung" wurde nur zu einem kleinen Teile verkauft und in der Hauptsache als Makulatur verwendet, und die zweite erweiterte Auflage, die 25 Jahre später erschien, mußte nach einiger Zeit im Preise herabgesetzt werden, damit durch einen etwas lebhafteren Verkauf die Druckkosten wenigstens annähernd herausgebracht werden konnten. Erst mit dem Beginn der fünfziger Jahre fand die Schopenhauersche Philosophie Anklang, denn jetzt sympathisierten die tiefer angelegten Naturen mit der Trostlosigkeit dieser Weltanschauung. Die Schopenhauer-Gemeinde wuchs schnell, und die Werke des Philosophen erlebten eine Auflage nach der anderen.

Auf die letzten Lebensjahre Schopenhauers warf die späte Anerkennung noch einen vergoldenden Schimmer.

Nur kurze Zeit jedoch konnten diese beiden Geistesströmungen — die auf die Hebung des nationalen Wohlstandes gerichtete und die der pessimistischen Weltanschauung zugewendete — breit und ruhig dahinfluten, denn schon bald trat ein Ereignis ein, welches in der Nation neue Gedankenkreise anregte und neue Zukunftsbilder hervorrief: der König Friedrich Wilhelm IV. erkrankte, und zwar, wie bald bekannt wurde, an einem unheilbaren Gehirnleiden. Die Revolution hatte den feinfühligen Monarchen so tief erschüttert, so bis ins Mark getroffen, daß er sich aus der Erschöpfung, die den Aufregungen gefolgt war, nun nicht wieder erholen konnte. Der Außenwelt blieb das zwar zunächst verborgen; die nächste Umgebung bemerkte aber das Herannahen der Krankheit schon früh. Der Generaladjutant von Gerlach berichtet in seinen wiederholt genannten „Denkwürdigkeiten", daß die Gemahlin des Königs bereits im April 1855 Besorgnisse über den Geisteszustand Friedrich Wilhelms äußerte, und unter dem 26. Mai 1856 heißt es in Gerlachs Tagebuch: „Hier würde eine neue Kalamität drohen, wenn ein Sinken der Geisteskräfte bei Seiner Majestät einträte, was Ihre Majestät befürchtet. Die Königin hat weinend ihre Besorgnisse wegen der Gesundheit des Königs geklagt." Doch erst im Juli 1857 traf den König der erste Schlaganfall, und am 8. Oktober der zweite, der ihn vollständig unfähig machte, die Geschäfte der Regierung fernerhin zu führen. Die Erkrankung ließ sich daher auch nicht länger verheimlichen, und die Notwendigkeit, daß der Prinz von Preußen als der nächste Thronerbe die Regierungsgeschäfte nun übernehme, konnte nicht mehr zurückgeschoben werden. Allein die Vertreter des bisherigen Regiments suchten mit aller

Gewalt die Herrschaft in der Hand zu behalten, und die Königin Elisabeth gewährte hierbei der „kleinen aber mächtigen Partei" ihren Schutz in der umfassendsten Weise. Vor allem galt es zu verhindern, daß der Prinz von Preußen schon jetzt als Regent eingesetzt würde; es sollte ihm nur die Stellvertretung gewährt werden, bei der die bisherigen Minister Manteuffel, Westfalen, Raumer und Gerlach natürlich im Amte bleiben konnten. Um peinliche Scenen zu verhüten, fügte sich der Prinz von Preußen und übernahm am 23. Oktober 1857 die Stellvertretung; aber in den breiten liberalen Kreisen des Volkes war man damit durchaus nicht zufrieden; es entwickelte sich ein heftiger Kampf; alle liberalen Zeitungen forderten die Regentschaft, während die „Kreuz-Zeitung" fort und fort mit verletzender Schärfe die Stellvertretung befürwortete und zu rechtfertigen versuchte. Wiederholt wurde die „National-Zeitung" wegen ihrer Rechtsausführungen mit Beschlag belegt. So blieb denn die Stellvertretung so lange bestehen, als sie nur irgend zulässig war; dreimal wurde die Frist für sie erneuert. Schließlich aber konnte der Zustand nicht länger aufrecht erhalten werden; er lähmte alle Initiative und heftete dem Prinzen von Preußen das Odium der Schwäche an; zudem erklärten die Aerzte, daß keine Hoffnung auf eine Besserung des Königs mehr vorhanden sei. Die Hofpartei mußte endlich zurückweichen und die Königin sich am 7. Oktober 1858 entschließen, dem Gemahl den Erlaß zur Unterschrift vorzulegen, in welchem der Bruder ersucht wurde, „die königliche Gewalt in der alleinigen Verantwortung gegen Gott nach bestem Wissen und Gewissen als Regent auszuüben." Gleich darauf begab sich Friedrich Wilhelm IV. mit seiner Gemahlin erst nach Meran, dann nach Italien; aber auch der Zauber des Südens vermochte dem Gehirnleiden nicht Einhalt zu thun; vollständig gebrochen kehrte der Kranke nach der Heimat zurück, wo er sodann am 2. Januar 1861 in Sanssouci starb, als der unglücklichste Fürst, der jemals auf dem Throne der Hohenzollern gesessen.

Mittlerweile hatte der Prinzregent bereits klar und offen gezeigt, welche Wege er wandeln wolle, und erwartungs- und hoffnungsvoll blickte man nicht nur in Preußen, sondern in ganz Deutschland zu ihm empor.

VI.

Die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches.

Durch die vollständige Verkennung der Mission Preußens, durch eine unbesiegbare Scheu vor einer energischen That und nicht zum wenigsten auch infolge einer wunderlichen romantischen Schwärmerei war das Haus Hohenzollern aus seiner führenden Stellung in Deutschland verdrängt worden. Kaum aber hatte Friedrich Wilhelm IV. seinem Bruder die Zügel der Regierung überlassen, so drängte auch die ganze politische Entwickelung wieder in die alten Geleise zurück, und der schlichte Regent, der bisher in weiteren Kreisen wenig beachtet worden war, trat mehr und mehr in den Mittelpunkt des deutschen politischen Lebens, bis er schließlich zu einer großen weltgeschichtlichen Persönlichkeit emporwuchs, die den höchsten Wünschen der Nation zu entsprechen vermochte.

Der Prinz von Preußen hatte nie davon geträumt, daß es einmal seine Aufgabe sein würde, die Geschicke Preußens oder gar Deutschlands zu leiten. „In jungen Jahren," hat er später oft gesagt, „habe ich niemals an die Möglichkeit meiner Thronbesteigung gedacht; ich habe damals gelernt, eine Infanterie-Division richtig zu führen, um Staatssachen aber habe ich mich wenig bekümmert." Aber gerade in der soldatischen Zucht hatte er die Tugenden geübt, die ihn dann

zu den höchsten Zielen führen sollten: die strenge Pflichterfüllung, die unerschütterliche Rechtlichkeit, die unbeugsame Energie und den klaren Blick für alle Verhältnisse des Lebens. Er gehörte nicht zu den genialen oder dämonischen Naturen, schreibt Heinrich von Sybel in seinem klassischen Werke „Die Begründung des deutschen Reiches", welche entweder durch überragende Geisteskräfte dem Jahrhundert neue Bahnen vorzeichnen oder mit unwiderstehlicher Leidenschaft sich und ihr Volk von schwindelnder Höhe in furchtbare Abgründe stürzen. Nicht einmal geistreich in dem Sinne, wie sein älterer Bruder geistreich war, wird man ihn nennen können. Dafür war er, was von Rudolf von Habsburg ein gleichzeitiger Chronist rühmt, ein ausrichtiger Mann. Sein ganzes Wesen war auf praktisches Wirken gerichtet und dazu befähigt; er hatte die natürliche Gabe, das Erreichbare wahrzunehmen, und eine unbefangene Klarheit der Auffassung, welche sich namentlich in einer fast irrtumlosen Menschenkenntnis bewährte. Dazu kam eine seltene Verbindung von Festigkeit und Biegsamkeit des Geistes, wie sie im Gegensatz zum Doktrinär den praktischen Staatsmann charakterisiert. Bis an sein Lebensende blieb er unerschütterlich in seinen konservativen Grundsätzen. Nur mit schwerer Besorgnis hatte er der Einführung einer ständischen Verfassung zugestimmt, dann aber, nachdem die königliche Entscheidung gefallen, war er rückhaltlos und aufrichtig in die neue Bahn eingetreten und hatte sich auch durch die Insulten des Berliner Straßen- und Zeitungspöbels im Jahre 1848 weder beirren noch verbittern lassen. Und später erkannte er ohne Widerstreben an, daß in veränderten Zeiten auch die Mittel zur Bewahrung der Macht sich ändern, und die fortschreitende Reform die bleibende Bedingung der Erhaltung ist. Wie es sich versteht, war er durchdrungen von der Notwendigkeit einer starken Monarchie in dem durch seine Mo-

narchen gegründeten, aus vereinzelten Provinzen zusammengesetzten, von eifersüchtigen Nachbarn umgebenen Staate. Hier mußte eine von festen politischen Ueberlieferungen geleitete Centralgewalt bestehen, unabhängig von den täglichen Schwankungen der öffentlichen Meinung; der Zwang zum Ministerwechsel bei jedem Wechsel der Kammermehrheit würde hier eine tödliche Gefahr, nicht blos im Innern für die Würde der Krone, sondern auch für die Sicherheit des Staates nach außen sein. Weit entfernt aber war der Prinz, hieraus die Notwendigkeit eines absolutistischen Regiments zu folgern. „Ich will nicht untersuchen," sagte er bald nach der Uebernahme der Regentschaft zu dem Könige Max von Bayern, „ob Konstitutionen heilsam sind; aber wo sie existieren, soll man sie halten und nicht durch gezwungene Interpretationen verfälschen. Ich habe lange genug gesehen, welchen Schaden das Ministerium Manteuffel auf diese Weise gethan hat. Die konstitutionelle Idee, daß die Regierungsmaßregeln an die Oeffentlichkeit gezogen und das Volk gesetzlich zur Teilnahme an der Gesetzgebung berechtigt wird, ist in das Volksbewußtsein eingedrungen. Diesem entgegenzutreten ist sehr gefährlich, da es Mißtrauen des Herrschers gegen das Volk bekundet. Nicht durch Restriktionen der Verfassung, die eben ein solches Mißtrauen zeigen, sondern durch weises Nachlassen und Anziehen der Zügel ist die Regierung zu befestigen. Sie ist mit der Regulierung eines Flußbettes zu vergleichen. Man muß die Ufer sichern, die Dämme nicht zu eng und nicht zu weit machen, vor allem nicht quer in den Fluß hineinbauen. In England sind sie zu weit, in Kurhessen und in Hannover zu eng. Hoffentlich treffen wir in Preußen die richtige Mitte."

Nicht minder bestimmt wie seine Ansicht über das konstitutionelle System war seine Auffassung von Preußens Stellung in Deutschland.

Wie sein Bruder Friedrich Wilhelm IV., sagt Sybel, so war auch er nach seinen Jugenderinnerungen von Herzen zu einer warmen Freundschaft mit dem österreichischen Herrscherhause geneigt, und bei seiner konservativen und loyalen Gesinnung durchaus gewillt, die Rechte auch der übrigen deutschen Bundesfürsten in weitem Umfange zu achten. Nur forderte er dabei die volle Gegenseitigkeit, die Gleichberechtigung Preußens und Oesterreichs, die Anerkennung der Ehre und der Lebensbedingungen Preußens im deutschen Bunde; nie hätte er es sich gestattet, wie es bei Friedrich Wilhelm IV. mehrmals geschehen, aus Großmut oder Edelsinn das kleinste der ihm anvertrauten Staatsinteressen seinen fürstlichen Brüdern preiszugeben. Die Mängel der deutschen Bundesverfassung lagen klar vor seinem Blicke, und vom ersten Tage an bereitete er seine Reformvorschläge vor. Allerdings er selbst mit geringer Hoffnung auf Erfolg. Er hatte in den Sturmjahren gelernt, daß Oesterreichs Widerspruch und das Sondertum der Mittelstaaten nicht durch Parlamentsbeschlüsse und populäre Bewegung beseitigt werden konnten. Einen Krieg gegen Deutsche aber nur im Falle rechtloser Angriffe auf Preußen und nicht offensiv zur Neugestaltung des Bundes zu beginnen, dieser Beschluß stand in seiner Seele fest — und hiernach glaubte er, die Verwirklichung der deutschen Einheit selbst nicht mehr zu erleben. Im Begriffe, gegen die badischen Rebellen 1849 in das Feld zu gehen, schrieb er am 20. Mai an den General von Natzmer: „Wer Deutschland regieren will, muß es sich erobern; à la Gagern geht es nun einmal nicht. Ob die Zeit zu dieser Einheit schon gekommen ist, weiß Gott allein. Daß Preußen bestimmt ist, an die Spitze von Deutschland zu kommen, liegt in unserer ganzen Geschichte — aber das Wann und das Wie? Darauf kommt es an." Und als er im Januar 1863 ein

längeres Gespräch über die politische Lage mit dem englischen Gesandten Sir Andrew Buchanan gehabt hatte, und dieser ihm darauf den für die englische Regierung bestimmten Bericht noch einmal zur Prüfung vorlegte, korrigierte er: Ich habe nicht gesagt, daß weder ich, noch mein Sohn, noch mein Enkel die deutsche Einheit sehen würden; im Gegenteil, ich habe gesagt, wahrscheinlich würde ich nicht lange genug leben, um Zeuge derselben zu sein, aber ich hoffte allerdings, daß die Einheit zur Zeit meines Sohnes oder meines Enkels sich verwirklichen würde.

So stellte er denn diese deutschen Hoffnungen, welche fortdauernd sein Herz bewegten und fortdauernd durch seinen Rechtssinn fern gehalten wurden, der Zukunft anheim und wandte seine ganze Kraft den nächsten Sorgen, der Verwaltung seines Preußens, zu. Die selbstlose, rastlose Pflichttreue, welche er hier bis zum letzten Atemzuge bewährte, bis zu jenem ergreifenden Worte: Ich habe keine Zeit, müde zu sein — ruhte, wie seine Furchtlosigkeit, auf der religiösen Grundstimmung seines Wesens. Vielleicht ohne den Ausspruch seines großen Vorfahren zu kennen, der sich den ersten Diener des Staates nannte, hielt er den Herrscher von Gott berufen, dem Wohle seines Volkes zu dienen. In diesem Dienste war er streng, aber strenger gegen sich als gegen jeden andern. Die Geschäfte ergriff er mit unermüdlichem Fleiße; was ihm früher gleichgültig gewesen, strebte er jetzt, als zu seinem Amte gehörig, zu lernen, und mit welchem Eifer hat er gelernt! Als die große Reform der Justizverfassung in Vorbereitung war, ließ er, der Siebzigjährige, sich noch einen Kursus über Encyklopädie der Rechtswissenschaft vortragen; gewiß nicht, sagte er, um die Männer des Fachs zu meistern, aber um die Belehrung über etwaige Bedenken zu verstehen, und um doch

einen Begriff davon zu haben, was durch meine Unterschrift Gesetzeskraft erhalten soll. Nach seinem Tode fand man unter seinen Papieren zahlreiche engbeschriebene Bogen, bedeckt mit Auszügen aus allen Abschnitten der ihm vorgelegten Entwürfe der Justizgesetze, wodurch er Sinn und Bedeutung derselben sich klar gemacht hatte. Im Vergleich mit seinem Bruder war ursprünglich sein ästhetisches Interesse gering und das Maß seiner wissenschaftlichen Kenntnisse bescheiden, aber auch hier wußte er, was dem Könige obliegt, und unter keiner früheren Regierung ist in Preußen so viel und so erfolgreich für Kunst und Wissenschaft gewirkt worden, wie unter der seinigen. Und auch hier erweckte die anfangs aus Pflichtgefühl übernommene Arbeit seinem empfänglichen Sinne Teilnahme und Freude an ihrem Gegenstande. Mit eingehendem Verständnis studierte er die Pläne für das neue Reichstagsgebäude, und man weiß, wie er nach seinem praktischen Blicke wesentliche Verbesserungen desselben angegeben hat. Die Vollendung der Ausgrabungen in Olympia verdankt, gegen den Widerspruch der Ministerialinstanz, die Welt seiner persönlichen Entscheidung. Ueber die kunstgeschichtliche Bedeutung des pergamenischen Altars ließ er sich durch den Vorstand des Museums einen stundenlangen, mit lebhaftem Interesse entgegengenommenen Vortrag erstatten. So ging dies durch alle Fächer hindurch: sein Leben war Arbeit, Arbeit in allen Verwaltungszweigen, Arbeit für das Glück der anderen.

So lauter wie sein Streben, war auch sein Herzens- und Seelenleben. Er war ein gläubiger Christ, bezeugt Heinrich von Sybel, aber seine Frömmigkeit war, wie das Evangelium Matthäi am 6. es vorschreibt, ohne Prunken noch Kopfhängen, ohne Rechthaberei und Unduldsamkeit. Aus seinem Glauben erwuchs ihm ein unbedingtes Gottvertrauen,

das sein ganzes Wesen erfüllte und in allen Bedrängnissen aufrecht erhielt, ganz nach dem alten Worte: weil ich weiß, daß ich ohnmächtig bin in Gottes Hand, bin ich stark gegenüber aller Welt. Daher schritt er durch das Leben niemals zagend, niemals prahlend, stets im innern Gleichgewicht. Wo der Anlaß sich bot, war er bereit, königliche Pracht in vollem Maße zu entfalten; im eigenen Dasein aber war er äußerst mäßig und einfach, ein abgehärteter Soldat und ein sparsamer Haushalter. Sein persönlicher Verkehr war überall bei königlicher Haltung von innerer Freundlichkeit durchdrungen; er wünschte, die stille Heiterkeit der eigenen Seele seiner ganzen Umgebung mitzuteilen. Für die Widersacher seiner Politik hatte er stets das hohe Wort: nichts vergessen und alles vergeben; den Männern, die er einmal seiner Freundschaft gewürdigt, blieb er ein unerschütterlich treuer Freund, und niemals ist in seinem Herzen die Quelle der reinsten Freude, die dem irdischen Menschen geboten ist, versiegt, der Freude, anderen Freude zu machen.

Fürst Bismarck faßte denn auch sein Urteil über ihn dem General Grant gegenüber (nach Grants Aufzeichnungen mitgeteilt von Simon in dessen Buche „L'empereur Guillaume et son règne") in die Sätze zusammen: Niemals gab es einen Menschen von einem bescheideneren, großmütigeren und humaneren Charakter als den Kaiser. Er unterscheidet sich ganz und gar von den in so hoher Stellung geborenen Menschen, oder doch von den meisten derselben. Sie legen wenig Gewicht auf die Empfindungen und Wünsche anderer; sie meinen, Menschen ihrer Abstammung sei vieles erlaubt; ihre ganze Erziehung scheint dahin zu zielen, in ihnen die menschliche Seite zu ersticken. Der Kaiser hält sich nicht für einen solchen Olympier; im Gegenteil, er ist in jeder Beziehung Mensch und unterzieht sich jeder menschlichen

Pflicht. Er hat nie in seinem Leben jemand Unrecht gethan, nie das Gefühl eines andern verletzt, nie sich einer Härte schuldig gemacht. Er ist einer jener Menschen, deren gütiges Naturell die Herzen gewinnt, der sich fort und fort mit dem Wohle seiner Umgebung und seiner Unterthanen beschäftigt, geschmückt mit allen hohen Eigenschaften eines Fürsten und mit allen Tugenden eines Menschen.

Die Aufgaben, welchen sich der Prinzregent bei der Uebernahme der Regentschaft gegenüber sah, betrafen zwar nur die innere Verwaltung des Landes, waren aber doch sogleich mannigfacher Natur. Um ganz frei an sie herantreten zu können, entließ er zunächst das Ministerium Manteuffel und ernannte den allgemein hochgeachteten Fürsten Anton von Hohenzollern-Sigmaringen zum Ministerpräsidenten, von Auerswald zum Staatsminister, von Patow zum Finanzminister, von Bethmann-Hollweg zum Kultusminister, von Flottwell (an dessen Stelle aber bald Graf Schwerin trat) zum Minister des Innern, Freiherrn von Schleinitz zum Minister des Auswärtigen und von Bonin zum Kriegsminister. Dr. Simons behielt das Justizministerium und von der Heydt das Handelsministerium. In längerer Ansprache entwickelte er sodann diesem neuen Ministerium seine Regierungsgrundsätze. Einen Bruch mit der Vergangenheit, erklärte er, werde er nicht herbeiführen, wohl aber allerwärts die bessernde Hand anlegen. Handel und Gewerbe werde auch er fördern, doch mit Maß, damit nicht der Schwindelgeist dem Volke Wunden schlage. In der Rechtspflege werde er dahin wirken, daß das Gefühl der Wahrheit und Billigkeit in alle Klassen der Bevölkerung eindringe. Zwischen den beiden christlichen Konfessionen habe möglichste Parität obzuwalten; in beiden Kirchen müsse aber mit vollem Ernste den Bestrebungen entgegengetreten werden, die dahin

abzielten, die Religion zum Deckmantel politischer Bestrebungen zu machen. In der evangelischen Kirche sei eine Orthodoxie eingekehrt, die mit ihrer Grundanschauung nicht verträglich sei, und die sofort in ihrem Gefolge Heuchler habe. Nachdem er noch die Förderung des Schulwesens erwähnt hatte, ging er zum Heerwesen über, wohl ohne zu ahnen, welche Kümmernisse ihm die Durchführung dieses Punktes seines Regierungsprogrammes noch bereiten werde. „Die Armee hat Preußens Größe geschaffen und dessen Wachstum erkämpft," sagte er, „ihre Vernachlässigung hat eine Katastrophe über sie und dadurch über den Staat gebracht, die glorreich verwischt worden ist durch die zeitgemäße Reorganisation des Heeres, welche die Siege des Befreiungskrieges bezeichneten. Eine vierzigjährige Erfahrung und zwei kurze Kriegsepisoden haben uns indes auch jetzt aufmerksam gemacht, daß manches, was sich nicht bewährt hat, zu Aenderungen Veranlassung geben wird. Dazu gehören ruhige politische Zustände und — Geld, und es wäre ein schwer sich bestrafender Fehler, wollte man mit einer wohlfeilen Heeresverfassung prangen, die deshalb im Momente der Entscheidung den Erwartungen nicht entspräche. Preußens Heer muß mächtig und angesehen sein, um, wenn es gilt, ein schwerwiegendes politisches Gewicht in die Wagschale legen zu können." Endlich berührte er noch das Verhältnis Preußens zu Deutschland und dem Auslande und schloß: „In Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifung von Einigungselementen, wie der Zollverband es ist, der indes einer Reform wird unterworfen werden müssen. — Die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist. Ein festes, konsequentes und, wenn es sein muß, energisches

Verhalten in der Politik, gepaart mit Klugheit und Besonnenheit, muß Preußen das politische Ansehen und die Machtstellung verschaffen, die es durch seine materielle Macht allein nicht zu erreichen im stande ist."

Im ganzen Lande fand dieses Regierungsprogramm ein lautes Echo; die liberalen Zeitungen feierten den Anbruch einer „neuen Aera", und das Ausland begann wieder mit Preußen zu rechnen. Allerwärts entfaltete sich wieder ein reges politisches Leben. Zufällig traten auch alsbald politische Verwickelungen ein, die aufs neue die Unhaltbarkeit der deutschen Verhältnisse grell vor Augen führten. Napoleon III. hatte 1859 in Oberitalien einen Feldzug gegen Oesterreich eröffnet, und in der Burg zu Wien verlangte man nun, daß Deutschland Oesterreich beispringe. Darauf kam es zu einem großen Wirrwarr wunderlicher Ansichten. In Preußen zeigten sich in weiten Volkskreisen Sympathieen für Italien, weil man den Wunsch der Italiener, sich zu einem Einheitsstaate zusammenzuschließen, durchaus billigte; in Süddeutschland dagegen trat man für Oesterreich ein und wünschte, daß ihm die Lombardei und Venetien erhalten bleibe. Mehrere große und einflußreiche süddeutsche Blätter, wie die Augsburger „Allgemeine Zeitung", verlangten stürmisch, Deutschland solle Oesterreich schützen. Man bedachte nicht, daß ja doch Oesterreich in Oberitalien Interessen verfocht, die mit Deutschland gar nichts zu thun hatten. Dennoch war Preußen bereit, für Oesterreich einzutreten, und zwar durch eine bewaffnete Vermittelung. Der preußische Landtag bewilligte 40 Millionen Thaler, und der Regent ließ mehrere Armeecorps in Kriegsbereitschaft setzen. Zugleich verlangte er aber auch, auf Grund des § 48 der Bundeskriegsverfassung, daß ihm der militärische Oberbefehl über die deutschen Truppen übertragen werde. Das erschien Oester-

reich bedenklich; die alte Eifersucht erwachte wieder; zudem thaten der sächsische Minister von Beust und der bayerische Minister von der Pfordten alles Mögliche, um die Abneigung gegen den preußischen Oberbefehl zu steigern. Es begannen langwierige Verhandlungen, und schließlich ließ sich Oesterreich auch bereit finden, dem Prinzregenten die Führung zu übertragen, aber nur unter der Bedingung, daß er sich unter die Leitung und Aufsicht des Bundestags stelle, und wenn ihm 17 Bundeskommissare zur Kontrolle beigegeben würden. Dieses Ansinnen empfand der Prinzregent als eine schwere Kränkung; er wies es energisch ab, und nun zog es Oesterreich vor, am 7. Juli eiligst mit Napoleon in Villafranca Frieden zu schließen; es unterwarf sich lieber Frankreich, als daß es Preußen in Deutschland irgend welche Machtbefugnisse einräumte.

Die Verstimmung zwischen Berlin und Wien wuchs dadurch natürlich abermals, und jeder Einsichtige sagte sich, daß dieses Nebeneinanderbestehen der beiden gleich starken Mächte mehr und mehr zum Unheil Deutschlands führen müsse. Um daher die Ansichten zu klären und dann dem wiedererwachten Nationalgefühl eine bestimmtere Richtung zu geben, rief Rudolf von Bennigsen am 14. August 1859 zu Eisenach mit einer Anzahl einsichtiger patriotischer Männer den deutschen Nationalverein ins Leben, in dessen Programm in erster Linie erklärt wurde, daß die letzten Ereignisse die Notwendigkeit einer Reform des Bundestages, der Einsetzung einer deutschen Centralgewalt und einer deutschen Nationalvertretung überaus nahe gelegt habe, und daß die Initiative zu einer solchen Reform nur von Preußen ausgehen könne. Zum Sitz des Nationalvereins wurde Koburg gewählt, weil der Herzog Ernst von Koburg-Gotha dem Vereine seine lebhaften Sympathieen ausgesprochen hatte.

Natürlich rief der Nationalverein sofort den Widerspruch Oesterreichs hervor; auch die Regierungen von Hannover, Kurhessen und Mecklenburg wetterten dagegen, und die von Hessen-Darmstadt beantragte beim Bundestage ein allgemeines Verbot des Vereins. Allein der Herzog von Koburg-Gotha und der Großherzog von Baden traten für ihn ein, und so wuchs die Zahl seiner Mitglieder bald bis gegen 20000.

Das politische Leben erfuhr dadurch einen immer größeren Aufschwung. Allerwärts in Versammlungen und Gesellschaften disputierte man über die „deutsche Frage"; die Schützen-, Turn- und Sängerfeste nahmen einen ausgesprochen patriotischen Charakter an, und eine neue Dichtergeneration trat in schwungvollen Rhythmen für die vaterländische Sache ein.

Jetzt oder nie muß Deutschland neu erblühen!
O schüre eine mächt'ge deutsche Hand
Die Feuer, die in tausend Herzen glühen,
Nur alle an zu einem heil'gen Brand!

rief Ernst Scherenberg, und ähnliche Töne schlugen Albert Träger und Emil Rittershaus an.

In der großartigsten Weise aber offenbarten sich die deutschen Wünsche und Hoffnungen in der Feier des Schillerfestes, die am 10. November 1859 in allen Gauen Deutschlands begangen wurde. Die gewaltige Macht des Schillerschen Freiheitsgedankens ergriff die ganze Nation, und das hoheitsvolle Vaterlandsgefühl des Dichters riß an diesem Gedenktage selbst den trockensten Alltagsmenschen zur Begeisterung hin.

Dennoch sollte sich der feste Zusammenschluß, dem alle Herzen zustrebten, noch immer nicht ermöglichen lassen. Neben der Rivalität Oesterreichs traten auch der Neid und die Miß-

gunst der mitteldeutschen Fürsten der Förderung der deutschen Sache in den Weg. Noch vor Schluß des Jahres 1859 machte Preußen, das im Sommer deutlich erkannt hatte, wie schlimm es um die militärischen Verhältnisse Deutschlands ausgesehen haben würde, hätte Napoleon III. den Westen angegriffen, den Vorschlag, wenigstens zunächst einmal das Bundeskriegswesen zu reformieren, und der Bundestag stimmte auch diesem Antrage zu. Sofort kamen nun aber auch die Minister der Mittelstaaten, an ihrer Spitze der ehrgeizige und intrigante sächsische Minister von Beust, und brachten noch ein halbes Dutzend anderer Reformpläne vor, sicherlich nur in der Absicht, Verwirrung anzurichten. Und da außerdem Oesterreich erklärte, auf die Reformvorschläge Preußens nur eingehen zu können, „wenn Preußen die Garantie für die Sicherheit des venetianischen Besitztums Oesterreichs übernehmen wolle", was Preußen natürlich ablehnen mußte, da es die deutsche Sache nicht mit einer Angelegenheit verquicken konnte, die mit Deutschland absolut nichts zu thun hatte — so wurden alle Reformvorschläge wieder ad acta gelegt, und es blieb abermals beim alten.

Nur in einer Angelegenheit drang Preußen durch, in der kurhessischen; allerdings hatte sich die auch nachgerade zu einer wahren Schmach für Deutschland entwickelt. Der Kurfürst hatte schon 1852 die Verfassung von 1831 eigenmächtig aufgehoben und dem Lande im Mai 1860 eine neue Verfassung nach seinem Geschmacke aufgedrungen. Der Landtag erklärte jedoch die alte Verfassung als nach wie vor zu Recht bestehend, und nun erfolgte eine Kammerauflösung nach der anderen, während die ganze Verwaltung des Landes in eine heillose Unordnung geriet. Ein Antrag der beiden Großmächte beim Bundestage, dem aller Gerechtigkeit Hohn sprechenden Zustande ein Ende zu machen, wurde von diesem

auf die lange Bank geschoben — da ließ Preußen kurzer Hand zwei Armeecorps marschbereit machen und drohte mit der Besetzung Kurhessens. Nun beeilte sich auch Oesterreich, die Angelegenheit zu fördern; der Bundestag nahm plötzlich den Antrag auf Wiederherstellung der Verfassung von 1831 an, worauf sich der Kurfürst, von allen Seiten gedrängt, endlich gezwungen sah, die alte Verfassung zu restituieren und auch den verhaßten Minister Hassenpflug zu entlassen.

Die Bedeutung Preußens trat aber unterdessen auch noch in ganz anderer Weise in die Erscheinung. Napoleon III. hatte längst herausgefühlt, daß Preußen ein im Aufblühen begriffener Staat sei, der vielleicht in Deutschland noch eine ähnliche Rolle wie Piemont in Italien spielen werde. Er suchte daher eine Annäherung an Preußen und ließ dem Prinzregenten andeuten, daß er ihm bei den Reformen, die er wohl in Deutschland einzuführen gedenke, gern behilflich sein wolle — wenn dann dabei auch etwas für Frankreich abfalle. So würden die französischen Waffen z. B. gern für die Erwerbung Schleswig-Holsteins für Preußen eintreten, wenn dies alsdann das preußische linke Rheinufer an Frankreich überlassen wolle. Auch ein „Tausch" mit dem Saarbezirke wurde angeregt. Allein der Prinzregent wies diese Handelsgeschäfte entschieden zurück und erklärte auch einmal offen bei einer Reise durch das Saargebiet, „niemals werde er einwilligen, daß auch nur eine Scholle deutscher Erde dem Vaterlande verloren gehe." Napoleon III. ließ sich aber dadurch nicht abschrecken; immer wieder suchte er mit Preußen anzuknüpfen. Hierzu schien ihm besonders eine persönliche Begegnung mit dem Prinzregenten förderlich; allein zweimal lehnte der Prinzregent eine solche ab, und als zum dritten Male die Anfrage von Paris kam, erklärte sich der Prinzregent nur dann zum Empfange des Kaisers

bereit, wenn „die volle Unverletzlichkeit deutschen Gebietes in vollem Umfange als Basis aller Besprechungen gesichert" sei. Wohl oder übel mußte Napoleon III. auf diese Bedingung eingehen und erhielt nun eine Einladung für Mitte Juni 1860 nach Baden-Baden. Kaum aber war etwas über die beabsichtigte Zusammenkunft bekannt geworden, so bemächtigte sich aller deutschen Fürsten eine große Aufregung; sie fürchteten, daß Preußen sie im Einverständnis mit Frankreich „verschlucken" wolle. Der König von Hannover kam selbst nach Berlin und suchte den Prinzregenten zu bewegen, die Entrevue wieder abzusagen. Der Prinzregent half jedoch auf eine andere Weise; er lud auch alle deutschen Fürsten nach Baden-Baden, so daß es nun dort am 15., 16. und 17. Juni einen großen Fürstentag gab, an dem sowohl die Könige von Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover, wie auch ein großer Teil der übrigen deutschen Fürsten teilnahmen. Es wurden glänzende Paraden und große Festessen abgehalten, und Napoleon III. versicherte, daß es ihm auf das angelegentlichste darum zu thun sei, den Frieden zu erhalten, und daß er die Zusammenkunft nur gewünscht habe, um die Aufregung der Gemüter in Deutschland zu beschwichtigen, die, wie ihm wohl bekannt, von der Besorgnis erfüllt seien, daß die Annexionspolitik auch auf Teile Deutschlands ausgedehnt werden könnte.

Diese Bekenntnisse eines so edeln Herzens beruhigten denn auch sehr; die Fürsten nahmen in außerordentlich freundlicher Weise vom Kaiser Abschied, aber kaum war dieser wieder in Straßburg, so änderte sich auch schon die Stimmung, und als der Prinzregent noch eine Konferenz abhielt, in der er den Fürstlichkeiten noch einmal ein Bild der Situation entwarf und dabei natürlich auch auf die Reform des Bundes zu sprechen kam, brach ein allgemeiner Sturm

los. Der König von Württemberg erklärte im Namen der vier Könige, daß man sich zu einer Reform, wie sie Preußen vorgeschlagen, nie entschließen könne, höchstens zu engeren Militärverträgen, bei denen aber Preußen Garantieen zur besseren Bekämpfung der revolutionären Elemente bieten müsse. Der König von Hannover und der König von Bayern stimmten hier laut bei, und der König von Württemberg fuhr fort, daß es sich besonders um — gewisse Vereine, vor allem um Unterdrückung des Nationalvereins, handele, worauf der König von Sachsen bemerkte, man könne doch nicht leugnen, daß diese Vereine die bedenklichsten Schlagworte in die Massen zu werfen suchten, und daß, ob man es nun beabsichtige oder nicht, aufrührerische Tendenzen durch dieselben propagiert würden. Endlich ließ noch der König von Hannover einige dunkle Worte von Bundes-Exekution gegen solche Bundesfürsten fallen, welche sich nicht scheuten, an der Agitation teilzunehmen. Diese Bemerkung zielte natürlich auf den Herzog Ernst von Koburg-Gotha, der mit in dem Kreise der Fürsten stand. Er hat später in seinen „Denkwürdigkeiten" eine sehr dramatische Schilderung dieser Fürstenkonferenz gegeben.

Auf den Prinzen von Preußen machte die große Erregung der Fürsten einen sehr tiefen Eindruck; er suchte der Scene dadurch ein Ende zu machen, daß er erklärte, er habe hier nur seine Ansichten darlegen wollen, alles übrige müsse er auf die Verhandlungen der Kabinette verweisen, aber er sagte sich auch zugleich, daß diese Verhandlungen ergebnislos sein würden, daß bei solchen Anschauungen niemals eine Reform in den deutschen Verhältnissen herbeigeführt werden könne. Diese klare Erkenntnis war jedenfalls das wichtigste Ergebnis der Baden-Badener Fürstenkonferenz. Der Prinzregent legte jetzt das Hauptgewicht seiner Thätigkeit auf die

Reorganisation von Preußen; erst sollte ein neugekräftigtes Preußen entstehen, ehe er wieder nach einem fester gefügten Deutschland streben wollte, und dieses neue, nach allen Seiten hin Achtung gebietende Preußen konnte nur geschaffen werden durch eine Stärkung und Vermehrung des Heerwesens.

Leider war es dem Prinzregenten nicht möglich, den Landtag von der Notwendigkeit der Heeresreorganisation zu überzeugen, und infolgedessen entstand ein langer und unheilvoller Konflikt zwischen Fürst und Volk, der erst verschwand, als durch die That bewiesen werden konnte, wie notwendig diese Reorganisation war. Sehr richtig sagt Maurenbrecher („Gründung des Deutschen Reiches," Leipzig 1892), daß für eine spätere Betrachtung das Verhalten des Landtages gegenüber der Heeresreorganisation fast unbegreiflich sein werde. Er sucht es zunächst in der mangelhaften Klarheit und Nachdrücklichkeit zu erklären, mit der die Vorlage im Landtage durch die Minister — „brave Leute, aber schwächliche und blutleere Charaktere" — vertreten wurde, dann aber fährt er fort: „Es fehlte damals überhaupt das Verständnis für Heeresfragen nicht nur den liberalen Abgeordneten, sondern auch den liberalen Ministern. Es war eine Erbsünde des deutschen Liberalismus, sich im Gegensatz zu dem Heere zu fühlen. Man unterschätzte damals die Bedeutung des Heeres für die Existenz des Staates, insbesondere die Bedeutung der allgemeinen Wehrpflicht. Wohl deklamierte man sehr viel über die Vorzüge der allgemeinen Dienstpflicht, besonders über die Landwehr; man schuf Trugbilder und Hirngespinste; man lebte der Einbildung, als ob der deutsche Erbfeind 1813 der Hauptsache nach durch die Landwehr besiegt worden sei. Stehende Heere schienen überhaupt im Kriege Nebensache zu sein; denn die Kriegsarbeit müsse — so meinte man — doch schließlich immer die Landwehr thun. Man übersah oder leugnete alle die Mängel und Fehler der Landwehr von 1813, man wollte nichts davon hören, daß die damalige Landwehr eine ephemere Schöpfung der Notlage gewesen. Die Stimmen der militärischen Kritik an der Landwehr, überhaupt an den Einrichtungen des Heeres, wurden verhöhnt oder überschrieen oder verlästert."

Bisher galt in betreff des Heeres in Preußen das Gesetz vom 3. September 1814. Nach diesem bestand die militärische Macht in dem stehenden Heere und der Landwehr. Der Dienstpflichtige blieb drei Jahre im Heere, war dann zwei Jahre Reservist, hierauf bis zu seinem 32. Lebensjahre Landwehrmann ersten und von da ab bis zu seinem 39. Lebensjahre Landwehrmann zweiten Aufgebots. Der neue Heeresorganisationsplan wollte nun die Grundformen dieser Heereseinrichtung durchaus nicht antasten, sondern nur, den Zeitverhältnissen ensprechend, weiter ausbauen; es sollten statt der bisherigen 40000 künftig 63000 Wehrpflichtige zum Dienst herangezogen werden, wodurch sich dann die Friedensstärke des Heeres von 150000 auf 213000 Mann hob; dabei sollte die Zahl der Linien-Infanterieregimenter unter Reduktion ihrer Friedensstärke verdoppelt und außerdem zehn neue Kavallerie-Regimenter errichtet werden. Endlich sollte die Dienstperiode des Reservisten um zwei Jahre verlängert, dagegen aber die Dienstpflicht des Landwehrmanns ersten Aufgebotes um drei und die desjenigen zweiten Aufgebotes um zwei Jahre verkürzt werden, so daß sich dann die Gesamtdienstzeit um drei Jahre verkürzte.

Das Abgeordnetenhaus hatte zwar allerlei an der neuen Heeresverfassung zu bemängeln, konnte sich aber doch auch nicht entschließen, die Vorlage rund heraus zu verwerfen, und bewilligte die Kosten für die Neueinrichtung zu „einstweiliger Kriegsbereitschaft" vorläufig nur auf ein Jahr. Dadurch

geriet die Regierung in eine sehr mißliche Lage; sie verwandte das ihr bewilligte Geld zu dem entsprechenden Zwecke, richtete die neuen Truppenteile ein, besaß aber nicht die Garantie, daß sie die neue Organisation auch zu einem endgültigen Abschluß werde bringen können. Wie, wenn die weiteren Kosten nicht bewilligt wurden?

Noch während diese peinliche Frage offen war, starb Friedrich Wilhelm IV., und der nunmehrige König Wilhelm I. nahm jetzt wiederholt Gelegenheit, auf die Notwendigkeit der Heeresreorganisation hinzuweisen. In dem Manifest „An mein Volk" betonte er gleich nach den Eingangssätzen die Notwendigkeit der Stärkung der Wehrkraft Preußens und hob auch hervor, daß das Vertrauen auf die Ruhe Europas erschüttert sei, und bei der Eröffnung des Landtages am 14. Januar 1861 erklärte er, er erwarte, „der gegenwärtigen Lage Deutschlands und Europas gegenüber", auf das bestimmteste, die Landesvertretung werde sich der Aufgabe nicht versagen, das in der Heeres-Reorganisation „Geschaffene zu bewahren und in seiner Entwicklung zu fördern"; sie werde sich „der Unterstützung von Maßnahmen nicht entziehen, auf welchen die Sicherheit Deutschlands und Preußens beruht." Aber das Abgeordnetenhaus kam auch jetzt noch nicht aus seiner Halbheit heraus; es bewilligte abermals nur ein Pauschquantum im Extraordinarium für die neue Heereseinrichtung und machte außerdem noch einen Abstrich von 750 000 Thalern. Der König war hierüber verstimmt, bemerkte aber doch beim Schluß des Landttages, daß er, da die Regierung die Herstellung regelmäßig geordneter Etatsverhältnisse im Ressort der Militärverwaltung nicht aus dem Auge verlieren werde, über die Form der Bewilligung hinwegsehe, die das Lebensprincip der großen Maßregel nicht berühre.

Eine endgültige Verständigung wurde aber auch weiterhin nicht erzielt; die Ansichten gingen sogar, je länger die Heeresreorganisation besprochen wurde, desto weiter auseinander; dabei wuchs die Gereiztheit auf beiden Seiten. Im Abgeordnetenhause bildete sich eine große Schwatzhaftigkeit heraus, ein üppig wuchernder Dilettantismus, der über alles mit der Sicherheit des Fachmanns redete, und außerdem trat das Bestreben hervor, dem Parlament die ganze Regierungsgewalt zu erobern, aus Preußen einen parlamentarischen Staat nach englischem Muster zu machen. „Die Verfassung von 1850 entsprach dem Ideale der Liberalen nicht", schreibt Maurenbrecher, „sie galt deshalb als unfertig und verbesserungsfähig; man würde sie durch die Praxis in der parlamentarischen Richtung auszulegen und alle Lücken in ihr aus dem allgemeinen konstitutionellen Staatsrechte, aus der Idee des parlamentarischen Staatslebens zu ergänzen haben." Diesen „Ergänzungsversuchen" widersetzte sich aber der König mit aller Energie und glaubte daher die Rechte der Krone um so nachdrücklicher betonen zu müssen. Aus dieser Stimmung heraus kündigte er am 6. Juli 1861 an, daß er beschlossen habe, anstatt des „ehrwürdigen Herkommens" der Erbhuldigung, in Betracht der Veränderungen, welche in der Verfassung der Monarchie eingetreten, die feierliche Krönung zu erneuern, durch welche von seinem erhabenen Ahnherrn König Friedrich I. die erbliche Königswürde im Hause Hohenzollern begründet worden. Weiterhin erklärte er, daß er durch diese Krönungsfeier „von dem geheiligten und in allen Zeiten unvergänglichen Rechte der Krone, zu der er durch Gottes Gnade berufen worden, Zeugnis ablegen und von neuem das durch eine glorreiche Geschichte geknüpfte Band zwischen seinem Hause und dem Volke Preußens befestigen wolle."

Diese starke Hervorhebung des Königtums von Gottes

Gnaden, sowie überhaupt die ganze Wiederauffrischung des Krönungspompes erregte nicht nur in Preußen, sondern auch in ganz Deutschland lebhafte Mißbilligung. Man hatte seinerzeit den Prinzen von Preußen frohen Herzens als denjenigen begrüßt, der die deutschen Verhältnisse zeitgemäß umgestalten werde, und nun mußte man sehen, daß er sich, nachdem er kaum den Thron bestiegen, konservativer als sein Bruder zeigte und sogar mit mittelalterlichen Ceremonien kam, von denen man geglaubt hatte, daß sie längst für alle Zeiten abgethan seien. Die Opposition gegen den König wuchs daher beständig. Schon hatte sich am 9. Juni 1861 von der allgemeinen liberalen Partei, die unter der Führung Georg von Vinckes stand, der große linke Flügel abgetrennt und unter dem Namen „deutsche Fortschrittspartei" selbständig gemacht; jetzt bildeten sich noch verschiedene Nebenströmungen, die bis zur Demokratie hinüberführten. Ein Leipziger Student, Oskar Becker, ließ sich von der allgemeinen Erregung so hinreißen, daß er am 14. Juli 1861 in Baden-Baden auf den König ein Attentat verübte, bei dem die Kugel glücklicherweise ihr Ziel verfehlte.

Trotz alledem fanden die Krönungsfeierlichkeiten am 18. Oktober 1861 zu Königsberg unter der größten Prachtentfaltung statt. Der König hielt es eben für seine Pflicht, unter den obwaltenden Zeitverhältnissen die Würde der Krone hier auch äußerlich zum vollsten Ausdruck zu bringen. Die Ceremonie ging in der Schloßkirche vor sich, und dort nahm er die „von Gott empfangene Krone von Gottes Tisch", setzte sie sich selbst aufs Haupt und krönte dann auch die Königin. Alsdann erwiderte er auf verschiedene Ansprachen: „Von Gottes Gnaden tragen Preußens Könige seit 160 Jahren die Krone; aber eingedenk, daß die Krone nur von Gott kommt, habe ich durch die Krönung

an geheiligter Stätte bekundet, daß ich sie in Demut aus seinen Händen empfangen habe." Doch unterließ er auch nicht zu versichern: es sei „seine Pflicht und sein ernster Wille, der beschworenen Verfassung und den Rechten der Landesvertretung ihre volle Geltung zu wahren, in gleichem Maße aber auch die Rechte der Krone zu sichern und sie in der ungeschmälerten Kraft zu erhalten, welche für Preußen zur Erfüllung seines Berufes notwendig sei, und deren Schwächung dem Vaterlande zum Verderben gereichen würde."

Der gesteigerte Gegensatz sollte nun sehr bald in die Erscheinung treten. Am 6. Dezember 1861 wurde das Abgeordnetenhaus neu gewählt, und hierbei ergab es sich denn, daß die Vertreter der Fortschrittspartei die weitaus meisten Stimmen erhielten. Darauf begannen die Debatten über die Heeresreorganisation und das Budget aufs neue. General von Roon, der mittlerweile das Kriegsministerium übernommen hatte, trat mit Energie und Gewandtheit für die Forderungen der Regierung ein, erreichte aber noch weniger als sein Vorgänger Bonin. Dabei mußte er noch den Vorwurf über sich ergehen lassen, daß die Regierung bereits rechtswidrig gehandelt habe, denn sie sei nicht befugt gewesen, die neuen Regimenter schon jetzt, da die Geldmittel erst provisorisch bewilligt worden, endgültig zu formieren. Es war also nunmehr zum vollständigen Konflikte zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus gekommen. Noch einige Differenzen bei der Budgetberatung — und das Ministerium sah sich außer stande, die Geschäfte weiter zu führen. Es trat zurück, und das Abgeordnetenhaus wurde aufgelöst. Darauf kam ein Ministerium Hohenlohe, in dem Roon wieder das Kriegsministerium und Heinrich von Mühler das Kultusministerium übernahm, und dieses Ministerium suchte durch Wahlerlasse, „Belehrungen" und einen energi-

schen Druck auf die Beamtenwelt eine willfährige Kammer zu stande zu bringen. Allein dadurch wurde die Situation nur verschlimmert. In der Presse erhob sich ein Sturm der Entrüstung; die Professoren der Universitäten Berlin und Bonn erließen Proteste gegen das Verfahren der Regierung.

Die Folge war, daß die Regierung bei der Wahl am 6. Mai 1862 eine vollständige Niederlage erlitt und dann bei der Budgetberatung in eine Katastrophe geriet, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Die Ausgaben für die Heeresreorganisation wurden zunächst wieder in das „Extraordinarium" gesetzt, worauf eine fünftägige Redeschlacht begann. Der Finanzminister von der Heydt gab zu, daß die neu formierten Regimenter allerdings so lange noch nicht als definitive betrachtet werden könnten, als die verfassungsmäßige Zustimmung für die Ausgaben fehle, aber die Regierung habe, überzeugt von der Notwendigkeit der Heeresreorganisation, im guten Glauben auf die schließliche Bewilligung der Mittel, die Regimenter bereits formiert und die Offiziere ernannt; bei einer Verweigerung der Mittel werde sie in einen Notstand geraten, den man zunächst noch gar nicht übersehen könne. „Das sei dann jedenfalls Sache der Regierung," entgegnete das Abgeordnetenhaus, „sich aus dieser mißlichen Lage herauszuhelfen; aber nun und nimmer dürften auch fernerhin Jahr aus Jahr ein Ausgaben gemacht werden, die nur einmal für ein Jahr extraordinär bewilligt worden seien." Die Regierung war ratlos. „Dann müssen wir," erklärten ihre Vertreter, „die Geschäfte ohne Etatsgesetz auf unsere Verantwortung weiterführen; das Heer auf seinen früheren Stand zurückschrauben, ist eine Unmöglichkeit."

Darauf strich das Haus am 23. September 1862 alle

Posten für die Reorganisation des Heeres mit 308 gegen 11 Stimmen. Der vollständige Bruch mit der Regierung war vollzogen.

Hohenlohe und von der Heydt traten zurück — aber wer sollte nun die Zügel in die Hand nehmen, wer sollte den schlimm verfahrenen Staatswagen wieder auf den ebenen Weg bringen? Man suchte sein Heil bei einem Diplomaten, dessen Energie und Scharfblick sich zwar bereits wiederholt bewährt hatten, der aber doch in weiteren Kreisen noch ziemlich unbekannt war: bei dem preußischen Gesandten in Paris, Otto von Bismarck. Schon mehrmals hatte Roon auf auf ihn hingewiesen und endlich seine Berufung veranlaßt. Am 20. September 1862 langte Bismarck aus Frankreich in Berlin an, und am 23. September übernahm er, nachdem er zu Babelsberg eine lange Unterredung mit dem tiefbekümmerten König Wilhelm gehabt hatte, einstweilen interimistisch die Staatsgeschäfte. Ein großartiger Umschwung in der preußischen und deutschen Politik wurde damit eingeleitet.

Der neue Leiter des Ministeriums stand im 47. Lebensjahre und brachte eine gewaltige Arbeitskraft und einen frohen Wagemut mit. Bei kecker Genialität ging er rasch über Kleinigkeiten und Kleinkrämerei hinweg und erhielt sich dadurch allezeit ein weites Gesichtsfeld.

Diese starke, durch keinen Bureau- oder Militärdienst verkümmerte Persönlichkeit hatte sich Bismarck infolge glücklicher Lebensverhältnisse zu erhalten vermocht. Geboren am 1. April 1815 auf dem väterlichen Gute Schönhausen, verlebte er dort und auf dem Gute Kniephof in Pommern, das dem Vater alsbald durch Erbschaft zufiel, eine glückliche Kindheit. Weiterhin besuchte er in Berlin das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium und erhielt beim Abiturientenexamen

schen Druck auf die Beamtenwelt eine willfährige Kammer zu stande zu bringen. Allein dadurch wurde die Situation nur verschlimmert. In der Presse erhob sich ein Sturm der Entrüstung; die Professoren der Universitäten Berlin und Bonn erließen Proteste gegen das Verfahren der Regierung.

Die Folge war, daß die Regierung bei der Wahl am 6. Mai 1862 eine vollständige Niederlage erlitt und dann bei der Budgetberatung in eine Katastrophe geriet, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Die Ausgaben für die Heeresreorganisation wurden zunächst wieder in das „Extraordinarium" gesetzt, worauf eine fünftägige Redeschlacht begann. Der Finanzminister von der Heydt gab zu, daß die neu formierten Regimenter allerdings so lange noch nicht als definitive betrachtet werden könnten, als die verfassungsmäßige Zustimmung für die Ausgaben fehle, aber die Regierung habe, überzeugt von der Notwendigkeit der Heeresreorganisation, im guten Glauben auf die schließliche Bewilligung der Mittel, die Regimenter bereits formiert und die Offiziere ernannt; bei einer Verweigerung der Mittel werde sie in einen Notstand geraten, den man zunächst noch gar nicht übersehen könne. „Das sei dann jedenfalls Sache der Regierung," entgegnete das Abgeordnetenhaus, „sich aus dieser mißlichen Lage herauszuhelfen; aber nun und nimmer dürften auch fernerhin Jahr aus Jahr ein Ausgaben gemacht werden, die nur einmal für ein Jahr extraordinär bewilligt worden seien." Die Regierung war ratlos. „Dann müssen wir," erklärten ihre Vertreter, „die Geschäfte ohne Etatsgesetz auf unsere Verantwortung weiterführen; das Heer auf seinen früheren Stand zurückschrauben, ist eine Unmöglichkeit."

Darauf strich das Haus am 23. September 1862 alle

Posten für die Reorganisation des Heeres mit 308 gegen 11 Stimmen. Der vollständige Bruch mit der Regierung war vollzogen.

Hohenlohe und von der Heydt traten zurück — aber wer sollte nun die Zügel in die Hand nehmen, wer sollte den schlimm verfahrenen Staatswagen wieder auf den ebenen Weg bringen? Man suchte sein Heil bei einem Diplomaten, dessen Energie und Scharfblick sich zwar bereits wiederholt bewährt hatten, der aber doch in weiteren Kreisen noch ziemlich unbekannt war: bei dem preußischen Gesandten in Paris, Otto von Bismarck. Schon mehrmals hatte Roon auf auf ihn hingewiesen und endlich seine Berufung veranlaßt. Am 20. September 1862 langte Bismarck aus Frankreich in Berlin an, und am 23. September übernahm er, nachdem er zu Babelsberg eine lange Unterredung mit dem tiefbekümmerten König Wilhelm gehabt hatte, einstweilen interimistisch die Staatsgeschäfte. Ein großartiger Umschwung in der preußischen und deutschen Politik wurde damit eingeleitet.

Der neue Leiter des Ministeriums stand im 47. Lebensjahre und brachte eine gewaltige Arbeitskraft und einen frohen Wagemut mit. Bei kecker Genialität ging er rasch über Kleinigkeiten und Kleinkrämerei hinweg und erhielt sich dadurch allezeit ein weites Gesichtsfeld.

Diese starke, durch keinen Bureau- oder Militärdienst verkümmerte Persönlichkeit hatte sich Bismarck infolge glücklicher Lebensverhältnisse zu erhalten vermocht. Geboren am 1. April 1815 auf dem väterlichen Gute Schönhausen, verlebte er dort und auf dem Gute Kniephof in Pommern, das dem Vater alsbald durch Erbschaft zufiel, eine glückliche Kindheit. Weiterhin besuchte er in Berlin das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium und erhielt beim Abiturientenexamen

für den deutschen Aufsatz eine vorzügliche Note. Als ausgezeichneter Stilist sollte er sich auch später bewähren. Er ging nun nach Göttingen und studierte hier die Rechtswissenschaft; aber die trockene Gelehrsamkeit war nicht seine Sache, gegen eine mechanische Schulung sträubte sich sein ganzes Wesen. Dagegen genoß er die akademische Freiheit mit vollen Zügen; er wurde der flotteste Corpsbursche, der kühnste Reiter und der gewandteste Schläger. Soll er doch achtundzwanzig Zweikämpfe ausgefochten und nicht eine einzige Schmarre davongetragen haben. Nach absolviertem Universitätsstudium versuchte er es zunächst in der Verwaltungs-Carrière, aber auf die Dauer vermochte er sich nicht in den Dienstzwang einschnüren zu lassen und war daher sehr befriedigt, daß er 1839 die Bewirtschaftung des Gutes Kniephof übernehmen konnte. Hier ließ er seinem Drange nach einem ungebundenen Leben die Zügel schießen, führte im tollen Uebermut die verwegensten Streiche aus und trank nicht selten bei den Zechgelagen, die er veranstaltete, mit dämonischer Freude seine sämtlichen Gäste unter den Tisch. Dazwischen kamen aber auch Tage und Wochen der geistigen Sammlung; er sehnte sich nach Vertiefung und studierte dann Goethe, Shakespeare, Spinoza, Machiavelli und historische Schriften. Wie oft hat er später seine Zuhörer im Landtage und Reichstage durch seine litterarischen Kenntnisse überrascht! Sie waren die Früchte der Studien auf dem einsamen Kniephof. Mittlerweile stiegen die politischen Wolken auf, und auch der Junker Bismarck wurde in den Gewittersturm hineingezogen; er wurde Abgeordneter und nahm als solcher 1847 an dem Vereinigten Landtage teil. Der ungestüm vorwärts drängende Liberalismus war ihm unbehaglich; trotzig stellte er sich ihm entgegen, und als die „Kreuzzeitung“ zum Sammeln blies, war er einer

von denen, die sich unmittelbar unter ihre Fahne stellten. Mit verblüffender Offenheit rief er: „Ich gestehe, daß ich voller Vorurteile stecke; ich habe sie mit der Muttermilch eingesogen, und es will mir nicht gelingen, sie wegzudisputieren.“ Nun stand er mitten im politischen Leben und kämpfte mit großer Heftigkeit für Königtum und Heer. Und in der Hitze des Gefechts trat er sogar für die Schmach von Olmütz ein. Infolgedessen wurde man in den Regierungskreisen auf ihn aufmerksam und übertrug ihm die Vertretung Preußens am Bundestage in Frankfurt. Damit erfuhr das Leben Bismarcks eine hochwichtige Wendung. Der junge Diplomat lernte hier all das kleine Drum und Dran des geschäftlichen Verkehrs, erwarb sich eine große Personalkenntnis, und vor allem erkannte er das schiefe Verhältnis Preußens zu Oesterreich. Sehr rasch orientierte er sich, und dann zeigte er schon in den ersten Schritten seines Wirkens seine eminente staatsmännische Begabung. „Eine freigebige Natur,“ sagt Sybel, „hatte ihn mit allen Erfordernissen des Herrscherberufes ausgestattet, mit rascher und durchdringender Auffassung aller Verhältnisse, mit scharfer Erkenntnis der Stärken und Schwächen jeder Position, mit sicherem Blick für die Brauchbarkeit der verschiedensten Menschen zur Förderung seiner Zwecke. Mit einer unerschütterlichen Willenskraft in der Verfolgung seiner Absichten verband er eine niemals versagende Elasticität des Geistes in der wechselnden Anwendung des jedesmal zweckmäßigen Verfahrens; ohne jemals einen systematischen Unterricht durchgemacht zu haben, besaß er die Fähigkeit, welche Thucydides von Themistokles rühmt, durch die Macht seiner Natur in kurzem Nachdenken das Erforderliche sofort zu treffen.“

Ueber das Treiben am Bundestage war er natürlich sehr bald tief empört. „Was hier gelogen und intriguiert

wird, den Rhein auf und ab," schrieb er gleich nach dem Beginn seiner Thätigkeit an den General Leopold von Gerlach (Briefwechsel L. v. Gerlachs mit Bismarck, Berlin 1893), „davon hat der ehrliche Altmärker gar keine Vorstellung." Und seiner Frau berichtete er: „Der hiesige Verkehr ist im Grunde nichts als gegenseitiges mißtrauisches Ausspionieren, und wenn man noch etwas auszuspüren und zu verbergen hätte! Es sind lauter Lappalien, mit denen die Leute sich quälen, und diese Diplomaten sind mir schon jetzt mit ihrer wichtig thuenden Kleinigkeitskrämerei viel lächerlicher, als der Abgeordnete der Zweiten Kammer im Gefühl seiner Würde. Ich habe nie daran gezweifelt, daß sie alle mit Wasser kochen, aber eine solche nüchterne, einfältige Wassersuppe, in der auch nicht ein einziges Fettauge zu spüren ist, überrascht mich." Allerdings vermochte auch er nicht den Verhandlungen einen tiefern Inhalt zu geben. „Meine bald siebenjährige Amtsthätigkeit hier," schrieb er daher offen im Jahre 1858 in einem Privatbriefe an den Minister von Manteuffel, „ist ein ununterbrochener Kampf gegen Uebergriffe aller Art gewesen, gegen die unablässigen Versuche, den Bund auszubeuten als ein Instrument zur Erhöhung Oesterreichs, zur Verminderung Preußens." Desto fester wurde bei ihm die Ueberzeugung, daß das bisherige Bundesverhältnis ein Gebrechen Preußens sei. „Leidlich österreichisch" gesinnt, so gesteht er Gerlach freimütig ein, sei er nach Frankfurt gegangen; allein sehr bald habe sich ihm die innerliche Unverträglichkeit dieser beiden in ihrem Wesen so grundverschiedenen politischen Faktoren erwiesen. Und ein andermal sagt er es gerade heraus, daß dieses Gebrechen Preußens „früher oder später ferro et igni (mit Feuer und Schwert) werde geheilt werden müssen."

Auch in seinen amtlichen Berichten, die er nach Berlin

schickte, brachte er diese Anschauungen zum Ausdruck und erregte dadurch — natürlich nur in den engsten Regierungskreisen — bald großes Aufsehen. Besonders frappierte er durch die schlagende und kühne Art, mit der er seine Behauptungen bewies. „Das ist der Mann," soll Friedrich Wilhelm IV. einmal bei dem Lesen eines solchen Berichtes ausgerufen haben, „der mich einst rächen wird!" Aber noch scheute man sich, die vorgeschlagene Kur mit Feuer und Schwert vorzunehmen, und schickte den Operateur, der immer wieder das Messer wetzte, im Frühjahr 1859 als Gesandten nach Petersburg. Er wurde „kalt gestellt", wie er selbst sagte, „an die Newa, wie Champagner zum späteren Gebrauch." Dort blieb er, ohne sich besonders behaglich zu fühlen, bis zum Mai 1862 und ging dann als Gesandter nach Paris, um nun endlich im Herbst die höchste Staffel des Staatsmannes zu ersteigen.

Jedoch nur zaudernd legte König Wilhelm das Staatsruder in die gewaltige Faust, von der er wohl wußte, daß sie gelegentlich auch nicht vor einer Gewaltthätigkeit zurückschrecken werde, und ausführlich klärte er den neuen Berater erst über die Lage auf, ehe er ihm die Leitung der Geschäfte übertrug. Zunächst legte er ihm die wichtigste Frage vor: ob es vielleicht das Beste für ihn, den König, sei, abzudanken. Aber Bismarck entgegnete sofort: „Dahin darf es bei uns niemals kommen!" und bat den König inständig, solche Gedanken vollständig aufzugeben. Darauf erklärte der König, daß er keinen Ausweg mehr wisse, denn die Heeresreorganisation könne er nicht aufgeben, sie sei für den Fortbestand der Monarchie unerläßlich. Es bleibe dann nichts weiter übrig, als ohne Mehrheit und ohne Budget weiter zu regieren, und er richtete an Bismarck die Frage, ob er dies Wagnis unternehmen wolle. Mit aller Entschiedenheit

bejahte Bismarck das. „Aber auch ohne Preisgebung der Heeresreorganisation?" fragte der König. Auch das versicherte Bismarck. Darauf legte der König ein umfangreiches Schriftstück vor, in welchem er ein ausführliches Regierungsprogramm entwickelt hatte. Bismarck bemerkte jedoch, es dürfte zur Zeit das Beste sein, sich nicht an Einzelheiten zu binden. Es stehe augenblicklich nur die Frage zur Entscheidung, ob die Krone oder die Mehrheit des Landtages regieren solle; er meine, die erstere, und diese Anschauung möge zunächst das Regierungsprogramm sein. Der König stimmte zu, und Bismarck übernahm die Leitung des Ministeriums.

Sofort änderte sich die Physiognomie des Konflikts. Bismarck hob den Streit in einen höheren Gesichtspunkt hinauf und rückte das Verhältnis Preußens zum Auslande in eine schärfere Beleuchtung. Zugleich griff er resolut in die Beratungen des Abgeordnetenhauses ein, erklärte die Beschlüsse vom 16. und 23. September für „unausführbar" und zog die Budgetvorlage für 1862 zurück. Und in der Budgetkommission hielt er eine Rede, wie sie so geistsprühend und mit so kecker Genialität bisher noch von keinem preußischen Minister gehört worden war. „Der Konflikt wird zu tragisch aufgefaßt," rief er mit selbstbewußter Ueberlegenheit, „und von der Presse zu tragisch dargestellt. Die Regierung sucht keinen Kampf. Kann die Krisis mit Ehren beseitigt werden, so bietet die Regierung gern die Hand dazu. Preußen hat die Vorliebe, eine zu starke Rüstung für seinen schmalen Leib zu tragen; es muß aber seine Rüstung auch nützen. Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf Preußens Macht. Preußen muß seine Kraft zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einmal verpaßt ist. Preußens Grenzen, wie sie die Wiener Verträge geschaffen haben, sind zu einem gesunden Staatskörper nicht

günstig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen — sondern durch Blut und Eisen!"

Das Abgeordnetenhaus ließ sich aber auf nichts weiter ein, und so erklärte Bismarck am 13. Oktober 1862 beim Schluß des Landtages: die Regierung beklage, daß eine Einigung nicht zu stande komme, sie könne sich aber nicht der schweren Pflichtverletzung schuldig machen und die ausgeführte Umformung der Heeresverfassung preisgeben, sie müsse deshalb den Staatshaushalt ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Unterlage, d. h. ohne ein von der Kammer genehmigtes Budget führen. Sie hoffe aber, daß dieser beklagenswerte Zustand später einmal dadurch ein Ende nehme, daß die Ausgaben der Regierung seinerzeit die nachträgliche Genehmigung erhalten würden. Bei diesem Vorbehalte, so meinte er, könne von einem Bruch der Verfassung keine Rede sein.

Die weitaus größte Mehrzahl des Volkes war aber durchaus nicht dieser Meinung; die Aufregung und Erbitterung wuchs daher beständig, und als am 14. Januar 1863 der Landtag wieder eröffnet wurde, legte der Abgeordnete Virchow dem Abgeordnetenhause eine Adresse an den König vor, in der er es offen aussprach, „daß die Verfassung durch die Minister schon jetzt verletzt, daß das schwere Uebel einer budgetlosen Regierung über das Land gekommen sei, und daß der innere Friede und die Kraft nach außen dem Lande nur durch die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen wiedergegeben werden könne." Darauf trat Bismarck abermals mit großer Heftigkeit der Anschauung entgegen, daß bereits ein Verfassungsbruch vorliege; er berief sich auf den Artikel 99 der Verfassung, nach welchem alljährlich

durch ein Gesetz der Staatshaushalts-Etat festgestellt werden müsse; bei dem Zustandekommen dieses Gesetzes müßten drei Gewalten mitwirken, die Krone, das Herrenhaus und das Abgeordnetenhaus. Könne eine Vereinbarung zwischen diesen drei Gewalten nicht stattfinden, so fehle es in der Verfassung an jeglicher Bestimmung darüber, welche von ihnen nachgeben müsse. Man sei dann auf den Weg der Kompromisse angewiesen. Mit Recht habe denn auch ein erfahrener Staatsmann gesagt, daß das ganze Verfassungsleben jederzeit eine Reihe von Kompromissen sei; ohne solche entständen Konflikte, die zu Machtfragen würden. „Wer dann die Macht in Händen hat," schloß er, „geht in seinem Sinne vor, weil das Staatsleben auch nicht einen Augenblick stillstehen kann!" Diese Schlußfolgerung griff der Graf Schwerin auf und protestierte gegen sie; der Minister habe hier schamlos den Grundsatz proklamiert: „Macht geht vor Recht!" Bismarck legte sofort Verwahrung gegen diese Zusammenziehung seiner Worte ein, konnte aber nicht verhindern, daß sie als Schlagwort hinausging und noch nach zwanzig Jahren gegen ihn ins Feld geführt wurde.

Der Adresse Virchows an den König stimmten von 323 Abgeordneten nicht weniger denn 255 zu; aber der König nahm sie gar nicht persönlich entgegen und antwortete in einer Botschaft in sehr scharfem Tone, daß er von den Rechten der Krone nichts preisgeben könne.

Natürlich strich nun der Landtag die Kosten für die Heeresreorganisation abermals. Dabei steigerte sich die Gereiztheit immer mehr. Die Reden Bismarcks fielen oft wie Keulenschläge eines Cyklopen auf die Abgeordneten nieder, und dann wieder blitzten und funkelten sie wie ein diabolischer Sprühregen. Und war Bismarck erschöpft, so trat Roon in die Bresche und hieb außerordentlich gewandt mit

dem Schwerte der Sachkenntnis zwischen die Gegner. Diese wehrten sich mit allen Mitteln; Spott, Hohn, Gelächter, Tumult wurden in Masse verwendet. Alle parlamentarische Sitte schien zu schwinden. Auch die Minister setzten sie außer Acht, sogar mit sichtlicher Geringschätzung des Hauses, und als nun Roon vom Vice-Präsidenten von Bockum-Dolffs zur Ordnung gerufen wurde, bestritt er dem Präsidium das Recht, Ministern Ordnungsrufe zu ertheilen. Darob ein allgemeiner Lärm; die Sitzung wird abgebrochen, und das Haus beschwert sich beim Könige. Der aber verlangt einfach, daß die Beratungen wieder aufgenommen werden. So beginnt denn der Kampf aufs neue; wiederum steigt die Erregung bis zur Siedehitze. Sybel und Gneist klagen laut über die „cynische Frivolität" Bismarcks, und allgemein glaubt man, die Minister arbeiten nur darauf hin, daß der Parlamentarismus „sich durch sich selbst umbringe." Endlich wendet sich das Haus am 22. Mai noch ein zweites Mal mit einer Adresse an den König und verlangt dringend, daß Roon und Bismarck entfernt werden, da diese sonst den Ruin Preußens herbeiführen würden. Allein der König antwortet am 26. Mai sehr aufgebracht, daß das Verlangen des Hauses einen Eingriff in seine Kronrechte bedeute, und daß er im übrigen durchaus der Ansicht seiner Minister sei. Aber er schließt nun am 27. Mai den Landtag.

Doch noch viel gründlicher will jetzt die Regierung mit dem Kampfe der Gegensätze aufräumen. Gestützt auf einen Satz der Verfassung, nach dem es der Regierung im Falle dringender Not gestattet sei, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, die aber der Verfassung nicht zuwider laufen und nur bis zum nächsten Zusammentreten des Landtages Giltigkeit haben dürfen, hebt sie durch eine Verordnung vom 1. Juni die durch die Verfassung gewährleistete Preß-

freiheit auf und geht nun gegen die oppositionellen Zeitungen mit radikalen Mitteln vor. Ein Schrei der Entrüstung hallt durch das Land. Auch der Kronprinz nimmt Gelegenheit, öffentlich zu erklären, daß er diese Maßregel mißbillige. Viele Städte wenden sich mit Adressen an den König und bitten ihn inständig, dem Treiben der Minister Einhalt zu thun; doch der König läßt die Magistrate bedeuten, daß sie sich von Politik fern zu halten haben. Darauf beschließt der Magistrat von Berlin, sich künftig nach dieser Weisung zu richten, und stellt die Absendung der üblichen Glückwunsch-Adressen bei Geburtstagen und sonstigen Festen im königlichen Hause ein. Die Aufregung wächst nach und nach dermaßen, daß man den Ausbruch einer Revolution befürchtet.

Noch ein anderer Umstand trug dazu bei, die allgemeine Unruhe zu steigern: das Auftreten Ferdinand Lassalles, der eine große Arbeiterbewegung hervorrief. Schon Wilhelm Weitling, Marx und Engels hatten in den dreißiger und vierziger Jahren Arbeiterbewegungen mit socialpolitischen Tendenzen veranlaßt, aber erst Lassalle vereinigte zu Anfang der sechziger Jahre die Arbeitermassen vermöge seines agitatorischen Talentes und seiner blendenden Rednergabe zu gemeinsamer Agitation in eine einzige große Körperschaft, zu deren Haupt er sich machte. Er schuf dadurch eine große neue Partei, deren Grundzug die Unzufriedenheit war. Denn er wendete sich, wie der Nationalökonom A. Held („Deutsche Arbeiterpresse der Gegenwart", Leipzig 1873) sehr richtig hervorhebt, nur an diejenigen Arbeiter, bei denen das Gefühl des unterdrückten Paria, des enterbten Proletariers zur herrschenden Empfindung geworden war, der in der Leidenschaft die Lust zu allmählichem Emporsteigen durch mühsame Arbeit, die Lust zu kleinen Errungenschaften verloren hatte — der die Schuld seines Elends ausschließ-

lich außer sich selbst suchte, und dem es die höchste Genugthuung war, Rache zu üben an den Mächten, die er für seine Feinde hielt. Für das „allgemeine Elend" der Arbeiter machte Lassalle ausschließlich den Staat verantwortlich und verlangte zur Hebung der Mißstände Demokratisierung des Staates und im Anschluß hieran Produktivassociation mit Staatshilfe. Dabei erwies er sich aber keineswegs als ein Reformator, der eigene, selbständige Ideen brachte. Seine Lehre vom demokratischen Staate schöpfte er aus der Gedankenflut der französischen Revolution, die Idee von der Produktivassociation mit Staatshilfe nahm er von Louis Blanc, seine vielbesprochene „Lehre vom ehernen Lohngesetz" lieh er von Ricardo, manches andere von Marx, so z. B. die viel verhandelte Zurückführung des Wertes eines Produktes auf Arbeitsquanta. Diese längst bekannten Gedanken trug er aber in glänzender Sprache vor und riß mit ihr die Massen hin. Er bereiste ganz Deutschland, sprach allerwärts vor großen Arbeiterversammlungen und gründete überall Arbeitervereine. Wo er nur auftrat, feierte er Triumphe; bald sahen die Arbeitermassen in ihm ihren Beglücker und Heiland und wählten ihn zum Präsidenten des am 23. Mai 1863 in Leipzig gegründeten Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Eine solche Präsidentenrolle war auch ganz nach seinem Geschmack; er wollte vor allem im öffentlichen Leben glänzen und am liebsten mit seinen Arbeitermassen die Welt aus den Angeln heben. Daneben wünschte er aber auch das Leben zu genießen und als Freund geistreicher Aristokraten im Salon und Boudoir, beim Diner und Souper, wie eine Art modernen Alcibiades den süßen Schaum des Luxus zu schlürfen. Seine Wohnung in Berlin hatte denn auch nichts von der puritanischen Einfachheit eines Volksfreundes, sondern war in der elegantesten Weise eingerichtet, zeigte orientalische

Teppiche, farbenreiche Vorhänge, künstlerische Dekorationen, prächtige Bilder und sah nicht selten die feinste Gesellschaft. Ludwig Pietsch hat sie in seinen Lebenserinnerungen („Wie ich Schriftsteller wurde." Berlin 1893) ausführlich geschildert. Doch schon nach kurzer Zeit nahm Lassalle ein jähes Ende; er verwickelte sich in eine Liebesaffäre mit Helene von Dönniges und wurde darauf von deren Verlobten, dem Walachen J. von Rackowicza, am 28. August 1864 in der Nähe von Genf im Duell so schwer verwundet, daß er am 31. August in Genf den Verletzungen erlag, erst 39 Jahre alt. Der von ihm in den Arbeitermassen geweckte leidenschaftliche Geist der Unzufriedenheit erhielt sich aber und gewann seinen dauernden Ausdruck in der Organisation einer neuen Partei, der *socialdemokratischen*, die ihr Heil von dem socialdemokratischen Staate der Zukunft erwartet.

Diese tumultuarische Gärung im preußischen Staate schwächte natürlich das Ansehen der Monarchie nach außen; man meinte, die ganze Kraft des Landes werde sich bei diesem inneren Kampfe aufzehren, und daher hielt Oesterreich die Zeit für geeignet, wieder energischer auf die *Bundesreform* zurückzukommen. Einem so zerklüfteten Preußen gegenüber mußte es ja leicht sein, sich das Präsidium auch für die Zukunft verbriefen zu lassen. Herr von Schmerling, der jetzt die Geschicke Oesterreichs leitete und von jeher für ein sogenanntes Großdeutschland geschwärmt hatte, ließ unter Mithilfe Beusts ein umfangreiches Reformprojekt ausarbeiten, demzufolge die Leitung der Bundesangelegenheiten einem Direktorium zugewiesen werden sollte. Dieses Direktorium sollte bestehen aus dem Kaiser von Oesterreich, dem König von Preußen, dem König von Bayern und zwei auf drei oder sechs Jahre gewählten sonstigen deutschen Fürsten. Dem Direktorium zur Seite sollte ein Bundesrat stehen.

Der Vorsitz im Direktorium und Bundesrat war natürlich Oesterreich reserviert. Um dann noch dem allgemeinen Wunsche der Nation zu entsprechen, war auch — allerdings kein Parlament, aber eine „Versammlung von Bundesabgeordneten", d. h. eine Körperschaft von 300 Delegierten der deutschen Ständeversammlungen vorgesehen, die sich alle drei Jahre in Frankfurt versammeln und über Gesetzesvorlagen beraten sollte. Bei Kriegsgefahr sollte allen Mitgliedern des Bundes sofort Bundeshilfe zu teil werden, dem Kaisertum Oesterreich auch bei Angriffen auf dessen außerdeutschen Besitz, also z. B. auf Venetien, das ja beständig in Gefahr schwebte.

Um die Angelegenheit schnell in Fluß zu bringen, ward beschlossen, zu Frankfurt einen *Fürstenkongreß* abzuhalten und in diesem illustren Kreise den Grundriß der Reform festzulegen. Das Schwierigste bei der ganzen Sache war aber — das verhehlte man sich gleich von Anfang an nicht — Preußen für das Projekt zu gewinnen. Der Kaiser Franz Joseph reiste daher zu Anfang August 1863 selbst nach Gastein, wo sich damals König Wilhelm zur Kur befand, und überreichte diesem persönlich eine Denkschrift, in der die Notwendigkeit einer Bundesreform dargethan war. Das Bild von den deutschen Zuständen war darin möglichst schwarz gemalt. „Die deutschen Regierungen," hieß es, „fühlen sich in keinem festen Vertragsverhältnis mehr; sie leben nur noch bis auf weiteres im Vorgefühl naher Katastrophen neben einander fort; die deutsche Revolution aber, im stillen geschürt, wartet auf ihre Stunde."

Der König zeigte sich gerne bereit, dem Plane näher zu treten, und beriet sich sofort mit Bismarck, der schon etwas von dem Projekte hatte verlauten hören und daher schleunigst zu seinem Herrn nach Gastein geeilt war, gelangte aber durch die Darlegungen seines Ministers sehr

bald zu der Ueberzeugung, daß die Reform nicht zum Segen Deutschlands gereichen könne. Oesterreich hatte sich dabei die vollständige Oberhand gesichert; dem Wunsche des deutschen Volkes nach einer Volksvertretung war durch die Delegationen keineswegs entsprochen worden, und durch die Verpflichtung, auch den außerdeutschen Besitz Oesterreichs mit verteidigen zu helfen, wurde dem deutschen Volke eine schwere Last auferlegt, die zu übernehmen gar keine Veranlassung vorlag. Der König erklärte infolgedessen dem Kaiser Franz Joseph, daß der hochwichtige Entwurf doch wohl erst in einer Ministerkonferenz vorberaten werden müsse, ehe die Fürsten in Frankfurt über ihn abstimmen könnten. Eine solche Konferenz, in der dann Bismarck mit der Schärfe seines Geistes durchdringen könnte, wollte aber Oesterreich gerade vermeiden; der Kaiser reiste daher alsbald ab, und unmittelbar nachher erhielt der König durch einen Adjutanten die bereits vom 31. Juli datierte schriftliche Einladung nach Frankfurt.

Jetzt lehnte der König rund ab, sich an der Konferenz zu beteiligen. Darauf bat der Kaiser noch einmal in besonderem Handschreiben, doch von der Beratung nicht fern zu bleiben. Abermals antwortete der König abschlägig. Nun erfolgte der Vorschlag, an Stelle des Königs den Kronprinzen zu senden. Auch das wurde abgelehnt. Beständig war Bismarck in der Umgebung des Königs geblieben, um jedes Nachgeben zu verhindern. „Ich kann wegen der Frankfurter Windbeuteleien nicht vom König fort," schrieb er an seine Frau.

Zur Nachkur ging der König nach Baden-Baden. Auch dorthin folgte ihm Bismarck.

Unterdessen ward in Frankfurt der Fürstentag prunkvoll eröffnet; die weitaus größte Mehrheit der Fürsten stimmte dem österreichischen Plane zu — aber wie konnte

er realisiert werden ohne Preußen? Es wurde daher noch einmal eine Kollektiveinladung abgefaßt und der König Johann von Sachsen damit betraut, sie dem König Wilhelm persönlich in Baden-Baden zu überreichen. Alle Hebel wurden eingesetzt, den Widerstrebenden doch endlich zu gewinnen. „Der König ist wohl," schrieb Bismarck nach Hause, „aber von Intriguen umlagert."

Der König von Sachsen war ein Mann, den König Wilhelm hochschätzte; er bat ebenso liebenswürdig wie eindringlich, dem Wunsche der Fürsten doch zu entsprechen. König Wilhelm schwankte; aber Bismarck erklärte fest und bestimmt, eine Teilnahme Preußens an dem Kongreß könne nur stattfinden, wenn Preußen die Gleichberechtigung mit Oesterreich im Vorsitz und in der Leitung der Bundesangelegenheiten garantiert, ein Veto bei jedem Bundeskrieg zu Gunsten nichtdeutschen Gebietes zuerkannt, und wenn ein deutsches Parlament, hervorgegangen aus direkten Wahlen, bewilligt werde. Die Kühnheit, mit der sich hier Preußen sowohl Oesterreich, wie auch den meisten deutschen Fürsten gegenüberstellte, wurde allgemein als höchst gefährlich betrachtet; der Kronprinz beobachtete die Verhandlungen mit banger Beklommenheit und hielt das vollständige Abweisen Oesterreichs für „sträflich". Aber Bismarck drohte schließlich mit Amtsaustritt, wenn der König nachgeben würde, und nun entschied sich dieser, auf seinem bisherigen Beschlusse zu beharren. Aber noch immer bangte Bismarck vor einem Einfluß von außen, besonders von England her, wo man seine Politik durchaus mißbilligte, und erst als König Johann wieder auf der Eisenbahn saß, war er überzeugt, daß er gewonnen hatte. Eine unbändige Siegesfreude überkam ihn, und um dieser Luft zu machen, ergriff er einen Teller mit Gläsern, der gerade vor ihm stand, und zerschmetterte ihn,

daß die Scherben in tausend Stücken klirrend um ihn herumsprangen.

Der Fürstenkongreß in Frankfurt behalf sich darauf ohne Preußen; er beschloß, daß ein Bundesdirektorium unter dem Vorsitze Oesterreichs, ein Parlament von Bundesabgeordneten (Delegierten) und ein Bundesgericht geschaffen, und daß der Bundesschutz den Fürsten für alle, auch außerdeutsche Besitzungen gewährt werden solle. Damit hatte es aber auch sein Bewenden. Zur Ausführung ist keiner der Beschlüsse gekommen.

Bismarck hoffte unterdessen, daß sein energisches Auftreten gegen Oesterreich in Preußen einen tiefen Eindruck machen werde. Der Gang Manteuffels nach Olmütz war scharf verurteilt worden — er hatte die Gefahr, daß Preußen sich abermals Oesterreich unterordnete, energisch vermieden. War da nicht anzunehmen, daß man jetzt zu seiner Politik mehr Zutrauen gewann? Er löste daher den Landtag, mit dem er nicht zu regieren vermochte, am 3. September auf und charakterisierte öffentlich die Unzulänglichkeit und Gefährlichkeit des österreichischen Projektes; besonders betonte er, daß bei einer Umgestaltung der deutschen Verhältnisse den Wünschen des deutschen Volkes nach einem Parlamente Rechnung getragen werden müsse. „Die Bürgschaft dafür," sagte er in einem Berichte des Staatsministeriums an den König, „daß in der neuen Organisation des Bundes die wahren Bedürfnisse und Interessen der deutschen Nation und nicht partikulare Bestrebungen zur Geltung kommen werden, kann das Staatsministerium nur in einer wahren, aus direkter Beteiligung der ganzen Nation hervorgehenden Nationalvertretung finden." Allein man traute ihm nicht, hatte sich doch der Groll gegen ihn durch die böse Preßverordnung vom 1. Juni, aus der eine ganze Reihe von häßlichen Kon-

flikten erwachsen war, nur noch gesteigert, und so brachten ihm die Neuwahlen am 28. Oktober eine große Enttäuschung: die Opposition war noch erheblich gewachsen und das Häuflein der Seinen auf 37 zusammengeschmolzen! Was nun?

Da erschien — wie eine Erlösung aus dieser jetzt in der That verzweifelten Situation — die schleswig-holsteinische Frage wieder am politischen Horizont. Am 15. November 1863 starb König Friedrich VII. von Dänemark, und Prinz Christian von Glücksburg bestieg als König Christian IX. den ihm durch das Londoner Protokoll von 1852 zugesprochenen dänischen Thron. Zugleich aber erklärte auch der Prinz Friedrich von Augustenburg, daß er „kraft seines unantastbaren Rechtes" auf die Herzogtümer Schleswig und Holstein von diesen Besitz ergreifen werde. Diesem „unantastbaren Rechte" gegenüber konnte man zwar manchen Zweifel hegen, denn der Vater des Herzogs hatte Verzicht auf die Erbfolge geleistet und sich diesen Verzicht gut bezahlen lassen. Mochte dem nun aber sein, wie ihm wolle — zunächst war ein Konflikt vorhanden. Dänemark beeilte sich, die Angelegenheit nach seinem Wunsche zur Erledigung zu bringen. Die Gesamtstaatsverfassung war zwar bereits vom dänischen Reichsrat genehmigt, aber vom Könige noch nicht bestätigt worden; die Dänen verlangten nun von Christian IX. die sofortige Unterzeichnung, worauf der König dieselbe nach einigem Zögern am 18. November vollzog.

Die Rechte des deutschen Bundes waren jetzt „vollgültig" verletzt worden, und Bismarck entwickelte nun eine außerordentliche Thätigkeit, damit die deutsche Sache nachdrücklich vertreten werde. Aber wo er hinkam, fand er Lauheit oder gar Abgeneigtheit. „Alles war gegen mich," äußerte er später einmal, „Oesterreich, die Kleinstaaten, die Damen unseres Hofes, die Liberalen, die Engländer. Selbst der

König wollte lange nichts davon hören." Schließlich drang er aber so weit durch, daß die beiden Großmächte beim Bundestage den Antrag stellten, Holstein auf dem Wege der Exekution zu besetzen. Der Antrag wurde angenommen, und am 23. Dezember 1863 rückten 6000 Hannoveraner und 6000 Sachsen in das Herzogtum ein. Zugleich nahm der Prinz Friedrich von Augustenburg als Herzog Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein seinen Wohnsitz in Kiel.

Es galt nun, in die sehr verwickelte Situation Klarheit zu bringen. Holstein war deutsches Bundesland, nicht aber Schleswig. Beide Herzogtümer wollten jedoch „up ewig ungedeelt" bleiben. Durch die Unterzeichnung des Londoner Protokolls 1852 hatten seinerzeit Preußen und Oesterreich dem Prinzen Christian als dem zukünftigen König von Dänemark nach dem Tode Friedrich VII. die Herzogtümer zuerkannt, allein nur unter der Bedingung, sie niemals dem Königreiche Dänemark einzuverleiben. Das war aber durch die Unterzeichnung der Gesamtstaatsverfassung geschehen, und Preußen und Oesterreich waren nicht mehr gehalten, den König Christian als Herzog von Schleswig-Holstein anzuerkennen. Auf Bismarcks Betreiben stellten daher die beiden Großmächte beim Bundestage den Antrag, Dänemark möge die Gesamtstaatsverfassung wieder aufheben. Aber der Bundestag lehnte, da er meinte, Bismarck trete für den König Christian ein, den Antrag ab. Diese Ablehnung konnte Bismarck nur willkommen sein, denn nun hatten die beiden Großmächte, Preußen und Oesterreich, als Unterzeichner des Londoner Protokolls das Recht, selbständig gegen Dänemark vorzugehen. Mit Anwendung aller diplomatischen Künste gelang es Bismarck, das grollende Oesterreich soweit umzustimmen, daß es eine Waffenbrüderschaft mit Preußen schloß, und darauf stellten die beiden Großmächte an Dänemark am 16. Januar 1864 die Forderung, binnen 48 Stunden die vertragswidrige Gesamtstaatsverfassung aufzuheben. Dänemark verweigerte kurzweg die Aufhebung, worauf die militärische Aktion begann.

Während die Truppen unter Wrangel abmarschierten, hatte Bismarck aber noch einen schweren Strauß mit dem Abgeordnetenhause. Zur Bestreitung der Kosten des Feldzuges verlangte er von dem Hause die Bewilligung zur Aufnahme einer Anleihe von 12 Millionen Thalern. Allein die Antipathieen gegen den Minister waren so groß, daß die Abgeordneten alles mögliche Unheil in dem Kriege witterten; in einer Adresse an den König gaben sie der Befürchtung Raum, daß die begehrten Mittel in den Händen Bismarcks „nicht im Interesse der Herzogtümer und Deutschlands, nicht zum Nutzen der Krone und des Landes" verwendet werden würden, und baten den König, einfach vom Londoner Vertrag zurückzutreten und den Prinzen Friedrich als Herzog von Schleswig-Holstein anzuerkennen. Bismarck erwiderte aber, daß politische Fragen nicht mit dem Gefühl entschieden werden könnten, sie seien Machtfragen, bei denen kein Titel deutschen Rechtes geopfert werden könne. Dann bat er nochmals um Bewilligung der Anleihe, bemerkte aber schließlich, wenn sie verweigert werde, müsse er sie nehmen, wo er sie bekomme. Die Stimmung wurde dadurch nicht geändert, das Haus lehnte am 22. Januar mit 275 gegen 51 Stimmen die Anleihe ab und erklärte sich dann auch aufs neue gegen die Bewilligung der Kosten der Heeresreorganisation. Abermals mußte die Regierung die Geschäfte ohne verfassungsmäßiges Budget weiterführen; dabei gelang es ihr jedoch, den schleswig-holsteinischen Krieg auch ohne Anleihe zu führen.

Unterdessen waren die preußischen und österreichi-

schen Truppen, zusammen 70000 Mann stark, an der hannöverschen und sächsischen Armee vorüber, durch Holstein gezogen und hatten Schleswig besetzt. Die Dänen gingen mehr und mehr zurück, setzten sich dann aber hinter den Düppeler Schanzen fest und leisteten energischen Widerstand. Aber die Preußen richteten eine sehr geschickte Beschießung ein und erstürmten dann am 18. April die Befestigungen mit großer Bravour. Diese glänzende Waffenthat machte in Preußen einen tiefen Eindruck; König Wilhelm eilte selbst nach dem Kriegsschauplatze, um seine braven Truppen persönlich zu beloben, und kurz darauf erschien auch Bismarck, um der Königsparade bei Sundewitt beizuwohnen. Unmittelbar nach dieser kurzen Ruhepause besetzten die Verbündeten dann auch den übrigen Theil von Schleswig und Jütland bis zum Lymfjord.

Nun aber regte sich England, das das Vordringen Preußens nach der Nordsee bereits mit Besorgnis beobachtet hatte und eine Beeinträchtigung seiner Interessen auf dem Meere befürchtete. Es drang darauf, daß die Unterzeichner des Londoner Protokolls sich aufs neue in London zu einer Konferenz zusammenfänden, damit ein Vergleich zu stande käme. Es ward infolgedessen ein Waffenstillstand geschlossen und am 25. April die Konferenz in London eröffnet. Auf dieser ließ nun aber Bismarck sehr bald merken, daß die Sachlage gegen früher sehr wesentlich anders geworden, daß man es jetzt mit einem Sieger zu thun habe, und schließlich erklärte er am 15. Mai rund heraus, seit preußisches Blut geflossen, sei der Londoner Vertrag hinfällig geworden, und Preußen müsse „volle Freiheit der Diskussion und der Vorschläge" in Anspruch nehmen. Er schlage daher auch eine Personalunion zwischen den Herzogtümern vor, der gegenüber Dänemark dann absolute Bürgschaft gewähren

müsse. Der dänische Bevollmächtigte, der einen festen Rückhalt an England zu haben vermeinte, wies aber diesen Vorschlag als absolut unannehmbar zurück, worauf nun Bismarck die Trennung der Herzogtümer von Dänemark, ihre Erhebung zu einem selbständigen Staate und die Einsetzung des Prinzen Friedrich von Augustenburg zum Herzog von Schleswig-Holstein verlangte. Er hütete sich aber dabei wohl, von einer Anerkennung der Erbfolgerechte des Prinzen zu sprechen, sondern ließ nur erklären, daß er für ihn eintrete, weil er „in den Augen Deutschlands Erbfolgerechte geltend machen könne, seine Anerkennung seitens des deutschen Bundes gesichert sei, und er auch unzweifelhaft die Stimmen der ungeheuern Mehrheit der Bevölkerung auf sich vereinige." Hierauf einzugehen, weigerte sich selbstverständlich Dänemark erst recht, und die Konferenz ging am 25. Juni erfolglos auseinander.

Bismarck war mit diesem Ergebnis sehr zufrieden. Er hatte dem Wunsche der europäischen Großmächte entsprochen und diejenigen Vorschläge gemacht, die billiger Weise gemacht werden konnten — Dänemark hatte sie abgelehnt — weiter sich in die Angelegenheit zu mischen, hatte das Ausland durchaus kein Recht mehr — er war also wieder vollständig der Herr der Situation und ließ die Feindseligkeiten aufs neue eröffnen.

Prinz Friedrich Karl übernahm an Wrangels Stelle den Oberbefehl über die Truppen, wodurch eine größere Klarheit in die Operationen kam; am 29. Juni führte General Herwarth von Bittenfeld den Uebergang nach Alsen aus, weiterhin besetzte der General von Gablentz und der General Vogel von Falkenstein das bisher noch nicht okkupierte Jütland und die westfriesischen Inseln. Eine Hiobspost nach der anderen lief in Kopenhagen ein — bald mußte man sich

dort überzeugen, daß eine noch längere Gegenwehr die größten Gefahren für das Königreich bringen konnte, und bat um Frieden.

Bismarck sah seinen Zweck erreicht, gewährte einen Waffenstillstand, reiste zu den Friedensverhandlungen, die in Wien stattfanden, selbst nach der österreichischen Hauptstadt und hatte dort die Genugthuung, daß der König von Dänemark auf alle seine Rechte an die Herzogtümer Schleswig-Holstein und Lauenburg zu gunsten Oesterreichs und Preußens verzichtete und im voraus der Verfügung zustimmte, die die beiden Mächte über die Herzogtümer treffen würden. Am 30. Oktober 1864 wurde der Friedensvertrag endgiltig unterzeichnet.

Was seit Jahrzehnten erstrebt worden — in kurzer Zeit hatte es Bismarck durch seine Energie erreicht. Während man ihn noch bis in den Sommer hinein in den politischen Klubs mit Vorliebe den „wilden märkischen Junker" genannt hatte, der mit dem Kopf durch die Wand wolle, fühlte man jetzt allgemach so etwas wie Respekt vor ihm. In Wien war er sogar der Gegenstand großer Aufmerksamkeit. Er werde allerwärts angeschaut wie ein neues Nilpferd, schreibt er an seine Frau, und könne nicht einmal mehr in Ruhe „ein Bier" trinken.

Aber mit dem Friedensschluß war die Angelegenheit trotzalledem noch nicht erledigt. Eine sehr wichtige Frage war noch offen: wer sollte das eroberte Land erhalten? Drei verschiedene Lösungen dieser Frage wurden erwogen: man konnte die Herzogtümer dem Augustenburger überlassen, man konnte sie dem Herzog von Oldenburg zusprechen, der ebenfalls sehr wohl begründete Erbansprüche geltend machte, und man konnte sie endlich Preußen einverleiben und dabei Oesterreich auf irgend welche andere Weise

entschädigen. Ein Recht auf den Besitz des Landes besaßen nach dem Kriege und Frieden aber nur Preußen und Oesterreich. Das erklärte auch Bismarck im Landtage noch einmal ausdrücklich mit den Worten: „Herzog von Schleswig-Holstein und Lauenburg sind Se. Majestät der König und Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich." Allein die allgemeine Stimme in Deutschland war für den Augustenburger; man schwärmte förmlich für ihn und war höchst aufgebracht darüber, daß man sich überhaupt noch besänne, ihm sein Erbe zu übergeben. Bismarck trat daher mit dem Prinzen in Unterhandlung; es war natürlich, daß Preußen diese wichtigen Grenzmarken, um die es heiß gekämpft, nun nicht bedingungslos ausliefern werde. Es konnte keinen Fürsten hinsetzen, der dann, wie so mancher mitteldeutsche Souverän, halsstarrig der preußischen Politik entgegenarbeitete und zu den mancherlei Verlegenheiten und Hindernissen nur noch neue brachte. Wollte der Augustenburger also Herzog von Schleswig-Holstein werden, so mußte er sich Preußen durchaus unterordnen; er mußte Preußen die unbedingte Verfügung über die Land- und Seemacht der Herzogtümer zugestehen, das Post- und Telegraphenwesen in die Hände Preußens legen, in den Zollverein eintreten u. s. w. Diese Bedingungen teilte Bismarck dem Prinzen mit, dieser nahm sie aber sehr ungnädig auf; er pochte auf seine Popularität und sein „altes gutes Recht" und ließ sich sogar zu der Aeußerung hinreißen, warum denn die Preußen überhaupt in die Herzogtümer gekommen seien; er habe sie nicht gerufen, und vielleicht wäre ohne Preußen die Sache für ihn noch weit besser ausgefallen. Diese Kurzsichtigkeit und Unfügsamkeit überzeugte Bismarck schnell, daß der Prinz nicht die geeignete Persönlichkeit für die Herzogtümer war; er ließ ihn daher fallen und wandte sich dem Plane zu, die

Länder zu annektieren. Hierbei war jedoch mit großer diplomatischer Vorsicht und Umsicht zu verfahren. Zunächst galt es, die unglücklichen „Bundes-Exekutionstruppen“ zu entfernen, die noch immer in Holstein standen. Bismarck forderte Hannover und Sachsen auf, die Truppen zurückzuziehen. Allein der sächsische Ministerpräsident von Beust setzte sich aufs hohe Pferd; er sah eine günstige Gelegenheit, sich in ganz Deutschland populär zu machen, und verweigerte die Zurückziehung der Sachsen. Die Sache des Herzogs von Augustenburg sei noch nicht erledigt, entgegnete er. Ja, er ließ sogar die sämtlichen Beurlaubten Sachsens einberufen, so daß es den Anschein gewann, als wolle sich ein neuer Konflikt entwickeln. Aber der Bundestag erklärte am 5. Dezember 1864, die Exekution sei in der That erledigt, worauf Beust das Feld räumen mußte. Es wurde nun von Preußen und Oesterreich in den Herzogtümern eine gemeinschaftliche Verwaltung, ein „Kondominat“, eingerichtet. Da aber der preußische Kommissär Freiherr von Zedlitz den Augustenburger nur als Privatmann betrachtete und jede Agitation für ihn unterdrückte, während der österreichische Kommissär Baron von Halbhuber die Agitatoren in Schutz nahm und die preußischen Verordnungen bekämpfte, so drängte sich bald die Ueberzeugung auf, daß dieser Zustand nicht lange erhalten werden könne. Bismarck ließ daher in Wien vertraulich anfragen, wie man in der Burg über eine Einverleibung der Herzogtümer in Preußen denke.

Während diese Anfrage an der Donau erwogen wurde, suchte Bismarck sich aufs neue mit dem Abgeordnetenhause auseinanderzusetzen. Er legte dar, daß nur infolge der Heeresreorganisation die Armee im stande gewesen sei, die kriegerischen Operationen so schnell und so glänzend durchzuführen; man werde daher wohl nicht nur nachträglich die

Kosten für den Feldzug, sondern auch endlich die Ausgaben für die Heeresreform bewilligen. Es kam wieder zu äußerst heftigen Debatten. Beleidigungen der schwersten Art wurden herüber und hinüber geschleudert; Bismarck forderte Virchow sogar zum Duell, aber Virchow nahm die Forderung nicht an. Schließlich genehmigte das Haus absolut nichts, und die Regierung sah sich abermals vor die Notwendigkeit gestellt, ohne Budget weiter zu wirtschaften. Der Volkswitz sprach vom „inneren Düppel“.

Unterdessen hatte man sich in Wien mit dem Gedanken vertraut gemacht, die nordischen Herzogtümer ganz und gar Preußen zu überlassen; es fragte sich nur, gegen welche Entschädigung. Bismarck bot Geld, doch Oesterreich verlangte die Grafschaft Glatz in Oberschlesien. Aber der König war durchaus gegen die Abtretung preußischen Gebietes. Darauf kam Bismarck wieder auf den Augustenburger zu sprechen und stellte eine ganze Reihe von Bedingungen auf, unter denen die Einsetzung des Herzogs allenfalls erfolgen könne; Oesterreich erklärte, daß ein in seinen Machtbefugnissen so beschränkter Fürst nicht stimmfähiges Mitglied des deutschen Bundes sein könne, und als darauf am 6. April 1865 die süddeutschen Regierungen beim Bundestage den Antrag auf bedingungslose Einsetzung des Augustenburgers einbrachten, stimmte es mit für diesen Antrag; derselbe erhielt infolgedessen die Stimmenmehrheit, aber Preußen war gegen den Beschluß, und so blieb er wirkungslos.

Jetzt wurden die Schachfiguren wiederholt hin und her geschoben. Auch der Herzog von Oldenburg trat wieder auf den Plan. Bismarck zeigte nicht übel Lust, sich für ihn zu verwenden, offenbar nur, um Oesterreich durch die Menge der Vorschläge zu ermüden. Oesterreich erklärte sich vollständig gegen den Oldenburger, worauf Bismarck der Frage

abermals eine neue Wendung zu geben wußte und schließlich die Ausweisung des „Prätendenten", d. h. des Prinzen Friedrich, aus Holstein verlangte, weil durch die „Augustenburgische Nebenregierung" ein viel zu großer Einfluß auf die Entschließungen ausgeübt werde.

Mittlerweile hatte sich Bismarck für den Fall eines Konfliktes mit Oesterreich der wohlwollenden Neutralität sowohl Rußlands wie Frankreichs gesichert. Längst war ihm die schleswig-holsteinsche Frage über ihren ursprünglichen Rahmen hinausgewachsen, sie war ihm zu einer allgemeinen deutschen geworden, und mit ihrer Lösung mußte auch die Frage der Suprematie in Deutschland entschieden werden. Der Krieg mit Oesterreich war also unvermeidlich. In einem großen Ministerrate am 29. Mai 1865, an dem auch der Kronprinz teilnahm, legte er die Notwendigkeit eines „Duells" mit Oesterreich dar. Er erläuterte, daß die Verhältnisse für diesen Schritt sehr günstig lägen, und daß Preußen diese Konstellation nicht ungenützt vorübergehen lassen dürfe. Infolgedessen stimmten alle dem Kriege mit Oesterreich zu, nur der Kronprinz widersprach mit großer Heftigkeit. Ein deutscher Bruderkrieg, sagte er, werde zur Zerfleischung und Zerrüttung Deutschlands führen. Außerdem trat der Prinz lebhaft für den ihm befreundeten Augustenburger ein, der gewiß die Bedingungen Preußens annehmen und erfüllen werde. Der Minister Graf Eulenburg belegte darauf mit Beweisen, daß der Augustenburger durchaus nicht gesonnen sei, sich den preußischen Anforderungen zu fügen, und Bismarck meinte, daß bei dem Kampfe mit Oesterreich gewiß schon ein einziger Stoß, eine Hauptschlacht genügen werde, Preußen die Stellung in Deutschland zu sichern, die ihm nach der ganzen Entwickelung der politischen Verhältnisse zukomme.

Der König zögerte aber noch immer, das Schwert gegen

Oesterreich zu ziehen. Er versuchte es noch einmal mit Verhandlungen; allein in Wien war man sehr kurz angebunden. Infolgedessen wurde die Stimmung Bismarcks immer kriegerischer. Auf einer Reise nach Gastein im Juli 1865 erklärte er dem bayerischen Minister von der Pfordten in Salzburg, daß der Krieg zwischen Preußen und Oesterreich sehr wahrscheinlich sei und vielleicht schon demnächst ausbrechen werde. Die Mittelstaaten würden daher gut thun, zu dieser Eventualität bereits Stellung zu nehmen. Das Richtigste werde sein, wenn sie bei dem Kampfe Neutralität beobachteten.

Allein abermals kam es nicht zur Entscheidung. In Gastein, wo der König Wilhelm wieder zur Kur weilte, mühten sich die Erzherzogin Sophie, die Mutter des Kaisers von Oesterreich, und die Königin-Witwe Elisabeth von Preußen, eine Verständigung herbeizuführen, worauf es am 14. August zur sogenannten Gasteiner Konvention kam, der zufolge Oesterreich die Alleinverwaltung Holsteins, Preußen die Schleswigs übernahm. Lauenburg ging ganz an Preußen über, das dafür Oesterreich $2^1/_2$ Millionen Thaler zahlte.

„Eine Verklebung der Risse im Bau" konnte aber Bismarck den Vertrag nur nennen. König Wilhelm fühlte sich jedoch sehr erleichtert, und erhob Bismarck zum Dank dafür, daß er das schwierige Arrangement zu stande gebracht, am 16. September in den Grafenstand.

Weit weniger war das Abgeordnetenhaus von dem Verlauf der Dinge erbaut. Der Präsident Grabow sprach bei der Eröffnung der Session am 15. Januar 1866 seine lebhafte Mißbilligung gegen das gesamte Verhalten der Regierung aus, und das Haus verweigerte darauf seine Zustimmung zum Erwerbe Lauenburgs. Außerdem wurde bittere und allerdings auch berechtigte Klage gegen einen Beschluß des Obertribunals geführt, der die Redefreiheit und den

Schutz der Abgeordneten vor Anklagen dahin einschränkte, daß zwar die Meinung, aber nicht „die Anführung von verleumderischen Thatsachen" im Abgeordnetenhause frei sein solle. Die Erregung bei der Besprechung dieser Angelegenheit steigerte sich bis zu Tumulten, so daß die Regierung das Budget diesmal gar nicht vorlegte und die Session schon am 22. Februar schloß.

Unterdessen zeigte es sich mehr und mehr, daß die in Gastein ausgeführte „Verklebung" durchaus unhaltbar war. Oesterreich begünstigte sichtlich den Augustenburger und rief dadurch beständig Zwist mit Preußen hervor; endlich erklärte dies in Wien, die Zustände seien nicht mehr aufrecht zu erhalten, Oesterreich solle sich entscheiden, ob es die Herzogtümer dem Prinzen Friedrich von Augustenburg oder Preußen überlassen wolle, worauf unter dem 7. Februar 1866 die rasche Antwort erfolgte, Oesterreich werde eine Einverleibung der Herzogtümer in Preußen niemals zulassen.

Nun waren die Würfel gefallen; abermals fand, wie im Mai 1865, am 28. Februar 1866 ein großer Ministerrat statt, an dem auch der Gesandte am französischen Hofe, Graf von der Goltz, und die Generäle Moltke, Alvensleben und Manteuffel teilnahmen. Der König legte in längerer Rede die Situation dar und schloß damit, daß die Erwerbung der Herzogtümer auf jeden Fall herbeigeführt werden müsse; könne es nicht auf dem Wege des Friedens geschehen, so müsse zur kriegerischen Aktion übergegangen werden. Alle Minister und Generäle stimmten dieser Ansicht bei, nur der Kronprinz widersprach auch diesmal wieder sehr entschieden.

Jetzt begann Graf Bismarck eine außerordentliche Thätigkeit zu entwickeln. Er versicherte sich noch einmal Rußlands, das versprach, strenge Neutralität zu beobachten; dann knüpfte

er wieder mit Napoleon III. an, um diesem das Versprechen der Neutralität zu entlocken. Er ließ ihm durch den Grafen von der Goltz mitteilen, daß er durch den Krieg mit Oesterreich zugleich eine Reform des deutschen Bundes anstrebe und vielleicht sogar die Gründung eines norddeutschen Bundes herbeiführen werde; er rechne dabei auf die freundschaftliche Gesinnung, die der Kaiser bisher Preußen und ganz speciell ihm dargebracht habe. Den Wert guter Beziehungen zu Frankreich während der Auseinandersetzung Preußens mit Oesterreich hatte Bismarck schon betont, als er noch Bundestagsgesandter in Franfurt war, und als sich sein Freund Leopold v. Gerlach darob entsetzt hatte, in seiner pikanten Weise geantwortet: „Wir können dabei ganz ehrliche Leute bleiben."

Napoleon zeigte sich auch durchaus geneigt, Preußen gewähren zu lassen, aber so ein ganz kleines Geschäftchen wünschte er doch dabei zu machen. Irgend welche „Kompensationen" seien doch wohl notwendig. Mancherlei böte sich dar: Belgien, Luxemburg, dieser oder jener Bezirk der Schweiz, Landau und die Pfalz, ein Streifchen vom Rheinland oder dergleichen. Bismarck erwiderte, daß man preußischerseits sehr gern auf die Wünsche eingehen wolle, nur dürfe es sich nicht um deutsches Land handeln, solches werde König Wilhelm niemals abtreten. Darauf gingen die Verhandlungen noch mehrmals hin und her, es kam aber zu keinen bestimmten Abmachungen, doch blieb das Verhältnis ein freundschaftliches.

Endlich näherte sich Bismarck auch Italien. Noch immer stand Venetien unter österreichischer Herrschaft. Wie, wenn sich Italien mit Preußen verständigte und sich Venetien in demselben Augenblicke eroberte, in welchem Oesterreich in den Kampf mit Preußen verwickelt war? Bismarck

ließ Italien ein dahin zielendes Bündnis antragen, worauf der General Govone selbst nach Berlin kam. Aber Italien traute Preußen nicht recht; es fürchtete, es könne mit Oesterreich in schlimme Verwickelungen geraten, während Preußen sich vielleicht sehr rasch mit seinem Gegner verständigte. Bismarck war aber doch sehr viel daran gelegen, Oesterreich gleich von zwei Seiten angegriffen zu sehen. Er machte wiederum verschiedene Vorschläge, und schließlich trat Napoleon als Vermittler hinzu. Er beseitigte die Besorgnis der Italiener, worauf es Bismarck gelang, am 8. April 1866 ein Bündnis mit Italien auf drei Monate zu schließen. In demselben verpflichteten sich die beiden Mächte, den Krieg mit Oesterreich zu gleicher Zeit zu eröffnen, um sich die betreffenden Kampfobjekte zu erobern.

Nun ging Bismarck energischer vor. Schon am nächsten Tage, dem 9. April, ließ er durch den preußischen Gesandten v. Savigny beim Bundestage den Antrag einbringen, ein allgemeines deutsches Parlament zu berufen, da nur eine solche allgemeine Volksvertretung eine Reform des deutschen Bundes herbeizuführen vermöge. Dieser Antrag rief in Oesterreich große Erregung hervor; man fühlte, daß die Katastrophe näher kam, und beeilte sich, das Heer kampfbereit zu machen. Zugleich meldete das Wiener Kabinett in seiner Ratlosigkeit nach Frankfurt, daß es die schleswig-holsteinsche Angelegenheit dem Bundestage zur Entscheidung unterbreiten werde. Darauf erklärte sofort Bismarck, daß nur einzig und allein Preußen und Oesterreich in der schleswig-holsteinschen Sache zu entscheiden hätten, er daher einen Antrag in betreff dieser Sache beim Bundestage als einen „Akt offener Feindschaft" Oesterreichs ansehen werde.

Die Erregung wuchs jetzt mit jedem Tage; jeder empfand, daß der offene Kampf in der nächsten Stunde schon ausbrechen konnte. Aber allerwärts war man gegen den Krieg; im Süden wie im Norden. Man wollte keinen Bruderkrieg und war nach wie vor so kurzsichtig, zu meinen, die beiden Großmächte könnten sich auch auf dem Wege der Beratungen und Verhandlungen „arrangieren". König Wilhelm erhielt Hunderte von Adressen, in denen er gebeten wurde, den Grafen Bismarck zu entlassen und dem Lande den Frieden zu erhalten, und der Nationalverein warnte laut vor dem Landfriedensbruch, „dessen Schuld wie ein Fluch auf das Haupt seiner Urheber zurückfallen werde". Sogar der Erzbischof von Köln, Paulus Melchers, richtete ein Schreiben an den König und bat, von dem Kriege gegen Oesterreich abzulassen. Am eindrucksvollsten war aber jedenfalls die Opposition des Kronprinzen, die auch durch die Königin von England unterstützt wurde. Der Kronprinz gab sich damals, wie Maurenbrecher meint, der Einbildung hin, durch einen weitgehenden Liberalismus die einzelnen Teile von Deutschland sicherer an die preußische Politik binden zu können, als durch einen Krieg gegen Oesterreich, der nur zur Zerreißung Deutschlands und zu Landabtretungen an Frankreich hinführen könne. Mit der Entfernung Bismarcks, so glaubte er, werde die ganze Gefahr des Krieges beseitigt sein.

Diese Ansicht erfüllte auch einen jungen exaltierten Menschen, Julius Cohn, einen Stiefsohn Karl Blinds; er beschloß, Deutschland von dem Unhold Bismarck zu befreien, lauerte ihm am 7. Mai unter den Linden in der Nähe des russischen Gesandtschaftshotels auf und gab fünf Schüsse auf ihn ab. Nur eine Kugel traf, prallte aber von der Rippe ab, ohne wesentlich zu verletzen. Bismarck bewies dabei Mut und Geistesgegenwart; er ergriff selbst den Verbrecher und übergab ihn dann hinzueilenden Offizieren. In der Nacht darauf schnitt sich Cohn im Gefängnis mit

einem Taschenmesser die Adern auf und starb an der Verblutung.

Da mitten in dieser allgemeinen Aufregung kam Napoleon noch einmal mit dem Projekte eines europäischen Kongresses; bei dem allgemeinen Zwiespalt glaubte er, doch vielleicht noch etwas zu profitieren. Der Vorschlag zerrann aber bald wieder wie Schaum, bewies aber doch aufs neue, daß Napoleon immer wieder die Hände mit im Spiele haben wollte.

Nunmehr erschien Oesterreich, trotz Bismarcks energischer Drohung, beim Bundestage und verlangte, daß dieser die schleswig-holsteinsche Sache entscheiden möge, worauf Bismarck sofort erklärte, daß dies ein Bruch des Vertrages sei, den Oesterreich mit Preußen geschlossen habe, und daß er sich daher zur bewaffneten Verteidigung genötigt sehe.

Oesterreich versuchte jetzt noch einmal, an die holsteinischen Stände zu appellieren, aber Bismarck ließ den General v. Gablentz bedeuten, daß, nachdem der Vertrag gebrochen, auch die Teilung des Besitzes aufgehoben sei. Preußische Truppen begannen Holstein zu besetzen — es blieb den Oesterreichern nichts anderes übrig, als das Land zu räumen. Bevor der General v. Gablentz am 12. Juni die Grenze überschritt, erklärte er noch, „er weiche der Gewalt". Mit ihm verließ auch Prinz Friedrich von Augustenburg das Herzogtum. Die preußische Regierung übertrug sofort dem Baron v. Scheel-Plessen die Verwaltung.

Unterdessen ließ Bismarck in Frankfurt erklären, daß er jetzt auch bereit sei, die schleswig-holsteinsche Angelegenheit beim Bundestage zur Verhandlung zu stellen, aber nur, wenn sie in Verbindung mit einer neuen Bundesverfassung, deren Grundzüge er entworfen, beraten werde. In dieser neuen

Bundesverfassung war aber Oesterreich aus dem deutschen Bunde ausgeschlossen; Preußen erhielt den Oberbefehl über die deutsche Nordarmee, Bayern den über die Südarmee.

Gegen diese Vorlage erhob natürlich Oesterreich lauten Protest; es klagte Preußen an, es habe die Rechte des Bundes verletzt, und beantragte sofortige Mobilmachung des ganzen Bundesheeres, abgesehen von dem preußischen Kontingent. Dieser Antrag gelangte am 14. Juni zur Abstimmung und wurde mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen. Für Oesterreich stimmten Bayern, Württemberg, Sachsen, Kurhessen, Hessen-Darmstadt und auch Hannover, das sich in Wien hatte eine Gebietsvergrößerung versprechen lassen. Unmittelbar nach der Abstimmung erklärte der preußische Gesandte Herr v. Savigny im Auftrage seiner Regierung den Bundesvertrag für gebrochen und erloschen.

Der Krieg, den man so lange hatte vor der Thüre stehen sehen, war nun endlich da, aber er bedeutete nicht bloß ein Duell zwischen Preußen und Oesterreich, sondern auch einen großen Kampf im Innern Deutschlands. Mit der nur geringen Unterstützung von Mecklenburg, Oldenburg, den thüringischen Ländern u. s. w. sah sich Preußen nun plötzlich rings von Feinden umgeben. Aber mit ungeheurer Schnelligkeit ging es vor, so daß die numerische Ueberlegenheit der Gegner nicht zur Geltung kommen konnte. Schon am 16. Juni marschierten die preußischen Regimenter in die Nachbarländer ein, und bereits am 18. waren die Hauptstädte Hannover, Kassel und Dresden besetzt; am 19. zogen die Preußen in Leipzig ein. Verdutzt sahen sich alle die kleinen Politiker an, die den Untergang Preußens prophezeit hatten, während der Volkswitz das geflügelte Wort von der „affenartigen Geschwindigkeit" des preußischen Militärs erfand.

Der erste größere Schlag wurde freilich nicht so prompt ausgeführt, wie ihn der Generalstabschef Moltke berechnet hatte. Der General Vogel von Falkenstein war den Weisungen Moltkes nicht nachgekommen, und infolgedessen hatten die Hannoveraner Zeit gefunden, von Göttingen in der Richtung nach Eisenach abzuziehen, um sich mit den Bayern zu vereinigen. Aber noch trafen die Preußen mit ihnen bei Langensalza zusammen, wo es am 27. Juni zu einem hartnäckigen Gefechte kam. Die Hannoveraner hielten sich sehr tapfer und durften sich am Abend des 27. sogar den Sieg zuschreiben; am nächsten Tage wurden sie jedoch von der preußischen Uebermacht umzingelt und mußten sich am 29. auf Gnade und Ungnade ergeben. Das Heer wurde aufgelöst, dem blinden Könige Georg gestattet, mit seinem Sohne nach Oesterreich zu gehen.

Gegen den groben Kurfürsten von Hessen war man weniger liebenswürdig; er wurde in die Gefangenschaft nach Stettin geschickt.

Vogel v. Falkenstein setzte seinen siegreichen Zug, ohne nennenswerte Gegenwehr zu finden, durch Hessen und Nassau bis Frankfurt fort.

Nicht so einfach war der Kampf gegen Oesterreich. Preußen marschierte in drei Heeren gegen den Feind. Die erste Armee, unter dem Prinzen Friedrich Karl, 110000 Mann stark,ging von der Lausitz aus nach Böhmen, die zweite unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm, 150000 Mann umfassend, stieg von Schlesien aus nach Böhmen hinein, und die dritte Armee unter Herwarth v. Bittenfeld, 46000 Mann zählend, nahm von Torgau aus das Elbthal zu seiner Heerstraße. In Oesterreich erhielt der Feldzeugmeister Benedek den Oberbefehl über das Heer. Es standen ihm 247000 Mann und außerdem 22000 Sachsen, die unter dem Kron-

prinzen Albert zu den Oesterreichern gestoßen waren, zur Verfügung. Aber die Ausstattung war ungenügend und die Ausbildung mangelhaft; das erkannte Benedek sehr bald und ging daher mit schwerem Herzen in den Krieg.

Schon am 22. Juni überschritten die Preußen die böhmische Grenze; bereits nach kurzer Zeit vereinigten sich die erste und die dritte Armee und schlugen die Oesterreicher in einer Reihe kleiner Treffen bis hinter Gitschin zurück. Zugleich drang der Kronprinz mit der zweiten Armee über Trautenau, Nachod und Skalitz bis Königinhof vor und gewann Fühlung mit den beiden anderen Heeren. Das Uebergewicht der Preußen hatte sich dadurch bereits so bemerkbar gemacht, daß Benedek am Morgen des 1. Juli an den Kaiser von Oesterreich telegraphierte, er möge Frieden schließen. Allein der Kaiser blickte infolge der Siegesnachricht aus Italien, wo der Erzherzog Albrecht gleich nach Eröffnung der Feindseligkeiten die Italiener bei Custozza aufs Haupt geschlagen hatte, hoffnungsvoller in die Zukunft und antwortete Benedek, er möge im Kampfe ausharren. Darauf zog Benedek seine Truppen unter der Festung Königgrätz enger zusammen und formierte sie in Schlachtordnung.

Unterdessen war König Wilhelm mit Bismarck, Roon und Moltke auf dem Kriegsschauplatze erschienen und stimmte, als er von der Aufstellung des Feindes erfuhr, sofort dem Vorschlage des Prinzen Friedrich Karl bei, schleunigst einen Hauptangriff auszuführen. Der Kronprinz wurde benachrichtigt, eiligst zum Hauptheere zu stoßen, und darauf am 3. Juli früh um halb 8 Uhr der Kampf eröffnet. So lange der Kronprinz aber nicht mit eingreifen konnte, war der Kampf ein sehr ungleicher; den 150000 Preußen standen 230000 Oesterreicher und Sachsen gegenüber, die sich sehr tapfer schlugen. Sehnsüchtig blickten die preußischen Führer nach

dem Kronprinzen aus, der aber wollte sich noch immer nicht sehen lassen. Bereits war es 2 Uhr mittags geworden, und schon überlegte man, ob man der Uebermacht nicht weichen und die Schlacht abbrechen solle. Da erblickte Bismarck plötzlich am fernen Horizont im Nordost die dunkeln Linien der kronprinzlichen Heeresmassen, und bald brach das Gardecorps, das zur Armee des Kronprinzen gehörte, mit gewaltiger Wucht in das Dorf Chlum ein. Nicht lange, so wichen die österreichischen Linien, und schon um halb 5 Uhr mußte von Benedek der Befehl zum Rückzuge gegeben werden. Das ganze Heer war total geschlagen. König Wilhelm setzte sich an die Spitze der Reiterei, um die Verfolgung zu eröffnen. Ein namenloser Jubel ergriff das ganze preußische Heer; wo der König erschien, wurde er mit nicht endenwollenden Hurrarufen empfangen; von allen Seiten stürzten Offiziere herbei und küßten ihm die Hände. Noch am selben Tage, abends 8 Uhr, traf der König auch mit dem Kronprinzen zusammen und überreichte ihm sofort den Orden pour le mérite; dabei rannen dem Kronprinzen die Thränen über die Wangen.

Die Macht Oesterreichs war, wie Bismarck von vornherein erwartet hatte, sofort mit einem einzigen Hauptschlage vollständig gebrochen worden, aber nicht bloß infolge der besseren Bewaffnung der Preußen durch das Zündnadelgewehr und der geschickteren Führung, sondern auch infolge der höheren Intelligenz der preußischen Truppen. Es entstand daher das geflügelte Wort: „Der preußische Schulmeister hat bei Königgrätz gesiegt!"

Es lag jetzt nahe, den glänzenden Sieg auch in umfassender Weise auszunutzen; allein schon am Abend der Schlacht riet Bismarck zur Vorsicht. „Die Streitfrage mit Oesterreich ist nun entschieden," sagte er zum Könige, „jetzt

gilt es, die alte Freundschaft mit Oesterreich wieder zu gewinnen." Die Soldaten erhielten denn auch Befehl, mit großer Schonung vorzugehen.

Bald gelangten die Vortruppen bis vor Wien, aber es wurde ihnen verboten, in die Hauptstadt einzudringen. „Es konnte nicht im Interesse Preußens und Deutschlands liegen," sagt das Generalstabswerk, „den Bruch zwischen Preußen und Oesterreich zu verewigen."

Unmittelbar nach der Schlacht bei Königgrätz suchte sich wieder Napoleon III. in den Konflikt zu mischen; er wollte absolut sein „Geschäft" bei der Sache machen. „Unglaublich!" rief der König Wilhelm empört aus, als er am 5. Juli das erste Telegramm darüber erhielt. Bismarck riet aber, den Zudringlichen nicht ohne weiteres abzuweisen, sondern einstweilen hinzuhalten.

Unterdessen kam eine vorläufige Verständigung mit Oesterreich zu stande; es ward am 22. Juli ein Waffenstillstand abgeschlossen, und zugleich begannen zu Nikolsburg in Mähren die Friedensverhandlungen. Als die Grundlagen derselben bezeichnete Preußen: die Auflösung des deutschen Bundes, die Anerkennung eines norddeutschen Bundes, den Preußen ins Leben rufen wolle, die Bildung eines süddeutschen Bundes ohne die Beteiligung Oesterreichs, die Abtretung Schleswig-Holsteins an Preußen, die Bezahlung einer Kriegsentschädigung von 20 Millionen Thalern an Preußen und endlich den Verzicht auf die Einsprache bei den Gebietsveränderungen, die Preußen in Norddeutschland vornehmen werde.

Nur sehr schwer entschloß sich der Kaiser Franz Joseph dazu, seine Einwilligung zu dem Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland zu geben; es war dies aber die Hauptbedingung Preußens; er mußte sich also fügen. Dagegen entsprach

Preußen dem Wunsche Oesterreichs auf Erhaltung der Selbständigkeit Sachsens.

Mit großer Schnelligkeit hatte Bismarck die Unterhandlungen gefördert, denn es lag ihm vor allem daran, Napoleon III. von ihnen fern zu halten. Das gelang ihm denn auch in glänzender Weise; bereits am 26. Juli wurde dieser vorläufige Friede zu Nikolsburg abgeschlossen, und der Unterhändler Napoleons III., der Graf Benedetti, kam eben auf Schloß Nikolsburg an, als der Vertrag unterschrieben worden war. Bismarck empfing ihn in seiner Siegesfreude mit außerordentlicher Liebenswürdigkeit, ließ ihn dann aber bald durchfühlen, daß er zu spät gekommen sei.

Der Präliminarfrieden von Nikolsburg wurde dann bereits am 23. August 1866 in den endgiltigen Frieden von Prag verwandelt, so daß der ganze Krieg, der sich so lange schon angekündigt, und der von so eminenten Folgen für Deutschland war, nur wenige Wochen gedauert hatte.

In ähnlicher Weise verlief der Kampf mit Süddeutschland, nur daß es hier bloß zu einigen wenigen Treffen kam. Die Preußen drangen bis Würzburg und Nürnberg vor, worauf dann die Friedensunterhandlungen begannen. Der Friedensvertrag mit Württemberg wurde am 13. August, der mit Baden am 17., der mit Bayern am 22. August, der mit Hessen-Darmstadt am 3. September und der mit Sachsen am 21. Oktober abgeschlossen. Ueberall zeigte sich Preußen rücksichtsvoll und versöhnlich. Von größeren Landabtretungen wurde abgesehen; nur Hessen mußte die Landgrafschaft Homburg hergeben, die ihm kürzlich durch Erbschaft zugefallen war. Jedoch hatten alle Staaten einen geheimen Bündnisvertrag mit Preußen zu schließen, in dem sie sich verpflichteten, im Kriegsfalle ihre Heere unter den Oberbefehl des Königs von Preußen zu stellen und überhaupt ihr Militärwesen nach preußischem Muster umzugestalten. Die Bereitwilligkeit der süddeutschen Staaten, auf diese Bedingungen einzugehen, erlangte Bismarck auf eine sehr leichte Art durch die Mithilfe Napoleons. Dieser hatte noch einmal durch Benedetti „zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Frankreich und Deutschland" die Abtretung der Rheinpfalz und Rheinhessens mit Mainz verlangt. Diese Forderungen, die sich Bismarck hatte schriftlich geben lassen, unterbreitete er den Ministern von Bayern und Hessen, worauf diese sofort alle Bedenken, sich unter den militärischen Oberbefehl Preußens zu stellen, fallen ließen.

Die Begehrlichkeit Napoleons wies Bismarck natürlich sehr energisch, wenn auch mit der größten Höflichkeit und Liebenswürdigkeit, in ihre Schranken zurück, so daß sich Napoleon schließlich sogar entschuldigte und glauben machen wollte, der Antrag sei ohne seinen Willen von seinem Minister ganz eigenmächtig gestellt worden. Später kam er dann, da er es gar nicht verwinden konnte, auch nicht das geringste Profitchen aus der Affaire gezogen zu haben, auf die Annexion von Luxemburg und Belgien zu sprechen. Hier verhielt sich Bismarck zunächst nicht direkt ablehnend. Mit außerordentlichem Geschick würfelte er die Erwägungen hin und her und zog so die Sache in die Länge. Bei der Neuordnung der Dinge in Norddeutschland mußte es ihm daran liegen, sich die Freundschaft Frankreichs so lange wie möglich zu erhalten.

Diese Neuordnung vollzog sich aber viel leichter, als man wohl anfangs erwartet hatte, denn einesteils war ein vollständiger Umschlag in der Stimmung in Preußen eingetreten, und andernteils trat die preußische Regierung in äußerst kluger und taktvoller Weise an die neuen Verhältnisse heran. Das zeigte sich bereits bei der Eröffnung des neuen

Abgeordnetenhauses. Das alte Abgeordnetenhaus war am 9. Mai 1866 aufgelöst worden; die Wahlen zum neuen fanden während der Schlacht bei Königgrätz, am 3. Juli, statt. Sie fielen für die Regierung äußerst günstig aus und legten somit beredtes Zeugnis von der Zustimmung ab, die jetzt die Bismarcksche Politik im Lande erfuhr. Darauf ward bereits am 5. August die Sitzung des Landtages eröffnet, und bei dieser that König Wilhelm einen Schritt, der ihn für alle Zeiten in hohem Grade ehrt. Er erklärte in der Thronrede, daß in den letzten Jahren eine Vereinbarung in betreff des Staatshaushaltes mit der Landesvertretung leider nicht habe herbeigeführt werden können, und daß deshalb die Staatsausgaben, welche in dieser Zeit geleistet worden seien, der gesetzlichen Grundlage entbehrten, welche die Verfassung vorschreibe. Wenn die Regierung gleichwohl den Staatshaushalt ohne gesetzliche Grundlage mehrere Jahre geführt habe, so sei dies aus der pflichtgemäßen Ueberzeugung geschehen, daß die Existenz des Staates ein solches Verhalten bedungen habe; sie suche aber nun um Indemnität nach, d. h. um nachträgliche Gutheißung des Staatshaushaltes, und hoffe, daß dieselbe vom Landtage ausgesprochen und damit der innere Streit für immer zum Abschluß gebracht werde.

Nur ein kleiner Kreis von Doktrinären konnte nicht darüber hinwegkommen, daß die Regierung sich einer formellen Verletzung des Rechtes schuldig gemacht, die weitaus größte Anzahl der Abgeordneten sah aber vollkommen ein, wie notwendig die Heeresreorganisation gewesen, und daß die Regierung durchaus richtig gehandelt, als sie mit eiserner Energie diese Umgestaltung durchgeführt habe. Mit 230 gegen 75 Stimmen nahm das Abgeordnetenhaus das Indemnitätsgesetz an, wenige Tage nachher das Herrenhaus einstimmig. Der lange unheilvolle Zwist war endlich beigelegt.

Auch im übrigen entsprach nun der Landtag den Wünschen der Regierung; er bewilligte nachträglich 60 Millionen Thaler zur Deckung der Kriegskosten, sanktionierte das Budget und führte in die Dotationsvorlage, mit welcher Dankesgaben für die Heerführer Roon, Moltke, Herwarth von Bittenfeld, Steinmetz und Vogel von Falkenstein erbeten wurden, auch den Namen Bismarcks ein, „in Anerkennung der von ihm so erfolgreich geleiteten äußeren preußischen Politik." Ueberhaupt trat an die Stelle der principiellen Opposition wieder eine sachgemäße Beratung der Vorlagen und zugleich das Bestreben, die Regierung in der Lösung der nationalen Aufgaben möglichst zu unterstützen. Aus diesem Bestreben heraus entwickelte sich auch eine neue politische Partei, die nationalliberale Partei, an deren Spitze Bennigsen, Simson, Twesten, Lasker, Hammacher, Graf Schwerin, Bockum-Dolffs u. a. traten. Die formelle Gründung der Partei vollzog sich am 28. Februar 1867.

Nicht ganz so einfach gingen natürlich die Annexionen vor sich, die Preußen mit dem Schlusse des Krieges vornahm; gab es doch hier eine große Menge von Rechten und Besitztiteln umzuändern. Außer Schleswig-Holstein wurden in das Königreich einverleibt: Hannover, Kurhessen, Nassau und die Stadt Frankfurt a. M. Mit den entthronten Fürsten suchte die Regierung Abfindungsverträge zu schließen, aber nur der Herzog von Nassau ließ sich nach längeren Verhandlungen im September 1867 zu einem solchen herbei. Er erhielt neben einigen Schlössern 15 Millionen Gulden. Der Kurfürst von Hessen erwies sich als unzugänglich; eine Einigung kam dann aber nach seinem Tode mit seinen Erben zu stande. Am schwierigsten lagen die Verhältnisse bei dem Könige von Hannover, der die neue Situation so wenig begriff, daß er glaubte, durch ununterbrochene Agitation und

durch eine „Welfenlegion", die er in Frankreich ins Leben rief, die neue Ordnung in Deutschland wieder umwerfen zu können. Infolgedessen belegte die preußische Regierung das Vermögen des Königs mit Beschlag und benutzte die Zinsen der Gelder „zur Abwehr feindlicher welfischer Bemühungen gegen Preußen." Diesen Fonds zur Bekämpfung des Welfentums und überhaupt aller politischen Intriguanten nannte man dann nach einer Auslassung Bismarcks im Jahre 1869 den Reptilienfonds. Nach dem Tode des Königs Georg von Hannover ist zwar eine teilweise Verständigung mit dessen Sohne, dem Herzog von Cumberland, herbeigeführt, aber ein Verzicht auf die Krone auch von diesem bis jetzt noch nicht ausgesprochen worden.

Die Begründung des Norddeutschen Bundes endlich wurde zunächst dadurch eingeleitet, daß Preußen einen Bundesvertrag mit den Großherzogtümern Melkenburg-Schwerin und Melkenburg-Strelitz, Oldenburg und Sachsen-Weimar, den Herzogtümern Braunschweig, Anhalt, Koburg-Gotha und Altenburg, den Fürstentümern Waldeck, Detmold, Bückeburg, Reuß jüngere Linie, Rudolstadt und Sondershausen, sowie den drei Hansastädten Hamburg, Bremen und Lübeck abschloß, dem dann noch weiterhin Reuß-Greiz und Meiningen und schließlich auch Sachsen und der nördliche Teil von Hessen-Darmstadt beitraten. Unmittelbar nach Abschluß des Vertrages berieten die verbündeten Regierungen die Bundesverfassung, in der auch das allgemeine Wahlrecht gewährt wurde, worauf am 12. Februar 1867 die Wahlen zum ersten Norddeutschen Reichstage stattfanden. Am 24. Februar begann sodann der Reichstag seine Sitzungen, um den ihm vorgelegten Entwurf einer Bundesverfassung durchzuberaten. Dabei wurden allerdings verschiedene kritische Stimmen laut, manche Abgeordnete wußten sogar sehr vieles zu bemängeln,

aber Bismarck mahnte, „Deutschland doch zunächst nur in den Sattel zu setzen, reiten werde es dann schon können", worauf die Verfassung schließlich mit großer Mehrheit, mit 230 gegen 53 Stimmen, angenommen wurde. Bald darauf erklärten sich auch die 22 verbündeten Regierungen mit den Beschlüssen des Reichstages einverstanden: der Schlußstein war damit dem neuen Staatsgebäude eingefügt. Am 1. Juli 1867 trat die Verfassung des neuen Bundes in Kraft.

Zwar war es noch nicht das ganze Deutschland, welches sich hier zu einem festen Staatsgefüge zusammengeschlossen hatte, aber doch immerhin der größte Teil desselben, und bald sollte es sich auch zeigen, daß frisches, kräftiges Blut in diesem neuen Staatskörper pulsierte. Eine ganze Reihe veralteter Gesetze, z. B. betreffend die Schuldhaft und den Lohnarrest, wurde beseitigt, einem neuen Strafgesetzbuche der Weg geebnet und vermittelst eines eigenen, aus Süd und Nord zusammenberufenen Zollparlaments ein neuer Zollverein geschaffen. Und endlich wurde auch eine norddeutsche Flotte ins Leben gerufen und für dieselbe ein großer Kriegshafen, der den Namen Wilhelmshaven erhielt, gebaut. Am 17. Juni 1869 vollzog König Wilhelm selbst die Einweihung dieses ersten deutschen Kriegshafens.

In Süddeutschland vermochte sich die nationale Stimmung noch nicht so bald wieder zu klären; es fehlte hier an einem genialen Manne, der die Geister hätte leiten können. Es kam daher auch nicht zu dem in Aussicht genommenen süddeutschen Bund, was wieder zur Folge hatte, daß sich in Baden der Wunsch regte, in den Norddeutschen Bund aufgenommen zu werden. Bismarck trug jedoch Bedenken, dem Verlangen zu entsprechen; vielleicht fürchtete er, bei Bayern und Württemberg Mißstimmung hervorzurufen, und zugleich hoffte er auch wohl, irgend ein Ereignis

werde mit einem Mal gleich ganz Süddeutschland dem Norddeutschen Bunde zuführen. Er wolle, sagte er in seiner drastischen Weise, den Milchtopf nicht abfahnen, damit der Rest der Milch nicht sauer werde.

Unterdessen ließen Napoleon die Lorbeeren Preußens nicht schlafen. Die Siege Bismarcks hatten, so meinte er, das europäische Gleichgewicht gestört und das Ansehen Frankreichs herabgesetzt; es mußte auf alle Fälle für Frankreich etwas gethan werden. Da fiel sein Blick wieder auf Luxemburg. Durch die Neugestaltungen in Deutschland war das Großherzogtum Luxemburg in eine seltsame Lage geraten. Es war ein durchaus selbständiges Land, nur durch Personalunion mit Holland verbunden, zudem Mitglied des deutschen Bundes und des Zollvereins, dabei noch laut Vertrags von 1815 deutsche Bundesfestung mit preußischer Besatzung. Bei der Auflösung des deutschen Bundes war es aber seiner Zugehörigkeit zu Deutschland verlustig gegangen; in den Norddeutschen Bund hatte es Bismarck nicht mit hinüber genommen, wohl hauptsächlich, weil sich die Bevölkerung, obgleich vollständig deutsch, doch stets sehr deutschfeindlich gebärdet hatte. Trotz alledem befand sich noch immer die preußische Besatzung im Lande. Die holländische Regierung verlangte zwar von Preußen die Räumung, aber Bismarck zögerte, die starke Festung so ohne weiteres in andere Hände zu geben. Diesen Umstand benutzte Napoleon; er ließ durch seine Presse aussprengen, Preußen beabsichtige, nun auch Luxemburg zu annektieren, und als durch dieses Gerücht die entsprechende Aufregung hervorgerufen worden war, machte er dem König Wilhelm III. von Holland den Vorschlag, derselbe möge ihm diesen Zankapfel, der ihn noch in Unannehmlichkeiten bringen könne, verkaufen. Er bot für die 47 Quadratmeilen 90 Millionen Franken. Und König Wilhelm, der nicht

die geringste Sympathie für das Ländchen hegte und außerdem längst gefürchtet hatte, Preußen werde es gelegentlich wegschnappen, willigte gern in den Handel. Aber noch ehe Napoleon die entsprechenden diplomatischen Verhandlungen mit Preußen eingeleitet hatte, verplauderte sich König Wilhelm von Holland in seiner Freude über den Schacher dem preußischen Gesandten in Haag gegenüber, der nun sofort seiner Regierung Kenntnis von dem Projekte gab. Darauf wurde das Vorhaben Napoleons schnell bekannt und erregte in Deutschland einen Sturm der Entrüstung. In Frankreich fehlte es nicht an dem entsprechenden Echo, und so gewann es einige Zeit den Anschein, als wolle sich die Erregung bis zur Kriegserklärung steigern. Allein Bismarck hielt es doch nicht für geraten, sich einer solchen unbedeutenden Sache wegen schon wieder in einen großen Krieg zu verwickeln; er deutete im Reichstage an, daß Preußen ja den französischen Handel nicht zugeben werde, daß aber im übrigen das Ländchen für Deutschland keine Bedeutung habe, und man wohl durch irgend einen Ausgleich die Angelegenheit ordnen könne. Darauf schlug Rußland eine Konferenz in London vor, in welcher dann am 11. Mai 1867 ein internationaler Vertrag abgeschlossen wurde, der dahin ging, daß Luxemburg zum neutralen Gebiet erklärt wurde. Preußen zog seine Truppen zurück, und die Festungswerke wurden geschleift; doch blieb das Land auch ferner noch im deutschen Zollverein. Die Wogen glätteten sich wieder, obgleich die Mißstimmung Napoleons gegen Preußen abermals gewachsen war.

Auch sonst noch sollte sich die Situation Napoleons mißlicher gestalten, und zwar in Frankreich selbst. Eine neue Partei hatte sich emporgerungen, die ein „freisinniges Kaisertum“ anstrebte, und Napoleon sah sich genötigt, den Wünschen zu entsprechen und eine neue Verfassung zu geben. Er fühlte

sich sogar veranlaßt, die Ansicht des gesamten französischen Volkes in Betreff dieser neuen Verfassung einzuholen und dabei auch die Frage zu stellen, ob überhaupt sein Verbleiben an der Spitze des Staates noch fürderhin gewünscht werde. Es fand infolgedessen am 8. Mai 1870 eine allgemeine Abstimmung statt, bei der sich 7 Millionen stimmfähige Franzosen *für* die neue Verfassung und den Kaiser Napoleon, 1½ Millionen *gegen* die neuen Vorschläge und den Kaiser aussprachen. Dieses Ergebnis bedeutete ja nun allerdings einen glänzenden Sieg des Bonapartismus, allein er hatte nur durch einen außerordentlichen Hochdruck von seiten der kaiserlichen Beamten ermöglicht werden können. Das wußte auch Napoleon sehr wohl; er empfand es immer lebhafter, daß sein Stern erblich, er fühlte sich täglich unsicherer auf dem Throne — nur eine große Waffenthat, die dem französischen Volke neue Gloire brachte, konnte sein Ansehen wieder herstellen, seine Dynastie wieder befestigen. In einem Momente der Erregung sprach es die Kaiserin offen aus. „Unser Sohn wird nicht Herrscher werden," rief sie, „wenn man Königgrätz nicht ungeschehen macht!" — wenn man gestattete, daß künftig die Preußen ein hellerer Ruhm umstrahlte, als die Franzosen.

Also nur ein Krieg mit Preußen konnte ihm die Zukunft sichern, konnte ihn retten. Er sah sich daher nach *Verbündeten* um. In Rußland wurde er gleich bei den ersten Annäherungsversuchen abgewiesen; um so freundlicher kam man ihm in *Oesterreich* entgegen. Dort stand seit Ende 1866 Herr von Beust, der frühere sächsische Minister, an der Spitze der Regierung und hatte keinen sehnlicheren Wunsch, als Oesterreich an Preußen zu rächen. Er hoffte dann ebenfalls eine solche europäische Berühmtheit zu werden, wie der verhaßte Herr von Bismarck. Die Verhandlungen zwischen

Oesterreich und Napoleon nahmen denn auch einen raschen Verlauf; die beiden Kaiser verständigten sich schließlich in direkten Briefen mit einander und schlossen ein förmliches Kriegsbündnis, worauf der General Lebrun im Frühjahr 1870 nach Wien kam und sich mit dem höchstkommandierenden Feldherrn Oesterreichs, dem Erzherzog Albrecht, über die Einzelheiten des geplanten Krieges beriet. Wie später aus den Lebenserinnerungen Beusts (Stuttgart 1887) und aus sonstigen Indiskretionen bekannt geworden ist, wurde schon bei diesen Beratungen, ohne daß man bereits einen direkten Anlaß zum Kriege hatte, der Angriff, natürlich ganz im geheimen, für das Jahr 1870 festgesetzt. Die verbündeten Heere sollten sich in Süddeutschland treffen und von dort gegen den Norddeutschen Bund vordringen. Vielleicht trat dann auch noch dieser oder jener süddeutsche Staat gleich mit auf die Seite der Verbündeten.

Noch verständigte man sich eben über die letzten Punkte und spähte nach einem *Anlaß zum Kriege* aus, als sich dieser plötzlich ganz von selbst darbot, und zwar in der *spanischen Königsfrage*. Die Spanier hatten im Jahre 1868 der Mißwirtschaft der Königin Isabella durch eine Revolution ein Ende gemacht und es dann mit republikanischen Einrichtungen versucht. Schließlich wünschten sie aber wieder zum monarchischen Staatswesen zurückzukehren und sahen sich nun nach einem Könige um. Verschiedene Versuche, zu einem solchen zu gelangen, waren bereits mißglückt. Da verfielen sie auf den Erbprinzen *Leopold von Hohenzollern*. Der Prinz schwankte zunächst, nahm aber schließlich das Anerbieten an und erbat am 28. Juni die Zustimmung des Familien-Oberhauptes, des Königs Wilhelm. Der König hatte keine Ursache, seine Zustimmung zu verweigern, um so weniger, da Preußen der Angelegenheit ja vollständig fern

stand, worauf die Zusage nach Madrid ging und dort am 2. Juli proklamiert wurde. Kaum jedoch war die Nachricht hiervon in Paris eingetroffen, als sich auch schon ein allgemeiner Tumult erhob. Bereits am Morgen des 4. Juli brachte der „Constitutionell", das Organ des Herzogs von Gramont, des Ministers des Aeußern, einen sehr erregten Artikel, in welchem dem Erstaunen Ausdruck gegeben wurde, daß das Scepter Karls V. einem preußischen Prinzen anvertraut werden solle, und am 6. Juli rief der Minister in der französischen Kammer: „Die Hohenzollern-Kandidatur dulden wir nicht. Frankreich wird seine Pflicht thun, ohne Zaudern und ohne Schwäche!"

Diese Erklärung rief sofort in ganz Europa die größte Aufregung hervor, leuchtete doch aus jedem Worte die Freude, den Casus belli gefunden zu haben. „Diese Kundgebungen Gramonts sind eine thatsächliche Kriegserklärung an Preußen!" schrieb Beust an den österreichischen Gesandten Fürsten Metternich nach Paris, und war nun ängstlich besorgt, sich zweckmäßig zu verhalten.

Inzwischen hatte sich in den Straßen von Paris ein wüstes Treiben entwickelt; „à Berlin, à Berlin!" rief die johlende Menge, und die Zeitungen beeilten sich, in den Ton mit einzustimmen. „Auf nach Preußen! Holen wir uns den Rhein!" klang es aus allen Spalten heraus. „Mit Kolbenstößen in den Rücken," schrieb Girardin in der „Liberté", „muß man die Preußen zwingen, uns das linke Rheinufer zu räumen!"

Der Herzog von Gramont beeilte sich jetzt, die Entscheidung so bald als möglich herbeizuführen; er schickte den Gesandten am preußischen Hofe, Grafen Benedetti, nach Ems, wo König Wilhelm zur Kur weilte, und gab ihm auf: „Sie müssen unbedingt vom König eine kategorische Antwort

erhalten. Die einzige, die uns befriedigen und den Krieg verhindern kann, ist diese: die Regierung des Königs billigt die Annahme seitens des Prinzen von Hohenzollern nicht und erteilt ihm den Befehl, seine ohne Erlaubnis des Königs gefaßte Entschließung zurückzunehmen."

Schon am 9. Juli erhielt Benedetti die erbetene Audienz und wurde vom König sehr freundlich empfangen. Der Monarch setzte dem Gesandten auseinander, daß er nur als Familienoberhaupt dem Prinzen die Erlaubnis zur Annahme der spanischen Königskrone gegeben habe, nicht als preußischer Souverän; die Sache habe daher auch durchaus nichts mit der preußischen Regierung zu thun, diese könne infolgedessen auch nicht für die Angelegenheit verantwortlich gemacht werden. Das Richtigste würde sein, wenn Frankreich seine Anstrengungen in Madrid geltend machen und dort seinen Einfluß anwenden wolle; werde dann die spanische Regierung auf den Prinzen verzichten, so sei die einfachste Lösung der Frage gefunden. Er glaube, dem Prinzen kein Hindernis entgegenstellen zu dürfen. Aber er wolle sich auch noch einmal mit dem Fürsten Anton von Hohenzollern, dem Vater des Prinzen, in Verbindung setzen, um zu erfahren, welche Ansichten man in Sigmaringen über die Sache hege.

Auf Benedetti machten diese Darlegungen, wie nicht anders möglich, den besten Eindruck. „Ich hoffe," schrieb er sofort an den Herzog von Gramont, „Sie werden es billigen, daß ich es unterlassen habe, den König zu brüskieren, und daß es rätlich ist, mit Mäßigkeit zu verfahren." Das war aber durchaus nicht nach dem Wunsche Gramonts. „Der König muß dem Prinzen die Annahme verbieten, oder wenigstens den Verzicht desselben herbeiführen!" telegraphierte er an Benedetti.

Nun erbat sich dieser abermals eine Audienz, am 11. Juli, und brachte aufs neue seine Forderungen vor. Der König beharrte aber bei seinen Anschauungen und erklärte, daß er seinem Verwandten nach wie vor die vollständigste Freiheit lassen müsse; auch könne er nicht aus der Rolle der Nichtbeteiligung, die er sich von vornherein vorgeschrieben, heraustreten.

Da wurde plötzlich am nächsten Tage, dem 12. Juli, die ganze Frage gegenstandslos, denn der Prinz Leopold entsagte, um sein Vaterland nicht in kriegerische Verwicklungen zu bringen, freiwillig der spanischen Krone, und der Ministerpräsident Ollivier erklärte darauf den französischen Abgeordneten in der Wandelbahn des Palais Bourbon, daß es jetzt noch nicht zum Kriege kommen werde.

Allein der Herzog von Gramont wollte sich den Casus belli nicht so schnell entgehen lassen; er befahl Benedetti, vom Könige zu verlangen, daß er die Versicherung abgebe, niemals wieder der Kandidatur des Prinzen Leopold aufs neue zuzustimmen, und daß er überhaupt das Bedauern ausspreche, dem Prinzen die Erlaubnis zur Annahme der spanischen Krone gegeben zu haben.

Dieses Auftrages suchte sich Benedetti am Morgen des 13. Juli im Kurgarten zu Ems zu entledigen, als er dort den König antraf. Der Monarch war sichtlich erfreut, daß der leidige Zwist nun aus der Welt geschafft sei, reichte leutselig Benedetti die Hand und bemerkte, daß er wohl noch im Laufe des Tages Näheres über den Verzicht aus Sigmaringen erhalten werde. Darauf ging Benedetti sofort auf sein Ziel los und teilte dem Könige den Auftrag mit, den er von Gramont erhalten habe. Der König war äußerst erstaunt über diese Forderungen. „Ich sollte mich also für alle Zukunft, ein für allemal binden?“ versetzte er. „Darauf

kann ich nicht eingehen!“ Aber Benedetti ließ nicht ab, in den König zu dringen, bis dieser nochmals seine ganz bestimmte Weigerung aussprach und erklärte, das Weitere möge durch das Ministerium erledigt werden.

Nun hatte Benedetti noch die Kühnheit, abermals um eine Audienz beim Könige zu bitten, dieser aber ließ ihm durch seinen Flügeladjutanten mitteilen, daß er die Angelegenheit nach der Verzichtleistung des Prinzen als erledigt ansehe. Doch gestattete er am nächsten Tage dem Gesandten noch eine Abschiedsaudienz, bei der er aber sofort bemerkte, er beschränke sich darauf, nur zu sagen, daß er ihm weiter nichts mitzuteilen habe, und daß alle weiteren Verhandlungen seitens seiner Regierung geführt werden würden.

Während sich diese Scenen in Ems abspielten, versuchte Gramont, die Situation noch in anderer Weise zu verschärfen. Er veranlaßte den preußischen Gesandten v. Werther, nach Berlin zu melden, die französische Regierung könne die Sache nur dann für erledigt ansehen, wenn der König von Preußen dem Kaiser Napoleon einen zur Veröffentlichung bestimmten Brief schreibe, in welchem er versichere, daß er weder der Ehre noch den Interessen der französischen Nation habe zu nahe treten wollen, und daß er sich dem Verzichte des Prinzen Leopold anschließe. Diese Zumutung rief aber bei dem Grafen Bismarck eine große Entrüstung hervor; er ließ den Herrn v. Werther hart an, daß er sich habe bewegen lassen, derartiges in amtlicher Form nach Berlin zu melden. Das französische Ansinnen könne überhaupt gar nicht in amtlicher Form dem königlichen Herrn vorgetragen werden.

Unterdessen hatte der König dem Grafen Bismarck eine Depesche über das Auftreten Benedettis nach Berlin gesandt mit dem Bemerken, dieselbe ganz oder zum Teil zu veröffentlichen. Bismarck strich darauf einiges, ohne jedoch

den geringsten Zusatz zu machen, und schickte dann das Manuskript an die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", die die Depesche noch am Spätnachmittage als Extrablatt verbreitete. Es wurden in dieser Depesche zunächst die unerhörten Forderungen Benedettis mitgeteilt, worauf der Schlußsatz folgte: „Se. Majestät hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter zu empfangen und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät dem Botschafter nichts mitzuteilen habe." Dieser Schlußsatz rief ein ungeheueres Echo hervor, zunächst in Deutschland. Hier hatte die Entsagung des Prinzen von Hohenzollern einen fatalen Eindruck gemacht. Obgleich man den Frieden zu erhalten wünschte, konnte man sich doch des Gefühls nicht erwehren, daß eine gewisse Demütigung mit der Lösung des Konflikts verbunden war. Jetzt aber, mit der energischen Haltung des Königs, war der Standpunkt Frankreich gegenüber wieder gewahrt, und man empfand es deutlich, daß dem französischen Hochmut ein Ziel gesetzt worden sei. Noch viel größer aber war die Erregung, welche sich Frankreichs sofort nach dem Eintreffen der Depesche bemächtigte. In Paris stieg das chauvinistische Fieber bis zum Siedepunkt; Tausende und Abertausende wogten am 14. Juli auf den Boulevards auf und ab und brüllten „A Berlin!" Gleichzeitig wurde in Saint-Cloud ein Ministerrat abgehalten und in diesem, ohne daß man einen amtlichen Bericht über die Emser Vorgänge abwartete, einfach auf das Extrablatt einer Zeitung hin, der Krieg beschlossen. Napoleon, der damals bereits sehr leidend war, schreckte zwar anfangs vor dem hochwichtigen Entschlusse zurück, allein die Kaiserin verlangte mit aller Heftigkeit den Bruch. „Tu n'es qu'un avachi!" — ein verweichter, kraft- und saftloser Mensch, so wird erzählt, habe sie dem immer wieder zögernden Kaiser in ihrem Zorne zugerufen.

Gleich am nächsten Tage, dem 15. Juli, forderte dann Ollivier in der französischen Kammer einen Kredit von 50 Millionen, die Einberufung der Reserven, der Mobilgarde und die Einstellung von Freiwilligen. Die kleine Opposition, die aber Thiers, Jules Favre, Arago und Gambetta in sich schloß, sprach zwar dagegen und behauptete, Frankreich habe hinreichende Genugthuung erhalten, es sei überhaupt gar nicht beleidigt worden, doch Ollivier rief, die französische Nation habe von Preußen eine Maulschelle bekommen, da wäre kein anderes Mittel, sich zu rächen, als der Krieg! „Nun wohl," versetzte Arago, „wenn Sie den Krieg anfangen, so geschieht es nur, weil Sie ihn durchaus haben wollen!" Aber die Warnungen verhallten, mit 245 gegen 10 Stimmen wurden alle Forderungen des Ministeriums bewilligt.

Zur selben Zeit fuhr König Wilhelm von Ems nach Berlin. An vielen Stationen wurde er von Abordnungen begrüßt, die ihm die Versicherung der Treue und Ergebenheit für die bevorstehende schwere Zeit darbrachten. Eine Deputation der Stadt Braunschweig begrüßte den Monarchen mit wallender Fahne auf der Station Börßum. Von Berlin aus kamen Bismarck, Roon und Moltke dem Könige bis Brandenburg entgegengefahren und besprachen nun sofort mit ihm die Lage. Bei der Ankunft in Berlin, gegen 9 Uhr abends, konnten dem Könige bereits die Nachrichten über die Beschlüsse der französischen Kammer überreicht werden. Er blickte tief ernst auf das Telegramm, berichtet ein Augenzeuge.

„Bis wann kann ich die Mobilmachungsordre für die ganze Armee unterzeichnen?" fragte er Roon.

„Bis 10 Uhr abends, Eure Majestät," antwortete dieser.

„Ich werde sie unterzeichnen!" versetzte der König.

Und gleich nach 10 Uhr gab der Kriegsminister den kurzen Befehl: „Die Armee ist planmäßig mobil zu machen."

Ein gewaltiges Uhrwerk begann sich in diesem Momente in Bewegung zu setzen; von der ersten Minute an griff alles tadellos ineinander. In seinen Denkwürdigkeiten erzählt Roon, die vierzehn Tage, die auf den 15. Juli folgten, seien in seinem ganzen Dienstleben „die sorg- und arbeits—" nicht etwa „vollsten", nein, er schreibt klar und deutlich „die sorg- und arbeitslosesten Tage" gewesen.

Auch nach den anderen Seiten hin wurden rasch alle Vorbereitungen zum Kriege getroffen; bereits am 19. Juli, als eben der französische Geschäftsträger Lesourd die formelle Kriegserklärung übergeben hatte, trat der norddeutsche Reichstag zusammen, und der König eröffnete ihn mit einer in hohem Grade würdigen und kraftvollen Thronrede. „Hat Deutschland," sagte er nach der Darlegung der Situation, „derartige Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung die deutschen Stämme je länger, desto inniger verbindet, heute, wo Deutschlands Rüstung dem Feinde keine Oeffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewaltthat."

Der Reichstag gab die Versicherung ab, daß er in unerschütterlicher Treue zum Könige und zur Regierung halten werde, und bewilligte die Vorlage der Regierung, welche eine Anleihe von 120 Millionen Thalern für Kriegszwecke verlangte. Schon am 21. Juli wurde der Reichstag wieder geschlossen.

Doch nicht nur der Norddeutsche Bund, auch alle süddeutschen Staaten rüsteten sich sofort gegen Frankreich, wohl erkennend, welche Bedeutung der gewaltige Kampf, der jetzt beginnen sollte, auch für sie haben mußte. Ohne Zögern ließ König Ludwig von Bayern bereits am 16. Juli seine beiden Armeecorps mobil machen, die übrigen Fürsten folgten alsbald. Nach einem schon 1868 von Moltke bis ins kleinste genau entworfenen Plane wurden die gesamten für den Einmarsch in Frankreich bestimmten Heeresmassen, 500000 Mann, in drei Armeen geteilt; die erste Armee, 85000 Mann, unter General von Steinmetz, hatte in der Saargegend aufzumarschieren, die zweite, 220000 Mann, unter dem Prinzen Friedrich Karl und mit dem Hauptquartier des Königs, mußte gegen die mittlere Grenze vorgehen, und die dritte, 200000 Mann, unter dem Kronprinzen, den linken Flügel nach Rastatt zu bilden. Man beeilte sich außerordentlich, den Aufmarsch zu bewerkstelligen, weil man annehmen durfte, daß die Franzosen in der Aufstellung ihrer Heere sehr bald fertig sein würden. Hatte doch der Kriegsminister Leboeuf in der Kammersitzung vom 15. Juli gesagt, daß nicht nur alles bis zum letzten Gamaschenknopfe „erzbereit" sei, sondern daß Frankreich auch acht Tage Vorsprung vor Preußen habe.

Die kurze Zeit des Aufmarsches der Heere benutzte dann Bismarck noch, um eine diplomatische Mine springen zu lassen und dadurch die napoleonische Begehrlichkeit in das grellste Licht zu rücken. Er ließ den Entwurf jenes geheimen Vertrages von 1866 veröffentlichen, kraft dessen Preußen dem Kaiser Napoleon zur Annexion von Belgien und Luxemburg behilflich sein sollte. Die Enthüllung rief eine große Aufregung hervor; die Großmächte erklärten, daß Belgien in dem bevorstehenden Kriege gefährdet sein

werde, worauf England vorschlug, Belgien für neutral zu erklären. Sofort war Preußen damit einverstanden, und nun mußte Napoleon wohl oder übel ebenfalls zustimmen. Das war die erste Niederlage des Kaisers, schon bevor die kriegerischen Operationen begonnen hatten; die Niederlagen auf den Schlachtfeldern sollten unmittelbar folgen.

Der Operationsplan der Franzosen ging dahin, 150 000 Mann in Metz und 100 000 Mann in Straßburg zu vereinigen und mit beiden Heeren dann in Süddeutschland einzubrechen. In der That hegte man auch Ende Juli in Süddeutschland die größte Besorgnis vor dem Eindringen der Franzosen. Nach den prahlerischen Reden des Kriegsministers Leboeuf mußte ja alles zum sofortigen Losschlagen fertig sein, aber in Wirklichkeit zeigten sich sofort sehr viele Mängel, die nur eine sehr langsame Vorwärtsbewegung der Truppen zuließen. Besonders fehlte es an allen Vorkehrungen zur Verpflegung der Armeen. Es mangelte ebensowohl an Brot und Fleisch, wie an Decken und Zelten. Schon am 23. Juli hatte der Kaiser Napoleon der Kaiserin Eugenie die Regentschaft übertragen und war nach Metz gefahren, aber auch er hatte die schlimmen Zustände nicht beseitigen können. Außerdem machten die Truppenkörper verschiedene überflüssige Bewegungen, sie zogen hin und her — es fehlte offenbar an einer klaren Leitung. Darüber verging ein Tag nach dem anderen.

Unterdessen suchte Beust das Eingreifen Oesterreichs, zu dem er ja nach dem Vertrage mit Napoleon verpflichtet war, noch möglichst hinauszuschieben, um erst zu sehen, wie sich der Kampf gestalten werde. Er telegraphierte an Napoleon am 20. Juli, es sei von Oesterreich noch kein offener Schritt geschehen, „um erst die Rüstungen vollenden zu können", aber er dürfe darauf bauen, daß Oesterreich die französische An-

gelegenheit wie seine eigenen ansehen werde. Schon 14 Tage später trat dann der treue Bundesgenosse einer Vereinbarung Englands, Rußlands und Italiens bei, laut deren diese Staaten den beiden Kämpfenden gegenüber vollste Neutralität beobachten wollten.

Der Aufmarsch der drei deutschen Heere vollzog sich mittlerweile in durchaus musterhafter Weise. Am 2. August war er vollendet, und am selben Tage traf auch König Wilhelm mit Bismarck, Moltke und Roon im Hauptquartier zu Mainz ein und übernahm das Oberkommando. Zur gleichen Zeit unternahmen die Franzosen ihren ersten „schnellen Vorstoß". Das ganze Corps Frossard ging mit 39 Bataillonen, 16 Eskadrons und 39 Geschützen gegen das nur 1400 Mann umfassende Detachement des Oberstlieutenant von Pestel vor, das in Saarbrücken stand. Der kleine Prinz Louis Napoleon feuerte dabei die erste Mitrailleuse auf die Deutschen. Nach mehrstündigem Gefecht gingen die Preußen, der Uebermacht weichend, auf die Höhen bei Saarbrücken zurück, worauf die Franzosen in namenlosen Jubel ausbrachen. „Frossard hat drei preußische Divisionen niederkartätscht!" meldete der „Gaulois", und der Kaiser telegraphierte an die Kaiserin: „Louis erhielt soeben die Feuertaufe. Er war von bewundernswerter Kaltblütigkeit; die Soldaten weinten, als sie ihn so ruhig sahen."

Das Blatt wendete sich allerdings sehr schnell, als König Wilhelm am 3. August den Befehl zum allgemeinen Vormarsch gab. Der Kampf begann nun sofort im großen Stil und mit jener Sicherheit und Klarheit, jener Besonnenheit und Intelligenz, die bald ganz Europa in Erstaunen setzte.

Gleich am 4. August stieß die dritte Armee mit dem General Douay bei Weißenburg im Elsaß zusammen; die Stadt und der militärisch wichtige Gaisberg wurden im

Sturm genommen und die Franzosen total geschlagen. Der General Douay selbst fiel, außerdem hatte der Feind einen Verlust von 1200 Mann an Toten und Verwundeten und von über 1000 Mann, die in Gefangenschaft gerieten. Dieser schnelle Sieg gleich am ersten Tage des eigentlichen Feldzuges wirkte in hohem Grade begeisternd auf die deutschen Truppen; er hatte aber auch sonst noch eine große militärische Bedeutung, denn durch die Besetzung von Weißenburg war jetzt das französische Heer vom Elsaß abgeschnitten. Es galt nun die Vogesenpässe zu nehmen und den Feind auf die Mosellinie zurückzudrängen. Aber der Marschall Mac Mahon suchte diese Pässe, in richtiger Erkenntnis ihrer Wichtigkeit, mit aller Energie zu verteidigen und nahm bei Wörth eine geschickt gewählte Defensiv-Position ein. Doch der Kronprinz ging sofort am Morgen des 6. August, als er vor der starken Stellung eintraf, zum Angriff vor und warf nach langem, hartnäckigem Kampfe schließlich den Feind vollständig aus seiner Position heraus. Um 3½ Uhr nachmittags mußte der Marschall Mac Mahon die Schlacht für verloren erklären; eine wilde Flucht begann. 5000 tote und verwundete Franzosen bedeckten das Schlachtfeld, 8000 Mann wurden gefangen genommen, 35 Kanonen und viele Bagagewagen erbeutet. Dieser gewuchtige Schlag lähmte den ganzen rechten Flügel der französischen Armee; aber auch der linke Flügel wurde am selben Tage fast vollständig vernichtet, denn die Generäle von François und von Göben erstürmten mit großer Kühnheit die Höhen von Spichern und warfen das Corps Frossard.

In drei Tagen hatten die Franzosen drei Niederlagen erlitten. Diese Thatsache rief im kaiserlichen Hauptquartier einen panischen Schrecken hervor. In der ersten Bestürzung wollte Napoleon gleich bis Chalons zurückgehen, gab dann

aber, als er den schlechten Eindruck fürchtete, den Befehl, vorläufig unter den festen Forts von Metz Schutz zu suchen. Zugleich übertrug er den Oberbefehl an Bazaine.

Auf der deutschen Seite glaubte man jetzt, der Marschall Bazaine werde nun mit seiner großen Truppenmacht — belief sie sich doch auf 200 000 Mann — in der Moselniederung eine große Entscheidungsschlacht herbeiführen, allein er ließ einen Tag nach dem andern ruhig vergehen, und am Abend des 13. August bemerkten die Deutschen plötzlich, daß die Franzosen Bewegungen machten, um nach Westen abzuziehen. Das mußte aber auf alle Fälle verhindert werden. Schon am Vormittag des 14. August warf sich daher der General von der Goltz bei Colombey-Nouilly dem III. und IV. französischen Corps entgegen und hielt es unter blutigem Ringen fest. Nur Napoleon gelang es am Abend, davonzukommen und sich nach Chalons zu flüchten, wo das Heer Mac Mahons sich wieder gesammelt hatte. Darauf versuchte Bazaine etwas weiter westlich durchzubrechen, hier aber stieß er am 16. August auf die Brandenburger, die der General von Alvensleben kommandierte, und es entwickelte sich die gewaltige Schlacht bei den Dörfern Bionville und Mars la Tour, wo besonders die preußische Reiterei sich unverwelkliche Lorbeeren erfocht. Abermals wurde Bazaine zurückgeschlagen. Jetzt versuchte er den Rückzug auf der nördlichen Straße über Gravelotte und St. Privat, und hier wurde er nun am 18. August mit solchem Nachdruck zurückgewiesen, daß er allen Mut verlor und sich in der Nacht hinter die gewaltigen Festungswerke von Metz flüchtete. Unmittelbar darauf zog Prinz Friedrich Karl einen schweren Eisenring um die Festung, damit der kostbare Besitz auch gesichert bleibe. Bazaine ahnte aber noch nicht, wie fest er eingeschnürt worden war, und ließ dem Marschall Mac

Mahon melden, daß er sich in der Richtung nach Sedan zu durchschlagen werde und hoffe, sich dann mit dem rechten Flügel vereinigen zu können. Infolgedessen brach Mac Mahon, der wieder etwa 130 000 Mann in Chalons um sich gesammelt hatte, und mit ihm auch Napoleon nach Metz zu auf, um Bazaine schon bei seinem Durchbruche behilflich zu sein. Sofort jedoch bildeten nun die Deutschen aus drei Armeecorps eine vierte, die Maasarmee, welche Mac Mahon von Metz zurückwarf und nach Sedan drängte. Zugleich wurden alle Heeresmassen in weitem Halbbogen gegen Sedan dirigiert, dann strebten die beiden Enden des Halbbogens mehr und mehr zusammen; Mac Mahon wurde stündlich weiter nach Sedan hinein gedrängt, und am Abend des 31. August war der Ring um Sedan geschlossen. Am anderen Morgen, dem 1. September, begann dann von allen Seiten eine mörderische Kanonade auf Sedan, die schließlich die Franzosen zu der Ueberzeugung brachte, daß alle Gegenwehr vergeblich war. Um 4 Uhr ließ Napoleon die weiße Flagge hissen, und unmittelbar darauf schrieb er an den König Wilhelm jenen Brief, der bald weltbekannt werden sollte: „Mein Herr Bruder! Da ich nicht inmitten meiner Truppen sterben konnte, so bleibt mir nichts übrig, als meinen Degen in die Hände Eurer Majestät zu legen. Ich bin Eurer Majestät guter Bruder. Sedan, 1. September 1870."

Damit war die Rolle Napoleons für immer ausgespielt. Wohl bemühte er sich noch am Morgen des 2. September in einer Zusammenkunft mit Bismarck, möglichst günstige Bedingungen zu erlangen, besonders wünschte er, daß es ihm gestattet werde, nach Belgien überzutreten; allein Bismarck konnte bei dem Ernst der Lage auf dieses Verlangen nicht eingehen. Auch eine Unterredung mit König Wilhelm am Nachmittage in dem Schlößchen Bellevue vermochte nichts

zu ändern. Der Kaiser wurde als Gefangener nach Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel geschickt, während sich das gesamte Heer bedingungslos ergeben mußte.

Es war ein Erfolg, so großartig, wie er noch niemals in der Geschichte verzeichnet worden war. 40 Generäle, 230 Stabsoffiziere, über 3000 andere Offiziere und 84 000 Mann streckten die Waffen; 21 000 Mann hatten sich bereits während der Schlacht ergeben; 13 000 Tote und Verwundete lagen teils auf dem Schlachtfelde, teils in Sedan. 419 Feldgeschütze und Mitrailleusen, 184 Festungsgeschütze, alle Fahnen und Adler und 12 000 Pferde bildeten die Beute der Sieger. Der Verlust der Deutschen belief sich auf 460 Offiziere und 8500 Mann, darunter 1310 Tote.

Daheim in Deutschland rief die Siegesnachricht einen schier endlosen Jubel hervor, aber sie übte auch noch eine ganz besondere Wirkung aus. Die Söhne von Nord und Süd hatten in dem gigantischen Kampfe mit gerungen — wie Schatten versank jetzt alles, was die deutschen Stämme noch getrennt hatte, ein gewaltiger Zug, sich wieder fest und unauflöslich zu einer einzigen großen Nation zusammenzuschließen, erfüllte alle Herzen. Von allen Seiten wurden Stimmen laut, daß jetzt die Zeit gekommen sei, das deutsche Reich in seinem alten Glanze wieder aufzurichten, und begeistert rief Ernst Scherenberg:

Hurra! in dem klirrenden Waffentanz
Ward erbeutet der blutige Hochzeitskranz!
Auf dem Felde der Ehre, da sind wir getraut —
Hoch Deutschland, herrliche Siegesbraut!

Aber mit dem Schlage von Sedan war der Krieg doch noch nicht zu Ende, wie man anfangs auf deutscher Seite erwartet hatte. Zwar wurde bereits am 4. September in Paris die napoleonische Herrschaft gestürzt, allein die Re-

publik, welche an ihre Stelle trat, setzte die „nationale Verteidigung“ fort. Die deutschen Heere wandten sich daher von Sedan nach Paris.

Mittlerweile schuf Leon Gambetta, der sich zum Diktator Frankreichs aufgeworfen hatte, mit großem Geschick und vieler Rührigkeit neue Heere; in wenigen Wochen hatte er 180000 Mann gleichsam aus der Erde gestampft. Zu gleicher Zeit versuchte aber auch Jules Favre, der Minister des Auswärtigen geworden war, mit Bismarck zu unterhandeln, am 19. September in Haute-Maison, am 20. September in Schloß Ferrières. Als aber Bismarck erklärte, daß als die Grundlage der Verhandlungen die Abtretung der Festungen Straßburg und Metz betrachtet werden müsse, rief Jules Favre pathetisch: „Kein Zoll unseres Gebietes und kein Stein von unseren Festungen darf abgetreten werden!“ Eine Einigung war also noch nicht möglich; die deutschen Heere schlossen Paris ein, wo nicht weniger denn zwei Millionen Menschen eingepfercht waren, und eröffneten außerdem die Bekämpfung der republikanischen Heere.

Da unternahm es Adolf Thiers, eine Rundreise durch Europa zu machen und von den Höfen von London, Petersburg, Wien und Florenz um Hilfe gegen die „Barbaren“ zu bitten, aber nirgends zeigte man sich geneigt, sich in den Konflikt zu mischen.

Inzwischen fielen drei sehr wichtige Festungen: am 23. September Toul, am 27. September Straßburg und am 27. Oktober nach zehn Wochen langer, mühevoller Belagerung durch den Prinzen Friedrich Karl Metz. Nicht weniger denn 173000 Franzosen mußten sich hier ergeben. Durch diese Kapitulationen wurden wieder bedeutende deutsche Streitkräfte frei, die nun die Oberleitung dazu verwendete, die französischen Hilfsheere, welche Paris zu entsetzen suchten,

von dort fern zu halten. Prinz Friedrich Karl ging nach der Loire, um dort mit dem General von der Tann und dem Großherzog von Mecklenburg die Generäle Aurelle de Paladine und Chanzy abzuwehren, und drängte die Franzosen bis Tours und Le Mans zurück. Der rechte Flügel der französischen Loire-Armee unter General Bourbaki, 85000 Mann stark, wurde sogar von dem General von Werder über die schweizerische Grenze geworfen. Im Norden wehrte der General von Göben den Feind ab und schlug dabei den General Faidherbe bei St. Quentin.

Das deutsche Hauptquartier war unterdessen nach Versailles verlegt worden, und dort vollzog sich nun mitten im Kriege unter dem Donner der Kanonen ein glanzvoller Akt von welthistorischer Bedeutung.

Gleich beim Ausbruch des Krieges war in vielen patriotischen Herzen die Hoffnung aufgetaucht, daß jetzt im gemeinsamen Kampfe sich Süd und Nord zu einem einigen deutschen Reiche zusammenschließen werde. Dichterstimmen forderten laut zur Gründung des neuen deutschen Reiches auf. In Baden, Hessen und Württemberg loderte die Begeisterung für dieses hohe Ziel immer lebhafter empor. Der Stimmung des Landes entsprechend, entließ der König Karl von Württemberg den preußenfeindlichen Minister von Varnbühler und berief den deutsch-nationalen Mittnacht an die Spitze der Regierung. Weniger günstig lagen die Verhältnisse für die deutschen Angelegenheiten in Bayern. Wohl war König Ludwig II. im Juli ohne weiteres seinem Vertrage mit Preußen nachgekommen und hatte seine Truppen für den Krieg zur Verfügung gestellt, zu Weiterem war er aber bei seinem lebhaften Selbstgefühl wenig geneigt. Als Mitte September der preußische Minister Delbrück im Namen seiner Regierung die erste Anfrage an Bayern richtete, unter welchen Be-

dingungen dasselbe wohl dem norddeutschen Bunde beitreten würde, machte die bayrische Regierung nicht weniger denn achtzig Punkte namhaft, die in der Verfassung des norddeutschen Bundes geändert werden müßten, bevor sich Bayern entschließen könne, dem angeregten Gedanken zuzustimmen. Darauf bat Bismarck Hessen, Baden, Württemberg und Bayern, bevollmächtigte Minister nach Versailles zu schicken, um dort die Angelegenheit ausführlich durchzuberaten. Die Regierungen entsprachen dem Wunsche, und die Ministerkonferenz begann nun am 26. Oktober ihre Thätigkeit. Baden war sofort bedingungslos geneigt, dem Bunde beizutreten, Hessen und Württemberg machten nur wenige Bedingungen geltend, Bayern brachte dagegen sehr viele Forderungen vor; es wollte ein durchaus selbständiges Heerwesen behalten, selbständige auswärtige Politik treiben dürfen, für sich besonders noch ein Veto bei allen Verfassungsänderungen haben, für die deutsche Flotte keine Beiträge zahlen und vieles andere. Nach und nach stimmte es aber seine Wünsche wesentlich herab, so daß schließlich eine allgemeine Einigung herbeigeführt werden konnte. Die vier Staaten traten Ende November — vorbehaltlich der Zustimmung der Volksvertretungen — dem Norddeutschen Bunde bei, doch erhielten Bayern und Württemberg noch verschiedene Reservatrechte; es wurden ihnen gesonderte Post und Eisenbahn, eigene Besteuerung von Bier und Branntwein u. s. w. zugestanden, außerdem behielt Bayern volle Kriegsherrlichkeit während der Friedenszeit.

Als diese Hauptsache geregelt war, sandte Bismarck den Grafen Holnstein nach München und ließ den König Ludwig auffordern, bei den deutschen Fürsten zu beantragen, daß der deutsche Kaisertitel wieder erneuert werde. Das Concept für das betreffende Rundschreiben hatte Bismarck bereits entworfen und gab es dem Grafen gleich mit auf die Reise. König Ludwig entsprach der Aufforderung unter dem 30. November, worauf alle deutschen Fürsten dem bayerischen Antrage beitraten, und der Prinz Luitpold dann am 3. Dezember den König Wilhelm im Namen der Fürsten um die Annahme des Titels ersuchte.

Zu gleicher Zeit gab der norddeutsche Reichstag seine Zustimmung zum Eintritt der vier Südstaaten in den Bund und stellte für diesen die Bezeichnung „Deutsches Reich" und für das Bundesoberhaupt den Titel „Deutscher Kaiser" fest. Auch die Landtage von Baden, Hessen und Württemberg stimmten den Versailler Bundesverträgen bei; die zweite bayrische Kammer konnte sich erst nach einiger Weigerung am 21. Januar 1871 dazu entschließen.

Unterdessen erfolgte bereits am 18. Januar 1871 im Spiegelsaale des Schlosses zu Versailles die feierliche Kaiser-Proklamation. Vierzig deutsche Fürsten, die Vorstände des norddeutschen Reichstages, viele Generäle und Abordnungen wohnten der Feier bei. Dem schlichten Sinne des Königs entsprechend, ward sie in den einfachsten Formen gehalten; um so ergreifender wirkte sie auf alle, die an ihr teilnahmen. Durch einen militärischen Gottesdienst ward sie eröffnet, dann erklärte der König in kurzen Worten, daß er bereit sei, mit der Wiederherstellung des Deutschen Reiches die Kaiserwürde für sich und seine Nachfolger in der Krone Preußens zu übernehmen, worauf Graf Bismarck hervortrat und eine Proklamation an das deutsche Volk verlas. „Wir übernehmen die kaiserliche Würde," hieß es darin, „in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen. Wir nehmen sie

an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volke vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermutigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren. Uns aber und Unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allezeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung!"

Gleich nach diesen letzten Worten rief der Großherzog von Baden, den Helm erhebend: „Es lebe Se. Majestät der Kaiser Wilhelm!", worauf die Versammlung jubelnd in den Kaiserruf einstimmte und die Fahnen des Heeres sich vor dem neuen Kaiser senkten. Diesem aber rannen die Thränen über die Wangen; er umarmte den Kronprinzen, der ihm den huldigenden Handkuß darbringen wollte, küßte ihn auf beide Wangen, drückte dem Großherzog von Baden die Hand und verließ, während die Militärkapelle den Hohenfriedberger Marsch anstimmte, den Saal.

Die herrlichste Frucht des Krieges war gepflückt. Was seit Jahrzehnten erstrebt worden — hier auf den blutigen Schlachtfeldern Frankreichs war es erreicht, anders, als man es einst geträumt hatte, aber sicherlich so, wie es eben nur erreicht werden konnte.

Auch der Krieg ging jetzt rasch seinem Ende entgegen. Nachdem die Pariser am 19. Januar noch einen letzten großen Ausfall unternommen hatten und abermals zurückgeschlagen worden waren, erschien Jules Favre am 23. Januar aufs neue in Versailles und war jetzt nicht nur zur Uebergabe der Hauptstadt bereit, in der eine entsetzliche Hungersnot herrschte, sondern auch zu Friedensverhandlungen, mit denen sich Deutschland einverstanden erklären konnte. Die Kapitulation von Paris wurde am 28. Januar ratificiert, worauf am 1. März 30 000 Mann deutscher Truppen einen Teil der Hauptstadt besetzten. Hinsichtlich der sonstigen Kriegsoperationen ward vorläufig ein Waffenstillstand vereinbart, aus dem dann der definitive Friede hervorging. Doch boten die Friedensverhandlungen noch manches belebte Bild. Adolphe Thiers, der mittlerweile an die Spitze der französischen Regierung getreten war, brauste wiederholt auf, wenn Bismarck seine Bedingungen aufzählte; ließ er sich aber allzuweit hinreißen und sprach er gar von Beraubungen und Schändungen französischer Erde, so fing Bismarck an deutsch zu sprechen, weil er, wie er sagte, solches Französisch nicht verstehe. Thiers mußte sich mäßigen, und darauf einigte man sich dahin, daß Frankreich Elsaß und Lothringen an Deutschland abtrat und außerdem zum Ersatz der Kriegskosten fünf Milliarden bezahlte. Am 10. Mai wurde der Friede zu Frankfurt unterzeichnet.

Der dankbare Kaiser ernannte Bismarck zum Fürsten, Moltke und Roon zu Grafen.

Ein feierlicher Siegeseinzug in Berlin am 16. Juni 1871 gab dem ruhmreichen Feldzuge den festlichen Abschluß.

Stolze Siegesfreude und hochgestimmte Hoffnungen erfüllten Nord und Süd. Kaiser Wilhelm aber ließ sich nicht blenden durch den Ruhmesglanz, der ihn jetzt umgab; in stiller Stunde schrieb er für sich die Worte nieder: „Mit demütig dankerfülltem Herzen preise ich Gottes Gnade, die uns würdig befunden hat, so Großes nach seinem Willen vollbringen zu sollen! Möge diese Gnade ferner uns zur Seite stehen beim Auf- und Ausbau des neu geeinten Deutschlands, zu dem erst der Grund gelegt ist, und Frieden uns beschieden sein, ‚die Güter in Demut zu genießen', die in blutigen, heißen Kämpfen errungen wurden!"

VII.

Der Ausbau des neuen Reiches.

Mit dem Friedensschlusse und der Rückkehr der deutschen Truppen in die Heimat erreichte die siegesfreudige Stimmung in Deutschland natürlich noch nicht ihren Abschluß. Solche Erfolge hatte man sich nicht träumen lassen, eine solche Machtstellung, wie sie jetzt erreicht worden war, hatte das deutsche Reich seit vielen Jahrhunderten, seit der Zeit der Hohenstaufen nicht innegehabt. Was Wunder also, daß sich das gesamte Volk noch lange schrankenlos dem Siegesjubel hingab und sich überhaupt in den rosigsten Erwartungen wiegte, wie etwa der Frühlingsenthusiast, der da singt: „Nun muß sich alles, alles wenden!"

Und in der That gewann es auch ganz den Anschein, als breche das goldene Zeitalter an. Während des Krieges, ein ganzes Jahr lang, war wenig produziert worden; infolgedessen hatte man alle Vorräte aufgebraucht; jetzt nun, mit der Rückkehr des Friedens, suchte jeder Kaufmann sein Lager so schnell wie möglich wieder zu vervollständigen; die Fabriken erhielten Aufträge in Fülle, Handel und Gewerbe hoben sich zusehends; im stolzen Gefühl der Sicherheit zeigte sich allerwärts eine außerordentliche Unternehmungslust. Mit sorgloser Bereitwilligkeit liehen große und kleine Kapitalisten ihr Geld zu umfangreichen industriellen Anlagen, zum Bau von Eisenbahnen, zur Ausnutzung von Bergwerken — die „Gründungen" schossen förmlich aus dem

Boden und versprachen die reichsten Erträge. Der Wohlstand wuchs, ein großer Hang zum Wohlleben, zur Ueppigkeit, zu Pracht und Prunk entwickelte sich, ein Hasten und Jagen nach den Gütern, „die das Leben vergänglich zieren". Das mußte notwendig einesteils zu nervöser Ueberreiztheit, anderenteils zur Verflachung führen, und bald zeigte sich denn auch im ganzen nationalen Leben die Wirkung dieser neuen Geistesrichtung. Die Sucht, schnell reich zu werden, ergriff weite Kreise, eine große Leichtfertigkeit durchsetzte den gesamten Handel und Wandel, das Gewissen weitete sich selbst bei denen, welche die hochehrbare Lebensführung als eine ihrer Familientraditionen betrachteten.

Am klarsten kam dieser neue Geist der Zeit natürlich in der Kunst zum Ausdruck: in der Malerei in dem Farbenrausch eines Makart, in der Dichtkunst in der Butzenscheiben-Lyrik und den seelenlosen, immer nur witzelnden Lustspielen, und in der Musik teils in oberflächlichem Operettenkram, teils in den nervenzerreißenden Wagnerschen Tondichtungen, die jetzt, nachdem sie dreißig Jahre gerungen, die Oberherrschaft in allen Theatern erlangten und ihrem Schöpfer enthusiastische Verehrung einbrachten.

In der Ausgestaltung des neuen Reiches ging die Regierung sofort mit lebhafter Energie vor. Es wurde eine Einheit von Maß, Münze und Gewicht geschaffen, die obligatorische Civilehe eingeführt und eine umfassende Reorganisation der Rechtspflege vorbereitet; aber kaum war die Arbeit des Friedens in Fluß gekommen, als aufs neue ein langer, schwerer Kampf ausbrach, der um so verhängnisvoller wirkte, als er die Nation in zwei scharf geschiedene Heerlager trennte. Es entwickelte sich der sogenannte Kulturkampf.

Die erste Anregung zu diesem religiösen Kampfe war

bereits vor der Gründung des deutschen Reiches gegeben worden. Papst Pius IX. hatte 1869 ein allgemeines Concil nach Rom berufen, um die Unfehlbarkeit des Papstes in Sachen des Glaubens und der Moral als Dogma festzustellen, und hatte dann, nachdem die Mehrheit der Bischöfe für das neue Dogma gestimmt, am 18. Juli 1870 dasselbe verkündet. „Wir setzen als ein göttlich geoffenbartes Dogma fest," hieß es in der Verkündigung, „daß der römische Bischof, wenn er vom Lehrstuhl aus spricht, kraft des im seligen Petrus ihm selbst verheißenen göttlichen Beistandes mit der Unfehlbarkeit gebietet, mit welcher der göttliche Erlöser seine Kirche bei der Feststellung einer Lehre über Glauben oder Sitten ausstatten wollte, und daß also derartige Bestimmungen des römischen Papstes durch sich selbst, nicht aber durch Zustimmung der Kirche, unverbesserlich sind." Allein ein großer Teil der deutschen Katholiken, an der Spitze derselben der Stiftspropst Ignaz Döllinger in München, erklärte, daß er sich der neuen Lehre nicht unterwerfen könne, und so trat ein Zwiespalt ein, bei dem natürlich die Regierungen, besonders Preußen und Bayern, alsbald in Mitleidenschaft gezogen wurden. Es konnte nicht geduldet werden, daß ohne die verfassungsmäßig vorgeschriebene königliche Einwilligung vatikanische Dekrete verkündigt wurden; es war unmöglich, ohne weiteres verdiente Lehrer zu entlassen, weil sie in ihrem bisherigen Glauben verharrten, sich nicht zu dem neuen Dogma bekannten; es durfte nicht zugegeben werden, daß ohne die gesetzlich vorgeschriebene vorherige Einholung der Genehmigung der große Kirchenbann über Staatsbürger verhängt wurde, da durch diesen die Betroffenen in ihrem gesellschaftlichen und geschäftlichen Leben geschädigt wurden ꝛc. Es kam nun zu langen parlamentarischen Kämpfen, und aus diesen ging sodann eine Reihe hochwichtiger Gesetze hervor, die das Verhältnis des römischen Stuhles zu Deutschland erheblich umgestalteten. Das erste dieser neuen Gesetze, der sogenannte „Kanzelparagraph", verbot den Geistlichen, die Kanzel zur Erörterung politischer Angelegenheiten zu benutzen; das zweite Gesetz verbannte die Jesuiten aus Deutschland; vier Gesetze für Preußen betrafen die Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Zucht- und Strafmittel, die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, den Austritt aus der Kirche und die Errichtung eines königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten. Fürst Bismarck erklärte bei der Begründung dieser Vorlagen: es sei für die preußische Regierung eine bare Unmöglichkeit, eine Lage anzunehmen, welche einen Staat neben dem Staate, einen Staat im Staate schaffe.

Der erhoffte Erfolg trat jedoch nur in sehr beschränktem Maße ein, es entstand eine mächtige klerikale Presse — in wenigen Jahren wurden mehrere hundert klerikale Zeitungen ins Leben gerufen —, es bildete sich im Reichstage eine festgeschlossene und wohldisciplinierte Partei, das Centrum, und beide Mächte bekämpften nun die Regierungen systematisch bei allen ihren Bewegungen. Dadurch entwickelte sich naturgemäß nach und nach auf beiden Seiten eine große Erbitterung; auf der klerikalen Seite loderte mehr und mehr ein glühender Haß gegen die Staatsgewalt auf, während bei den Regierungen alles aufgeboten wurde, die Gesetze mit der größten Strenge zur Durchführung zu bringen. Infolgedessen mehrten sich die Wirrnisse. Verschiedene Bischöfe, die zu Geld- und Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, flüchteten ins Ausland, mehrere durch den Tod erledigte Bischofsstühle blieben unbesetzt, desgleichen viele Pfarreien. Diese Zustände konnten aber auf die Dauer nicht so bleiben; es mußte eine Verständigung gesucht werden, und diese wurde

durch eine wesentliche Milderung der betreffenden Gesetze herbeigeführt, wobei sowohl der Papst Leo XIII., der 1878 dem Papste Pius IX. gefolgt war, wie die Regierungen, Konzessionen machten. Die wichtigste Verständigung, die mit Preußen, erfolgte im Frühjahr 1886. Mit dieser darf im großen und ganzen der Friede zwischen der römischen Kirche und Deutschland als wiederhergestellt betrachtet werden. Jedoch zittert die Erregung heute noch nach, und eine Abspaltung, die zur Gründung der sogenannten altkatholischen Gemeinden führte, ist geblieben und wird sich wohl auch ferner erhalten. Sie erlangte die staatliche Anerkennung und erhielt in Professor Joseph Hubert Reinkens ihren ersten Bischof.

Mit der Beilegung des Kirchenstreites wurde dem deutschen Reiche die Ruhe für eine gedeihliche Weiterentwickelung aber nur zum Teil wiedergegeben, denn es hatte sich mitterweile eine neue politische Partei emporgerungen, die mit Ungestüm nichts weniger als eine ganz neue gesellschaftliche Ordnung heischte und Krieg allem Bestehenden ankündigte. Sie nannte sich die socialdemokratische Partei und erklärte sich als die Vertreterin des „vierten Standes". Bekanntlich waren die socialistischen Ideen bereits durch Marx und Lassalle in die große Menge getragen worden; der Aufschwung der Industrie, die Zunahme der Fabriken, die Erfindung immer neuer Maschinen, die Ausnützung des Großkapitals für die Industrie bereiteten diesen Ideen einen immer breiteren Boden. Nach dem Tode Lassalles schien sich anfangs die Bewegung zu verzetteln; der eine Teil der Socialisten neigte der von Marx geschaffenen internationalen Arbeitervereinigung zu, während der andere, der den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein" bildete, das Festhalten an Deutschland betonte und seine Hoffnung auf die Staatshilfe setzte. Beide Richtungen bekämpften sich eine Zeit lang,

bis im Mai 1875 unter Hasenclever auf einem Kongreß zu Gotha eine Verständigung erzielt und ein gemeinsames Parteiprogramm entworfen wurde. Der Hauptsatz dieses Programmes lautete: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da allgemeine nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, d. h. allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftmäßigen Bedürfnissen."

Im großen und ganzen wurden aber diese Bestrebungen vom übrigen Teile der Nation, der „Bourgeoisie", wie die Socialdemokraten ihn nannten, nicht sehr ernst genommen. Vieles erschien dabei ja auch übertrieben, manche hohle Phrase wirkte geradezu lächerlich. Zur Bekämpfung der Strömung wurde denn auch nur wenig gethan; das Centrum verlangte eine größere Einwirkung der Kirche auf die Unzufriedenen, die liberalen Parteien wünschten mehr Freiheit für die große Masse, und einige versuchten es auch mit Wohlfahrtseinrichtungen — alles war aber vergeblich. Die Zahl der Anhänger der Socialdemokratie wuchs von Jahr zu Jahr, und plötzlich zeigte es sich auch, zu welchen entsetzlichen Verirrungen die Lehre von der Umstürzung der bestehenden Gesellschaftsordnung führten. Kurz nach einander wurden im Sommer 1878 in Berlin zwei Mordversuche auf den Kaiser Wilhelm unternommen. Am 11. Mai schoß der Klempnergeselle Hödel Unter den Linden mit einem Revolver auf den greisen Monarchen, glücklicherweise ohne ihn zu treffen, und am 2. Juni feuerte der Landwirt Nobiling aus der zweiten Etage eines Hauses Unter den Linden aus einem Doppelgewehr zwei Schüsse mit Schrotladung auf den Kaiser ab und verwundete ihn vielfach an Kopf und Rücken. In beiden Fällen konnte nachgewiesen werden,

daß socialdemokratische Ideen zu den wahnwitzigen Verbrechen geführt hatten; mit aller Energie ging man daher jetzt endlich daran, die Verbreitung der Irrlehren zu verhindern und die Ursachen zu ergründen, aus welchen der Socialismus hervorgewachsen war. Zunächst stellte der Reichstag die Anhänger der Socialdemokratie auf eine Reihe von Jahren unter ein Ausnahmegesetz, durch welches das Versammlungsrecht, die Preßfreiheit und verschiedenes andere beschränkt wurde, sodann aber trat er in umfangreiche Beratungen über die Besserung der Lage der Arbeiterbevölkerung. Denn jetzt, als man sich mit der socialen Frage nun wirklich angelegentlicher beschäftigte und ihr ein eingehendes Studium widmete, mußte man erkennen, daß in der That große Uebelstände zu beseitigen, viele Versäumnisse einzuholen und Ungerechtigkeiten auszugleichen waren. Mit der schnellen und tiefen Umwandlung des Gewerbebetriebes in Fabrikbetrieb hatte die Gesetzgebung nicht Schritt gehalten. Am schwierigsten war jedenfalls die Aufbesserung der ökonomischen Verhältnisse der Arbeiter, denn dabei kam die Konkurrenz auf dem Weltmarkte in Frage, und doch that gerade hier eine Reform am allermeisten not, denn bereits hatten die Fabriken das Proletariat in wahrhaft erschreckender Weise gemehrt.*) Aber auch

*) Zuverlässige Ziffern über das Proletariat in Preußen veröffentlichte 1892 der „Reichs-Anzeiger" nach der Einschätzung zur preußischen Einkommensteuer für 1892/93. Darnach gehören von den rund 30 Millionen Einwohnern Preußens 21 Millionen derjenigen Klasse an, deren selbständige Personen ein Einkommen von 900 M. nicht erreichen und daher zur direkten Staatssteuer nicht herangezogen wurden. Nur 9 Millionen gehören der steuerzahlenden Klasse an, darunter 2435000 Personen, die selbständige Einkommen repräsentieren. Bei weitem die meisten dieser „Censiten", nämlich 2119000, haben ein Einkommen von nur 900 bis 3000 M., der Rest verteilt sich auf die allmählich aufsteigenden Stufen.

die Zustände, unter denen die Arbeiten geleistet werden mußten, und die oft von einer großen Gewissenlosigkeit zeugten, ließen sich nicht so leichter Hand umgestalten. Es entstand daher ein großer Wirrwarr von Ansichten, der auch in langen und oft sehr unfruchtbaren parlamentarischen Verhandlungen zum Ausdruck kam. Leider wurden die arbeiterfreundlichen Bestrebungen von den socialdemokratischen Agitatoren am allerwenigsten gefördert, da diese beständig über das Erreichbare hinausgingen und für die „Enterbten" gleich ein Utopien verlangten. Der wärmste Fürsprecher der Arbeiter war jedenfalls Kaiser Wilhelm. Schon als er, kaum von den Verletzungen des Nobilingschen Attentats genesen, am 5. Dezember 1878 die Präsidenten der beiden Häuser des Landtages empfing, sagte er: „Wird von der Hand des Gesetzes Heilung auch der Wunden erreicht, welche in unseren gesamten gesellschaftlichen Verhältnissen aufgedeckt wurden, so will ich gern für das allgemeine Wohl geblutet haben und mich freuen, daß seitdem doch schon so vielen die Augen aufgegangen sind, die nicht an die Tiefe jener Wunden glauben wollten."

Des weiteren trug er dann Sorge, daß die Reichsregierung und die Volksvertretung die socialpolitischen Reformen nach jeder Seite hin förderten, und als seine Bestrebungen dort nicht die entsprechende Unterstützung fanden, ließ er am 17. November 1881 eine Botschaft an den neuen Reichstag richten, in der er sagte: „Schon im Februar dieses Jahres haben wir Unsere Ueberzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der socialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression socialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von neuem an das Herz zu legen, und würden mit

um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen." Er kündigte darauf die Vorlegung mehrerer die Unfallversicherung und das Krankenkassenwesen der Arbeiter betreffende Gesetzentwürfe an und schloß: „Aber auch diejenigen, welche durch Alter und Invalidität erwerbslos werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zu teil werden können. Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht."

Allein der Reichstag erging sich in langen und unerquicklichen Debatten; die Parteien erhoben sich nur selten zur Höhe des großen Gedankens dieser Gesetze und verfolgten wiederholt die unselige Taktik, den Wünschen der Regierung nur dann zu entsprechen, wenn auch speciell für sie irgend welche Vorteile, die auch auf ganz anderen Gebieten liegen konnten, gewährt wurden. Es bildete sich immer mehr die Gepflogenheit heraus, die Partei-Interessen über die Interessen der Gesamtheit des Reiches, zu stellen, so daß die Beratungen nur zu oft zum gemeinen Schacher herabsanken.

Wiederholt mahnte daher der Kaiser, die Beratungen zu beschleunigen, und in einer neuen Botschaft vom 14. April 1883 klagte er: „Die (zur Beratung dieser socialen Reformen) erforderliche Zeit ist eine zu lange für die Empfindungen, mit welchen Wir in Unserem Lebensalter auf die Größe der

Aufgaben blicken, welche zu lösen sind, ehe Unsere in der Botschaft vom 17. November 1881 ausgesprochenen Intentionen eine praktische Bethätigung auch nur so weit erhalten, daß sie bei den Beteiligten volles Vertrauen finden." Und er fügte dann hinzu: „Unsere kaiserlichen Pflichten gebieten Uns, kein in Unserer Macht stehendes Mittel zu versäumen, um die Besserung der Lage der Arbeiter und den Frieden der Berufsklassen untereinander zu fördern, so lange Gott Uns Frist giebt zu wirken. Darum wollen Wir dem Reichstage durch diese Unsere Botschaft von neuem und in vertrauensvoller Anrufung seines bewährten treuen Sinnes für Kaiser und Reich die baldige Erledigung der hierin bezeichneten wichtigen Vorlagen dringend ans Herz legen."

Nun endlich erledigte der Reichstag im Frühjahr 1883 das Krankenversicherungsgesetz und nach Jahresfrist auch das Unfallversicherungsgesetz, so daß der Kaiser in seiner Thronrede am 20. November 1884 mit Genugthuung auf das erreichte Ziel blicken konnte. „Ich entnehme daraus am Abend meines Lebens die Zuversicht," sagte er, „daß der stufenweise Ausbau der begonnenen Reform schließlich gelingen und für den inneren Frieden im Reiche die Bürgschaften herstellen werde, welche nach menschlicher Unvollkommenheit erreichbar sind."

Den Schlußstein zu dieser Arbeitergesetzgebung, das Gesetz betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vermochte der greise Monarch jedoch nicht mehr mit eigener Hand einzufügen. Die Beratungen hierüber wurden erst im Sommer 1889 beendet, und das Gesetz trat erst am 1. Januar 1891 in Kraft. Es sichert allen Arbeitern und Arbeiterinnen ohne Rücksicht auf das Lebensalter im Falle frühzeitigen Eintritts der Erwerbsunfähigkeit eine Invalidenrente und bei Vollendung des 70. Lebensjahres

einen Zuschuß zu dem durch das Alter herabgeminderten Arbeitsverdienst in Form einer Altersrente. Die Lasten tragen zu je einem Drittel die Arbeitgeber, die Arbeiter und das Reich. Die Segnungen dieses Gesetzes werden sich natürlich in ihrem ganzen Umfange erst nach und nach zeigen, aber auch jetzt schon treten sie in die Erscheinung, belief sich doch bereits am Schluß des Jahres 1891 die Zahl der Altersrentenempfänger auf 132 917. Am 1. Juli 1893 erhielten, laut Versicherung des Reichs-Versicherungsamtes, 193 114 Personen Altersrente und 34 746 Personen Invalidenrente.

Auch auf die Hebung von Handel und Verkehr richtete der Kaiser im Verein mit seinem Reichskanzler seine Aufmerksamkeit. Es wurde eine gemäßigte Schutzzollpolitik eingeschlagen, um „die Gleichheit der Bedingungen zwischen der inländischen und ausländischen Arbeit herzustellen", der Anschluß der großen Hansastädte Hamburg und Bremen an das Gebiet des deutschen Zollvereins herbeigeführt, die Verstaatlichung der Eisenbahnen wenigstens in Preußen eingeleitet und der Bau eines großartigen Nord-Ostsee-Kanals begonnen, der nach seiner Vollendung die wichtigste Wasserstraße für Deutschlands Handel und Landesverteidigung bilden wird. Kaiser Wilhelm legte selbst am 3. Juni 1887 zu Holtenau bei Kiel in feierlicher Weise den Grundstein zu diesem hochwichtigen Bau und folgte der Förderung desselben mit regem Interesse. Der Kanal wurde in der Hauptsache nach der von dem Hamburger Schiffsrheder Dalström ausgearbeiteten Kanallinie Kiel—Brunsbüttel angelegt; er wird 98,65 Kilometer lang sein, eine Wasserspiegelbreite von 60 Metern, eine Sohlenbreite von 22 Metern und eine Wassertiefe von 8,5 Metern haben, so daß ein großer Handelsdampfer und das größte Kriegsschiff unserer Flotte, das Panzerschiff „König

Wilhelm", bequem ohne Kollisionsgefahr aneinander vorbeipassieren können. Die Herstellungskosten, welche zum Teil Preußen, zum Teil das Reich trägt, werden sich auf 156 Millionen Mark belaufen. Die wirtschaftliche Bedeutung des Kanals wird sich sofort nach seiner Fertigstellung in der günstigsten Weise bemerkbar machen; der Kanal kürzt die Fahrt zwischen Ost- und Nordsee, die jetzt 595 Seemeilen beträgt, auf ein Minimum ab und macht diese Fahrt vollständig ungefährlich, während die jetzige Wasserstraße, am Kap Skagen vorüber, das mit Recht den Namen „Kirchhof der Schiffe" führt, zu den gefährlichsten der Welt gehört, sind doch nach C. Beseke („Der Nord-Ostsee-Kanal." Kiel 1893) von 1858 bis 1885 hier längs der dänischen und schwedischen Küste nicht weniger denn 6316 Strandungen vorgekommen, bei denen 91 Dampfer und 2742 Segelschiffe verloren gingen. In den Jahren 1877 bis 1881 haben dabei 708 Personen ihr Leben verloren. Der Verkehr auf dem Kanal wird denn auch ein sehr bedeutender werden; nach den Sundverkehrszahlen von 1889 kann man ihn auf 7 685 000 Registertonnen anschlagen.

Endlich wandte sich die Reichsregierung auch den kolonialen Bestrebungen zu. Es war der bekannte Afrikareisende Gerhard Rohlfs, der zuerst auf das Ersprießliche deutscher Kolonien, besonders in Afrika, hinwies; doch erklärte er sich mehr für Handelsfaktoreien, als für die Gründung ackerbautreibender Kolonien. In der Handelswelt fand diese Anregung lebhaften Beifall, war es doch längst der Wunsch weiter Kreise gewesen, der deutschen Industrie neue Absatzgebiete zu erschließen. So bildete sich denn alsbald (am 6. Dezember 1882) der erste Kolonialverein, worauf Erwerbungen in Ost- und Westafrika, in Neu-Guinea und der Südsee folgten. Durch subventionierte Dampferlinien

wurde ein regelmäßiger Verkehr mit diesen neuen deutschen Besitzungen hergestellt. Die Entwicklung dieser Gebiete hat aber bisher noch viel zu wünschen übrig gelassen; offenbar fehlt es noch an geeigneten Persönlichkeiten, die schöpferisch aufzutreten vermögen.

In der äußeren Politik boten sich zwar keine bedeutenden Aufgaben dar, wohl aber zeigte es sich wiederholt, welche gewaltige Macht das Deutsche Reich geworden war, und welchen Respekt das gesamte Europa vor dem weiten Blick und der diplomatischen Kunst des Fürsten Bismarck hatte. Das trat besonders nach dem russisch-türkischen Kriege in die Erscheinung. Rußland hatte am 3. März 1878 mit der endlich überwundenen Türkei den Präliminarfrieden von San Stefano geschlossen und dabei so ziemlich die ganze Balkanhalbinsel unter seinen Einfluß gestellt. Das bedeutete aber eine starke Beeinträchtigung Englands sowohl, wie Oesterreichs. Besonders das letztere sah sich schwer geschädigt, denn durch die Zerstückelung der Türkei wurde ihm sein uralter Handelsweg nach dem Orient fast vollständig verschlossen. Die beiden Kabinette von London und Wien protestierten daher gegen den Frieden von San Stefano und machten Miene, sich Rußland feindlich gegenüber zu stellen. Da wandte sich der russische Reichskanzler Fürst Gortschakoff an den Fürsten Bismarck und bat um Vermittelung. Dieser entsprach auch dem Wunsche und erklärte, er werde ein „ehrlicher Makler" sein, worauf am 13. Juni 1878 ein europäischer Kongreß zur Lösung der orientalischen Wirren in Berlin zusammentrat. Neben Bismarck und Gortschakoff erschienen alle Notabilitäten der Diplomatie, Lord Beaconsfield, Salisbury, Karoly, Andrassy, Haymerle, Waddington, St. Vallier und viele andere, und wogen nun in langen Beratungen die verschiedenen Interessen gegen einander ab. Rußland mußte

sich bequemen, das ganz unter seinen Einfluß gestellte Groß-Bulgarien wieder aufzugeben, dem Königreiche Griechenland eine Gebietsvergrößerung zu gestatten und Oesterreich das Recht zuzugestehen, die türkischen Provinzen Bosnien und die Herzegowina „zu besetzen und zu verwalten". Diese Regulierung der orientalischen Verhältnisse beseitigte den Konflikt jedenfalls auf das geschickteste, befriedigte aber Rußland doch so wenig, daß es sich von dem Drei-Kaiser-Bündnis, das bisher zwischen den Kaisern von Deutschland, Oesterreich und Rußland bestanden hatte, zurückzog und sich Frankreich näherte. Infolgedessen schloß sich Deutschland noch enger an Oesterreich an und ging mit diesem sogar 1879 ein Verteidigungsbündnis ein, zu dem dann später auch Italien hinzutrat. Es entstand der Dreibund Deutschland-Oesterreich-Italien, der noch heute in Kraft ist und durch den die europäische Politik in ein neues Stadium trat.

Die Bildung des Dreibundes war das letzte große politische Ereignis unter der Regierung Kaiser Wilhelms I. Nachdem der greise Monarch noch am 22. März 1887 seinen neunzigsten Geburtstag gefeiert und an diesem Tage in wahrhaft erschütternder Weise aus allen Gauen Deutschlands die Beweise herzlichster Verehrung und Liebe empfangen hatte, stellten sich wiederholt Schwächezustände bei ihm ein, die zwar anfangs überwunden wurden, aber doch nach und nach einen immer ernsteren Charakter annahmen. Zugleich litt der Kaiser schwer unter tiefer Bekümmernis, da sein Sohn, der Kronprinz Friedrich Wilhelm, an einem sehr ernsten Kehlkopfleiden erkrankt war. Zu Anfang des Märzes 1888 ward die Abnahme der Kräfte immer bedrohlicher; auch der Kaiser empfand es mit voller Klarheit und beauftragte, da der Kronprinz in San Remo weilte, den Prinzen Wilhelm mit der Vertretung in den Regierungsgeschäften. Aber auch jetzt

noch war er ununterbrochen von den Sorgen um die Wohlfahrt des Reiches erfüllt, ließ den Reichskanzler Fürsten Bismarck und den Feldmarschall Grafen Moltke rufen und erörterte mit ihnen die politische Lage und die Einrichtungen des Heeres; vor allem aber sprach er wiederholt lange und ausführlich mit seinem Enkel, dem Prinzen Wilhelm, legte die Möglichkeit der Kriege dar, die sich in nächster Zeit entwickeln könnten, erwog die Allianzen, die sich Deutschland in bedrohlicher Zeit bieten würden, und als seine Tochter, die Großherzogin von Baden, einmal glaubte, ihn mahnen zu müssen, sich durch allzu vieles Sprechen nicht zu sehr zu ermüden, da antwortete er: „Ich habe jetzt nicht mehr Zeit, müde zu sein!"

Auch seine letzten Gedanken beschäftigten sich noch mit seinen Truppen und seinen Paladinen; wiederholt nannte er ihre Namen, bis die müde flackernde Lebensflamme langsam erlosch und am Morgen des 9. März 1888 der Tod schmerzlos eintrat.

Mit seinem Hinscheiden schloß die große Frühlingsepoche des neuen deutschen Reiches.

„Die heldenmütige Tapferkeit, das nationale Ehrgefühl, die treue, arbeitsame Pflichterfüllung und die Liebe zum Vaterlande," sagte Fürst Bismarck, als er dem Reichstage die amtliche Mitteilung von dem Ableben des Monarchen zu machen hatte, „— mögen sie das unzerstörbare Erbteil unserer Nation sein, das uns der aus unserer Mitte geschiedene Kaiser hinterlassen hat!"

Es war ein Wunsch, der alle Herzen erfüllte, bei dem aber gewiß nur wenige ermaßen, wie schwer es ist, sich ein solches Erbe fort und fort im ganzen Umfange zu erhalten.

VIII.

Die Neige des Jahrhunderts.

Mit allen kaiserlichen Ehren, der ganzen Pracht, die der Würde des Dahingeschiedenen entsprach, hatte man den Kaiser Wilhelm zur letzten Ruhe bestattet. Denn man hatte ihn geliebt und verehrt nicht nur als den Begründer des neuen deutschen Reiches, sondern auch als den gerechten, milden und weisen Herrscher, der nichts anderes kannte, als die Sorge um die Wohlfahrt seines Reiches. Nun wachte sein klares Auge nicht mehr — sehr natürlich, daß sich alsbald das Gefühl der *Leere*, der *Haltlosigkeit*, der *Ermattung*, des *Mißbehagens* allerwärts geltend machte. Jeder fühlte es, die große glänzende Zeit war vorüber, und neue Ziele mußten gesteckt, neue Wege gesucht werden.

Die Neige des Jahrhunderts trägt mithin den Charakter des *Uebergangsstadiums* und zeigt daher auch jene unbehagliche Stimmung, die jeder Uebergang mit sich bringt.

Verschiedene Umstände trugen dazu bei, das allgemeine Vertrauen in die Zukunft noch tiefer herabzustimmen.

Zunächst erfüllte es das gesamte Volk mit tiefem Schmerze, daß der Nachfolger Kaiser Wilhelms, der allbeliebte Kronprinz Friedrich Wilhelm, im Frühjahre 1887 von einem tückischen Leiden befallen worden war und nun als *Kaiser Friedrich* III. kaum die Zügel der Regierung zu ergreifen vermochte. Wohl kehrte er alsbald nach dem Tode Kaiser

Wilhelms aus dem Süden, wo er bisher geweilt, nach Deutschland zurück und erließ eine Proklamation an das deutsche Volk und Botschaften an den Reichstag und Landtag, in denen er erklärte, im Vereine mit den deutschen Fürsten „Recht und Gerechtigkeit, Freiheit und Ordnung im Vaterlande zu schirmen", auch entwickelte er in einem längeren Schreiben an den Fürsten Bismarck ein ausführliches Regierungsprogramm, in welchem er die edelsten Grundsätze darlegte, ein weiteres aber war ihm nicht vergönnt; seine Halskrankheit griff immer weiter um sich, und schließlich erlag er derselben nach heroisch ertragenen Leiden am 15. Juni 1888.

Sein jugendlicher Sohn, Kronprinz Wilhelm, der bisher nur erst wenig hervorgetreten war, bestieg nun als Kaiser Wilhelm II. den Thron und richtete bereits am 18. Juni eine Proklamation an das deutsche Volk. „Ich habe die Regierung im Aufblicke zu dem Könige aller Könige übernommen," sagte er in derselben, „und Gott gelobt, nach dem Beispiele Meiner Väter Meinem Volke ein gerechter und milder Fürst zu sein, Frömmigkeit und Gottesfurcht zu pflegen, den Frieden zu schirmen, die Wohlfahrt des Landes zu fördern, den Armen und Bedrängten ein Helfer, dem Rechte ein treuer Wächter zu sein." Und bei der Eröffnung des Reichstages am 25. Juni erklärte er: „Ich bin entschlossen, als Kaiser und als König dieselben Wege zu wandeln, auf denen Mein hochseliger Herr Großvater das Vertrauen seiner Bundesgenossen, die Liebe des deutschen Volkes und die wohlwollende Anerkennung des Auslandes gewonnen hat." In Treue werde er die Reichsverfassung wahren und schirmen und die Reichsgesetzgebung im Sinne seines Großvaters fortführen. Insbesondere gedenke er der Arbeiterbevölkerung jenen Schutz zu verschaffen, den die Gesetzgebung „im Anschluß an die Grundsätze der christlichen Sittenlehre den Schwachen und

Bedrängten im Kampfe um das Dasein gewähren kann," voller Hoffnung, daß es gelingen werde, „auf diesem Wege der Ausgleichung ungesunder gesellschaftlicher Gegensätze näher zu kommen."

Diese edeln Worte übten zwar ihre Wirkung, es erhielt sich aber trotz alledem jene müde Niedergeschlagenheit, jene übergroße Empfindlichkeit der Nerven, jener eigentümlich überreizte Zustand, den man schließlich, um ihn doch bezeichnen zu können, die fin de siècle-Stimmung nannte. In tausend Erscheinungen, in den verschiedenartigsten Zersetzungsprozessen, in einer wunderlichen Hinneigung zum Mysticismus und Spiritismus, in der Darstellung des Widerwärtigen, des Häßlichen und Gemeinen in Kunst und Litteratur, in der Lockerung des geistig-vornehmen geselligen Verkehrs und der Herauskehrung öder Gemütlosigkeit und endlich in der Wiederbelebung des mittelalterlichen Antisemitismus trat dieser neue Zug der Zeit in die Erscheinung.

Wiederholt klagte der junge Kaiser in öffentlichen Ansprachen über diesen Geist der Unzufriedenheit und der Zwietracht, und im Hinblick auf den immer weiter sich verbreitenden Antisemitismus äußerte er sich schon im August 1888 einem Staatsmanne gegenüber dahin, daß er nur Freunde und Gegner des Vaterlandes kenne, und daß niemand ihm zutrauen werde, das Rad der Zeit zurückschrauben zu wollen. Es sei der Stolz der Hohenzollern, über das edelste, gereifteste und gesittetste Volk zu regieren. In dieses Lob schließe er Alldeutschland ein. Unsere ganze Gesetzgebung sei von humanen Grundanschauungen diktiert. Wer dies verkenne und die Geister gegen einander hetze, habe auf seinen Beistand nicht zu rechnen. „Es giebt," schloß er, „wahrlich Ernsteres zu thun."

Noch weiter steigerte sich das allgemeine Gefühl des

Mißbehagens und der Haltlosigkeit durch den Rücktritt Bismarcks. In Süd und Nord hatte man bisher der Ansicht gelebt, daß von einer Abdankung des Baumeisters des neuen deutschen Reiches nie die Rede sein könne; der greise Kaiser Wilhelm I. hatte einst auf ein Demissionsgesuch des Reichskanzlers einfach das Wort: „Niemals!“ geschrieben. Im Auslande vermochte man sich Deutschland ohne die gewaltige Faust Bismarcks gar nicht zu denken.

Schärferen Beobachtern war die Katastrophe allerdings nicht ganz unerwartet gekommen. Auch bei Bismarck hatte sich die fin de siècle-Stimmung, eine übergroße Nervosität, eine ganz außerordentliche Gereiztheit und Verdrießlichkeit geltend gemacht, die, verbunden mit dem alten Titanentrotz, ihn zu verschiedenen Mißgriffen verleitete, zunächst zu dem überaus heftigen Vorgehen gegen den Professor Geffcken. Dieser hatte in der „Deutschen Rundschau“ Auszüge aus einem Tagebuche veröffentlicht, welches Kaiser Friedrich während des deutsch-französischen Krieges geführt hatte. Eine Abschrift davon war dem Professor Geffcken vom Kaiser Friedrich selbst übergeben worden, aber sicher hatte der Verstorbene die Aufzeichnungen nicht gemacht, damit sie alsbald nach seinem Tode veröffentlicht werden sollten, denn es fanden sich verschiedene scharfe Urteile über noch lebende Personen darin und auch Ansichten über den Gang der weltgeschichtlichen Ereignisse, die besonders den Leiter der Politik, den Fürsten Bismarck, verletzen mußten. Professor Geffcken machte sich also durch die Veröffentlichung des Tagebuches einer großen Taktlosigkeit schuldig. Bei der moralischen Verurteilung derselben hätte es aber sein Bewenden haben sollen. Allein Bismarck ließ Geffcken verhaften und wegen Landesverrats vor das Reichsgericht stellen, zugleich legte er im „Reichs-Anzeiger“ mehrere Unrichtigkeiten dar, wobei

er bemerkte, daß das Verhältnis des Kaisers Wilhelm zu seinem Sohne während des Krieges kein günstiges gewesen. „Ich besaß nicht die Erlaubnis des Königs,“ schrieb er, „über intimere Fragen unserer Politik mit S. K. Hoheit zu sprechen, weil Seine Maj. einerseits Indiskretionen an dem von französischen Sympathieen erfüllten englischen Hofe fürchteten, andererseits Schädigungen unserer Beziehungen zu den deutschen Bundesgenossen wegen der zu weit gesteckten Ziele und der Gewaltsamkeit der Mittel, die S. K. Hoheit von politischen Ratgebern zweifelhafter Befähigung empfohlen waren.“ Diese Enthüllungen, die großes Aufsehen erregten, mußten am Hofe unangenehm berühren und auch den jungen Kaiser schmerzen, der dadurch das Andenken seines Vaters getrübt sah. Sicherlich bildete sich infolgedessen die erste Spannung zwischen dem Kaiser und dem Kanzler. Da aber Geffcken freigesprochen wurde, so trat die ganze Angelegenheit rasch wieder in den Hintergrund. Doch sollten sich bald neue Differenzen zeigen. Im Jahre 1889 brachen große Streike in den Kohlengebieten aus, was den Kaiser Wilhelm veranlaßte, lebhaft für eine Regelung der Verhältnisse der Bergarbeiter zu den Bergwerksbesitzern einzutreten. Allein Fürst Bismarck war zu einem solchen Vorgehen wenig geneigt. Doch den Kaiser drängte es zu handeln; er ließ am 5. Februar 1890 einen Erlaß an den Reichskanzler ergehen, in welchem er diesem auftrug, eine internationale Konferenz einzuberufen, „behufs einer internationalen Verständigung über die Möglichkeit, denjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Ausständen der letzten Jahre und anderweit zu Tage getreten,“ und außerdem forderte er in einem zweiten Erlaß die Minister für öffentliche Arbeiten und für Handel und Gewerbe auf, die Verhältnisse der

Arbeiter zu prüfen, sowie die Dauer und Art ihrer Arbeit zu regeln, damit „die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihre gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben." Diese Erlasse erregten im Inlande sowohl wie im Auslande das größte Aufsehen und zeigten deutlich, daß jetzt ein „neuer Kurs" eingeschlagen worden sei.

Darauf trat am 15. März die Konferenz zusammen, allein Bismarck nahm nicht an ihr Teil. Die Spannung zwischen Kaiser und Kanzler vergrößerte sich infolgedessen. Andere Umstände kamen hinzu, die Kluft schnell noch weiter zu vertiefen. Im Februar war ein neuer Reichstag gewählt worden, in dem sich nun die Parteiverhältnisse so verschoben, daß Bismarck glaubte, mit dem Centrum Fühlung suchen zu müssen. Er empfing deshalb den Führer des Centrums, den Abgeordneten Windthorst, aber ohne mit dem Kaiser über die etwaige Schwenkung gesprochen zu haben. Der Kaiser fühlte sich dadurch zurückgesetzt und war überhaupt der Ansicht, daß diese Art des Verhandelns unstatthaft sei, worauf Bismarck erklärte, daß er sich seinen Verkehr mit den Abgeordneten nicht unter Aufsicht stellen lasse. Es stieg in ihm sogar die Besorgnis auf, es könne sich jetzt das straffe Regiment, das er bisher geführt, unversehens lockern, es könnten sich irgend welche Personen, amtliche oder nichtamtliche, zwischen den Kaiser und ihn drängen und Strömungen verursachen, gegen die er dann machtlos wäre. Energisch suchte er sich daher „klare Bahn" zu machen, und mit der Schärfe, die ihm immer eigen war, brachte er eine Kabinettsordre Friedrich Wilhelms IV. vom Jahre 1852 in Erinnerung, der zufolge der Verkehr der Minister mit dem Könige nur unter Beteiligung oder Mitwissenschaft des Ministerpräsidenten stattfinden durfte, damit dem letzteren eine allgemeine Uebersicht über die verschiedenen Zweige der innern Verwaltung und eine einheitliche Leitung derselben erhalten bleibe. Doch der Kaiser empfand die Kabinettsordre als eine Beschränkung seiner freien Bewegung, vielleicht sogar als eine Hemmung seiner Initiative; er befahl dem Reichskanzler, sie aufzuheben; allein Bismarck weigerte sich, dem Verlangen zu entsprechen — der Bruch war vollzogen. Am 17. März ging ihm die Aufforderung zu, sein Entlassungsgesuch einzureichen, und da er erwiderte, daß ihm in Hinblick auf das Staatsinteresse sein Rücktritt als nicht erlaubt erscheine, so erhielt er am 20. März 1890 seinen Abschied — ein tragisches Geschick, dessen Herbheit noch heute in ganz Deutschland empfunden wird.

Ist es daher richtig, daß wir uns in einem Uebergangsstadium befinden, so liegt die Frage nahe: wohin steuern wir? Die Antwort scheint uns ein Philosoph zu geben, der vielleicht der Philosoph des zwanzigsten Jahrhunderts sein wird, Friedrich Nietzsche. Seine Weltanschauung hat er dargelegt in den Werken: „Schopenhauer als Erzieher," „Menschliches, Allzumenschliches," „Morgenröte," „Also sprach Zarathustra," „Jenseits von Gut und Böse," „Götzendämmerung" u. a. Die Grundanschauungen Nietzsches basieren auf den Lehren Schopenhauers und Darwins. Schopenhauer sagt: Das Leben ist Leiden, weil jedes Lebewesen sich geltend machen will, und so der Wille des Einzelnen sich dem Willen der Uebrigen entgegenstellt, und umgekehrt. Darwin lehrt: In diesem Kampfe der Lebewesen gegen einander gewinnt stets der Tüchtigere die Oberhand und vernichtet die schwächeren Stufen des Daseins. Darauf entwickelt nun Nietzsche: Jedes Wesen hat den Willen zur höchsten Macht, denn Leben ist überhaupt Wille zur Macht, und nicht bloß, wie Darwin sagt, Wille zum Dasein. Wenn

nun die Schwächeren mit ihrem Willen zur Macht in übergroßer Anzahl vorhanden sind und fort und fort entstehen, so wird ihre Macht so groß, daß die Tüchtigeren durch sie vernichtet werden. Während also Darwin der Ansicht ist, daß die Menschheit durch den Sieg der Tüchtigeren über die Schwächeren fortwährend weiter emporsteigt, meint Nietzsche, daß auch Zeiten kommen können, in welchen die Schlechteren den Sieg über die Tüchtigeren davontragen. Es kann also auch eine Periode der Entwickelung des Menschengeschlechtes zum Niedrigeren, Elenderen und Unbedeutenderen hineintreten. Und in einer solchen Zeit des Niedergangs, sagt Nietzsche, befinden wir uns jetzt. Der Pöbel — in der Blouse sowohl wie im Frack — hat sich die Macht über die seelisch Tüchtigeren angemaßt, und je mehr diese Macht des Pöbels wächst, um so mehr schreitet das Menschengeschlecht abwärts. Soll nun die Macht des Pöbels gebrochen, soll überhaupt das Menschengeschlecht mit neuen Hoffnungen erfüllt werden, so bedarf es der Heranziehung eines neuen Geschlechts von körperlich und seelisch Tüchtigeren, die noch höher stehen, als die Besten der Gegenwart, es bedarf des sogenannten Uebermenschen. Und auf die Züchtung dieses Uebermenschen soll das Bestreben der noch übriggebliebenen Tüchtigsten gerichtet sein. Sie kann erreicht werden durch weise Zuchtwahl, indem edle, willenstüchtige Männer sich mit geistesstarken, klugen Frauen verheiraten, worauf übrigens auch schon Schopenhauer hinweist. Die aus solchen Ehen hervorgehenden Uebermenschen werden dann das Mitleid (das bekanntlich Schopenhauer als das Prinzip der Sittlichkeit hinstellt) als ein Laster betrachten und „das noch umstoßen, was fallen will." Sie werden für die Welt ganz neue moralische Werte schaffen, denn was Gut und Böse heißt, das ist zu allen Zeiten immer nur die Wertschätzung ge-

wesen, welche die Herrschenden den Thaten gegeben haben, und es wird immer von neuem eine Zeit kommen, in welcher die alten moralischen Werte umgestürzt und neue geschaffen werden. Für den Uebermenschen gilt überhaupt das Wort: Alles ist erlaubt. Infolge dessen bahnt der Uebermensch dadurch, daß er neue Werte schafft, eine neue Weltordnung an. Indem er die Vielzuvielen zwingt, seinem Willen gehorsam zu sein, ihm zu dienen und für sein Wohlsein zu sorgen, wird er selbst von aller Arbeit befreit und kann sich nun seiner körperlichen und geistigen Ausbildung so vollkommen hingeben, daß mit ihm und durch ihn ein neues glänzendes Zeitalter der Kunst und Wissenschaft entsteht, in welchem selbst die Dienenden die Schwere des Daseins nicht ungern ertragen.

Was Nietzsche lehrt, ist somit keine Philosophie im engeren Sinne, sondern — wie man sie auch schon genannt hat — eine Sociologie des Menschen, in der alle Konsequenzen mit grausamer, ja selbst mit brutaler Rücksichtslosigkeit gezogen werden. Was Nietzsche verlangt, wird sich nie verwirklichen lassen; das von ihm ersehnte Zeitalter des Uebermenschen wird niemals kommen, wohl aber wird — durch ihn angeregt — mehr und mehr die Erkenntnis um sich greifen, daß da, wo die Masse regiert, die Wohlfahrt eines Volkes nie geschaffen werden kann, sondern nur dort, wo die Auslese, das Häuflein der Tüchtigsten, die Geschicke bestimmt. Auch in jeder Republik wird das der Fall sein.

Bei dem heißen Drange, aus der Zerrüttung und Verworrenheit herauszukommen und zum Einheitsstaate zu gelangen, trat in Deutschland im neunzehnten Jahrhunderte der einzelne mit seiner Individualität fast vollständig zurück, er verschwand in der Masse, in der Partei, im nationalen Massenkriege; es war die Zeit der „Collectivmeinungen."

Jetzt ist das Reich errichtet, der bedeutendere Mensch löst sich wieder aus der Masse los, er besinnt sich wieder auf sich selbst, er nimmt die Pflege der eigenen Persönlichkeit wieder auf. Er empfindet, daß er es in dem Aufbau und der Befestigung des Reiches wohl „herrlich weit gebracht," daß er auch den Kampf gegen die feindlichen Mächte des Lebens durch eine Reihe von Meisterwerken der Technik tapfer bekämpft, daß aber dabei sein Lebensprozeß sich ganz nach außen gerichtet und infolgedessen sein Gemüt „leer und hungrig" geblieben, daß die seelische Veredelung keine Förderung erfahren hat. Darum knüpft die Auslese der Nation wieder an Goethe an, den vollkommensten Menschen, den das deutsche Volk bis jetzt hervorgebracht hat, und die Schaffung einer ausgeprägteren Individualität wird langsam wieder die Sorge der Tüchtigeren. Vielleicht wird sie auch die Aufgabe des zwanzigsten Jahrhunderts, und das künftige Geschlecht kehrt wieder zu der Goetheschen Grundanschauung zurück, daß nur in der harmonischen Ausgestaltung ihrer Persönlichkeit die Menschenkinder ihr höchstes Glück zu finden vermögen.

Namen-Register.

Adolf, Herzog v. Nassau, 267.
Albert, König v. Sachsen, 261.
Albert, Prinz-Gemahl, 176.
Albrecht, Prof. in Göttingen, 115.
— Erzherzog, 261, 273.
Alexander I., Kaiser v. Rußland, 22, 39, 45, 46, 53, 72, 87.
Alvensleben, Gen. v., 254, 285.
Andrassy, ungar. Staatsmann, 306.
Anton, Fürst von Hohenzollern, 211.
Arago, Em., 279.
Arndt, E. M., 40, 44, 54, 55, 66, 92, 122, 156.
Arnim, Achim v., 43.
Arnim, Graf, Märzminister, 151.
Arnoldi, Bischof v. Trier, 128.
Auersperg, Graf, 166.
Auerswald, Minister v., 151, 211.
— Gen. v., 163.
Augerau, 29, 31, 33.

Bassermann, Fr. D., 158.
Bauer, Bruno, 124.
Bäuerle, 97.
Bazaine, französ. Marschall, 285.
Beck, Karl, 121, 130.
Becker, Nik., 122.
Becker, Oskar, Attent., 224.
Beckerath, rhein. Politiker, 129, 160.
Beethoven, 98.
Behr, Oberbürgermeister, 110.
Beaconsfield, Lord, 306.
Benedek, österr. Feldzmstr., 260.
Benedetti, Graf, 264, 274, 276.
Bennigsen, Rud. v., 214, 267.
Bernadotte, 29.
Bernstein, A., 191.
Berthier, 29, 33, 61.
Bessières, 33.
Bethmann-Hollweg, Min. v., 211.
Beust, F. F. v., 188, 214, 216, 238, 250, 272, 274, 282.
Beyme, K. F. Graf v., 92.
Biester, S. F., 18.
Bismarck, Otto v., 227, 239, 243, 246, 248, i. d. Grafenstand erh. 253, 254, Attentat 257, böhm. Krieg 261, 267, 270, Emser Depesche 277, 281, 286, 288, 290, Kaiserprokl. 291, Fürst 293, 297, Berl. Kongreß 306, 308, 310, 312, tritt zurück 315.
Bittenfeld, Herw. v., 247, 260, 267.
Blücher, 32, 41, 57, 59, 60, 63, 65, 70, 71.
Blum, Rob., 166, 167.

Boccum-Dolffs, 235. 267.
Bodelschwingh, Minister v., 136, 146, [147.
Börne, 97.
Borsig, Maschinenbauer, 193.
Bourbaki, französ. Gen., 289.
Boyen, Oberst v., 42.
Brandenburg, Graf, 171, 183.
Bredy, österr. Gen., 165.
Brentano, Clemens, 43.
Bruckbräu, 95.
Bülow, Graf v. Dennewitz, 65.
Bunsen, Dr., 110.
Bunsen, Josias v., 170, 176.
Bürger, Gottfried, 1.

Campe, 1.
Camphausen, preuß. Min., 128.
Canning, Lord George, 87.
Caulaincourt, 61.
Chanzy, französ. Gen., 289.
Christian IX., König v. Dänemark, [243.
Clauren, 95, 113.
Clausewitz, Major v., 42.
Cohn, Jul., Attent., 257.
Contades, Madame, 20.
Cramer, Gottlob, 21,
Cumberland, Herzog v., 268.

Dahlmann, F. Chr., 115, 156, 159, 168.
Dalberg, Karl Theod. v., 2, 17, 49, 65.
Davoust, 29, 31.
Delbrück, preuß. Min., 289.
Diebitsch, russ. General, 51.
Dingelstedt, Franz, 130, 160.
Dohm, Ernst, 192.
Döllinger, Ignaz, Stiftsprobst, 296.
Dönniges, Hel. v., 238.
Dörnberg, Oberst v., 47.
Douay, französ. Gen., 283.
Droste zu Vischering, Erzbischof v. Köln, 117.
Droysen, J. G., 156.
Duncker, Prof., 156.
— Franz, 191.
Dunin, Graf, Erzbischof v. Posen, 117.

Echtermeyer, Theod., 121.
Eichhorn, J. A. F., preuß. Minister, 123, 124.
Elisabeth, Königin v. Pr., 173, 201, 202, 253.
Emil August, Herzog v. Gotha, 45.
Engels, Sozialist, 236.
Eugenie, Kaiserin, 272, 278, 282.
Ernst II., Herzog v. Koburg-Gotha, 214, 219.
Ernst August, König v. Hann., 115, 142.
Ewald, Prof. i. Göttingen, 115.

Faidherbe, französ. Gen., 289.
Falkenstein, Gen. Vogel v., 147, 247, 260, 267.
Favre, Jules, 279, 288, 292.
Ferdinand, Kaiser v. Oesterr., 142, 164, 165, 166.
Feuerbach, Anselm, 66.
Fichte, Joh. Gottl., 43.
Flottwell, Min. v., 211.
François, v., pr. Gen., 284.
Franz II., 12, 14, 16, 17, 47, 59, 72, 87, 99, 102.
Franz Joseph I., Kaiser v. Oesterr., 167, 183, 239, 263.

Freiligrath, Ferd., 130, 191.
Freytag, Gust., 198.
Friedrich v. Augustenburg, 161, 185, 243, 244, 254, 258.
Friedrich, Großherzog v. Baden, 292.
Friedrich II. v. Preußen 12.
Friederich III., Kaiser, 236, 241, 252, 254, 257, 260, 261, 281, 292, 307, 309.
Friedrich VII., König v. Dänemark, 243.
Friedrich Franz, Großherzog v. Mecklenburg, 289.
Friedrich August I., König v. Sachsen, 45, 63.
Friedrich August II., König v. Sachsen, 178.
Friedrich Karl, pr. Prinz, 247, 260, 281, 285, 288.
Friedrich Wilhelm, Herzog von Braunschweig, 62.
Friedrich Wilhelm I. v. Preußen 12.
Friedrich Wilhelm II. v. Preußen 14.
Friedrich Wilhelm III. v. Preußen 13, Charakteristik 19, 21, 29, 39, 41, 51, 56, 72, 76, 83, 87, Zusammenkunft mit Metternich 89.
Friedrich Wilhelm IV., König v. Preußen, 119, 122, 124, 130, eröffn. d. Landtag v. 1847 132, 143, eröffn. d. ver. Landtag 145, 150, vor d. Leichen d. Märzgefallenen 152, 153, 162, 169, 173, z. deutschen Kaiser gewählt 175, lehnt ab 178, 179, erkrankt 201, stirbt 203.
Friedrich, König v. Württemberg, 45, 48, 59, 62, 78, 82.
Fries, Prof., 85.
Froebel, Jul., 166, 167.
Fromm, Henriette, 20.
Frossard, fr. Gen., 283.

Gablentz, Gen. v., 247, 258.
Gagern, Heinr. v., 139, 157, 179.
— Max v., 155.
Gambetta, Leon, 279, 288.
Gärth, Dr., 110.
Gauß, Prof., 196.
Gedike, Friedr., 18.
Geffcken, Prof., 312.
Gentz, Friedr., 26, 67.
Georg V., König v. Hann., 188, 218, 219, 260, 267.
Gerlach, Leop. v., Gen., 169, 170, 176, 188, 201, 255.
— Ludwig v., 98, 169.
Gervinus, G. G., 115, 154, 156, 158.
Gesenius, Prof., 97.
Girardin, Emil de, 274.
Glasbrenner, Ad., 192.
Gneisenau 40, 42, 65, 92, 94.
Gneist, Prof., 235.
Göben, Gen. v., 284, 289.
Goethe 3, 43, 46, 49, 200, 318.
Goltz, Graf v. d., 254.
— General v. d., 285.
Görres 83, 92.
Gortschakoff, Fürst, 306.
Gottschall 125.
Govone, it. Gen., 256.
Grabow, Präs. d. pr. Abg. Hauses, 253.
Gramont, Herz. v., 274, 276.
Grävell, Dr., 179.
Grillparzer 98.

Grimm, Jak., 115, 156.
— Wilh., 115.
Gröben, Gen. v. d., 184.
Grolmann, Major v., 42, 92.
Grün, Anast., 130, 156.
Gutzkow, Karl, 113, 114.

Halbhuber, Baron v., 250.
Hammacher, pr. Abg., 267.
Hansemann, preuß. Min., 128.
Hardenberg, preuß. Min., 14, 20, 22, 25, 41, 53, 87.
Hartmann, Moritz, 121, 130.
— Rich., 193.
Hasenclever, Sozialist, 299.
Hassenpflug 124, 181, 188, 217.
Hatzfeld, Fürst, 33.
Haugwitz, Graf, 22, 23, 25, 26.
Haymerle, österr. Staatsmann, 306.
Hebel, Joh. Peter, 7, 40.
Hecker, Friedr., 155, 163.
Heckscher, Adv., 159.
Hegel 40, seine Philosophie 98, 199.
Heine, Heinr., 113.
Hengstenberg, E. W., Prof., 98, 125, 127.
Herloßsohn 107.
Herwegh, Georg, 130, 191.
Hettchen, Unteroffiz., 148.
Heydt, Aug. v. d., 172, 211, 226, 227.
Hippel, Staatsrath v., 53.
Hochberg, die Grafen v., 79.
Hödel, Attent., 299.
Hofer, Andr., 47.
Hoffmann v. Fallersleben 113, 124, 130.
Hohenlohe-Ingelfingen 30.
Hohenlohe, preuß. Min., 225, 227.
Holnstein, Graf, 290.
Humboldt, Alex. v., 192.
— Wilh. v., 72, 87, 92.
Huwald 95.

Jacobs, Friedr., 66.
Jacoby, Joh., 127.
Jahn, Ludw., 44, 56, 92, 122, 156.
Jean, Paul, 21, 200.
Jellachich, österr. Gen., 166.
Iffland, Aug. Wilh., 21.
Jerome, Prinz, 33, König v. Westfalen 40, 45, 49, 62.
Johann, Erzherzog v. Oesterr., 125, 158, 180.
Johann, König v. Sachsen, 219, 241.
Jordan, Sylvester, 114.
Joseph II. 12.
Josephine, Kaiserin, 50.
Isabella, Königin, 273.

Kant 1.
Kapo d'Istrias 87.
Karl, Großherz. v. Baden, 78.
Karl, Herzog v. Braunschweig, 104.
Karl, Erzherzog v. Oesterr., 47.
Karl, König v. Württemberg, 289.
Karl X., König v. Frankr., 102.
Karl August, Großhz. v. S.-W., 77.
Karl Wilh. Ferdinand, Herzog v. Braunschw. 14, 30, 32.
Karoly, ungar. Staatsmann, 306.
Katharina, Prinzessin v. Württemberg, 49.
Katzeler, Hauptmann v., 56.
Kinkel, Gottfr., 130.
Kleist v. Nollendorf 60, 65.
Kleist-Retzow 169.

Klopstock 1, 2.
Koller, Graf, 169.
Körner, Dr., 110.
— Theodor, 55.
Kossak, Ernst, 192.
Kotzebue, Aug. v., 21, 49, ermordet 87.
Krug, W. T., 82.
Kuranda, Ignaz, 121.
Kutusow, russ. Gen., 76.
Kühn, Grenadier, 148.
Kühne, Gust., 113.

Lafontaine, Aug., 20.
Langbein, Aug., 21, 95.
Lannes, 29, 31.
Laroche Aimon, Madame, 20.
Lasker, Ed., 267.
Lassalle, Ferd., 236.
Latour, Graf, österr. Kriegsminist., 164, 165, 166.
Laube, Heinr., 113.
Leboeuf, fr. Kriegsminist., 281.
Lebrun, fr. Gen., 273.
Lefebvre 29, 43.
Lenau 107.
Leo, Heinr., 121, 169.
Leo XIII., Papst, 298.
Leopold II., Kaiser, 14.
Leopold v. Baden 175.
Leopold, Erbprinz v. Hohenzollern, 273, 276.
Lesourd, fr. Geschäftsträger, 280.
Lichnowsky, Fürst Felix, 163.
Liebig, Justus, 192.
List, Friedr., 116.
Löwe, Dr. Wilh., 179.
Louis Ferdinand, preuß. Prinz, 20, 30.
Louis Philipp 102, 138.
Lucchesini, pr. Gesandter, 25.
Ludwig I., König v. Bayern, 142.
Ludwig II., König v. Bayern, 281, 289, 291.
Ludwig XVI., König v. Frankr., 14.
Ludwig XVIII., König von Frankreich, 65, 69.
Luise, Großherz. v. Baden, 308.
Luise, Königin v. Preußen, 21, 23, 24, 26, 41, stirbt 51.
Luitpold, bayer. Prinz, 291.

Mac-Mahon, fr. Marschall, 284, 286.
Makart, Maler, 295.
Manteuffel, Gen. Edw. v., 254.
Manteuffel, Otto v., 172, 184, 188, 202, 211.
Maria Theresia 12.
Marie Luise, Kaiserin, 50, 64.
Marmont, fr. Gen., 60.
Massena, fr. Gen., 47.
Massow, Min. v., 169.
Mathy, Mitgl. d. d. Nat.-Vers., 158.
Maximilian II., König v. Bayern, 142, 218, 219.
Maximilian Joseph, König von Bayern, 45, 62, 77.
Martin, Heidelberger Prof., 78.
Marx, Karl, 236.
Mebold 110.
Meier, H. H., 195.
Meißner, Alfr., 121.
Melchers, Paulus, Erzb. v. Köln 257.
Messenhauser, Wenzel, 166.
Metternich, Fürst, österr. Minister, 58, 67, 72, 73, 80, 87, Kongreß zu Karlsbad 88, 142.

Mevissen, rhein. Politiker, 129.
Mitscherlich, Chemiker, 192.
Mittnacht, württemb. Minist., 289.
Mohl, Rob., v., 156.
Moltke, Gen. v., 254, 260, 267, 281, 293, 308.
Montez, Lola, 142.
Montgelas, bayr. Minister, 48, 62.
Mosen, Jul., 107, 130.
Moser, J. J, 9.
Mühler, Heinr. v., 225.
Müller, Joh., 40.
Müllner, Ad., 95.
Mundt, Theod., 113.
Murat, Joachim, 17, 31, 61.

Napoleon I. 16, 17, 29, 30, 33, Taine über ihn 34—39, Kongreß zu Erfurt 45, Zug n. Rußl. 50, 57, Schl. bei Lpzg. 60, 64, 69, s. Tod 71.
Napoleon III. 213, 217, 218, 255, 256, 258, 263, 264, 265, 270, 271, 278, 281, 282, 284, Sedan 286.
Napoleon, Prinz Louis, 283.
Nathusius, Marie, 191.
Neipperg, Graf Adam v., 64.
Ney, fr. Marschall, 29, 31, 60.
Nicolaus, Kaiser v. Rußl., 103, 130, 162, 176, 182.
Niebuhr, B. G., 82, 95.
Nietzsche, Friedr., Philos., 315.
Nobiling, Attent., 299.

Oken, L., 85.
Oldenburg, Herzog v., 248, 251.
Ollivier, fr. Min.-Präs., 276, 279.
Oubril, russ. Unterhändler, 25.
Oudinot, 59.

Patow, Minister v., 211.
Paulus, Prof., 97.
Peucker, Gen. v., 160.
Pfizer, Paul, 118.
Pfordten, Min. v. d., 214.
Pfuel, Gen. v., 147.
Pius IX., Papst, 296.
Platen, Aug. v., 107.
Prittwitz, Gen.-Lieutn. v., 147.
Prutz, Rob., 130.

Rackowicza, J. v., 238.
Radowitz 170, 180.
Rank, Jos., 121.
Rauch, Gen.-Adj. v., 169.
Raumer, v., Prof., 156.
Raupach 95.
Reinkens, J. H., 298.
Repnin, russ. Fürst, 63.
Reuter, Fritz, 112, 193.
— Julius, 196.
Riemann, Burschenschafter, 85.
Rittershaus, Emil, 215.
Rohlfs, Gerh., Afrikareis., 305.
Ronge, Joh., 128.
Roon, Kriegsmin. v., 225, 234, 267, 279, 293.
Roquette, Otto, 191.
Rotteck, 93, 110.
Rüchel, pr. Gen., 27, 31.
Ruge, Arnold, 121, 126.

Saint-Vallier, fr. Staatsmann, 306.
Salisbury, engl. Staatsmann, 306.
Sand, Karl Ludwig, 87.

Saphir 96.
Savigny, v., pr. Ges., 256, 259.
Scharnhorst 42, 46, 56, 57, 58.
Scheel-Plessen, Baron v., 258.
Schenkendorf, Max v., 55.
Scherenberg, Ernst, 215, 287.
Schill, Ferd. v., 47.
Schiller 1, 2, Charakteristik s. Dichtungen 4—6, 12, 21, 49.
Schlegel, die Brüder, 43.
Schleiermacher 82.
Schleinitz, Min. v., 211.
Schlenkert, Ch. F., 21.
Schmalz, Geh.-Rat, 81.
Schmerling, Anton v., 159, 238.
Schmettau 32.
— Ferdinande v., 56.
Schopenhauer, Arthur, 198.
Schulenburg, Graf v., 32.
Schwarzenberg, Fürst Felix, 167, 181, 184, 187.
Schwerin, Graf, Minist., 151, 211,
Sefeloge, Attent., 189. [267.
Siebenpfeifer, Dr., 105, 110, 114.
Simon, Heinr., 132.
Simons, Justizmin., 211.
Simson, Ed., 175, 267.
Sloman, R. M., 194.
Sontag, Henriette, 96.
Sophie, Erzherzogin, 253.
Spieß, Chr. Heinr., 21.
Spontini 98.
Soult, fr. Gen., 29, 31.
Stägemann, F. A. v., 55.
Stahl, Fried. Jul., 124, 125, 169, 188.
Stein, Freiherr v., 24, 41, wird leit. Minister 44, wird entlassen 46, 63, 66.
Steinmetz, Gen., K. F. v., 267, 281.
Stenzel, Prof., 156.
Stolberg, Friedrich v, 1.
Stramberg, Chr. v., 10.
Strauß, David Friedr., 128.
Stromeier, 110.
Struve, Gust. v., 155, 163.
Stüwe, Dr., 142.
Sybel, Heinr. v., 128, 235.

Talma, franz. Schausp., 45.
Tann, Major v. d., 161, 289.
Tauenzien 31.
Thiele I, preuß. Minister, 124.
Thiers, Ad, 279, 288, 293.
Tholuck, Aug., 98, 121, 125.
Tieck, Ludwig, 5, 43.
Träger, Alb., 215.
Tschech, Bürgermeister, 129.
Twesten, pr. Politiker, 267.

Uhland, Ludwig, 129, 156.
Uhlich, Leberecht, Pfarrer, 128.

Varnbühler, württ. Min., 289.
Vincke, Georg v., 129, 135.
Virchow, Prof., 233, 251.
Voß, Julius v., 95.
Vulpius, Ch. A., 21.

Waddington, fr. Staatsmann, 306.
Wagener, Herm., 169, 188.
Wagner, Rich., 178, 295.
Waldeck, Bened. Leo, 169, 189.
Waitz, Georg, Prof., 156.
Weber, Karl M. v., 98.
— W. E., Prof. i. Göttingen, 115, 196.

Weber, J. J., 121.
Wegscheider, Prof., 97.
Weidig, Pfarrer, 110.
Weidling, Wilh., 236.
Welcker, K. Th., 110, 156.
Wellington 70, 87.
Werckmeister, Rud., 56.
Werder, v., pr. Gen., 289.
Werther, v., pr. Gesandter, 277.
Wessenberg 93.
Wette, de, Prof., 92.
Wiener, Prof., 97.
Wiesel, Pauline, 20.
Wiggers, Moritz, 188.
Wilhelm, Herzog v. Braunschw., 104.
Wilhelm I., Kurfürst v. Hessen, 62, 80.
Wilhelm II., Kurfürst v. Hessen, 142, 181, 216, 260, 267.
Wilhelm III., König v. Holland, 270.
Wilhelm I., deutscher Kaiser, preuß. Prinz 100, 144, 151, 153, 170, 174, 176, 184, übernimmt d. Reg. 201, 202, Charakt. 204, 217, 219, Krönung 224, ern. Bism. z. Min. 231, 239, 246, Gasteiner Konv. 253, böhm. Krieg 261, Indemnität 266, 269, 273, Emser Depesche 277, 280, 283, 286, Kaiserprokl. 291, 301, 302, 304, 307, stirbt 308.
Wilhelm II., deutscher Kaiser, 307, 308, tritt d. Reg. an 310, Arbeitererlasse 313.
Wilhelm, Prinz v. Preußen, Bruder Friedr. Wilh. III., 45.
Wilhelm I., König v. Württemberg, 78, 219..
Windischgrätz, Fürst, 166, 167.
Windthorst, Führer d. Centr., 314.
Wirth, J. G. A., 106, 110.
Wislicenus, G. A., Pfarrer, 128.
Wittgenstein, Fürst, 44.
Wöhler, Chemiker, 192.
Wolff, Bernh., 196.
Wrangel, General, 161, 162, 172, 245, 247.

York, preuß. Feldmarschall, 51, 52, 57, 60, 65.

Zabel, Friedr., 191.
Zanini, österr. Kriegsmin., 164.
Zedlitz, Freiherr v., 250.

Verlag von Levy & Müller in Stuttgart.

Neuland.

Menschen und Bücher der modernen Welt.

Von

E. Mensch.

22 Bogen Oktav, in vornehmer Ausstattung. Preis geh. M. 5.50. elegant gebunden M. 6.50.

Westermanns Illustrierte Deutsche Monatshefte: . . . Keine Utopie, keine Bellamyphantasie ist sein „Neuland". Es ist ein stark praktisches und reales Buch, das von der Zukunft nur so weit spricht, als sie sich in der Gegenwart vorbereitet. Es ist zwar durchzogen von jener geheimnisvollen Sehnsucht nach einem Umsturz aller bestehenden Verhältnisse, nach einer neuen Epoche der Menschheit, welche jetzt allenthalben in der Luft liegt und die Kulturatmosphäre so schwül macht. Aber es schweift darum nicht in unbekannte Fernen, es greift vielmehr fest in die gegenwärtige Wirklichkeit hinein und zieht alle litterarischen und kulturellen Erscheinungen ans Tageslicht, in denen sich das Werden der neuen Zeit ankündigt . . .

Ein eigenartiges und vornehmes Geschenkbuch sind die

Medizinische Märchen

von

Philander.

1.—2. Auflage. 208 Seiten Oktav. Velin-Papier. Preis geh. M. 2.40; fein gebunden mit Goldschnitt in Karton M. 3.50.

Inhalt: Phrom. Ein orthopädisches Märchen aus dem Lande der Pharaonen. — Ferum und die zehn Plagen. Ein Märchen aus dem phönizischen Doktorenleben. — Dione. Ein ophthalmologisches Märchen aus Altgriechenland. — Antonio Spumante. Ein hypnotisches Märchen aus der Drachenzeit. — Ba-Kill. Ein hygienisches Märchen aus dem Reiche der Mitte. — Magus Bombastus Vomitivus. Ein Märchen aus der goldenen Zeit der Wunderdoktoren. — Der Mann ohne Haut. Ein Märchen aus der Vorzeit der plastischen Chirurgie. — Tripstrill und die Pelzmühle. Ein balneologisches Märchen aus dem alten Schwabenlande. — Der Warzenkönig. Ein dermatologisches Märchen aus den Tagen der Sympathie. — Electra. Ein physikalisch-diagnostisches Märchen aus dem 20. Jahrhundert.

Der Leserkreis des von einem angesehenen Arzte verfaßten Buches ist in des Wortes bester Bedeutung ein unbeschränkter. Aerzte, fein gebildete Männer aller Stände und Studierende werden die „Medizinische Märchen" mit besonderem Vergnügen lesen; aber auch für Frauen und Jungfrauen, sowie für die reifere Jugend sei das Buch als Festgabe warm empfohlen.

Verlag von Levy & Müller in Stuttgart.

Politisches Konversations-Lexikon.

Ein praktisches Hand- und Nachschlagebuch

zur Kenntnis der allgemeinen Staatslehre und des Staatslebens aller Länder, mit besonderer Berücksichtigung von Handel und Börse, Justiz, Kirchen-, Heer-, Ordens- und Münzwesen von

Dr. H. Normann.

IV und 336 Seiten. Eleg. geb. in rot Leinen Preis M. 2.—.

Abgesehen von der kurzen und klaren Formulierung entscheidender Begriffe, wie Staat, Recht, Sozialismus, Politik etc. findet in diesem, vom rein sachlichen, objektiven, tendenzlosen Standpunkte eines „zwischen den Parteien" stehenden Mannes bearbeiteten, Handbuche der Laie wie der Politiker von Beruf zur sofortigen Benutzung in jedem einzelnen Falle, was er sich sonst aus Monographien, Broschüren, statistischen Nachweisungen und bändereichen Staatswörterbüchern mühsam zusammensuchen müßte.

Das „Politische Konversations-Lexikon" bildet somit ein wirklich zeitgemäßes Werk, ein Hand- und Nachschlagebuch, das nicht allein dem Politiker von Beruf, sondern auch dem Beamten, dem Geschäftsmann und vor allen Dingen den Zeitungslesern aller Stände willkommen sein muß, weil es eine rasche Orientierung und richtige Beurteilung ermöglicht.

Chronik der Weltgeschichte.

Von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart.

Mit Sach- und Namenregistern.

Von

Prof. Dr. Karl Ruthardt.

Broschiert M. 7.50. Elegant gebunden M. 10.—

— Auch in 14 Lieferungen à 50 Pf. allmählich zu beziehen. —

Eine verdienstvolle, von reichen Quellenstudien zeugende Arbeit, welcher wir zum Besten der Leser die größte Verbreitung und den allgemeinsten Gebrauch wünschen möchten. Wer kennt nicht den großen Wert und den tiefgreifenden Einfluß, welche der Kenntnis der Weltgeschichte zukommen für die geistige, sittliche und religiöse Bildung des Volkes? Diesem heiligen Zwecke wird durch die Ruthardtsche Chronik wesentlich gedient, sie ist in rationeller Kürze gehalten, mehr zugänglich und für jedermann, alt und jung, genießbar und lehrreich, auch leichter zu erwerben als größere Geschichtswerke.

Schwäb. Merkur.

COLUMBIA UNIVERSITY
0032253710